



SPD – PDS

**Zwischen Abgrenzung und Annäherung
Das Jahr 1994**

SPD – PDS zwischen Abgrenzung und Annäherung. Das Jahr 1994. Mit einem Anhang: Integraler Sozialismus. Aktuelle Erörterungen aus historischer Sicht von Michael Franzke. Hrsg. im Auftrag des Politikwissenschaftlichen Arbeitskreises (i. G.) des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. und der Leipziger Gesellschaft für Politik und Zeitgeschichte e. V.

Rosa-Luxemburg-Verein e. V.
Sternwartenstraße 31
D-04103 Leipzig
Telefon und Fax: (0341) 960 8531

Zusammenstellung der Chronologie und der Dokumente: Michael Franzke
unter Mitarbeit von Claudia Reichel und Kurt Schneider.
Satz: Claudia Reichel

Inhalt

Vorbemerkung	5
Chronologie	8
Dokumentenverzeichnis	25
Dokumente	31
Anhang:	
Integraler Sozialismus. Aktuelle Erörterungen aus historischer Sicht	123

Vorbemerkung

Mit der vorliegenden Dokumentation wird der Versuch unternommen, die Entwicklung des Verhältnisses von SPD und PDS im sogenannten Superwahljahr 1994 nachzuzeichnen. Dabei kam es den Herausgebern nicht darauf an, eine lückenlose Rekonstruktion der heftig geführten Kontroverse über die Beziehungen dieser beiden Parteien vorzulegen, wohl aber die in dieser Auseinandersetzung sich abzeichnenden Probleme und Überlegungen zu ihrer Lösung festzuhalten.

Das Jahr 1994 hat in den Beziehungen zwischen SPD und PDS eine neue Zäsur gesetzt. Die PDS hat ihre Akzeptanz unter der Bevölkerung vor allem im Osten Deutschlands gefestigt und erweitert. Sie ist für die SPD zu einem ernstzunehmenden Konkurrenten geworden.

Die SPD sieht sich mit der Tatsache konfrontiert, daß sie ohne PDS (und Bündnis 90/Die Grünen) gegenwärtig keinen Machtwechsel bewirken kann. Doch wie wird sich die SPD entscheiden? Bisher hat die Bonner SPD-Spitze die Weichen auf einen Kurs gestellt, der eine Abgrenzung nach links (zur PDS) und eine Öffnung nach rechts (zur politischen Mitte hin) beinhaltet. Zugleich zeigt sich, daß der Richtungsstreit in der SPD noch nicht entschieden ist. Die Interessenunterschiede zwischen Bonner Parteispitze und den Landesparteien sowie zwischen der West- und Ost-SPD sind 1994 deutlich zutage getreten.

Die PDS ihrerseits befindet sich nach wie vor auf der Profilsuche als linkssozialistische Partei. Sie hat sich in diesem Prozeß nicht nur mit der Tagespolitik der SPD auseinanderzusetzen, sondern auch mit ihrer Programmatik. Wird sie über den Schatten der Ideologie springen und die progressiven Traditionen der deutschen und internationalen Sozialdemokratie aufnehmen und in ein tragfähiges Alternativkonzept einbinden können, daß den links von der SPD frei gewordenen Platz innovativ und zukunftssträchtig auszufüllen vermag?

Aus dieser Konstellation resultiert, daß beide Parteien sich auch künftig aneinander reiben werden. Die künftige Kontroverse zwischen SPD und PDS über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ihrer Beziehungen wird an den 1994 entwickelten Positionen und der »Frontlinie« nicht vorbeikommen. Ebenso werden die neokonservativen Kräfte weiterhin zielgerichtet bemüht sein, das existierende Spannungsverhältnis zwischen SPD und PDS für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Grundsatzpapiere haben beide Parteien in großem Umfang vorgelegt. An diesen werden sich künftige Entwicklungen messen lassen müssen.

Die Auseinandersetzung über das Verhältnis von SPD und PDS ist nicht schlechthin ein Streit zweier Parteien über politische Fragen, Entwicklungslinien und Konzepte. Es geht unseres Erachtens hierbei letztlich um das »Schicksal« des demokratischen Sozialismus als einem Projekt der Zukunft. Eine uneinige sozialistische Bewegung hat in der Geschichte nicht nur einmal versagt. Es geht um die Frage, ob beide Parteien den Willen, die Kraft und die Fähigkeit aufbringen werden, aus ihrer Geschichte zu lernen und soweit zusammenzurücken, wie es ihre gemeinsamen Interessen zulassen. Dabei geht es weder um eine Vereinigung noch um eine Einheitsfront. Vielmehr steht die simple Frage, ob gemeinsame Initiativen und Aktionen möglich sind, um die sich überschneidenden Interessen ihrer jeweiligen Wähler durchzusetzen. Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, in der beide Parteien

historisch verwurzelt sind, hat eine lange Tradition. Diesen Rucksack schleppen beide Parteien mit. Wäre es nicht an der Zeit, diesen Rucksack von veralteten Vorurteilen und Irrtümern zu befreien, darauf zu verzichten, alte Kämpfe der Väter weiterzukämpfen und alten Haß neu zu schüren? Hieraus könnten neue Kräfte entspringen, um die eigentlichen Probleme zu lösen: die neokonservative Wende aufzuhalten und ein Alternativkonzept zu entwickeln. Es stand 1914 viel auf dem Spiel, es stand 1933 wiederum viel auf dem Spiel. Was wäre der Preis eines erneuten Versagens?

Die vorliegende Dokumentation ermöglicht eine Rekonstruktion des Verlaufs der Entwicklung des Verhältnisses von SPD und PDS, macht die wichtigsten Positionspapiere beider Parteien zu dieser Problematik zugänglich und ergänzt diese durch Interviews und Kommentare. Damit wird eine Voraussetzung für eine Diskussion der weiteren Gestaltung des Verhältnisses von SPD und PDS geschaffen, die über die Funktionsträger der beiden Parteien hinausgreifen kann. Nur in einer solchen Breite der Diskussion wird das Projekt gelingen können, der Vernunft in den Beziehungen beider Parteien den erforderlichen Raum zu schaffen. Ein Projekt, das der Tragweite der Problemstellung angemessen erscheint.

Eine vorangestellte Chronologie ermöglicht den Interessierten, die Dokumente in den Kontext des Diskursverlaufs einzuordnen. Als Anhang ist ein Aufsatz zum Konzept des *Integralen Sozialismus* Otto Bauers beigefügt, in dem ein Blick auf die historische Dimension des Problems und der Problemlösungsversuche geworfen wird. Daran schließen sich einige weiterführende Gedanken zu diesem Konzept aus aktueller Sicht an.

Die vorliegende Dokumentation würde ihren Sinn voll und ganz erfüllen, wenn sie eine kritisch-produktive Debatte an der Basis von SPD und PDS befruchten könnte.

Leipzig, im Januar 1995 Michael Franzke, Claudia Reichel und Kurt Schneider

Chronologie

Januar bis Dezember 1994

Chronologie

Januar bis Dezember 1994

4. Januar:

Die PDS-Kandidatin *Birgit Müller* wird überraschend zur neuen Potsdamer Stadtpräsidentin gewählt. Oberbürgermeister Potsdams ist das SPD-Mitglied *Horst Gramlich*. Er hatte sich gegen *Rolf Kutzmutz* (PDS) durchsetzen können.

7. Januar

Die Wochenzeitung »Das Parlament« veröffentlicht in ihrer Beilage Artikel zur Situation der großen bundesdeutschen Parteien vor den Wahlen. *Eckehard Fuhr* konstatiert bezüglich der SPD, ihre Erneuerung in der Opposition sei gescheitert und sie befinde sich auf dem Weg »Zurück zur Mitte«. (Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. (1994)B/1. S. 8.)

Zur PDS meint *Patrick Moreau*: »Die PDS ist heute die einzige linksextreme politische Organisation, die innerhalb des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland eine Rolle spielen könnte.« (Ebenda. S. 21.)

4. Februar

Thomas Leifsch schreibt im »Freitag« zu den Parteiprofilen in Ostdeutschland: »Alles Verdrängte kommt wieder. Das will Regine Hildebrandt (»Das Maschinengewehr des Ostens«), der heimliche Star der Ost-Sozialdemokratie, nicht wahrhaben. Wenige Tage vor der Stichwahl um den Oberbürgermeisterposten in Potsdam beschwor sie am Rande einer Konferenz PDS-(nahe) Wissenschaftler, die Alt-Kommunisten sollten sich doch wenigstens aus den öffentlichen Ämtern heraushalten. Doch die moralischen Appelle perlen ab. Die PDS habe – so ihre unausgesprochene Selbstdiagnose – ihre Demokratietauglichkeit längst bewiesen. Die Ost-SPD kommt nicht vom Fleck und bräuchte dringend Auffrischung von Leuten, die nicht bei Null anfangen. Doch den Sozialdemokraten in der PDS bleibt der Weg versperrt.« (»Freitag« vom 4. April 1994. S. 4.)

6. Februar

Der PDS-Vorsitzende *Lothar Byski* und *Gregor Gysi*, Leiter der PDS-Gruppe im Bundestag, stellen die Kandidaten der offenen Liste der PDS für den 13. Deutschen Bundestag vor.

8. Februar

Der Thüringer Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/ Die Grünen, *Olaf Möller*, wird in der »Leipziger Volkszeitung« zitiert: »Wir müssen uns fragen, wie lange wir eine dringend nötige ökologische Reformpolitik auf dem Altar der totalen Ausgrenzung der PDS opfern wollen.« (»Leipziger Volkszeitung« vom 8. Februar 1994.)

Das »Neue Deutschland« überschreibt einen Informationsbericht über die ersten Reaktionen auf die Vorstellung der PDS-Kandidaten für die Bundestagswahlen wie folgt: »Unverhüllter Haß wegen Heyms Kandidatur für die PDS«. Es heißt in dem Artikel: »In der

Reihe derer, die in der Kandidatur Heyms und anderer für die PDS eine »Gefahr« für die Demokratie sehen, steht auch die Berliner Arbeitssenatorin Bergmann (SPD). Sie bezeichnete die Kandidatur von Berliner Prominenten auf der offenen Liste der PDS als »Bauernfang«.« (»Neues Deutschland« vom 8. Februar 1994. S. 4.)

12. Februar

Michael Glos, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag konstatiert eine Zunahme der »Gereiztheit« der SPD angesichts neuer Untersuchungsergebnisse über ihre Kontakte zur SED vor 1989. Damit wird die Geschichte des Verhältnisses von SED und SPD zum Wahlkampfthema gemacht. Das Ziel besteht darin, die SPD moralisch zu diskreditieren bzw. moralisch unter Druck zu setzen. Er befördert eine Abgrenzung zur PDS. (»Bayernkurier« vom 12. Februar 1994. S. 1.)

16. Februar

Mit dem für die etablierten Parteien traditionellen Politischen Aschermittwoch beginnt das Ringen der Parteien um die Gunst der Bürger im Wahljahr 1994. Die bayerische PDS lud *Gregor Gysi* nach Ingolstadt. Seine dortige Rede findet unter dem Titel »Ingolstädter Manifest« weite Verbreitung.

25. Februar

Ulla Jelpke, die auf der Linken Liste/PDS in den Bundestag kam, kommentiert die Haltung der SPD in der Bundestagsdebatte vom Vortag: »Regierungskoalition und SPD-Opposition haben das Signal zum Angriff auf das Feindbild Bürgerrechte gegeben.« (»Neues Deutschland« vom 25. Februar 1994. S. 2.)

Ende Februar

Helmut Kohl erklärt führende Sozialdemokraten zu Honecker-Komplizen. Im »Spiegel« heißt es zur Gegenreaktion seitens der SPD: »Scharping hat in einem Brief an Kohl die Bezeichnung gegen führende Sozialdemokraten zurückgewiesen und den Kanzler an sein Wort vor der Enquete-Kommission zur Geschichte der DDR-Diktatur erinnert, die DDR-Akten dürften nicht »heute die ganze Atmosphäre vergiften.« (»Der Spiegel«. Nr. 8, 1994. S. 25.)

Anfang März

Die PDS zählt ca. 131 400 Mitglieder, die SPD in den neuen Bundesländern ca. 25 000. Im Westen hat die PDS ca. 1 200 Mitglieder.

6. März

Eine vorabveröffentlichte Repräsentativumfrage der Zeitschrift »Super Illu« hat ergeben, daß 71% der Ostdeutschen der PDS den Einzug in den Bundestag wünschen.

11. März:

Mit den Stimmen von CDU, CSU, FDP und SPD wird das Gesetz zur Pflegeversicherung im Bundestag angenommen. PDS/Linke Liste und Bündnis 90/Die Grünen stimmen dagegen.

Die »Leipziger Volkszeitung« bringt ein Interview mit *Lothar Bisky*, der zur Observation der Kommunistischen Plattform der PDS in Sachsen und der PDS in Bayern Stellung nimmt. *Bisky* erklärt, die Gefahr, die PDS werde eine autoritär Kommunistische Partei, bestehe kaum. *Bisky*: »Diese Gefahr ist so gering, daß ich mich nicht weiter bei diesem Thema aufhalten muß.« Die Kommunistische Plattform zähle maximal 5 000 Mitglieder, die das Programm der PDS anerkennen. (»Leipziger Volkszeitung« vom 11. März 1994. S. 3.)

11. bis 13. März

Die 3. Tagung des 3. Parteitages der PDS findet in Berlin statt. *Gregor Gysi* setzt sich in seiner Rede mit dem SPD-Argument auseinander, wonach jede Stimme für die PDS eine Stimme für *Helmut Kohl* sei. *Gysi*: »Die Stimmen für die PDS sind eben nicht Stimmen für die Fortsetzung der Kohl-Politik, weder unter Kanzler Kohl noch unter einem Kanzler Scharping«. Unter den gegenwärtigen Bedingungen sei eine konstruktive und konsequente Opposition der PDS notweniger denn je, »um zumindest die in der jüngsten Zeit fast unaufhaltsame Abkehr der SPD selbst von traditionellen sozialdemokratischen Positionen zu bremsen«. (Gegen eine Politik des »Weiter so«, aus der Rede Gregor Gysis auf der 3. Tagung des 3. Parteitages der PDS. In: DISPUT. (1994)6. S. 8.)

13. März

Bei den Wahlen in Niedersachsen erreicht die SPD ihr Ziel nicht, die absolute Mehrheit zu erringen. Mit 44,3% der abgegebenen Stimmen bleibt sie jedoch stärkste Partei, gefolgt von der CDU mit 36,4%.

14. März

Der SPD-Vorsitzende *Rudolf Scharping* führt in einem Interview aus: »Keine der radikalen Parteien, weder die PDS noch die Republikaner, ist für die SPD ein Partner.« (»Neues Deutschland« vom 14. März 1994. S. 10.)
DOKUMENT 1

18. März

Die SPD legt den Diskussionsentwurf ihres Regierungsprogramms vor.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen in der SPD (*Jusos*), *Thomas Westphal*, erklärt in einem Interview mit dem »Neuen Deutschland«: »Ich bleibe dabei, daß man sich nicht in Abgrenzungsneurosen begeben darf. Das betrifft die Jugendverbände aller Parteien. Zu ihnen steht man natürlich in einer Konkurrenz, weil man möchte, daß der eigene Verband interessanter und attraktiver ist. Und es gibt da Diskussionen, was man mit der PDS anfänge. Aber in der Zusammenarbeit in politischen Bündnissen, wo man politische Ziele verfolgt, mache ich fest, welche Gemeinsamkeiten es gibt. Es wäre Quatsch zu sagen, ich bin nicht mehr für diese oder jene Position, weil die PDS dafür ist. Ich teile die Position Günter Gaus', daß es zur europäischen Normalität gehört, daß es eine linke Partei neben der Sozialdemokratie gibt.« (»Neues Deutschland« vom 18. März 1994. S. 3.)

19./20. März

Der Diskussionsentwurf des Regierungsprogramms

der SPD-Führung stößt auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten auf breite Ablehnung.

20. März

Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein verliert die SPD 3,4% an Stimmen, bleibt aber mit 39,5% stärkste politische Kraft. Die CDU verliert 3,8%.

28. März

Gottfried Domel, Initiator der Sozialdemokratischen Plattform in der sächsischen PDS bemerkt zur SPD: »Was die Sozialdemokratie ursprünglich wollte, verdient nicht, in der heutigen sozialdemokratischen Volkspartei untergebuttert zu werden.« (»Neues Deutschland« vom 28. März 1994. S. 5.)

26. April

Die SPD-Landesgeschäftsführer von Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verabschieden ein gemeinsames Arbeitspapier, die »28 Thesen zum selbstbewußten Umgang mit der PDS«.
DOKUMENT 2

28. April

Im »Neuen Deutschland« werden die 28 SPD-Thesen zum Umgang mit der PDS publiziert. Nachstehend wird eine Replik von *Horst Dietzel* und *Wolfgang Gehrcke* auf diese Thesen unter der Überschrift »Das fehlende SPD-Selbstbewußtsein« abgedruckt.
DOKUMENT 3

2. Mai

Die »Leipziger Volkszeitung« zitiert aus der Rede *Gregor Gysi* zum Auftakt des bundesweiten Wahlkampfes in Leipzig: »Sowohl die Grünen als auch die SPD haben über uns Papiere verfaßt. Wir sind wer! Die SPD hat sogar 28 Thesen niedergeschrieben. Soviel würde mir zu dieser Partei gar nicht einfallen.« (»Leipziger Volkszeitung« vom 2. Mai 1994. S. 3.)

3. Mai

Im einem vom »Neuen Deutschland« verbreiteten Interview erklärt *Lothar Bisky* auf die Frage, welchen Einfluß die »Anti-PDS-Thesen« der SPD auf sein Verhältnis zum brandenburgischen Ministerpräsidenten *Manfred Stolpe* habe: »Die Thesen sind ja nicht von Stolpe. Ich überbewerte sie nicht. Bei der SPD, zumindest in Brandenburg gibt es übrigens eine Art Arbeitsteilung. Stolpe, auch ein paar andere, sind da etwas zurückhaltender als etwa der Landesvorsitzende. Es wird also in zwei Sprachen geredet, vielleicht auch gedacht.« (»Neues Deutschland« vom 3. Mai. 1994. S. 12.)

9. Mai

Unter der Überschrift »Ich habe meinen Kopf«, veröffentlicht der »Spiegel« ein Interview mit *Rudolf Scharping*. Auf die Frage nach den Siegeschancen für die SPD antwortet er: »Die Chancen der SPD steigen eher.« Das Verhältnis zwischen SPD und PDS spiele unter diesem Blickwinkel keine Rolle. (»Der Spiegel«, Nr. 19, 1994. S. 25ff.)

Mitte Mai

Umfragen zu den Wahlen ergeben, daß die SPD ihren Vorsprung zur Regierungskoalition verliert. Die Verluste kommen im Westen den Grünen zugute, im Osten der PDS.

23. Mai

Zum Fall *Manfred Uschner*, ehemaliger Mitarbeiter *Hermann Axens* im ZK der SED, berichtet der »Spiegel«, daß seinem Wunsch, SPD-Mitglied zu werden, noch immer nicht nachgekommen sei. Zu den Kontakten von SPD-Politikern zu ehemaligen SED-Mitgliedern heißt es: »Zwar betonen die SPD-Oberen in Bonn und Berlin immer, die Partei wolle Ex-SEDler nicht gezielt anwerben. Seit Jahren aber halten SPD-Spitzenpolitiker wie Wolfgang Thierse oder der Chef des Berliner Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung, Axel Schmidt-Goedelitz, intensive Kontakte zu früheren Einheitssozialisten.« (»Der Spiegel«, Nr. 21, 1994. S. 47.)

12. Juni

Bei den Europawahlen können CDU und CSU gegenüber 1989 leichte Gewinne erzielen (plus 1%), die SPD mußte Verluste hinnehmen (minus 5,1%). Die PDS kam Bundesweit erstmals auf 4,7%.

Bei den Kommunalwahlen erhält die SPD in Mecklenburg-Vorpommern 25,6% der Wählerstimmen (die PDS 24,3%), in Sachsen 21,6% (die PDS 16,3%), in Sachsen-Anhalt 29,7% (die PDS 18,2%) und in Thüringen 26,1% (die PDS 15,7%).

Im »Neuen Deutschland« wird zu dem Ergebnis der Europawahlen festgestellt: »Wären gestern Bundestagswahlen – das Ergebnis hätte kaum fataler ausfallen können: Die Regierungsparteien gingen der Mehrheit verlustig. [...] Die Oppositionsparteien sind bei fortdauernder Ausgrenzung der PDS aber auch nicht mehrheitsfähig.« Weiter heißt es zum guten Abschneiden der PDS: »Eine Stimme für die Partei links von der SPD muß nicht mehr als verlorene Stimme angesehen werden.« (»Neues Deutschland« vom 14. Juni 1994. S. 3.)

Auf die Frage, ob die PDS nur eine radikalere Variante der SPD sei, erläutert *Lothar Bisky*: »Keineswegs. Wir haben Politikfelder, auf denen wir uns sehr deutlich inhaltlich von der SPD unterscheiden. Etwa bei Out-of-area-Einsätzen der Bundeswehr, beim Paragraphen 218, in unserer Haltung zur Asylproblematik und einer Reihe auch sozialpolitischer Fragen. Insofern ist der Versuch der SPD, unentwegt zu betonen, wir seien eigentlich Sozialdemokraten, seit langem hinfällig. Genau deshalb werden wir neben der SPD gewählt.« (»junge Welt« vom 14. Juni 1994.)

15. Juni:

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, *Uwe Küster*, plädiert für eine »weiche« Linie gegenüber der PDS. Die »Todschlags-Argumentation« solle man der CDU überlassen. *Küster* meint: »Eine Stigmatisierung der PDS-Mitglieder als Ewiggestrige wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit kontraproduktiv.« (»Leipziger Volkszeitung« vom 15. Juni 1994.)

16. Juni

Friedrich Schorlemmer (SPD) schreibt in »Die Woche«: »Die Symbolfiguren der PDS wie Gregor Gysi und Lothar Bisky haben sich als demokratische Sozialisten profiliert.« Die PDS stelle gegenwärtig keine »linksextreme Partei dar, die platt mit Rechtsextremen zu vergleichen ist. Solange die PDS sich an die demokratischen Spielregeln hält, werden Demokraten mit ihr streiten müssen und mit sachlichen Leuten auch sachlich arbeiten. Eine Zusammenarbeit vor Ort in Sachfragen wird unumgänglich. Die SPD ist aber in einer nicht beneidenswerten Lage. Sie würde in der Luft zerrissen werden, wenn sie sich der PDS nähert. Da wittert man sogleich Volksfront, und vielen SPD-Wählern würde ein Zusammengehen kaum vermittelbar sein. Andererseits wäre es absurd, die PDS als Hauptgegner zu erklären.« (»Die Woche« vom 16. Juni. 1994. S. 6.)

Wolfgang Thierse, stellvertretender Vorsitzender der SPD, bekräftigt, daß Koalitionen mit der PDS für ihn nicht in Frage kommen. Im Hinblick auf die bevorstehenden Stichwahlen in mehreren ostdeutschen Kommunen schlägt er den anderen Parteien vor, gegenseitig ihre Bewerber zu unterstützen, sofern sie einem PDS-Kandidaten gegenüberstehen. (»Die Welt« vom 16. Juni 1994.)

Nach einem möglichen Bündnis mit der PDS oder mit der CDU in Sachsen-Anhalt, erklärt *Reinhard Höppner* (SPD), daß es nach den Landtagswahlen am 26. Juni keinen Koalitionsvertrag mit der PDS geben könne. Sie sei in ihrem Kern eine »alte Kaderpartei« und eine Koalition mit ihr würde »in Deutschland niemand verstehen«. Mit der CDU könne man reden und versuchen, ein Konzept zu finden, daß beide Parteien vertreten können. (»Die Woche« vom 16. Juni 1994. S. 6.)

17. Juni

Der Ministerpräsident Thüringens, *Bernhard Vogel* (CDU) fordert die thüringische SPD zu einem Anti-PDS-Bündnis auf.

An die Adresse der SPD gerichtet, heißt es in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«: »Es wäre zu wünschen, daß die SPD aus diesen Kommunalwahlen nicht nur den Schluß zöge: die PDS stört, sondern; wie konkret und wie konsequent muß Opposition sein, damit sie das Wahlvolk überzeugt.« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 17. Juni 1994. S. 5.)

Für *Thomas Krüger*, Berliner Jugendsenator der SPD kann eine Zusammenarbeit seiner Partei mit der PDS im Osten die Gefahr der Vereinnahmung von Sozialdemokraten durch die PDS mit sich bringen.

DOKUMENT 4

20. Juni

In der »Leipziger Volkszeitung« wird zu den wahltaktischen Überlegungen der SPD in Sachsen unter anderem ausgeführt: »Zwar ist es den Sozialdemokraten nach internen Erhebungen gelungen, durch Kunckels moderaten Umgang mit CDU-Premier Kurt Biedenkopf Stimmen von der CDU zur SPD zu ziehen, in gleicher Höhe aber haben die Sozialdemokraten an die PDS verloren. Diese Stimmen ließen sich nicht zurückgewinnen, da ist man sich in der Parteiführung sicher, wenn

»die SPD jetzt auf Schmusekurs zur Regierung geht.«
(»Leipziger Volkszeitung« vom 20. Juni 1994. S. 4.)

Rolf Reißig gegenüber dem »Spielgel« zu den Chancen der SPD, der PDS Stimmen abzugeben: »Im laufenden Superwahljahr ist die Chance minimal. Das liegt aber nicht an der Stärke der PDS, sondern an der strategischen Schwäche der SPD in den neuen Bundesländern. Die Sozialdemokraten sind heute eigenartigerweise längst nicht mehr so populär, wie sie das in der DDR-Bevölkerung waren.« Die Abschottung der SPD gegenüber »reformwilligen Einheitssozialisten« sei ein großer Fehler gewesen. (»Der Spiegel«, Nr. 25, 1994. S. 27.)

Die »Leipziger Volkszeitung« bemerkt zum Verhältnis zwischen SPD und PDS in Sachsen: Die Losung des SPD-Chefs in Sachsen, *Karl-Heinz Kunckel*, eine schärfere Gangart gegen die PDS einzuschlagen, werde im Freistaat unterlaufen. »Draußen im Lande setzen Sozialdemokraten längst auf linke Zusammenarbeit. Die von Kunckel wegen »ihrer populistischen Parolen« ins Abseits gestellte PDS wird als willkommener Mehrheitsbeschaffer akzeptiert.« (»Leipziger Volkszeitung« vom 20. Juni 1994. S. 4.)

22. Juni

Rudolf Scharping erklärt in seiner Rede auf dem Wahlparteitag in Halle/S. zur PDS, diese sei erst durch die Politik der CDU gestärkt worden und führt dann aus: »Ich weiß, es gibt Menschen in Deutschland, die hoffen, mit ihrer Stimme für die PDS etwas verändern zu können. Ich kann die Gründe für Protest nachvollziehen, und wer wollte bestreiten: Protest ist legitim in der Demokratie und hier und da notwendig. Aber bei Wahlen nutzt der Protest alleine nichts, es muß der feste Wille zur neuen Gestaltung, zur Veränderung, zur Verbesserung hinzukommen. [...] Und wer glaubt, daß sich in Deutschland irgend etwas verändern und verbessern läßt mit der PDS, der ist auf dem Holzweg, das wird nicht geschehen – hilft der sozialen Demokratie, also der Sozialdemokratie!« (Rudolf Scharping: Für den demokratischen Wechsl. Hrsg. vom Vorstand der SPD. Bonn 1994. S. 9.)

Rudolf Scharping wiederholt in einem Interview mit der »Leipziger Volkszeitung«, daß derjenige, der eine Wende in der Politik wolle, die SPD, nicht aber die PDS wählen solle. *Scharping*: »Aber Politik heißt verändern, kein festhalten. Das geht nur mit der SPD – mit der PDS als Partei wird niemand zusammenarbeiten.« (»Leipziger Volkszeitung« vom 22. Juni 1994. S. 3.)

Das »Neue Deutschland« publiziert ein Streitgespräch zwischen dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden *Wolfgang Thierse* und dem Bundestagskandidaten der Linken Liste/PDS *Gerhard Zwerenz* (parteilos).

DOKUMENT 5

23. Juni

In einer vom »Neuen Deutschland« veröffentlichten Wahlanalyse des Wahlkampfleiters der PDS wird konstatiert, die PDS sei »kein Auslaufmodell«, habe aber das Ziel, bei den Europawahlen, die 5-Prozent-Hürde zu überspringen, nicht geschafft. »Die 5-Prozent-Hürde bewirkt psychologisch und politisch zusammen mit den entsprechenden Kampagnen der Medien sowie von SPD

und Bündnis 90/DieGrünen, daß potentielle linke Wählerinnen und Wähler das »kleinere Übel« wählen, weil sie fürchten, ihre Stimme für die PDS sei »verloren.« (»Neues Deutschland« vom 23. Juni 1994. S. 8.)

Bayerns Innenminister *Günther Beckstein* (CSU) fordert: »Die Republikaner muß man gewinnen, die PDS verbieten.« (»Neues Deutschland« vom 23. Juni 1994. S. 3.)

Laut einer Forsa-Umfrage findet ein Viertel die PDS für koalitionswürdig. Im Osten seien dies 49% der Befragten und im Westen 19%.

24. Juni

»Die Zeit« bringt einen Artikel von *Klaus Hartung* mit der Überschrift: »Sozis im Dilemma. Die SPD findet keinen Weg, der Konkurrenz von links zu entgehen.«
DOKUMENT 6

26. Juni

In Sachsen-Anhalt finden vorgezogene Landtagswahlen statt. SPD und PDS haben gegenüber den Landtagswahlen von 1990 leichte Gewinne zu verzeichnen. Die SPD erhält 34,4% der Wählerstimmen (1990 26% und die PDS 19,9% (1990 12%).

27. Juni

Horst-Dieter Brähming wird als erster PDS-Bürgermeister einer bundesdeutschen Stadt in Hoyerswerda gewählt.

Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* ruft die demokratischen Parteien dazu auf, keine Ausgrenzungspolitik gegenüber den Wählern der PDS zu betreiben. Er empfiehlt, sie zu fragen, warum sie PDS wählen, statt von außen darüber zu spekulieren. Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion unterstreicht, daß die PDS für die SPD Gegner und niemals ein Partner sei. (»Sächsische Zeitung« vom 27. Juni 1994.)

CDU-Generalsekretär *Peter Hintze* verdeutlicht, daß »jede Art von Zusammenarbeit mit der PDS eine Torheit, ein Verstoß gegen den CDU-Parteitagbeschuß und parteischädigendes Verhalten« ist und zum Ausschluß aus der CDU führen müsse. (»Süddeutsche Zeitung« vom 27. Juni 1994.)

28. Juni

Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« berichtet: »Für die demokratischen Parteien tut sich da ein Dilemma auf: eine sich als »ausgegrenzt« ausgehende PDS könnte blühen und wachsen, ein Eingehen auf die PDS würde die Partei seriös werden lassen. Bei der SPD sind schon, das verdient Aufmerksamkeit, Wendungen zu hören wie die, man sollte zwar mit der Partei PDS nicht spielen, dürfe aber ihre Wähler nicht »ausgrenzen«. Das geht nicht, mit Wählern muß man rechnen.« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 28. Juni 1994. S. 1.)

29. Juni

Im »Neuen Deutschland« erscheint der Beschluß des Parteivorstandes der PDS zur Vorbereitung der Bundestags- und Landtagswahlen. Darin heißt es: »Die Wahl der PDS ist jedoch mehr als die Wahl eines – dringend erforderlichen – Regierungswechsels, sie ist die Wahl

einer alternativen Politik und richtet sich gegen die konservative Hegemonie, die inzwischen bis in die SPD hineinreicht.« (»Neues Deutschland« vom 29. Juni 1994. S. 5.)

30. Juni

Laut einer infas-Umfrage meinen in Ostdeutschland 68% der Befragten, die PDS sei eine demokratische Partei, in Westdeutschland hingegen nur 22%.

Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« verbreitet einen Kommentar zum Thema »Volksfront« zwischen SPD und PDS und stellt fest: »Daß linkes Blockfühlen bis weit in die SPD hinein mehr zählt als die Gemeinsamkeit der Demokraten, kann man in Berlin und anderswo vielfach studieren. [...] Immer konnte hier die PDS ihren Standpunkt weit oder ganz durchsetzen, weil eine mächtige SPD-Linke mit ihr übereinstimmt. In Berlin agiert in solchen Angelegenheiten eine verschleierte Sperr-Majorität – bald vielleicht auch in mehreren neuen Bundesländern, möglicherweise gar der-einst im Bundestag.« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 30. Juni 1994. S. 1.)

Gregor Gysi, Chef der PDS-Bundestagsgruppe, bekräftigt gegenüber der »Berliner Zeitung« das Bestreben seiner Partei, eine Mehrheit links von der CDU zu suchen. »Wir haben gesagt, wir sind bereit, einen SPD-Kanzler zu wählen«. Die SPD ließe sich allerdings von der CDU disziplinieren und denke nicht einmal ernsthaft über eine Mehrheit links von der CDU nach. (»Berliner Zeitung« vom 30. Juni. 1994.)

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende, *Wolfgang Thierse*, schließt in einem Interview Koalitionen, Bündnisse und Tolerierungsabkommen mit der PDS aus und unterstellt dieser Partei, gemeinsam mit der CDU linke Reformprojekte zu verhindern.

DOKUMENT 7

Anfang Juli

Nach Auffassung *Joachim Raschkes* steht *Rudolf Scharping* für einen Kurswechsel der SPD von »Mitte-Links nach Mitte-Rechts«. Innerhalb der SPD stehe er für einen Zwang zur Geschlossenheit und einer Reduzierung von Alternativen. Mit ihm seien zwar noch Reformen zu machen, aber die SPD habe aufgehört, eine Reformpartei zu sein. (J. Raschke: Auf dem Weg zur Minimalpartei. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 7, 1994. S. 800ff)

1. Juli

Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) führt gegenüber dem »Neuen Deutschland« aus, die PDS bringe Helmut Kohl die Mehrheit und wirke ungewollt CDU-stabilisierend. Es wäre falsch, den Reformkräften innerhalb der Partei einen Bruch zur SED nicht zuzutrauen. »Ich sehe«, so Fischer, »in der PDS keine Schmuttelkinder, sondern ich sehe in der PDS eine Sammlungspartei in Ostdeutschland, wo Neues und sehr viel Altes zusammengeht. Für Sachsen-Anhalt sei die »sauberste Lösung« eine Koalition von SPD und PDS. (»Neues Deutschland« vom 1. Juli 1994. S. 3.)

2./3. Juli

Die CSU eröffnet ihren Wahlkampf zu den Landtags-

und Bundestagswahlen mit dem Vorwurf an die SPD, sie gehe zur PDS auf »Volksfront-Kurs«. *Edmund Stoiber* erklärt die PDS zur »deutschen Schande«. *Theo Waigel* sieht in der SPD einen »Handlanger der Salonbolschewisten«. (»Neue Zeit« vom 4. Juli 1994. S. 1/2.)

3. Juli:

Die Bonner Koalitionsparteien CDU, CSU und FDP protestieren gegen die Absicht der SPD, an der Rot-Grünen Minderheitsregierung festzuhalten. *Reinhard Höppner* kann in Sachsen-Anhalt nur mit aktiver Unterstützung der PDS zum Regierungschef gewählt werden. Nach den Landtagswahlen hatten die CDU 37, die SPD 36, die PDS 26 und Bündnis 90/Die Grünen fünf Mandate im neuen Landtag erhalten. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 4. Juli 1994. S. 1.)

5. Juli

Petra Sitte, Spitzenkandidatin der PDS in Sachsen-Anhalt, hält an den Bestrebungen fest, auch nach der Ablehnung des Tolerierungsangebotes durch die SPD, eine CDU-Regierung in Magdeburg zu verhindern.

DOKUMENT 8

6. Juli

Der Vorsitzende des SPD-Parteirates und Landesvorsitzender der SPD in Mecklenburg-Vorpommern *Harald Ringstorff* äußert sich gegenüber dem »Neuen Deutschland« positiv über die Kommunalpolitik der PDS. Er schließt eine Zusammenarbeit mit ihr nicht aus, macht dies aber davon abhängig, daß sich die PDS von ihrer Kommunistischen Plattform und ihren »stalinistischen Altkadern« trennt.

DOKUMENT 9

8. Juli

Der brandenburgische Landtagspräsident *Herbert Knoblich* (SPD) kritisiert die Auseinandersetzung seiner Partei mit der PDS als zu »oberflächlich«. Das »Unwohlsein« der Parteien gegenüber der PDS rühre vor allem daher, daß niemand genau wisse, wie mit ihr umzugehen sei. Eine Zusammenarbeit mit ihr könne er sich nicht vorstellen. (»Märkische Allgemeine« vom 8. Juli 1994. S. 3.)

9. Juli

Die »junge Welt« beobachtet eine leichte Kurskorrektur der SPD gegenüber der PDS. Der neue Kurs laute jetzt: »Wandel durch Annäherung [...] Aber noch hat der Tanker SPD seine volle Manövrierfähigkeit gegenüber der PDS nicht erreicht.« Zu lange habe die SPD selbst aktiv an dem Bild, daß die PDS des Teufels sei, mitgesteckt. Zudem sei der Handlungsspielraum der SPD durch die Volksfrontkampagne der CDU eingengt worden. Bei einer engen Zusammenarbeit mit der PDS drohe allerdings der rechte Rand der SPD wegzubrechen. (»junge Welt« vom 9. Juli 1994. S. 21.)

11. Juli

Die brandenburgische Sozialministerin *Regine Hildebrand* (SPD) warnt davor, die PDS weiter zu verteufeln. Diese Kampagne werde ihren Einfluß weiter stär-

ken. Sie bezeichnet die PDS als Hauptgegner der SPD. (»Süddeutsche Zeitung« vom 11. Juli 1994.)

»Der Spiegel« veröffentlicht eine Betrachtung von *Klaus von Dohnanyi* (SPD) über das »Magdeburger Modell« sowie ein Streitgespräch zwischen *Angelika Merkel* (CDU) und *Harald Ringstorff* (SPD) über PDS und SPD in Mecklenburg-Vorpommern. DOKUMENT 10/11

15. Juli

Der Historiker *Hermann Weber* stellt in der »Zeit« einen historischen Exkurs über den originären Volksfrontgedanken vor und wendet sich damit gegen dessen Verfälschung im laufenden Wahlkampf. DOKUMENT 12

Hinsichtlich der Suche nach alternativen wirtschaftspolitischen Konzepten, so eine in der »Zeit« veröffentlichte Analyse, näherte sich die PDS dem linken Spektrum der SPD an. (»Die Zeit« vom 15. Juli 1994. S. 17.)

Der ostdeutsche Theologe und SPD-Politiker *Richard Schröder* bezeichnet die PDS als »hemmungslos populistisch«. (»Die Zeit« vom 15. Juli 1994. S. 8.)

Niedersachsens Ministerpräsident *Gerhard Schröder* warnt vor einer Verteufelung der PDS. Er befürchte, laut »Leipziger Volkszeitung«, die PDS fasse sonst im Westen Fuß und werde »zu einer Kultpartei der jungen Leute«. (»Leipziger Volkszeitung« vom 15. Juli 1994. S. 2.)

Die »WirtschaftsWoche« publiziert einen Artikel *Richard Schröders* zur PDS. Er sieht im Wohlverhalten der PDS gegenüber der SPD-Regierung in Sachsen-Anhalt die Gefahr, Wählerstimmen im Westen zu verlieren.

DOKUMENT 13

»Neues Deutschland« veröffentlicht ein Interview mit *Wolfgang Thierse*. Er spricht sich zwar gegen eine Dämonisierung der PDS aus, betont aber zugleich, daß PDS-Wahlerfolge eindeutige, handlungsfähige Reformmehrheiten in der BRD verhindern.

DOKUMENT 14

16. Juli

Politiker von CDU und FDP aus den neuen Bundesländern ersuchen ihre Bonner Parteizentralen, ihre Wahlkampfstrategie gegen SPD und PDS nicht länger auf »Volksfront«-Vorwürfe aufzubauen. (»Fränkfurter Allgemeine Zeitung« vom 16. Juli 1994. S. 2.)

18. Juli

Erhard Eppler äußert sich im »Spiegel« über das »Magdeburger Modell« und das »fossile Ärgernis« PDS. DOKUMENT 15

20. Juli

Günter Verheugen erteilt der Idee, die Mitglieder seiner Partei zum Verhältnis der SPD zur PDS zu befragen, eine Abfuhr. Dazu bestehe kein Handlungsbedarf. Eine Zusammenarbeit mit der PDS werde es nicht geben. (»Neues Deutschland« vom 20. Juli 1994. S. 5.)

Reinhard Höppner (SPD) nimmt gegenüber der »Frankfurter Rundschau« zum Vorwurf Stellung, er

würde die »kommunistische PDS« hoffähig machen, falls er sich als Ministerpräsident von ihr tolerieren ließe. DOKUMENT 16

22. Juli

Mit überwältigender Mehrheit billigt der Bundestag militärische Einsätze der Bundeswehr in Gebieten außerhalb des Territoriums von NATO-Mitgliedsstaaten. Von den sozialdemokratischen Abgeordneten enthielten sich 14 der Stimme, 32 von ihnen stimmten mit Nein. Die PDS-Gruppe votierte geschlossen dagegen.

23. Juli

PDS-Vorsitzender *Lothar Bisky* äußert sich in einem Interview zur Tolerierungspolitik und zum Oppositionsverständnis seiner Partei. DOKUMENT 17

Unter der Fragestellung »Tolerieren, Opponieren, Koalieren?« veranstaltet die Berliner PDS ein Hearing. Der Fraktionsvorsitzende im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, *Johannes Scheringer*, meint, die Unterstützung von SPD-Landräten und -Bürgermeistern habe dazu beigetragen, den Einfluß der CDU zurückzudrängen, so daß die SPD jetzt über eine Minderheitsregierung in Mecklenburg-Vorpommern nachdenken könne. Der parlamentarische Geschäftsführer der brandenburgischen PDS-Fraktion betont, daß eine Zusammenarbeit mit der PDS nicht zu einem Nulltarif zu haben sei. Auch *Harald Wolf*, der für die PDS im Berliner Abgeordnetenhaus sitzt, warnt davor, sich von der SPD ein Stillhalteabkommen aufzwingen zu lassen. Der stellvertretende Vorsitzende der PDS, *Wolfgang Gehrcke*, plädiert für eine aktive Unterstützung möglicher SPD-Regierungen. Die Frage für die PDS sei, soll sie sich an der Staatsmacht beteiligen oder den konsequenten Ausbau einer gesellschaftlichen Gegenmacht vorantreiben? (»Neues Deutschland« vom 25. Juli 1994. S. 5.)

29. Juli

Robert Leicht kommentiert die Auswirkungen der von der PDS tolerierten Rot-Grünen Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt für die Bundestagswahl. DOKUMENT 18

Ende Juli

Laut einer Forsa-Umfrage habe die »Rote-Socken«-Kampagne von CDU-Generalsekretär *Peter Hintze* gegen die SPD erste Erfolge gebracht. Die SPD sei in der Wählergunst gefallen, die CDU hingegen gestiegen.

Anfang August

Die Zeitschrift »Die Neue Gesellschaft«, die von der SPD nahen Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben wird, veröffentlicht einen Artikel von *Patrick Moreau*, in dem er vor der PDS als linksextremistischer Partei, die dem Kommunismus nicht abgeschworen habe, warnt. Er empfiehlt: »Die deutsche Demokratie sollte ihren antiautoritären Konsens erneuern und neben der rechtsextremen auch die reale linksextreme Gefahr wahrnehmen. (Die Neue Gesellschaft. Heft 8, 1994. S. 705.)

Für *Tilman Fichter*, Berliner SPD-Vorstandsmitglied, stehe eine kritische Auseinandersetzung mit der PDS auf der Tagesordnung. »Die bisher vorherrschende Sprachregelung der Koexistenzpolitik bedarf«, so *Fichter*, »dringend einer Korrektur«. (Ebenda. S. 715.)

1. August

In einer im »Spiegel« veröffentlichten Wahlkampf-betrachtung wird festgestellt, daß die CDU die PDS im Kampf gegen die Sozialdemokraten instrumentalisieren. Die Unterschiede zwischen CDU und SPD seien »bis zur Austauschbarkeit« verwischt, wird als Begründung angegeben. Die antikommunistische Propaganda habe aber nur im Westen den erwarteten Erfolg. (»Der Spiegel« Nr. 31, 1994. S. 22ff.)

In einem »Spiegel«-Interview nimmt *Gregor Gysi* zu den Angriffen auf die PDS Stellung.

DOKUMENT 19

»Neues Deutschland« dokumentiert den Brief des Vorsitzenden der CDU /CSU-Bundestagsfraktion *Wolfgang Schäuble*, in dem dieser die SPD wegen ihres Verhältnisses zur PDS angreift und vor einer »Heimsuchung« durch ein Linksbündnis warnt.

DOKUMENT 20

2. August

Gerhard Zwerenz, Bundestagskandidat auf der offenen Liste der PDS, legt die Gründe seiner Kandidatur für die PDS dar. Sie stehen stellvertretend für alle ehemaligen SPD-Mitglieder bzw. -Sympathisanten, die sich der PDS zugewandt haben.

DOKUMENT 21

Michael Müller, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Leipzig-Mitte, wendet sich in einem »Offenen Brief an alle Mitglieder der SPD und PDS in Deutschland«.

DOKUMENT 22

5. August

Einer in der »Zeit« veröffentlichten Wahlrendanalyse zufolge, hat die SPD im Juli gegenüber dem Vormonat Mai 8% der Wählerstimmen eingebüßt, für die PDS wurden erstmals vier Prozent der Wählerstimmen ermittelt. (»Die Zeit« vom 5. August 1994. S. 8.)

6. August

Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« gibt eine Betrachtung *Egon Bahrs* zum Verhältnis zwischen SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen wieder. Bahr spricht sich darin für eine Aussöhnung zur Vollendung der inneren Einheit aus, die Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung 1990 bereits gefordert hatte.

DOKUMENT 23

Die SPD Sachsens eröffnet in Chemnitz ihren Wahlkampf zur Landtagswahl am 11. September. SPD-Chef *Karl-Heinz Kunckel* kündigt ein Parteiverfahren gegen den Bundestagskandidaten *Michael Müller* aus Leipzig an, der sich in einem »Offenen Brief« für eine Zusammenarbeit mit der PDS aussprach. *Michael Müller* werden bis zur Entscheidung über einen Parteaus-

schluß die Mitgliedsrechte entzogen. (»Leipziger Volkszeitung« vom 8. August 1994.)

9. August

Der Dresdener Landtagskandidat der SPD, *Uwe Eckart Böttger*, erklärt: »Wenn die PDS bereit ist, nicht populistisch, sondern ebenfalls konstruktiv gegen den Abbau sozialer Rechte in Sachsen anzukämpfen, sind verschiedene Formen der parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS denkbar.« (»junge Welt« vom 9. August 1994. S. 6.)

»Neues Deutschland« druckt eine Stellungnahme von *Joachim Bischoff* und *Michael Schumann* zum Verhältnis zwischen SPD und PDS ab.

DOKUMENT 24

11. August

Die ostdeutschen Landes- und Fraktionschefs der SPD verabschieden in der sächsischen Hauptstadt ein Positionspapier zum Umgang mit der PDS, die »Dresdner Erklärung der SPD: Die Chancen der Einheit endlich nutzen«.

DOKUMENT 25

12. August

Thomas Kuczynski kritisiert das Bestreben der SPD, eine »neue nationale Front« rechts von der PDS zu formieren, um zu verhindern, daß die PDS über drei Direktmandate in den Bundestag ziehen kann, und meint, dies schade nicht der PDS, sondern der SPD selbst. Wenn die SPD die absolute Mehrheit der CDU/CSU verhindern wolle, »so muß sie sich im Wahlkampf ein ganz anderes Betätigungsfeld suchen als die jetzigen PDS-Wählerinnen und -Wähler, nämlich die »Partei der Nichtwähler«. Damit, so *Kuczynski*, würde die SPD der Demokratie einen Dienst erweisen. (»Freitag« vom 12. August 1994. S. 5.)

13. August

Hans Modrow (PDS) gibt eine erste Erklärung zum Dresdener Positionspapier der SPD ab, die im »Neuen Deutschland« veröffentlicht wird.

DOKUMENT 26

14. August

Peer Horsching, Vorsitzender der sächsischen Jungsozialisten wendet sich gegen eine Kriminalisierung der PDS und ihrer Mitglieder. Seiner Ansicht nach dürfe sich die SPD einer Zusammenarbeit mit der PDS nicht verschließen, wenn sozialdemokratische Ziele verwirklicht werden sollen. (»Leipziger Volkszeitung« vom 15. August 1994.)

15. August

Ein »Spiegel«-Beitrag thematisiert die gegensätzlichen Standpunkte innerhalb der SPD zum Verhältnis der Sozialdemokraten zur PDS.

DOKUMENT 27

Dem Leipziger Pfarrer *Michael Müller* (SPD) wird auf einer Wahlkreis-konferenz sein bisheriges Direktmandat für die Bundestagswahl entzogen, weil er mehr-

fach für eine vereinigte Linke plädierte, die neben der SPD auch die PDS umfassen solle. (»Neues Deutschland« vom 17. August 1994. S. 5.)

Mitte August

Helmut Kohl bezeichnet die PDS auf seiner Wahlkampftour im Osten Deutschlands wiederholt als »rotlackierte Faschisten«. Damit greift er Worte des ehemaligen SPD-Vorsitzenden *Kurt Schumacher* auf, die dieser in seiner Rede am 30. März 1930 auf einer Reichsbanner-Konferenz in Eßlingen zur Titulierung der KPD gebrauchte.

19. August

Laut SPD-Bundesgeschäftsführer *Günter Verheugen* lehne die SPD Absprachen mit der CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zur Verhinderung von PDS-Mehrheiten bei den Bundestagswahlen ab. Damit reagiert er auf Überlegungen *Joschka Fischers* (Bündnis 90/Die Grünen), daß Kanzler Kohl samt Koalition im Bundestag keine Mehrheit hätte, wenn die PDS nicht in den Bundestag einzöge. Auch *Ludger Vollmer* (Bündnis 90/Die Grünen) verwirft Fischers Überlegungen als »absurden Unsinn«. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« und »Leipziger Volkszeitung« vom 19. August 1994.)

20. August

Gregor Gysi weist in einem Interview den Vorwurf der SPD, daß PDS-Wähler indirekt Helmut Kohl wählen, zurück.

DOKUMENT 28

21. August

Auf einer Klausurtagung der 32 PDS-Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl in Bad Münstereifel wird die Spekulation des SPD-Kanzlerkandidaten *Rudolf Scharping*, der Versuch einer rot-grünen Regierung nach den Wahlen am 16. Oktober könne scheitern, zurückgewiesen. Die PDS werde einer solchen Regierung nicht im Wege stehen. (»Freitag« vom 22. August 1994. S. 5.)

23. August

Eine Gruppe sozialdemokratischer Politiker aus Ostdeutschland und aus dem westdeutschen Gewerkschaftslager warnen vor einer Zusammenarbeit mit der PDS. Die SPD-Gründungsmitglieder in der ehemaligen DDR, *Stefan Hilsberg* und *Gutzeit*, verbreiten einen Appell unter dem Titel »Für ein klares Nein zur PDS«. Darin heißt es: »Die PDS ist eine post-totalitäre Partei, die ihre totalitäre Vergangenheit weniger aufarbeitet als verleugnet. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 24. August 1994. S. 2.)

25. August

PDS-Abgeordnete des Brandenburger Landtages nehmen Stellung zur »Dresdner Erklärung« der ostdeutschen Fraktions- und Landesvorsitzenden der SPD.

DOKUMENT 29

26. August

Die SPD führt eine Podiumsdiskussion unter dem Thema »Auslaufmodell PDS – eine Standortbestimmung«

durch. Die SPD-Bundestagsabgeordnete *Angelika Barbe* schärft zum Feindbild PDS ein: »Wir müssen uns den Vorstand der PDS ansehen, all diese Leute aus dem Kommunistischen Bund, der DKP, die Trotzlisten und kommunistische Plattform, und aufdecken was da ist.« Diese Empfehlung stößt bei den Teilnehmern auf breite Skepsis. Das Fazit der Veranstaltung: Die Schwäche der SPD ist eine Stärke der PDS. (»Neues Deutschland« vom 29. August 1994. S. 5.)

Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Vorsitzender der PDS, teilt mit, seine Partei würde im Bundestag für SPD-Chef Scharping stimmen, falls dieser als Kanzlerkandidat antreten sollte. Dies sei unabhängig davon, ob er es wolle oder nicht. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 27. August 1994. S. 1.)

27. August

André Brie, PDS-Wahlkampfleiter, versichert gegenüber dem »Neuen Deutschland«: »Wir bekämpfen die SPD nicht, sehen aber, daß sie das links-sozialistische Spektrum freigegeben hat.« (»Neues Deutschland« vom 27./28. August 1994. S. 3.)

27./28. August

Der PDS-Vorsitzende *Lothar Bisky* polemisiert auf dem Wahlkongreß seiner Partei gegen die Gleichsetzung von SED und NSDAP, PDS und Faschisten.

DOKUMENT 30

Anfang September

Der langjährige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (1974 bis 1980) *Rudolf Wassermann* sieht für das politische Spektrum links von der SPD folgende Perspektive: »Nachdem das Prinzip der antitotalitären Demokratie schon in den letzten Jahren durchlöchert worden war (man denke an die Kampagnen gegen die sogenannten Berufsverbote), wird es nun vollends preisgegeben. An seine Stelle tritt eine Politik, die mit aller Schärfe gegen rechts vorgeht, aber extreme Linke toleriert, ja ihr sogar das Ansehen einer politikfähigen Partei verschafft. Es scheint, wenn sich die derzeitigen Trends fortsetzen, nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis ein linkes Lager formiert ist, das die SPD, die Grünen und die PDS umfaßt.« (Mut. Forum für Kultur, Politik und Geschichte. Nr. 325, 1994. S. 15f.)

Jürgen Reusch meint, die SPD sei daran interessiert, die PDS »längerfristig durch Integration überflüssig zu machen«. (Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung. Nr. 19, 1994. S. 10.)

1. September

Michael Müller (SPD) begründet im »Neuen Deutschland« seinen Vorschlag, mit der PDS zusammenzuarbeiten.

DOKUMENT 31

2./3. September

Der CSU-Vorsitzende *Theo Waigel* führt in seiner Rede auf dem CDU-Parteitag aus: Die SPD sei zu einer »Volksfront mit den politischen Erben der SED bereit«. Dies sei »der schlimmste Bruch, den die SPD in ihrer

mehr als 100jährigen Geschichte mit ihrer Identität vollzieht« und »eine Schande für die SPD« und »eine Schande für die Demokratie in Deutschland«. (»Bayernkurier« vom 10. September 1994. S. 18.)

5. September

Der Berater des SPD-Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping, *Jens Reich*, erklärt gegenüber dem »Spiegel«, daß er »eine aggressive Ausgrenzungspolitik und einen scharf polarisierten Wahlkampf gegenüber der PDS für kontraproduktiv« halte. (»Der Spiegel« Nr. 36, 1994. S. 24.)

7. September

Der SPD-Fraktionsvorsitzende *Hans-Ulrich Klose* verkündet im Bundestag, die SPD begehe nicht den Fehler, die PDS Wähler zu stigmatisieren, obwohl die PDS der Gegner der SPD auch nach den Wahlen bleiben werde. Es sei nicht bewiesen, daß die PDS eine kommunistische Partei ist. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 8. September 1994. S. 9.)

10. September

Stefan Heym, Bundestagskandidat auf der offenen Liste der PDS, nennt als einen Grund, warum er nicht bei der SPD angeklopft habe: »Das ist nicht die SPD, die ich kannte und respektierte, nicht einmal mehr die Partei Willy Brandts«. (»Neues Deutschland« vom 10./11. September 1994. S. 3.)

11. September

In Brandenburg und Sachsen finden Landtagswahlen statt:

Ergebnis der Landtagswahl in Brandenburg vom 11. Sept. 1994				
Partei	1994		1990	
	%	Mandate	%	Mandate
SPD	54,1	52	38,2	36
PDS	18,7	18	13,4	13
CDU	18,7	18	29,4	27
Bündnis 90/Die Grünen	2,9	-	9,2	6
FDP	2,2	-	6,6	6
Die Republikaner	1,1	-	1,2	-
Bürgerbündnis	1,0	-	-	-
Die Grauen	0,3	-	-	-
Freie Wähler	0,2	-	-	-
DSU	0,2	-	1,0	-
ÖDP	0,1	-	-	-
sonstige	0,4	-	0,9	-
Wahlbeteiligung	56,3	-	67,1	-

Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen vom 11. Sept. 1994				
Partei	1994		1990	
	%	Mandate	%	Mandate
CDU	58,1	77	53,8	92
SPD	16,6	22	19,1	32
PDS	16,5	21	10,2	17
Bündnis 90/Die Grünen	4,1	-	5,6	10
FDP	1,7	-	5,3	9
Die Republikaner	1,3	-	-	-
Neues Forum Sachsen	0,7	-	-	-
DSU	0,6	-	3,6	-
Soziale Politik Sachsen	0,4	-	-	-
Wahlbeteiligung	58,4	-	72,8	-

(Quelle: Meyers Jahresreport 1994. Mannheim, Leipzig [u. a.] 1994. S. [161].)

SPD-Kanzlerkandidat *Rudolf Scharping* weist die Ansicht des »Spiegels« zurück, Niedersachsens Ministerpräsident Schröder (SPD) habe Gregor Gysi angeboten, Wohnungsbauminister in einer SPD-Regierung zu werden. Laut »Spiegel« soll *Joschka Fischer* (Bündnis 90/Die Grünen) gefordert haben, Gysi als Minister für den Aufschwung Ost in eine Koalitionsregierung zu berufen. (»Neues Deutschland« vom 12. September 1994. S. 4.)

13. September

Sylvia-Yvonne Kaufmann (PDS) kommentiert in der »jungen Welt«, die SPD habe in den letzten vier Jahren versucht, eine »bessere CDU« zu sein und es könne deshalb keinen »Blankoscheck« für ihre Politik geben: »Ich habe immer den Eindruck gehabt, daß führende SPD-Politiker versucht haben, die SPD durch Attacken gegen die PDS bei der CDU hoffähig zu machen.« (»junge Welt« vom 13. September 1994. S. 3.)

14. September

»Die Frankfurter Allgemeine Zeitung« gibt eine letzte Trendmeldung zu den Bundestagswahlen wieder. Die CDU habe demnach an Wählergunst gewonnen, die SPD dagegen weiter verloren. Erklärten in den Monaten Februar/März noch 34% der Befragten im Westen Deutschlands, die SPD gefalle ihr gut, so waren es Anfang September nur noch 24%, im Osten sank die Prozentzahl von 33 auf 27. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 14. September 1994. S. 5.)

15. September

Zur Diffamierung der PDS-Mitglieder als »rotlackierte Faschisten« durch Bundeskanzler Helmut Kohl schreibt das »Neue Deutschland«: »So tritt der Kanzler die SPD gegen das Schienbein und schreckt sie mit dem Popanz der roten Gefahr der SED-Nachfolger PDS, im Osten läßt die CDU-Nachfolgeorganisation CDU gegen Andersdenkende verbal und mit Gummiknüppel Front machen.« (»Neues Deutschland« vom 15. September 1994. S. 5.)

16. September

Roland Claus, PDS-Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt erläutert gegenüber dem »Neuen Deutschland« die Haltung der PDS zur Rot-Grünen Minderheitsregierung in Magdeburg. Die PDS werde trotz Tolerierung einer solchen Regierung auf ihre eigene Politik nicht verzichten.

DOKUMENT 32

19. September

Für *Friedrich Schorlemmer* (SPD) stellt der Anti-PDS-Feldzug im Grunde eine Anti-SPD-Kampagne dar.

DOKUMENT 33

Der Fraktionschef von Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen-Anhalt, *Hans-Joachim Tschiche*, erklärt in einem Interview, daß auf Dauer für zwei Parteien links von der SPD kein Platz sei. Er plädiert für ein enges Zusammengehen mit der PDS und eine gemeinsame Diskussion zu Reformprojekten einer linken Alternative. (»Der Spiegel« Nr. 38, 1994. S. 26/27.)

21. September

Der CDU-Generalsekretär *Peter Hintze* legt in einem Interview mit der »Leipziger Volkszeitung« die Position der CDU zur Regierung in Sachsen-Anhalt dar. Darin heißt es: »Unser Hauptgegner ist die SPD. Aber die SPD hat den Konsens der Demokraten verlassen und in Magdeburg ein wackliges Minderheitsbündnis gezimmert, was sich auf die Unterstützung der PDS

stützt. Und bis Herr Scharping dieses rot-grüne Bündnis nicht rückgängig macht, werden wir es der SPD jeden Tag vorwerfen. Stellen Sie sich vor, die CDU hätte mit den Republikanern zusammengearbeitet. Ein berechtigter Aufschrei wäre durch das Land gegangen.« (»Leipziger Volkszeitung« vom 21. September 1994.)

23. September

Der PDS-Bundestagskandidat *Klaus-Jürgen Warnick* sieht die Hauptschwierigkeit gegenwärtiger Politik nicht in PDS, CDU oder FDP, sondern in der SPD. »Das Problem ist die seit zehn Jahren schwammige, nicht zu fassende SPD. Es sieht so aus, als verhindere sie einen Wechsel in Deutschland. Wir brauchen aber eine programmatisch starke SPD für einen politischen Umschwung.« (»Märkische Allgemeine« vom 23. September 1994. S. 5.)

Bei Mitgliedern des Berliner Landesverbandes von Bündnis 90/Die Grünen, die ehemals der Alternativen Liste angehörten, finden Überlegungen zu einem Bündnis mit der PDS zunehmend Anklang.

Drei ehemalige Berliner AL-Vorstandsmitglieder, *Willi Brüggem, Jochen Esser* und *Andreas Schulze*, legen ein Strategiepapier vor, das sich mit den Möglichkeiten eines linken Reformbündnisses unter Einschluss der PDS befaßt. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 24. September 1994. S. 4.)

SPD-Bundesgeschäftsführer *Günter Verheugen* ruft die Mitglieder von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen dazu auf, seine Partei dort zu wählen, wo die PDS gute Aussichten hat, bei den Bundestagswahlen Direktmandate zu gewinnen.

26. September

Bundesinnenminister *Manfred Kanther* (CDU) sieht derzeit keinen Anlaß, die PDS als extremistische Partei einzustufen. Bundeskanzler *Helmut Kohl* darf hingegen weiter die Mitglieder der PDS ohne rechtliche Konsequenzen als »rot angestrichene Faschisten« bezeichnen.

Wolfgang Templin (Bündnis 90/Die Grünen) erblickt in der Diskussion über eine Zusammenarbeit mit der PDS die Gefahr des Zerreißen seiner Partei: »Wenn innerhalb der Grünen weiter auf ein Linksbündnis mit der PDS spekuliert wird, ist der demokratische Konsens zerstört, und es kommt zur Abspaltung. Dann erleben wir eine Umschichtung des politischen Spektrums: Linke Grüne, politisch vitale Kräfte der PDS und linke SPD-Leute werden sich in einem linken Sammelbecken treffen.« (»Der Spiegel« Nr. 39, 1994. S. 24.)

27. September

Mehr als 150 Schriftsteller, Wissenschaftler, Journalisten und Politiker wenden sich in einem Appell gegen eine Einbeziehung der PDS in politische Entscheidungsprozesse. (»Leipziger Volkszeitung« vom 28. September 1994. S. 2.)

28. September

Bei den Jungsozialisten nehmen die Auseinandersetzungen über eine eventuelle Zusammenarbeit mit der PDS nach den Bundestagswahlen zu. Der Juso-Vor-

sitzende *Thomas Westphal* stößt mit seiner Überlegung auf Kritik, notfalls mit Tolerierung der PDS eine rot-grüne Minderheitsregierung zu bilden. Der stellvertretende Juso-Vorsitzende *Arne Grimm* und der Bundesgeschäftsführer der Juso-Hochschulgruppen, *Johannes Wien*, verlangen den sofortigen Rücktritt Westphals. (»Neues Deutschland« vom 28. September 1994.)

29. September

Im »Berliner Appell: wehrt den Anfängen«, der in mehreren deutschen Tageszeitungen verbreitet wird, heißt es: »In Deutschland droht endgültig der antiautoritäre Konsens zu zerbrechen, auf dem unsere Demokratie beruht. Die Haltung weiter Teile der politischen Klasse zum »Fall Stolpe« und die Einbeziehung der PDS in den politischen Entscheidungsprozeß sind deutliche Signale für einen Verfall der politischen Kultur.« (»Neues Deutschland« vom 29. September 1994. S. 5.)

Die »Wochenpost« veröffentlicht ein Streitgespräch zwischen *Marianne Birthler* (Bündnis 90/Die Grünen), die eine Zusammenarbeit mit der PDS ablehnt und PDS-Vorsitzenden *Lothar Bisky*, in dem letzterer ausführt: »Keine Partei ist heute schon in eine sichere Zukunft abgeschickt worden. Die Zukunft der PDS wird sich daran entscheiden, ob es gelingt, sich dauerhaft ein Profil links von der SPD zu geben. Und wenn Parteien überflüssig werden, dann werden sie halt überflüssig.« (»Wochenpost« vom 29. September 1994. S. 9.)

30. September

»Die Zeit« publiziert eine Studie zur Akzeptanz der PDS unter der Bevölkerung im Osten Deutschlands. 71% der Befragten halten die PDS für eine demokratische Partei wie alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien auch. 53% würden es begrüßen, wenn die PDS wieder in den Bundestag einzöge. 88% meinen, daß mit der PDS die Probleme im Osten in Bonn stärker wahrgenommen würden. 84% der Befragten erwarten von der PDS einen »frischen Wind« in der Bonner Politik. (»Die Zeit« vom 30. September 1994. S. 15.)

Anfang Oktober

Michael Wandl legt in der Zeitschrift »Sozialismus« aus der Analyse der aktuellen Diskussion zwei Gründe für das absehbare Scheitern der SPD und eines Regierungswechsels dar: erstens der Versuch der SPD, einen Machtwechsel durch die forcierte Anpassung an den politischen Gegner zu erreichen und zweitens die Ausgrenzung der PDS als Koalitionspartner. (Sozialismus. Heft 10, 1994. S. 2ff.)

8. Oktober

Der Verfassungsrechtler *Ekkehard Lieberam* bezeichnet die Aufforderung Rudolf Scharpings an die CDU und an Bündnis 90/Die Grünen, die Kandidaten seiner Partei dort zu wählen, wo die PDS gute Aussichten habe, bei den Wahlen zum Bundestag Direktmandate zu erreichen, nicht nur als unmoralisch, sondern auch als Rechtsmißbrauch. (»Neues Deutschland« vom 8./9. Oktober 1994. S. 5.)

10. Oktober

Gregor Gysi, vertritt die Ansicht, daß Angriffe von CDU/CSU die SPD daran hindern könne, sich von der PDS als Regierungspartei tolerieren zu lassen. (»junge Welt« vom 10. Oktober 1994. S. 12.)

12. Oktober

Der ehemalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel äußert sich zur PDS: »Das Gespenst ist nicht neu. Es ist ehrwürdigen Alters.«

DOKUMENT 34

13. Oktober

In einem Interview plädieren Lothar Bisky und Gregor Gysi für eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen SPD und PDS.

DOKUMENT 35

14. Oktober

Der PDS-Vorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern, Helmut Holter und der PDS-Spitzenkandidat für die Landtagswahlen, Johann Scheringer, schließen eine Regierungsbeteiligung der PDS nicht aus. Nach dem guten Abschneiden der PDS bei den Europa- und Kommunalwahlen mit jeweils etwa 25% der Wählerstimmen sei eine Koalition zwischen SPD und PDS durchaus möglich. (»Freitag« vom 14. Oktober 1994. S. 5.)

Der 3. Landesparteitag der PDS in Mecklenburg-Vorpommern beschloß auf seiner 4. Tagung 23 Schwerpunkte für die Sondierungsgespräche mit der SPD. DOKUMENT 36

16. Oktober

Die Wahlen zum 13. Deutschen Bundestag und Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen finden statt:

Ergebnis der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern vom 16. Okt. 1994				
Partei	1994		1990	
	%	Mandate	%	Mandate
CDU	37,7	30	38,3	29
SPD	29,5	23	27,0	21
PDS	22,7	18	15,7	12
Bündnis 90/Die Grünen	3,7	-	4,2	-
FDP	3,8	-	5,5	4
Die Republikaner	1,0	-	0,9	-
Neues Forum	-	-	2,9	-
sonstige	1,3	-	3,3	-
Wahlbeteiligung	73,1	-	64,8	-

Ergebnis der Landtagswahl in Thüringen vom 16. Okt. 1994				
Partei	1994		1990	
	%	Mandate	%	Mandate
CDU	42,6	42	45,4	44
SPD	29,6	29	22,8	21
PDS	16,6	17	9,7	9
Bündnis 90/Die Grünen	4,5	-	6,5	6
FDP	3,2	-	9,3	9
Die Republikaner	1,3	-	0,8	-
DSU	2,0	-	3,3	-
sonstige	2,0	-	2,3	-
Wahlbeteiligung	75,3	-	71,1	-

Amtliches Ergebnis der Wahl zum 13. Deutschen Bundestag vom 16. Okt. 1994										
Bundesland	Jahr		CDU/CSU	SPD	Grüne	PDS	FDP	Rep.	sonstige	Wahlbeteiligung
Baden-Württemberg	1990	%	46,5	29,1	5,7	0,3	12,3	3,2	2,9	77,4
	1994	% Mandate	39 43,3	24 30,7	- 9,6	- 0,8	10 9,9	3,1	2,6	79,7
Bayern	1990	%	51,9	26,7	4,6	0,2	8,7	5,0	2,8	74,4
	1994	% Mandate	51 51,2	26 29,6	- 6,3	- 0,6	9 6,4	2,8	3,1	76,9
Berlin	1990	%	39,4	30,6	3,9	9,7	9,1	2,5	4,8	80,6
	1994	% Mandate	12 31,4	9 34,0	1 10,2	3 14,8	3 5,2	1,9	2,5	78,6

Amtliches Ergebnis der Wahl zum 13. Deutschen Bundestag vom 16. Okt. 1994 (Fortsetzung)										
Bundesland	Jahr		CDU/CSU	SPD	Grüne	PDS	FDP	Rep.	sonstige	Wahlbeteiligung
Brandenburg	1990	%	36,3	32,9	6,6	11,0	9,7	1,7	1,8	73,8
	1994	% Mandate	8 28,1	7 45,1	2 2,9	3 19,3	2 2,6	- 1,1	- 1,0	71,5
Bremen	1990	%	30,9	42,5	8,3	1,1	12,8	2,1	2,3	76,5
	1994	% Mandate	2 30,2	3 45,5	1 11,1	- 2,7	1 7,2	1,7	1,6	78,5
Hamburg	1990	%	36,6	41,0	5,8	1,1	12,0	1,7	1,8	78,2
	1994	% Mandate	6 34,9	6 39,7	- 12,6	- 2,2	2 7,2	1,7	1,7	79,7
Hessen	1990	%	41,3	38,0	5,6	0,4	10,9	2,1	1,7	81,1
	1994	% Mandate	22 40,7	20 37,2	5 9,3	1 1,1	6 8,1	2,4	1,2	82,1
Mecklenburg-Vorpommern	1990	%	41,2	26,5	5,9	14,2	9,1	1,4	1,7	70,9
	1994	% Mandate	8 38,5	4 28,8	1 3,6	2 23,6	1 3,4	- 1,2	- 0,9	72,8
Niedersachsen	1990	%	44,3	38,4	4,5	0,3	10,3	1,0	1,2	80,6
	1994	% Mandate	31 41,3	27 40,6	7 10,1	1 1,0	7 7,7	1,2	1,1	81,8
Nordrhein-Westfalen	1990	%	40,5	41,1	4,3	0,3	11,0	1,3	1,5	78,7
	1994	% Mandate	63 38,0	65 43,1	- 7,4	- 1,0	17 7,6	1,3	1,6	81,8
Rheinland-Pfalz	1990	%	45,6	36,1	4,0	0,2	10,4	1,7	2,0	81,7
	1994	% Mandate	17 43,8	13 39,4	- 6,2	- 0,6	4 6,9	1,9	1,2	82,3
Saarland	1990	%	38,1	51,2	2,3	0,2	6,0	0,9	1,3	85,1
	1994	% Mandate	4 37,2	6 48,8	- 5,8	- 0,7	1 4,3	1,6	1,6	83,5
Sachsen	1990	%	49,5	18,2	5,9	9,0	12,4	1,2	3,8	76,2
	1994	% Mandate	21 48,0	8 24,3	2 4,8	6 16,7	5 3,8	1,4	1,0	72,0
Sachsen-Anhalt	1990	%	38,6	24,7	5,3	9,4	19,7	1,0	1,3	72,3
	1994	% Mandate	12 39,8	6 33,4	1 3,6	4 18,0	5 4,1	1,0	1,1	70,4
Schleswig-Holstein	1990	%	43,5	38,5	4,0	0,3	11,4	1,2	1,1	78,6
	1994	% Mandate	11 41,5	10 39,6	- 8,3	- 1,1	3 7,4	1,0	1,1	80,9
Thüringen	1990	%	45,2	21,9	6,1	8,3	14,6	1,2	2,7	76,4
	1994	% Mandate	12 41,0	5 30,2	1 4,9	3 17,2	3 4,1	1,4	1,2	74,9
Bund	1990	%	43,8	33,5	5,0	2,4	11,0	-	4,3	77,8
	1994	% Mandate	319 41,5	239 36,4	8 7,3	17 4,4	79 6,9	- 1,9	- 1,6	79,0

(Quelle: Meyers Jahresreport 1994. Mannheim, Leipzig [u. a.] 1994. S. [161].)

18. Oktober

Eine Analyse der Bundestagswahlen verdeutlicht, daß von der SPD zur PDS 235 000 und von der PDS zur SPD 89 000 Wähler abwanderten. (»Focus«. Wahl-Spezial vom 18. Oktober 1994.)

20. Oktober

Der SPD-Landesvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern, Harald Ringstorff, kündigt Gespräche sowohl mit der CDU als auch mit der PDS über eine Regierungsbildung an. Die Absicht, auch mit der PDS zu sprechen, stößt auf heftige Ablehnung seitens des SPD-Vorsitzenden Rudolf Scharping. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Hans-Ulrich Klose, meint, daß die Schweriner SPD nur aus taktischen Gründen mit der PDS reden wolle, dies erweitere den Handlungsspielraum gegenüber der CDU. (»junge Welt« vom 20. Oktober 1994. S. 6.)

21. Oktober 1994

Rudolf Scharping stellt die Strategie seiner Partei in der Opposition vor. DOKUMENT 37

Die SPD-Führung in Mecklenburg-Vorpommern be-

harrt weiter auf Sondierungsgespräche mit der PDS, obwohl die Bonner SPD-Zentrale sich massiv dagegen ausspricht. Der Landtagsabgeordnete *Claus Gerloff* betont: »Die Bonner Haltung ist parteischädigend für unseren Landesverband. Es entsteht ein spontaner Protest gegen diese Fernsteuerung.« (»Schweriner Volkszeitung« 21. Oktober 1994. S. 1.)

22. Oktober

Ein Kommentar der »tageszeitung« bemerkt zur PDS-Debatte in der SPD Mecklenburg-Vorpommerns, daß nach den Gesprächen des SPD-Chefs, Harald Ringstorff, mit der CDU-Spitze, die angekündigten Sondierungsgespräche mit der PDS nur noch taktischer Natur seien. Mit ihnen solle auf die CDU Druck ausgeübt, ihre Bereitschaft für Kompromisse erhöht werden. »Magdeburg« ist der offensive, Schwerin der defensive Versuch der SPD, aus dem PDS-Dilemma auszubrechen.“ (»tageszeitung« vom 22. Oktober 1994.)

25. Oktober

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern stellt an die PDS in ihrem Vierpunktepapier »Notwendige Klarstellungen« Bedingungen, falls es zu einer gemeinsamen Landesregierung bzw. zu einer von ihr tolerierten SPD-Minderheitsregierung kommen sollte. Als Forderungen werden u. a. genannt: die Treue zum Grundgesetz, das Bekenntnis zur Landesverfassung, eine Erklärung, daß die »Zwangsvereinigung« von SPD und KPD 1946 ein Unrecht war.

DOKUMENT 38

26. Oktober

Der Vorsitzende der Bundestagsgruppe der PDS, *Gregor Gysi*, wertet die Gespräche der Mecklenburg-Vorpommerschen SPD mit der PDS als einen »Durchbruch« in den Beziehungen beider Parteien. Er ruft die SPD in Schwerin auf, ihr Vorgehen gegen die Bonner Parteispitze mutig zu verteidigen. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 27. Oktober 1994. S. 2.)

27. Oktober

Der Landesvorsitzende der PDS in Mecklenburg-Vorpommern, *Helmut Holter*, übergibt Harald Ringstorff, SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender, die »PDS-Antwort auf Schweriner SPD-Papier«. Darin wird es abgelehnt, die Vereinigung von SPD und KPD als »Zwangsvereinigung« zu bezeichnen.

DOKUMENT 39

28. Oktober

Die »Mecklenburger Morgenpost« veröffentlicht ein Interview mit *Egon Bahr* (SPD) zum Verhältnis seiner Partei zur PDS. Er betont, daß sich die SPD nicht über den Wählerwillen einfach hinwegsetzen könne. Als Bedingungen für Kontakte mit der PDS fordert er von ihr, sich von kommunistischen Grundauffassungen zu trennen und ihre Vergangenheit nicht nur verbal »zu bedauern«.

DOKUMENT 40

SPD und PDS haben nach Brandenburg auch in Sach-

sen-Anhalt eine Zusammenarbeit im Landtag vereinbart. Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, *Reinhard Höppner*, erklärt zu seinem Gespräch mit der PDS-Fraktionschefin *Petra Sitte*, es sei »sehr freundlich« verlaufen und gehöre zum »demokratischen Alltag«. (»Hamburger Abendblatt« vom 28. Oktober 1994.)

30. Oktober

Der »Frankfurter Kreis«, ein loser Zusammenschluß der SPD-Linken, diskutiert in Hannover über den Umgang der SPD mit der PDS. Es wird deutlich, daß innerhalb der SPD sehr unterschiedliche Auffassungen über ein Zusammengehen mit der PDS herrschen und die Auseinandersetzungen sich weiter verschärfen.

DOKUMENT 41

Anfang November

Der Vorsitzende der PDS in Mecklenburg-Vorpommern, *Helmut Holter*, sieht den Dialog mit der SPD trotz verpaßten Kurswechsels noch nicht beendet. »Die SPD-PDS-Gespräche sind eine Option auf die Zukunft. In der Bevölkerung gibt es deutlich Mehrheiten, die Parteien links von der CDU und FDP wählen. Wir müssen die Frage beantworten, ob und wie PDS, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam Politik gestalten können, ob eines Tages stabile Linksregierungen möglich sind.« Voraussetzung dafür sei, daß sich die PDS als »linkssozialistische Partei« weiter profilieren.

DOKUMENT 42

4. November

Markus Meckel, Mitbegründer der Ost-SPD und SPD-Bundestagsabgeordneter, konstatiert, daß im Streit um den Umgang mit der PDS ein Riß durch die SPD gehe, weil er »strategische und sehr grundsätzliche« Fragen berühre. Für Meckel verstoße eine Zusammenarbeit mit der PDS gegen den »demokratischen Grundkonsens«. Der SPD-Vorsitzende *Rudolf Scharping* beharrt auf seiner Position: Mit der PDS könne es keine Zusammenarbeit geben.

DOKUMENT 43/44

7. November

Laut einer Emnid-Umfrage für den »Spiegel« meinen 19% der SPD-Mitglieder, ihre Partei solle jeden Kontakt zur PDS vermeiden, 65% sind für eine politische Auseinandersetzung mit der PDS, aber gegen eine Zusammenarbeit und 14% sprechen sich für eine Zusammenarbeit beider Parteien aus. Für SPD-Vorsitzenden *Rudolf Scharping* ist nicht klar, was an der PDS links sein soll. Er kündigt einen »Beschuß über die Unvereinbarkeit von SPD und PDS« (»Anti-PDS-Erlass«) seiner Partei noch vor Jahresende an. SPD-Präsidiumsmitglied *Heidemarie Wiczorek-Zeul* wünscht ein Verschwinden der PDS, spricht sich aber gleichzeitig für die Aufnahme früherer SED-Mitglieder in die SPD aus. (»Der Spiegel« Nr. 45, 1994. S. 22ff.)

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD, *Wolfgang Thierse*, gibt dem »Spiegel« ein Interview: »Wir werden Bautzen nicht vergessen«.

DOKUMENT 45

8. November

Der stellvertretende Vorsitzende der PDS, *Wolfgang Gehrcke*, sieht die SPD vor die Wahl gestellt, für einen neokonservativen Umbau oder für radikale Reformen einzutreten. Ein offener Meinungsstreit zwischen beiden Parteien könne auch dem SPD-Richtungsentscheid konstruktive Impulse geben.

DOKUMENT 46

11. November

Michael Jäger bezeichnet die von Rudolf Scharping geführte PDS-Debatte als eine Zumutung. Die SPD unterschätze die soziale Verankerung der PDS in ihrer Strategiedebatte.

DOKUMENT 47

Der Historiker *Heinrich August Winkler* unterstellt der PDS, bei dem Angebot, gemeinsam über die Geschichte zu debattieren, den strategischen Versuch, die SPD zu spalten.

DOKUMENT 48

13. November

Der SPD-Regierungschef in Sachsen-Anhalt, *Reinhard Höppner*, erklärt im Deutschlandfunk, daß die SPD eine neue Strategie zum Umgang mit der PDS brauche. Die SPD müsse aufhören sich durch Abgrenzung und Ausgrenzung zu definieren.

17. November

Der Landesvorstand der PDS Brandenburgs bestätigt Thesen für die Diskussion im Landesverband zur Vorbereitung des 4. Landesparteitages der brandenburger PDS Anfang 1995.

DOKUMENT 49

Peter von Oertzen unterstreicht, daß für eine demokratische linkssozialistische Partei jenseits von SPD und Grünen noch Platz wäre, er bezweifle aber, daß die PDS dieses Potential mobilisieren kann. SPD und Grüne, die die PDS als lästige und unproduktive Konkurrenz betrachten, sollten jedoch ins Auge fassen, daß sich die PDS zu einer demokratischen Partei entwickeln könnte. (»Wochenpost« Nr. 47, 1994. S. 9.)

19. November

Die Sozialdemokraten Sachsen-Anhalts halten ihren Bernburger Parteitag ab, auf dem das Verhältnis zur PDS im Mittelpunkt steht. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende, *Rüdiger Fikentscher*, verteidigt die parlamentarischen Kontakte zur PDS und hebt hervor, daß die SPD nicht mit Erlassen regiert werde. Ministerpräsident *Reinhard Höppner* nennt als Bedingung für einen Dialog mit der PDS die Distanzierung von der kommunistischen Plattform und eine kritische Analyse der DDR-Geschichte. Bis dahin wolle er die Kontakte zur PDS auf deren Vertreter im Magdeburger Landtag beschränken. (»Neues Deutschland« vom 21. November 1994.)

21. November

Der »Spiegel« veröffentlicht ein Streitgespräch zwischen *Erhard Eppler* und *Lothar Bisky* über die Kon-

kurrenz zwischen SPD und PDS.

DOKUMENT 50

23. November

In Weimar ist der Weg für eine offene Kooperation von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS im Stadtrat durch ein Tolerierungsabkommen frei. Das Koalitionsvorhaben von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird von der PDS unterstützt. Die Zusammenarbeit mit der PDS schließt auch Personalfragen nicht aus.

Die brandenburgische SPD sorgt mit einem Grundsatzpapier zum künftigen Umgang mit der PDS für Aufsehen. Verfasser des Papiers sind der Landesgeschäftsführer *Martin Gorholt* und der SPD-Referent *Klaus Ness*. Nach Gorholts Analyse sei die PDS »nicht mehr die alte SED«, aber auch noch keine »normale« demokratische Partei; gefragt sei ein »unverkramptes« Verhältnis zur PDS. Der Fraktionsvorsitzende *Wolfgang Birthler* vertritt die Ansicht, daß die Mehrheit der brandenburgischen SPD eine punktuelle Zusammenarbeit mit der PDS nicht ausschließe.

(»Märkische Allgemeine« vom 23. November 1994. S. 3.)

24. November

Der brandenburgische SPD-Landesgeschäftsführer, *Martin Gorholt*, plädiert für eine »punktuelle Zusammenarbeit« mit der PDS auf Landesebene und eine »förmliche Zusammenarbeit« auf kommunaler Ebene. Ziel sei vor allem ein stärkeres politisches Profil der SPD im Osten.

(»Märkische Allgemeine« vom 24. November 1994. S. 3.)

25. November

Der sächsische Bundesgeschäftsführer der SPD, *Rolf Schwanitz*, distanziert sich vom brandenburger Thesenpapier zum Umgang mit der PDS.

Anfang Dezember

Joachim Raschke schätzt ein, daß eine ausgrenzend-konfrontative Strategie die PDS längerfristig stabilisieren wird. Er sieht die SPD aber nicht fähig, eine Kursänderung vorzunehmen. Ein Kurswechsel widerspräche ihrem Selbstverständnis, die einzig legitime linke Partei in Deutschland zu sein sowie ihrer mentalen Einstellung, Risiko zu vermeiden. (Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 12, 1994. S. 1464.)

1. Dezember

Tolerierungsvereinbarung in Thüringen zwischen den Fraktionen und Kreisverbänden von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der PDS Fraktion.

DOKUMENT 51

3. Dezember

Auf der Jahreshauptversammlung der Sozialdemokratischen Plattform in und bei der PDS in Leipzig wird mitgeteilt, daß sie von 52 Personen aktiv unterstützt wird. Zur SPD heißt es in ihrem »Aufruf zur Gründung von Regionalverbänden«: »Die SPD ist auf dem Wege zu einer Volkspartei der Mitte, was immer das sein mag, die politische Mitte. Sie ist kurz davor oder schon dabei, das Sozialversicherungssystem in Frage

zu stellen, das sie einst gegen BISMARCK zusammenschweißte. Ihr Reformwille hat jeglichen revolutionären Elan verloren.«

4. Dezember

Die Nachrichtenagentur AP berichtet, daß das Positionspapier *Günter Verheugens* zum Umgang der SPD mit der PDS auf der SPD-Vorstandssitzung nicht vorgelegt werde, wie es ursprünglich geplant war. SPD-Vorsitzender *Rudolf Scharping* äußert den Wunsch, am Kurs der »klaren Abgrenzung in der Sache« festzuhalten und keine Koalitionen mit der PDS zuzulassen. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 5. Dezember 1994. S. 5.)

5. Dezember

Das Vorhaben von SPD-Chef *Rudolf Scharping*, seine Partei solle sich strikt von der PDS abgrenzen, stößt auf Widerstand vor allem ostdeutscher Sozialdemokraten.

Niedersachsens Ministerpräsident *Gerhard Schröder* (SPD) hat sich dagegen ausgesprochen, daß die SPD-Spitze der ostdeutschen SPD Vorschriften über ihren Umgang mit der PDS macht. Zwar könne es mit der PDS auf Bundesebene keine Koalition geben, aber der Rest sollte dort entschieden werden, wo die Fragen konkret stehen. (»Neues Deutschland« vom 5. Dezember 1994. S. 1.)

Brandenburgs Ministerpräsident *Manfred Stolpe* kritisiert eine mögliche Gesprächsblockade mit der PDS und unterstreicht: »Mit Leuten nicht mehr zu reden, fände ich einen Rückschritt in die Barbarei.« (»Leipziger Volkszeitung« vom 5. Dezember 1994. S. 1.)

Der SPD-Parteivorstand faßt einen Beschluß zur Stärkung der SPD in Ostdeutschland und zum Umgang mit der PDS. Die SPD beabsichtige, bisherige PDS-Wählerinnen und -Wähler auf ihre Seite zu ziehen. »Die SPD kann nicht zulassen, daß ihre Mehrheitsfähigkeit durch die Existenz einer Partei beeinträchtigt wird, die sich links von ihr in den Parlamenten etabliert.« Das Papier wird von den Vorstandsmitgliedern *Henning Scherf* und *Christoph Zöpel* wegen des Abgrenzungskurses abgelehnt, während für die Vorstandsmitglieder *Angelika Barbe* und *Norbert Gansel* die Abgrenzung nicht scharf genug vorgenommen worden sei. DOKUMENT 52

6. Dezember

Die »Sächsische Zeitung« verbreitet die Ergebnisse einer Umfrage zum Verhältnis der Bürger in den neuen Bundesländern zur PDS. Über 80% der 1 000 Befragten sehen die PDS als Partei wie »jede andere« bzw. als »demokratisch« und 41% befürworten sogar ein Regierungsbündnis. (»Sächsische Zeitung« vom 6. Dezember 1994. S. 4.)

Im »Neuen Deutschland« wird der Entwurf der 10 Thesen zum weiteren Weg der PDS publiziert, der in Vorbereitung ihres Parteitages im Januar 1995 zur Diskussion steht. Zur SPD wird vermerkt: »Die SPD ist dabei, ihren Platz als linke Volkspartei, die die Interessen der sozial Schwachen und eine Reformpolitik vertritt, weitgehend zu räumen.« Die PDS sei aber

bereit, »bei aller Konkurrenz« zu SPD und Bündnis 90/Die Grünen, »mit ihnen gemeinsam für Reformen und eine Ablösung der CDU/CSU und FDP aus der Regierungsverantwortung zu wirken«. (»Neues Deutschland« vom 6. Dezember 1994. S. 13/14.)

Der Berliner SPD-Vorstand votiert gegen eine Regierungsbeteiligung der SPD nach der Abgeordnetenhauswahl im kommenden Herbst, »die in irgendeiner Weise von den Stimmen der PDS abhängig ist«. (»Frankfurter Allegemeine Zeitung« vom 7. Dezember 1994. S. 2.)

7. Dezember

Der vom Vorstand der SPD beschlossene Kurs der Abgrenzung gegen die PDS wird von Landeschefs der SPD in den neuen Bundesländern relativiert. Der mecklenburg-vorpommersche SPD-Landeschef, *Harald Ringstorff*, betont, daß es sich dabei nur um eine Richtschnur, keineswegs aber eine Vorschrift handle. Für den SPD-Ministerpräsidenten von Sachsen Anhalt, *Reinhard Höppner*, gilt dieser Kurs des SPD-Parteivorstandes nur für den »kommunistischen Teil« der PDS. Der Wittenberger Pfarrer und SPD-Politiker, *Friedrich Schorlemmer*, wendet sich gegen den Abgrenzungsbeschluß. (»Sächsische Zeitung« vom 7. Dezember 1994. S. 2.)

Harald Ringstorff sieht die PDS als eine stark heterogene Partei, in der es »sehr viel konservative Elemente« gebe, und sie sei keinesfalls links von der SPD einzuordnen. Er hoffe, daß die Reformer in der PDS die Oberhand gewinnen, befürchte aber, daß die Partei nicht bereit sei, sich von den »Altlasten« zu trennen. Für die ostdeutsche SPD könne die Aufnahme einiger Sozialreformer durchaus eine Bereicherung sein. Im übrigen müsse es das Ziel der Sozialdemokraten bleiben, die PDS überflüssig zu machen. (»Freie Presse« vom 7. Dezember 1994.)

8. Dezember

Reinhard Höppner gibt der »Wochenpost« ein Interview zum erneuten Versuch der SPD, ihr Verhältnis zur PDS zu klären.

DOKUMENT 53

9. Dezember

Michael Schneider hält einen Dialog über die Vergangenheit von SPD und PDS für dringend geboten. In seinem im »Freitag« veröffentlichten Artikel sieht er in der Vermischung »zweier politischer Kulturen« die Möglichkeit für die Entwicklung einer neuen, reichen politischen Kultur, auf die nicht verzichtet werden sollte. DOKUMENT 54

9. Dezember

Sachsens PDS-Vorsitzender, *Peter Porsch*, fordert in einem »Offenen Brief« an die Delegierten des sächsischen Parteitages der SPD in Plauen, die Gemeinsamkeiten zwischen SPD und PDS trotz ihres Konflikts nicht durch die »Kategorien der Gegnerschaft« zu verdecken.

DOKUMENT 55

Der Bundesgeschäftsführer der SPD, *Günter Verheu-*

gen, erklärt gegenüber der »Freien Presse«, daß die SPD ihre Auseinandersetzung mit der PDS verstärken wolle. Um das Ziel der Partei zu erreichen, stärkste politische Kraft in Deutschland zu werden, müßten Wählerpotentiale anderer Parteien erschlossen werden – auch das der PDS. Die SPD schließe parlamentarische Kontakte zur PDS allerdings nicht aus. (»Freie Presse« vom 9. Dezember 1994. S. 4.)

12. Dezember

Der SPD-Vorsitzende in Sachsen, *Karl-Heinz Kunckel*, bemerkt, daß die Sozialdemokraten sich auch künftig »nicht entmannen, wenn wir die Unterstützung der PDS brauchen«. Er könne im übrigen nicht erkennen, daß die PDS eine linke Partei sei. Bündnisse mit ihr schloß er prinzipiell aus. (»Sächsische Zeitung« vom 12. Dezember 1994. S. 6.)

Die Fraktionsvorsitzende der PDS im thüringischen Landtag, *Ursula Fischer*, erklärt zur Koalition zwischen CDU und SPD, die SPD habe sozialdemokratische Prinzipien dem Interesse an Posten und ministeriellen Einfluß geopfert. Die thüringische SPD habe durch ihre Beteiligung an einer großen Koalition den Kurswechsel Scharpings vorweggenommen.

15. Dezember

Scharfen Protest ruft die Aussage *Manfred Stolpes*, SPD-Ministerpräsident in Brandenburg, bei der CDU hervor, daß die »erstaunliche Entwicklung« im Osten Deutschlands auch mit der »Unterstützung zahlreicher Männer und Frauen der PDS« zustande gekommen sei. Der CDU-Oppositionsführer *Peter Wagner* fordert die SPD auf, sich von der PDS abzuwenden. Er schließe aber nicht aus, »geläuterte« Mitglieder der SED in seine Partei aufzunehmen. (»Freie Presse« vom 15. Dezember 1994. S. 3.)

17. Dezember

Der Bundesgeschäftsführer der Juso-Hochschulgruppen, *Johannes Wien*, weist Vorwürfe zurück, die Juso-Hochschulgruppen würden »ungeniert« mit PDS-Hochschulgruppen zusammenarbeiten. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 17. Dezember 1994. S. 11.)

19. Dezember

Der Bundesgeschäftsführer der SPD, *Günter Verheugen*, schwor die SPD in Thüringen auf ihrem Weima-

rer Parteitag auf den Abgrenzungskurs zur PDS ein und verlangte, mit der »unfruchtbaren Debatte« über das Verhältnis zur PDS aufzuhören. Die SPD wolle die PDS nicht als einen »dauerhaften Faktor« sehen, sie müsse deshalb als »linke Partei« besser sein als die PDS. (»Neues Deutschland« vom 19. Dezember 1994. S. 5.)

22. Dezember

Neun von zehn Führungskräften in der BRD sind einer Erhebung des Instituts für Demoskopie zufolge langfristig dagegen, daß die SPD im Bund oder in einzelnen Ländern eine Koalition mit der PDS eingehe. Diese Auffassung teilen auch 85% der in Ostdeutschland tätigen Politiker, Beamten und Wirtschaftsführer, die regelmäßig im Auftrag der Zeitschrift »Capital« um ihre Meinung gebeten werden. Selbst bei den SPD-Anhängern unter den etwa 600 Befragten sind nur zwölf Prozent dafür, ein derartiges Regierungsbündnis zu wagen.

Von den ostdeutschen Führungskräften sprechen sich zwei Drittel, von den SPD-Anhängern unter den west- und ostdeutschen Befragten sogar 79% für Kooperation mit der PDS in Gemeinden und Kreisen aus. 56% aller Führungskräfte prognostizieren, daß sich SPD und PDS langfristig annähern werden; unter den ostdeutschen Befragten meinen dies sogar 58%.

76% der SPD-Anhänger glauben, daß wegen der Existenz der PDS die Linke geschwächt werde, während von der Gesamtgruppe der Befragten 42% annehmen, daß die Linke durch das Nebeneinander der sozialdemokratischen und der sozialistischen Partei gestärkt werde. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 23. Dezember 1994. S. 6.)

27. Dezember

Nach Einschätzung des CDU-Generalsekretärs, *Peter Hintze*, sei die SPD bereit, allen anderslautenden Beteuerungen zum Trotz, mit der PDS auf Bundesebene zusammenzuarbeiten. Die Gefahr dieser Konstellation werde bisher in der Öffentlichkeit unterschätzt. »Ich bin fest davon überzeugt, daß die SPD bei künftigen Wahlen auch im Bund zu einem Linksbündnis bereit wäre, wenn die Zahlen es hergäben. Die einschlägigen und gebetsmühlenhaften Versicherungen der SPD, nicht mit der PDS zusammengehen zu wollen, verlieren täglich an Glaubwürdigkeit.« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 28. Dezember 1994. S. 5.)

Dokumentenverzeichnis

Dokumentenverzeichnis

- 1 Wir werden nie mit der PDS zusammenarbeiten. SPD-Vorsitzender Rudolf Scharping über die Stimmungslage vor der Bundestagswahl. (»Neues Deutschland« vom 14. März 1994) 31
- 2 Zukunftsgestaltung und Bürgerdialog. 28 SPD Thesen zum selbstbewußten Umgang mit der PDS. (»Neues Deutschland« vom 28. April 1994) 32
- 3 Das fehlende SPD-Selbstbewußtsein. Eine Replik von Horst Dietzel und Wolfgang Gehrcke auf die 28 SPD-Thesen zum Umgang mit der PDS. (»Neues Deutschland« vom 28. April 1994) 34
- 4 Keine Angst vor der PDS. Thomas Krüger (SPD), Berliner Jugendsenator, zur Strategie seiner Partei gegenüber der PDS. (»tageszeitung« vom 17. Juni 1994) 36
- 5 Wo liegt der Hund begraben, Herr Thierse und Herr Zwerenz? Streitgespräch zwischen dem stellvertretenden SPD-Chef und einem parteilosen PDS-Wahlkandidaten. (»Neues Deutschland« vom 22. Juni 1994) 37
- 6 Klaus Hartung: Sozis im Dilemma. Die SPD findet keinen Weg, der Konkurrenz von links zu entgehen. (»Die Zeit« vom 24. Juni 1994) [Auszug] 39
- 7 »Weichenstellung für die Bundestagswahl«. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wolfgang Thierse zu Rot-Grün in Magdeburg. Der Beweis, daß Alternativen zur jetzigen Regierung durchsetzbar sind. (»tageszeitung« vom 30. Juni 1994) 40
- 8 Geheimdiplomatie mit der SPD lehnen wir ab. Sachsen-Anhalts PDS-Spitzenkandidatin Petra Sitte kündigt Opposition gegen Regierung Höppner an. (»Neues Deutschland« vom 5. Juli 1994) 42
- 9 Ringstorff: Keine SPD-Austritte. (»Neues Deutschland« vom 6. Juli 1994) 43
- 10 Das Falsche wollen. Klaus von Dohnanyi über Rot-Grün und die Folgen von Sachsen-Anhalt. (»Der Spiegel« vom 11. Juli 1994) 43
- 11 »Gysi ist ein Demagoge«. Angela Merkel (CDU) und Harald Ringstorff (SPD) über die PDS. (»Der Spiegel« vom 11. Juli 1994) 45
- 12 Hermann Weber: Ein Bündnis gegen den Faschismus. (»Die Zeit« vom 15. Juli 1994) 47
- 13 »Enthemmter Frust«. Der ostdeutsche Theologe und SPD-Politiker Richard Schröder zum Umgang mit der PDS (Interview). (»WirtschaftsWoche« vom 15. Juli 1994) 50
- 14 Ob die PDS gebraucht wird, entscheidet die CDU. Wolfgang Thierse (SPD) für entschiedene Auseinandersetzung mit einer »hinderlichen« Partei. (»Neues Deutschland« vom 15. Juli 1994) 52
- 15 Das fossile Ärgernis. Erhard Eppler über deutsche Wende-Kommunisten, die Sozialdemokraten und das Höppner-Modell. (»Der Spiegel« vom 18. Juli 1994) 53

- 16 Neues kann man ohne Risiko nicht haben. Reinhard Höppner über Gefahren und Chancen der rot-grünen Minderheitsregierung (»Frankfurter Rundschau« vom 20. Juli 1994) [Auszug] 55
- 17 »Ich würde lieber sagen: zur Oppositionsrolle erheben«. PDS-Vorsitzender Lothar Bisky im ND-Interview über Parteizentralen hinterm Mond, politischen Käsehandel und faule Kompromisse. (»Neues Deutschland« vom 23./24. Juli 1994) 56
- 18 Robert Leicht: Scharfer Streit. Minderheitsregierung in Magdeburg: Rot-Grün regiert, die PDS toleriert, die CDU protestiert. Was bedeutet der Tabubruch von Sachsen-Anhalt für den weiteren Bundestagswahlkampf? Eine Zwischenbilanz zur Sommerpause. (»Die Zeit« vom 29. Juli 1994) 58
- 19 »Ich bin kein Trickser«. Gregor Gysi über das Bonner Unverständnis für die Ostdeutschen und den Aufschwung der PDS. (»Der Spiegel« vom 1. August 1994) [Auszüge] 61
- 20 »Bundestagswahl wird Richtungsentscheidung«. Wolfgang Schäuble, Chef der CDU/CSU-Fraktion, warnt vor »Heimsuchung« durch Linksbündnis. (»Neues Deutschland« vom 1. August 1994) [Auszüge] 62
- 21 Statt der großen Schwester jetzt die kleine mit den Pickeln? (Interview mit Gerhard Zwerenz.) (»Junge Welt« vom 2. August 1994) 63
- 22 Offener Brief von Michael Müller, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Leipzig-Mitte, an alle Mitglieder der SPD und PDS in Deutschland vom 2. August 1994. (»Leipzigs Neue« vom 12. August 1994) 64
- 23 Egon Bahr: SPD, PDS und Grüne. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 6. August 1994) 65
- 24 Joachim Bischoff/Michael Schumann: Ist Scharping noch zu retten? Über das Verhältnis von SPD und PDS und die Chancen einer neuen Reformpolitik. (»Neues Deutschland« vom 9. August 1994) 66
- 25 Dresdner Erklärung der SPD: Die Chancen der Einheit endlich nutzen. (»Neues Deutschland« vom 12. August 1994) 69
- 26 Hans Modrow: Vereinigung ist zum Anschluß verkommen. Kritik an »Dresdner Erklärung« der SPD. (»Neues Deutschland« vom 18. August 1994) 70
- 27 Falsche Freunde. Die SPD ist gespalten: Kuschelkurs oder Konfrontation? Der Parteivorsitzende Rudolf Scharping und die West-SPD setzen auf einen aggressiven Anti-PDS-Wahlkampf. Die Ost-Genossen suchen die Nähe zur Gysi-Truppe. (»Der Spiegel« vom 15. August 1994) 71
- 28 »Wählt, wer Gysi wählt, nur Kohl?« Gregor Gysi, Chef der Bundestagsgruppe der PDS/Linken Liste: Mit Fraktionsstärke ins Parlament (Interview). (»Neues Deutschland« vom 20./21. August 1994) 73
- 29 Versöhnung oder Verhöhnung? PDS-Abgeordnete des Brandenburger Landtages zur »Dresdner Erklärung« der ostdeutschen Fraktions- und Landesvorsitzenden der SPD. (»Neues Deutschland« vom 25. August 1994) 74

- 30 »Signal an die Bevölkerung vor der Wahl«. Michael Müller gibt Auskunft, warum er an SPD- und PDS-Mitglieder schrieb und was darauf folgte (Interview). (»Leipzigs Neue« vom 26. August 1994) 76
- 31 Gleichsetzung von SED und NSDAP hilft, der Auschwitz-Lüge den Boden zu bereiten. Aus dem Referat des PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky auf dem Wahlkongreß am Wochenende. (»Neues Deutschland« vom 30. August 1994) 78
- 32 Sachsen-Anhalt nicht zu verwechseln mit Atlantis. Roland Claus, PDS-Landesvorsitzender, zu den ersten Tagen »toleranter« Opposition in Magdeburg. (»Neues Deutschland« vom 16. September 1994) 79
- 33 Sind die »rotlackierten Faschisten« im Kommen? Friedrich Schorlemmer: Absurder Wahlkampf mit Kommunismusängsten – ein ostdeutscher Versuch, den Westdeutschen die Furcht vor der PDS zu nehmen. (»Neues Deutschland« vom 19. September 1994) 80
- 34 Hans-Jochen Vogel: Ein altes Gespenst im neuen Gewand. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 12. Oktober 1994) 82
- 35 Unsere Prognose? – Über fünf Prozent und vier Direktmandate (Interview mit Gregor Gysi und Lothar Bisky). (»Neues Deutschland« vom 13. Oktober 1994) [Auszüge] 83
- 36 Regieren wie am Runden Tisch. Dispositionen für Gespräche nach den Landtagswahlen. (»Offenes Blatt«, Nr. 10, 1994) 85
- 37 »Wir schauen nicht tatenlos zu« Die SPD will die Bundesregierung zu Entscheidungen zwingen. Ein ZEIT-Gespräch mit Rudolf Scharping. (»Die Zeit« vom 21. Oktober 1994) 87
- 38 Notwendige Klarstellungen. Positionspapier der SPD Mecklenburg-Vorpommerns zu den Sondierungen mit der PDS. (»Offenes Blatt«, Nr. 10, 1994) 90
- 39 Erklärung des PDS-Landesvorsitzenden, Helmut Holter, und des Vorsitzenden der PDS-Fraktion, Johann Scheringer. (»Offenes Blatt«, Nr. 10, 1994) 91
- 40 PDS nicht ausgrenzen. MORGENPOST-Interview mit Egon Bahr. (»Mecklenburger Morgenpost« vom 28. Oktober 1994) 93
- 41 Günter Bannas: SPD-Linke streitet über Umgang mit der PDS. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 31. Oktober 1994) 94
- 42 Helmut Holter: Kurswechsel verpaßt, aber Dialog geht weiter. (»Offenes Blatt«, Nr. 5, 1994) 95
- 43 Markus Meckel: Bloß keine Nähe. (»Die Zeit« vom 4. November 1994) 96
- 44 »Die Trennlinie muß klar sein«. Die SPD will sich programmatisch intensiver mit der PDS auseinandersetzen und sich stärker um deren Wähler kümmern. Ein ZEIT-Gespräch mit Rudolf Scharping. (»Die Zeit« vom 4. November 1994) 98

- 45 »Wir werden Bautzen nicht vergessen«. SPD-Vize Wolfgang Thierse über den parteiinternen Streit um die PDS. (»Der Spiegel« vom 7. November 1994) 99
- 46 Wolfgang Gehrcke: SPD vor der Wahl – neokonservativer Umbau oder radikale Reform. Die Sozialdemokraten müssen entscheiden, wohin sie in der Nach-Kohl-Ära wollen, die PDS könnte einen Richtungswechsel mit beeinflussen. (»Neues Deutschland« vom 8. November 1994) 101
- 47 Michael Jäger: So ein Misthaufen. Die SPD urteilt über die PDS. (»Freitag« vom 11. November 1994) 102
- 48 Heinrich August Winkler: Von den eigenen Sünden ablenken. Mit einem »Dialog über die Vergangenheit« möchte die PDS einen Keil in die Sozialdemokratie treiben. (»Die Zeit« vom 11. November 1994) 104
- 49 »Quo vadis PDS Brandenburg?« Thesen für die Diskussion im Landesverband zur Vorbereitung des 4. Landesparteitages Brandenburg der PDS (1. Tagung) 25./26. Februar 1995. (Dokumente, Heft 2) [Auszug] 107
- 50 »Einige groteske Fehler«. Erhard Eppler und Lothar Bisky über die Konkurrenz von SPD und PDS. (»Der Spiegel« vom 21. November 1994) 108
- 51 Tolerierungsvereinbarung in Thüringen zwischen den Fraktionen und Kreisverbänden von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der PDS-Fraktion. (»Neues Deutschland« vom 1. Dezember 1994) 112
- 52 Zur Stärkung der SPD in Ostdeutschland hat der SPD-Parteivorstand heute unter Vorsitz des Parteivorsitzenden Rudolf Scharping den folgenden Beschluß gefaßt. (Presseservice der SPD. Bonn vom 5. Dezember 1994) 113
- 53 Was aus der PDS wird, wagt keiner zu sagen. Der sachsen-anhaltinische Ministerpräsident Reinhard Höppner zum erneuten Versuch der SPD, ihr Verhältnis zur PDS zu klären. (»Wochenpost« vom 8. Dezember 1994) 117
- 54 Michael Schneider: Das abgestandene Märchen von den zwei feindlichen Brüdern. Der Dialog über die Vergangenheit von SPD und PDS ist dringend vonnöten. (»Freitag« vom 9. Dezember 1994) 118
- 55 Peter Porsch: Offener Brief an die Delegierten des Landesparteitages der SPD in Sachsen 121

Dokumente

Dokument 1

Wir werden nie mit der PDS zusammenarbeiten. SPD-Vorsitzender Rudolf Scharping über die Stimmungslage vor der Bundestagswahl. In: »Neues Deutschland« vom 14. März 1994. S. 10.

Der SPD-Vorsitzende und rheinland-pfälzische Ministerpräsident Rudolf Scharping geht bei der Bundestagswahl am 16. Oktober als Spitzenkandidat der SPD in Rheinland-Pfalz ins Rennen ums Bundeskanzleramt. Erwartungsgemäß wurde er am Sonnabend auf dem Landesparteitag der SPD in Ramstein bei Kaiserslautern ohne Gegenstimmen auf Platz 1 der Landesliste bestätigt. Scharping betonte während seiner Rede vor den 210 Delegierten, daß die „Chancen eines klaren Wahlsieges der SPD noch nie so deutlich waren, wie bei den kommenden Bundestagswahlen“. Und weiter: „Umfragen haben wir schon viele gewonnen, jetzt gilt es die Wahl zu gewinnen“. Abschließend mahnte der Kanzlerkandidat der SPD: „Wir müssen uns anstrengen wie noch nie!“ Über das Stimmungsbild der Sozialdemokraten ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl sprach KLAUS ZÖLLNER mit Rudolf Scharping.

Herr Ministerpräsident, Sie sind ohne Gegenstimmen gewählt worden. Sechs Monate vor dem Wahltag scheint die Stimmung bei den Sozialdemokraten gut zu sein?

Ja, die Stimmung ist sehr gut. Die SPD hat durch ihre klare Konzentration auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit und den inneren Frieden in Deutschland Konturen gewonnen, Vertrauen gewonnen, Kompetenz gewonnen und ich bin sicher, wir haben eine sehr gute Chance bei der Bundestagswahl.

Weniger gut scheint die gegenwärtige Stimmung bei der Bevölkerung, bei den Wählern zu sein. Noch nie war so oft die Rede von Politikverdrossenheit oder gar Wahlboykott...

Zunächst, die Politik muß so handeln wie sie redet, die Politiker müssen so reden wie sie denken. Der Schaden am politischen Grundkapital, dem Vertrauen nämlich, ist durch die letzten Jahre und durch viele haltlose Versprechen, insbesondere mit der deutschen Einheit, sehr groß geworden. Dennoch halte ich manches in der öffentlichen Debatte über Politikverdrossenheit für übertrieben und falsch. Ich weiß um viele jüngere und ältere Frauen und Männer, die sich sehr stark für Politik interessieren und auch engagieren. Es gibt Ärger über politische Verhaltensweisen, auch über politische Parteien. Aber ich wage eine Prognose: Die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen wird wesentlich höher sein als viele glauben.

Stichwort Neue Bundesländer. Im sogenannten Wiedervereinigungswahlkampf wurden hier die entscheidenden Punkte gesammelt. Droht nun von dort den etablierten Parteien das größte Verweige-

rungepotential, nachdem gerade dort vieles Versprochene kaum eingelöst wurde und anstelle Aufschwung vielerorts Absturz zu verzeichnen ist?

Ich hoffe nicht! Gerade im Hinblick auf den Osten Deutschlands muß man sagen: Wenn Menschen über viele Jahrzehnte unter diktatorischen Verhältnissen gelebt haben und dann Freiheit und Demokratie erringen, muß man mit der darin liegenden Hoffnung besonders sorgfältig und auch glaubwürdig umgehen. Es war ein grober Fehler, im Jahr 1990 wegen des Wahlkampfes zu versprechen, man werde die Einheit ohne Steuererhöhungen bewältigen können, und es war auch ein grober Fehler, den Menschen im Osten Deutschlands blühende Landschaften zu versprechen. Beides muß in Ordnung gebracht werden. Das setzt aber voraus, daß die Politik Ziele formuliert und daß alle glaubwürdig daran arbeiten, nicht nur in der Politik, auch in den Unternehmen, auch in den Gewerkschaften. Bündelung der Kräfte und eine neue Hoffnung in Deutschland, das scheint mir ein erfolversprechendes Konzept für das Land und die Menschen zu sein.

Stichwort PDS. In den neuen Bundesländern hat die PDS eine steigende Akzeptanz zu verzeichnen. Wie ernst nehmen die Sozialdemokraten die Neue Linke?

Keine der radikalen Parteien, weder die PDS noch die Republikaner, ist für die SPD ein Partner. Im Gegenteil, diese Parteien werden von uns besonders energisch bekämpft und alle Menschen im Osten Deutschlands müssen wissen, daß sozialer Fortschritt, innere Stabilität, Gerechtigkeit in Deutschland, die Beschaffung von Arbeit, daß all dies bei der Sozialdemokratie in den besten Händen ist. Wer aus Ent-

täuschung, aus Zorn, aus Protest, die PDS wählen will, muß wissen, das ist der falsche Weg. Wer wirksam etwas für die innere Einheit Deutschlands tun will, der sollte sich der sozialen Demokratie zuwenden. Wer die PDS wählt, wirft seine Stimme in den Papierkorb, denn diese Partei wird an der Willensbildung nicht beteiligt sein.

Habe ich Sie richtig verstanden, die PDS ist in Ihren Augen also keine neue linke, demokratische, sondern eine radikale Partei?

Die PDS ist nahtloser Nachfolger der SED, und die alten Kräfte gewinnen ja dort auch zunehmend an Boden. Nein, die PDS ist für uns eine Partei, mit der es aus prinzipiellen Überlegungen keine Zusammenarbeit geben kann und geben wird.

Ein klares Wort. Die PDS also auch kein Gesprächspartner für eine nötige Mehrheit in Bonn?

Nein. Wir werden garantiert nie mit der PDS oder anderen Radikalen zusammenarbeiten, und genauso garantiert werden wir keinen Wahlkampf für eine Koalition führen, sondern dafür, daß die SPD in Deutschland die Politik und die Bundesregierung führen kann.

Abschließend noch ein aktuelles Stichwort: Pflegeversicherung. Nachdem es so aussah, daß es in dieser Legislaturperiode in dieser Frage keine Einigung mehr geben könnte, plötzlich aus heiterem Himmel eine Einigung. Verzeihen Sie, aber das riecht nach Wahlkampfaktik...

Nein. Gestatten Sie mir eine persönliche Bemerkung: Ich habe mich seit dem Herbst vergangenen Jahres persönlich intensiv darum gekümmert, daß die Pflegeversicherung zustande kommt, habe viel Zeit und viel Kraft investiert und ich bin zufrieden, daß es jetzt endlich ein Ergebnis gibt. Das hätte man früher haben können, im Interesse der betroffenen Menschen, die Pflege brauchen. Für mich ist das ein vernünftiges und vertretbares Ergebnis, und es ist ein Ergebnis, das mit Blick auf das Ansehen der Parteien in letzter Minute zustande gekommen ist. Wir von der SPD hätten uns das Gezerre über weitere Wochen oder gar Monate nicht leisten können.

Dokument 2

Zukunftsgestaltung und Bürgerdialog. 28 SPD-Thesen zum selbstbewußten Umgang mit der PDS. In: »Neues Deutschland« vom 28. April 1994. S. 8.

Vom 26. April 1994 datiert ein Gemeinsames Arbeitspapier der SPD-Landesgeschäftsführer Rudolf Hartung, Berlin, Martin Gorholt, Brandenburg, Nikolaus Voss, Mecklenburg-Vorpommern, Lutz Kätzel, Sachsen, Peter Mart, Sachsen-Anhalt, und Birgit Pelke, Thüringen. ND dokumentiert das Papier redaktionell gekürzt.

1. Die Bundestagswahlen 1994 werden in den neuen Bundesländern entschieden. Die SPD ist nach allen Umfragen in den neuen Bundesländern, einschließlich Ost-Berlin, stärkste Wählerpartei. Nur Mandatserfolge der PDS könnten verhindern, daß es im Bundestag eine Regierungsübernahme durch die SPD gibt.

2. Wir machen das Angebot an alle Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland, mit der SPD über die Lösung der gesellschaftlichen Probleme zu diskutieren. Zukunftsgestaltung als Bürgerdialog mit denen, die keiner Partei angehören, ist die Antwort der SPD auf parteitaktisches Fingerhaken der PDS.

Die SPD macht Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik für *alle* Bürger. Auch wer seine gesellschaftliche Stellung im staatlichen Sektor verloren hat, der muß wissen, die SPD baut Kindergärten auch für sein Kind. Das schulpolitische Angebot gilt auch für die Kinder der ehemaligen Angehörigen der NVA. Jeder, der seine Datsche rechtmäßig erworben hat, der hat Anspruch auf Schutz durch SPD-Politik.

3. Identifikation mit der SPD in Ostdeutschland muß offensiv und im Zusammenhang eines gesellschaftspolitischen Konzeptes gewonnen werden.

Viele, die über die Vereinigungskrise und die Fehler der Bundesregierung enttäuscht sind, werden sich nur dann aus resignativer Enthaltung herausholen oder von der Abgabe wirkungsloser Proteststimmen abhalten lassen, wenn es der SPD gelingt, ein inhaltliches Angebot im gesellschaftspolitischen Bereich zu machen, das für den Osten spezifische Erwerbs-, Eigentums- und Sozialstrukturen fördert.

Nur durch die Herstellung von Gleichberechtigung und Anerkennung von Lebensleistungen der Menschen kann Vertrauen auf Dauer gesichert und mögliche Negatividentifikation mit der PDS zurückgedrängt werden.

4. Hauptziel sozialdemokratischer Politik ist: Jeder soll sein Einkommen durch eigene Arbeit verdienen können. Von diesem Ziel sozialdemokratischer Politik ist die ostdeutsche

Wirklichkeit vier Jahre nach der deutschen Einheit weit entfernt. Neue Paragraphen und neue Systeme, auch wenn sie bessere Leistungen mit sich bringen, haben oft Verunsicherung geschaffen, und es gibt die ständig negative Erfahrung mit Besser-Wessis. Dies wegzureden nützt nur der PDS. Ehrlicher Umgang mit der Gegenwart, offene Diskussion über ungelöste Probleme und realistische Konzeptlösungen sind der entscheidende Unterschied der Mehrheits- und Volkspartei SPD im Vergleich zur regionalen Protestpartei PDS.

5. Die SPD ist die Partei, die gerade zu den Themen, mit denen die PDS populistisch auf Stimmenfang zu gehen versucht, überzeugende Antworten als künftige Regierungspartei hat: Die SPD wird in ihren Wahlkämpfen, die unter dem Motto stehen „Sicherheit statt Angst“, in besonderem Maße die Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands ansprechen, die Arbeitslosigkeit erleben, persönliche und soziale Katastrophen befürchten, Angst haben vor Armut und davor, sozial abzustiegen.

6. Im Mittelpunkt der SPD-Politik stehen realisierbare Konzepte, Arbeit zu schaffen, zu sichern und intelligent zu verteilen. Die SPD wird mit einem Aufbauprogramm Ost dafür sorgen, daß die Angleichung der Verhältnisse und Chancen in Ost und West in einem überschaubaren Zeitraum vorankommt.

Gegen Hoffnungslosigkeit und gegen die Versuchungen bloßer Protestwahl setzt die SPD auf eine richtungsweisende ostdeutsche Zukunftsentwicklung, die auf ostdeutscher Selbständigkeit basiert.

7. Die SPD hat gute Chancen, die meisten Wahlkreise in Ostdeutschland direkt zu gewinnen, wenn sie einen bürger-nahen Wahlkampf führt und mehr als bisher nach außen deutlich macht, daß die SPD-Bundespartei auch die ostdeutschen Interessen wirksam vertritt. Die PDS wird bei hoher Wahlbeteiligung kaum 5 Prozent der Stimmen erreichen, da sie im Westen mit 1 180 Mitgliedern von Ex-DKP bis Ex-Maoist auf natürliche Gren-

zen stößt.

8. Der Wahlkampf der PDS richtet sich in erster Linie gegen die SPD. Vor allem in Berlin – aber auch in anderen Bereichen soll verhindert werden, daß die SPD Wahlkreise direkt gewinnt, weil nur so die PDS den Abstieg zur reinen Regionalpartei verhindern kann.

Die PDS hat sich in keiner Weise hinreichend erneuert, also daß sie als Koalitionspartner in Frage kommen wird.

Die PDS kommt weder auf Bundes- noch auf Landesebene für die Bildung einer Regierung für die SPD in Frage.

9. Gregor Gysi ist in einem Recht zu geben: Wenn die PDS eine sozialdemokratische Partei wäre, wäre sie überflüssig, da sie es *nicht* ist, ist sie politischer Gegner und Konkurrent der SPD.

10. Die von der PDS veröffentlichte Liste der angeblich 21 erfolgversprechenden Wahlkreise geht weit über das hinaus, was die PDS selbst für möglich hält.

11. Die Westausdehnung der PDS ist mit 1 180 Mitgliedern höchstens ein Medienspektakel und wenig real.

Hier liegt eine zentrale Schwäche der PDS: In den westdeutschen Bundesländern bleibt die PDS im wesentlichen auf das Spektrum-früherer-DKP-Bündnispolitik beschränkt.

12. Bei allen Versuchen in Corporate Design und teurem Outfit der PDS im Westen: Die PDS ist, was die Mitgliedschaft angeht, mehrheitlich die Partei älterer SED-Mitglieder.

Mit Personalisierung auf Personen wie Stefan Heym und Gregor Gysi wird so nebenbei davon abgelenkt, daß die PDS nach eigenen Angaben immer noch 90 bis 95 Prozent alte SED-Mitglieder hat. Die Propagandalinie der PDS „Gysis bunte Truppe“ lenkt davon ab, daß die PDS mit ihren noch 131 406 Mitgliedern – trotz jugendlichen Outfits – eine Partei ist, in der nur 8 Prozent der Mitglieder unter 30 sind und die sich in den Städten und Gemeinden der neuen Länder weitgehend auf die alten Kader stützt.

13. Die Entwicklung der absoluten Stimmenzahlen der PDS von den Wahlen 1990 bis

zu den Berliner Kommunalwahlen 1992 und den Brandenburgischen Kommunalwahlen zeigt: Die PDS hat einen festen – aber begrenzten – Anteil mobilisierbarer PDS-Stimmen.

Von daher entscheidet sich die Erfolgsmöglichkeit der PDS im wesentlichen an der Wahlbeteiligung: hohe Wählermobilisierung schwächt die PDS.

14. Die Chance zum Wechsel in Bonn wird geschwächt, wenn die PDS ihr taktisches Ziel erreicht. Die PDS bietet sich als Protestpartei an. In Wirklichkeit wissen die Wählerinnen und Wähler auch in Ostdeutschland, daß auch in der Bundespolitik nicht nur Verweigerung und Protest, sondern Mehrheiten für die besseren und sozialen Konzepte zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Sicherung von Wohnraum und zur schrittweisen Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland notwendig sind. Nur wem es gleichgültig ist, ob Helmut Kohl weiterwurschtelt, kann am 16. Oktober seine Stimme an die PDS verschenken. Eines Teils ihrer realistischen Anhänger, die wirkliche Veränderung wollen, kann sich deshalb die PDS nicht sicher sein.

15. Wahlentscheidend für die SPD ist, durch die praktische Arbeit und den Bundestagswahlkampf auch nach außen deutlicher zu machen, daß die SPD auch für die ostdeutsche Bevölkerung die gerechte, soziale und demokratische Interessenvertretung bei der Gestaltung der inneren Einheit Deutschlands ist.

16. Auch innerhalb der Bundes-SPD muß für die Durchsetzung ostdeutscher Interessen gerungen werden. Die Prioritätensetzung für EKO-Stahl geschieht in Interessenabwägung mit Stahlstandorten in Bremen, Osnabrück oder Duisburg. Dies führt auch zwischen SPD-Landesverbänden zu Interessenkonflikten.

Die ostdeutsche SPD bringt ihre Interessen in die Bundes-SPD ein. Das geschieht nicht immer konfliktfrei, ist aber für eine demokratisch organisierte Partei wie die SPD selbstverständlich.

Noch stehen den rund 130 000 Mitgliedern der PDS in Ostdeutschland 25 000 ostdeutsche SPD-Mitglieder gegenüber. Die PDS verliert kontinuierlich Mitglieder.

Doch der Trend für die SPD ist positiv: Mehr als 30 000 ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger haben sich seit Dezember gemeldet und wollen sich an Veranstaltungen und am Informationsangebot der SPD beteiligen.

17. Der eigentliche ideologische und politische Gegner der SED-Politbüros nach 1946 war die Sozialdemokratie. Die Ausschaltung und Verfolgung von Sozialdemokraten nach Gründung der SED, die Unterdrückung des Arbeiteraufstandes am 17. Juni 1953 und die systematische, innerparteiliche und gesellschaftliche Bekämpfung des „Sozialdemokratismus“ in der gesamten DDR-Zeit sind Tatsachen, denen die PDS ausweicht.

18. Die SPD vertritt ihre freiheitlichen, sozialen und ökologischen Grundwerte selbstbewußt auch in der Auseinandersetzung mit der PDS.

Die SPD ist die Partei des demokratischen und freiheitlichen Sozialismus und der sozialen Demokratie in Deutschland. Gerade wenn die PDS weiterhin mehr als 80 Prozent ihrer Programmtexte sinngemäß bei der SPD ausleihen sollte, gibt es doch keinen Grund für die SPD, der politischen und ideologischen Auseinandersetzung mit Positionen der PDS auszuweichen. Wie bei den Vorzeigekandidaturen zu den Europa- und Bundestagswahlen („Bismarck-Enkel“) wird die PDS auch bei den bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen versuchen, einzelne Mitglieder bei der SPD abzuwerben oder auch in Fortführung der KPD/SED-Tradition die Linke in der SPD zu spalten.

19. Solange die PDS insgesamt ihr Verhältnis zum Unterdrückungsapparat der Stasi nicht eindeutig und glaubwürdig geklärt hat, so lange ist sie kein glaubwürdiger politischer Partner. Dies bedeutet keine Pauschalverurteilung von Menschen, doch das, was gewesen ist, muß kritisch und differenziert aufgearbeitet werden. Eine demokratische und freiheitliche Volkspartei wie die SPD hat es im Gegensatz zur PDS nicht nötig, die Vergangenheit der DDR umzuinterpretieren oder sich über die SED-Geschichte hinwegzumogeln.

20. Mit Polit-Bla-Bla und leeren Versprechungen sind in Ostdeutschland keine Wahlen zu gewinnen. Gefragt sind auf

Dauer nicht die Politiker mit den modernsten Werbeplakaten, gefragt wird, *was* die Parteien wirklich im Bundestag und in einer künftigen Bundesregierung *bewegen* können.

21. Mit Recht wehren sich die Ostdeutschen gegen Besser-Wessis und gegen die Behauptung, früher sei alles besser gewesen.

Die SPD ist für die kritische und differenzierte Aufarbeitung des Alltags in der DDR-Zeit. Nur eine Minderheit von PDS-Wählern will die DDR mit ihrer Unfreiheit zurückhaben, so wie sie einmal war.

Die SPD macht deutlich, daß ihr Projekt eines sozialen, modernen, friedlichen und ökologischen Deutschlands auch die Chance für eine gerechte und soziale Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West in einem demokratischen Prozeß ist.

22. Die SPD hat seit 1990 ein Drittel an Wählern hinzugewonnen. Die neue Unterstützung für die SPD kommt aus unterschiedlichen Wählerbereichen: von CDU und Demokratischem Aufbruch von der FDP und vom Neuen Forum. Wenn uns Künstler und Sportlerinnen, Menschen aus der Bürgerbewegung und solche, die aus Überzeugung mit ihrer Vergangenheit öffentlich gebrochen haben, unterstützen, so hilft uns dies deutlich zu machen, worum es im Kern bei der harten Auseinandersetzung zwischen PDS und SPD bei den Bundestagswahlen 1994 geht. Ob die SPD mit Rudolf Scharping die Chance erhält, eine soziale Wende in der Bundesrepublik herbeizuführen, oder ob Stimmenzersplitterung durch die PDS gelingt. Wer PDS wählt, stärkt indirekt die Kohl-Koalition.

23. Neue Mitglieder stärken die ostdeutsche SPD auch in der Auseinandersetzung mit der PDS. Wir sind offen für alle, die mit uns glaubwürdig für die Grundwerte der SPD, für unsere freiheitlichen und sozialen Ziele eintreten wollen.

Die Ortsvereine der SPD werben um neue Mitglieder: sie entscheiden eigenständig darüber, wer als Mitglied der SPD aufgenommen wird.

24. Die SPD macht eine bürgernahe Politik. Bürgerdialog heißt, die berechtigten Interessen und die Erfahrungen von Bürgerinnen und Bürgern aufzunehmen.

25. Die SPD stärkt ihr wirtschafts- und sozialpolitisches Profil. Wir weichen der sachlichen Diskussion mit der PDS nicht aus, d.h. aber auch, daß wir uns zu unseren sozialdemokratischen Traditionen und

selbstbewußt zur Bürgerbewegung bekennen, daß wir sozialdemokratische Grundwerte diskutieren und vermitteln sowie eine daran orientierte glaubwürdige Politik betreiben. Nicht mehr versprechen, als man hält und das zu halten, was man verspricht, ist Grundvoraussetzung sozialdemokratischer Politik und glaubwürdiges Gegenbild zur PDS-Propaganda des „Jedem alles Versprechens“.

26. Dies gilt auch für weitere politische Themen, die den Bürgerinnen und Bürgern in Ostdeutschland auf den Nägeln brennen. Die SPD hat klare programmatische Vorstellungen.

27. Die Politiklinie: Arbeit – Standort/Zukunft – Stärkung von Selbständigkeit, Eigeninitiative und Erwerbschancen für die Leistungswilligen – Hilfe und mehr Chancen – Gerechtigkeit für die Benachteiligten zeigt exemplarisch, wie Bundespolitik der SPD, Landespolitik und kommunale Verantwortung miteinander verbunden sein müssen.

28. Wer die Bundesrepublik real verändern will, muß die SPD wählen, Stimmenzersplitterung durch die PDS behindert nur den notwendigen Machtwechsel in Bonn.

Dokument 3

Das fehlende SPD-Selbstbewußtsein. Eine Replik von Horst Dietzel und Wolfgang Gehrcke auf die 28 SPD-Thesen zum Umgang mit der PDS. In: »Neues Deutschland« vom 28. April 1994. S. 8.

Die 28 Thesen zum selbstbewußten Umgang mit der PDS sind ein über weite Strecken sachliches Papier – insofern hebt es sich von bisherigen Äußerungen der SPD gegenüber der PDS ab. Gleichzeitig fällt auf, daß es sich in Wahltaktik, Zahlenspielen und bekannten Schlagworten gegenüber der PDS verliert. Eine inhaltliche Auseinandersetzung? Fehlangezeigte! Deshalb wohl meinte ein Journalist auf der Pressekonferenz, das Papier hätte eher den Titel tragen müssen: „Über den Umgang der SPD mit sich selbst“.

„Die SPD ist die Partei, die gerade zu den Themen, mit denen die PDS populistisch auf Stimmenfang zu gehen versucht, überzeugende Antworten als künftige Regierungspartei“ gibt, urteilen die Thesen. Liest man den Diskussionsentwurf des SPD-Regierungsprogramms und die Pressestimmen dazu, dann fällt auf: Dies ist eine Mischung von sehr allgemeinen Positionen und ebenso allgemeinen Versprechungen. Die weniger Verdienenden sollen steuerlich entlastet und sozial besser gestellt werden, die Besserverdienenden sollen aber nur wenig mehr belastet werden. Rudolf Scharping meint, daß seinem Vorschlag entsprechend nur eine Mehrbelastung von 23 DM monatlich bei einem zu versteuernden Einkommen von ca. 100 000 DM im Jahr zu verzeichnen wäre. An das große Geld will die SPD überhaupt nicht mehr ran. Die SPD versucht die Quadratur des Kreises zu lösen: striktes Sparen, Senkung der Lohnnebenkosten, keine nennenswerte Belastung der Besser- und Großverdiener, Anhebung des Kindergeldes usw. Seriöse Zahlen fehlen.

Die PDS dagegen hat in ihrem Wahlprogramm nicht nur die weitergehenden Vorstellungen über die Schaffung von Arbeitsplätzen, die sich nicht nur in der traditionellen Wirtschaftspolitik verlieren, sondern einen Umbau des Arbeitssystems und eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit einfordern; sie hat auch wesentlich konkretere Vorstellungen entwickelt, übrigens auch zur Finanzierung. Die Stichworte sind u.a.: Einführung einer Investitionshilfeabgabe westdeutscher Unternehmen zur Förderung arbeitsplatzschaffender, umweltfreundlicher Investitionen in Ostdeutschland sowie einer Zwangsanleihe der Banken und Versicherungen,

Lastenausgleich durch Erhebung einer einmaligen Abgabe auf alle Großvermögen, Besteuerung von Spekulationsgewinnen aller Art, Anhebung der Spitzensätze für Einkommens- und Körperschaftssteuern bei geringerer Besteuerung der für die Schaffung neuer Arbeitsplätze eingesetzten Gewinne, Einführung einer Arbeitsmarktabgabe für Minister, Abgeordnete, höhere Beamte und andere Großverdiener, Senkung des bürokratischen Aufwandes für Parlament, Regierung, Ämter..., Senkung des Verteidigungshaushalts um jährlich 10 Prozent. Diese Aufzählung soll nur verdeutlichen, daß die PDS wohl ein Wahlprogramm besitzt, das wirkliche und machbare Alternativen aufzeigt. Wir sagen auch, wem wir etwas wegnehmen wollen. Außerdem sind da nicht wenige Positionen dabei, die die SPD vor kurzem selbst eingenommen hat.

Die Politik der PDS war zum Beispiel bei der Bundestagsgruppe der PDS antipopulistisch: Die PDS hat sich nicht dem Druck für die Abschaffung des Asylrechts, des „Großen Lauschangriffs“, der weltweiten Bundeswehreinsätze, des „Wirtschaftsstandortes Deutschland“ und zu anderen Fragen gebeugt. Wie sieht das bei der SPD aus?

SPD als die Partei der Ostdeutschen?

Die AutorInnen der Thesen schreiben, daß die SPD gute Chancen hat, die meisten Wahlkreise in Ostdeutschland zu gewinnen, wenn sie nach außen deutlich macht, daß sie ostdeutsche Interessen wirksam vertritt. Die SPD, die eigentliche Ostpartei? Hier bleiben die Thesen widersprüchlich: Auf der einen Seite wird behauptet, die SPD sei gegenüber der PDS die Partei, die wirksamer Ostinteressen ver-

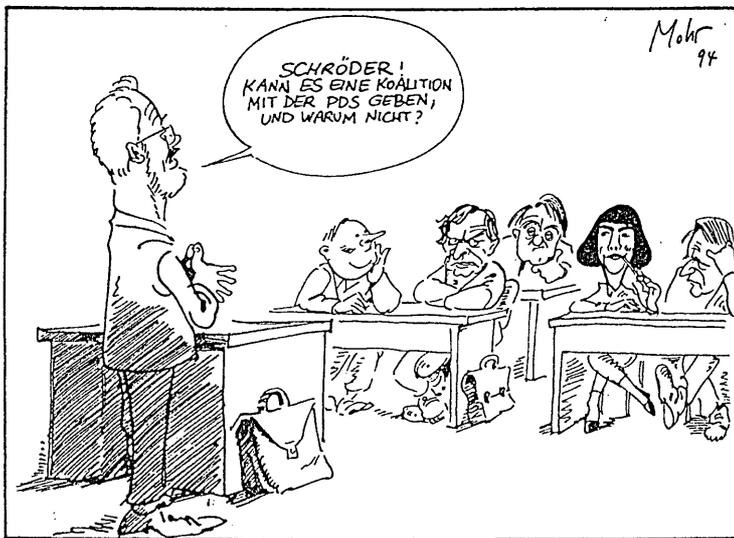
tritt, auf der anderen Seite wird festgestellt, daß „auch innerhalb der Bundes-SPD... für die Durchsetzung ostdeutscher Interessen gerungen werden“ müsse. Das SPD-Regierungsprogramm bleibt allgemein: „Wir wollen ostdeutsche Biographien anerkennen“. Aber wie konkret? Wird mit den Berufsverboten und Ausgrenzungen wirklich Schluß gemacht? Zur inneren Einheit gehöre „ein gerechter Lastenausgleich, an dem sich jeder nach seinen Möglichkeiten beteiligt“. Wie soll dieser Lastenausgleich konkret aussehen? Pauschaldiskriminierungen seien zurückzuweisen, politischer Irrtum und Anpassung seien nicht nur ostdeutsche Verhaltensweisen... Richtig, aber schafft eine SPD-geführte Regierung das Rentenstrafrecht wirklich ab? Die ThesenautorInnen wollen noch einen Schritt weiter gehen: „Das schulpolitische Angebot gilt auch für Kinder der ehemaligen Angehörigen der NVA.“ Das garantiert auch die CDU. „Jeder, der seine Datsche rechtmäßig erworben hat, der hat Anspruch auf Schutz durch SPD-Politik.“ Was ist nach SPD-Meinung „rechtmäßig“? Die Antwort fehlt in den Thesen. Das Wahlprogramm und der politische Wille der PDS sind hier wesentlich konkreter: „Die Renten-, Eigentums- und Nutzungsrechte aus der DDR müssen gewährleistet werden... die juristische und soziale Ausgrenzung von Hunderttausenden Menschen, der Mißbrauch des Arbeits-, Sozial- und Rentenrechts als ‚politisches Strafrecht‘ und die Berufsverbotepraxis müssen auf schnellstem Wege beendet werden“ usw. Natürlich stimmt es, daß die PDS im Westen Probleme hat. Sie hat ihre Positionen vor allem im Osten. Wieso soll das nicht gerade dafür sprechen, daß sie glaubwürdig Ostinteressen vertritt?

Ist es nicht nötig, daß in den Parlamenten „O-Ton“ gesprochen wird?

Wer PDS wählt wählt Kohl?

„Nur wem es gleichgültig ist, ob Helmut Kohl weiterwächst, kann am 16. Oktober seine Stimme an die PDS verschenken.“ Die SPD und andere wollten keine Koalition mit der PDS, also fällt die PDS nicht ins Gewicht, so die Argumentation. Wörtlich heißt es: „Wer die Bundesrepublik real verändern will, muß SPD wählen, Stimmensplitterung durch die PDS behindert nur den notwendigen Machtwechsel in

Bonn.“ Zunächst haben Gregor Gysi und andere PDS-PolitikerInnen mehrfach deutlich gemacht: Eine Bundestagsfraktion der PDS wird natürlich mit ihren Stimmen einen Regierungswechsel in Bonn mit herbeiführen helfen. Insofern ist die Aussage der Thesen-AutorInnen sachlich falsch. Ob allerdings die These stimmt, daß eine Wahl der SPD die Bundesrepublik verändert, bleibt sehr zweifelhaft. Das schon angesprochene Regierungsprogramm und die Aussagen des SPD-Vorsitzenden sprechen eher dagegen. Kann es nicht sein, daß mit einem Bundeskanzler Scharping eine gemilderte Kohl-Politik auf uns zu kommt? Von einem Reformaufbruch wie 1969 ist jedenfalls nichts zu spüren. Wieso schätzen die SPD-AutorInnen die Opposition so gering ein? Opposition ist doch nicht nur eine Regierung im Wartestand. Zum Wesensgehalt von Demokratie gehört die reale Unterschiedlichkeit von Parteien. Wer das wegdrücken will, be-



fördert Politikverdrossenheit. Die jetzt ablaufende Wahlperiode hat die Verschiedenheit von PDS und SPD deutlich gemacht, übrigens nicht nur im Bundestag. Das ist „normal“. Es ist deshalb schon etwas seltsam, wenn die AutorInnen der Thesen die Begriffe „Konkurrent“ und „politischer Hauptgegner“ verwechseln. Für die PDS ist natürlich die jetzige Regierung, vor allem die CDU/CSU, der hauptsächlich politische Gegner. Das ändert nichts an der Tatsache, daß PDS und SPD vor allem im Osten um ähnliche Wählerschichten konkurrieren. Sollen doch die WählerInnen ihre Wahlentscheidung selbst treffen. Offenbar geht aber die SPD von einem Alleinvertretungsanspruch auf unzufriedene „OstwählerInnen“ aus. Sie möchte die PDS aus dem politischen Leben verbannen.

Interessant ist, daß sich die SPD in den Thesen nicht nur als Partei der sozialen Demokratie (partei-offizielle Lesart), sondern auch als Partei des

„demokratischen und freiheitlichen Sozialismus“ definiert. Der Sozialismusbegriff war für die SPD spätestens seit dem Zerfall des Realsozialismus passé. Nun taucht er wieder auf. Vielleicht ist der Begriff des demokratischen Sozialismus doch nicht so negativ besetzt? Warum nicht sachlich über den demokratischen und freiheitlichen Sozialismus streiten? Hoffentlich nehmen die Thesenautoren ihren Satz ernst, daß es keinen Grund gibt, „der politischen und ideologischen Auseinandersetzung mit Positionen der PDS auszuweichen“. Nur gibt das Thesenpapier leider wenig für die inhaltliche Auseinandersetzung her. Es soll den AktivistInnen der SPD im Osten Mut zur Auseinandersetzung mit der PDS machen. Wir werden einer solchen Auseinandersetzung nicht ausweichen. Mal sehen, ob die (Ost)-GeschäftsführerInnen nicht nur schreiben, sondern ob sie auch Aufgeschriebenes in Rede und Gegenrede diskutieren.

Dokument 4

Keine Angst vor der PDS. Thomas Krüger (SPD), Berliner Jugendsenator, zur Strategie seiner Partei gegenüber der PDS. In: »tageszeitung« vom 17. Juni 1994. S. 10.

taz: Herr Krüger, hat die SPD nach den Wahlen vom letzten Wochenende jetzt ihren Angstgegner entdeckt - die PDS?

Thomas Krüger: Schock und Idee liegen immer dicht beieinander. Angst vor der PDS wäre jetzt mit Sicherheit die falsche Reaktion. Es ist immer noch besser, die Leute wählen eine PDS mit einem sozialdemokratischen Programm, als daß sie ihrem Strukturkonservatismus Ausdruck geben und rechts wählen.

Das hört sich schon fast wie eine Vereinnahmung an. Seit wann hat die PDS ein sozialdemokratisches Programm?

Die PDS hat in vielen einzelnen Sachfragen die Programmatik der SPD für sich übernommen. Das kann man als schlechtes Gewissen über ihre Vorgeschichte interpretieren. Das kann man aber auch begreifen als ein Signal dafür, daß die sozialdemokratische Programmatik der Vollendung der Einheit aus der Perspektive der neuen Bundesländer durchaus angemessen ist.

Dann ist ja die PDS programmatisch gesehen für kommende Koalitionen schon reif?

Eine Koalition mit der PDS kommt nicht in Frage. Aber man kann natürlich vor allem in den Kommunen die PDS nicht aus der Verantwortung entlassen und sollte von allen Parteien ein vernünftiges Miteinander verlangen. Wer die PDS nur an ihrer Vergangenheit mißt, übersieht, daß man sie auch hinsichtlich der Politikgestaltung beim Wort nehmen muß. Es hat sich auch in den Kommunen gezeigt: Wenn man die PDS bei ihrer Verantwortung nimmt, sieht sie ziemlich blaß aus.

Nach den Wahlergebnissen vom Wochenende sieht es danach aus, als ob mehrheitsfähige Konstellationen in den östlichen Ländern nur noch mit der Union oder der PDS zustande kommen.

Ich glaube, daß die SPD, wenn sie in den neuen Bundesländern oder überhaupt als regierungsfähige Partei überleben will, die Polarisierung gegenüber der CDU verstärken und die gegenüber der PDS beibehalten muß. Gegenüber der CDU muß man sein Profil als reformerische Partei schärfen, gegenüber der PDS muß man deutlich machen, daß eine Vereinnahmungstaktik à la nationale Front mit der SPD nicht in Frage kommt. Der Organisationsgrad der SPD ist in den neuen Bundesländern unverhältnismäßig schwächer als der der PDS. Die Gefahr einer Vereinnahmung durch die PDS wäre bei einer Zusammenarbeit nicht von der Hand zu weisen.

In der Alternative PDS/SPD oder Große Koalition ist die Große Koalition für die SPD das kleinere Übel?

Ich würde der SPD nicht raten, eine Absage an die Koalition mit der PDS mit einer möglichen Zusage an eine Große Koalition zu verbinden. Für die SPD muß es Programm werden, die Thematik der Einheit mit einem reformerischen Anspruch zu verbinden. Diese beiden Punkte können eine Stärke der SPD werden, wenn man sich den richtigen Koalitionspartner aussucht. Der ist wohl weder die CDU noch die PDS.

Es gibt PolitikerInnen in der SPD, die sich für eine Zusammenarbeit mit

Dokument 5

Wo liegt der Hund begraben, Herr Thierse und Herr Zwerenz? Streitgespräch zwischen dem stellvertretenden SPD-Chef und einem parteilosen PDS-Wahlkandidaten. In: »Neues Deutschland« vom 22. Juni 1994. S. 3.

Herr Thierse, die Eppelmann-Kommission hat im Bundestag eine Art abschließendes Urteil über die DDR gegeben. War die DDR so, wie sie skizziert wurde?

THIERSE: Ich sehe kein abschließendes Urteil; bestenfalls den Versuch, mit großen Anstrengungen, unter Beteiligung ziemlich vieler Leute einen ersten wichtigen Schritt zur kritischen Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu tun. Unterschiedlich Betroffene kamen zu Wort. Ich fand diese Veranstaltung da am aufregendsten, wo Opfer von Unrechts-handlungen das Wort erhielten und endlich, nach soviel Schweigen, ihre Geschichte und ihre Unterdrückungserfahrungen haben erzählen können.

Daß die Geschichte der DDR mit viel Unrecht verbunden gewesen ist – insgesamt auch eine Diktatur war –, wird ja wohl keiner mehr mit Recht bestreiten wollen. Aber die DDR war auch etwas anderes, was sich nicht unter dem Stichwort Unrechtsregime oder SED-Diktatur zusammenfassen läßt. Sie war lebendige Lebenszeit der Menschen, mit normalem, vielfältigem, differenziertem Leben. Das sollten wir nicht vergessen.

Herr Zwerenz, Sie haben die DDR auf dem Fluchtwege verlassen und dann in der Bundesrepublik eine Initiative „Anerkennung der DDR“ ins Leben gerufen. Wollten Sie wirklich die Anerkennung dieses „Unrechtsregimes“?

ZWERENZ: Das ist kompliziert, wie die Verhältnisse der Entwicklung der beiden deutschen Staaten kompliziert gewesen sind und wie sie heute nach der *Veruneinigung* noch komplizierter geworden sind. Noch bevor Egon Bahr von einer neuen Ostpolitik sprach, war ich Anfang der 60er Jahre im Westen zu der Meinung gekommen, daß die Kalte-Kriegs-Kategorien nicht mehr taugen, daß man die DDR erst einmal anerkennen mußte, damit man zu einer Auseinandersetzung, zu einer Konfliktlösung kommen konnte.

Versöhnung braucht Wahrheit – ein Wort von Ihnen, Herr Thierse. Braucht Wahrheit auch Versöhnung?

THIERSE: Sicherlich gelten beide Sätze, ich hab' nur etwas dagegen, wenn auf eine sehr undifferenzierte Weise von Versöhnung gesprochen wird. Selbstkritischer Umgang, auch Scham ist ein Moment unserer Würde. Wenn wir Ostdeutschen nicht dazu beitragen, differenziert, kritisch, gerecht, schonungslos, mit unserer Vergangenheit umzugehen, werden andere mit ihren Pauschalurteilen obsiegen.

ZWERENZ: Ich möchte lieber fragen: Wohin soll der Weg der Linken in dieser vergrößerten Bundesrepublik nun gehen? Die PDS ist hier in dieser Ex-DDR doch immer noch die „stärkste der Parteien“. Im Westen wird sie eine der schwächsten der Parteien bleiben. Es muß nicht immer so sein, aber es ist so. Und da liegt der Hund begraben.

THIERSE: Eine solche Vorstellung von der SPD ist verräterisch. Es unterstellt ein bißchen den Stil der SED. Das SPD-Präsidium ist kein Politbüro, wir haben im Präsidium überhaupt nicht über diese Entscheidung geredet.

ZWERENZ: Aber, Herr Thierse, es gibt doch noch andere Kommunikationswege als unbedingt von diesem Parteipräsidium herab.

THIERSE: Es gibt eine solche Weisung nicht. Und die Überlegung, die Manfred Stolpe angestellt haben mag, die kann man politisch nachvollziehen, man muß sie dann immer noch nicht teilen.

Herr Thierse, viele Menschen waren überrascht, daß noch am Wahlabend – am 12. Juni – Ihr Parteivorsitzender in der PDS die Schuldige für die

gierungs- und Politikwechsel in Bonn will, wird ihn nur dadurch erreichen, daß er dazu beiträgt, daß die SPD stärkste Partei wird.

Was stört Sie dann aber an der PDS? Warum wollen Sie gerade ihr Stimmen abjagen?

THIERSE: Sie tut doch dasselbe, sie kämpft um Wähler, das ist doch der Sinn von Parteien im Wahlkampf, und sie tritt genau da an, wo die SPD bei den bisherigen Wahlen stark war, um sie jetzt zu schwächen.

ZWERENZ: Ich habe das Bonner Parlament jahrzehntelang erlebt – zwangsläufig näher als Sie, und mir immer öfter gewünscht, daß es in diesem Parlament eine Opposition gibt. Zu meinem großen Bedauern mußte ich feststellen, daß die SPD immer weniger



Ich frage mich, ob wir weiter so im Konflikt, im Schützen-grabenzustand verharren wollen, oder ob wir nicht im Sinne einer pluralistischen deutschen Linken alles an Konflikt vernachlässigen, was tatsächlich als sekundär angesehen werden kann.

Herr Thierse, wir kommen darauf zurück. Vorher: Wäre es nicht im Geist der Enquete-Kommission gewesen, wenn Herr Stolpe im Brandenburger Landtag zumindest die Vertrauensfrage gestellt hätte? Hat es ihm die SPD-Spitze aus Wahlkampfgründen untersagt?

Wahlniederlage der SPD ausgemacht hat.

THIERSE: Die SPD hat nicht einfach verloren, sie hat bei den Kommunalwahlen im Osten Deutschlands zwischen fünf und 12 Prozent gewonnen. Und sie hat auch bei den Europawahlen einiges gewonnen, und ich finde, das kann man nicht unter Niederlage subsumieren.

Zur PDS: Demokratie hat auch mit Zahlen-Verhältnissen zu tun, und die Erfolge der PDS werden mit einer gewissen Genugtuung von der CDU wahrgenommen. Weil sie zu Lasten der SPD gehen. Wer einen Re-

Opposition geworden ist.

Als diese Wende begann, da habe ich gemeint, die SPD müsse so stark, so stabil, so modern sein, daß sie sich revolutionär nach innen und außen ausweitet – und allen SED-Leuten, die es wollen, die Möglichkeit gibt, zu dieser SPD zu stoßen.

Heute wünsche ich der PDS und der SPD, daß sie viele Wähler bekommen, aber fehlende Mitglieder, Herr Thierse, sind die Folge der mangelnden Courage zur richtigen Zeit.

THIERSE: Eine erstaunliche Bemerkung. Die SPD ist im

Osten Deutschlands als erste neue Partei gegründet worden. Im Oktober 1989. Damals noch verfolgt vom MfS. Im Dezember 1989 – ich war noch nicht Mitglied dieser neugegründeten Partei – saß ich bei einer Veranstaltung einem Professor gegenüber, der zu den Reformern der SED gehörte. Ich habe ihn aufgefordert beizutragen, daß sich diese SED auflöst und aus ihr die beiden Parteien hervorgehen, die in unterschiedlicher Stärke in ihr immer schon vorhanden waren. Dies ist verhindert worden, übrigens durch Hans Modrow und Gregor Gysi, bei dem berühmten Parteitag Ende 1989. Aber damals habe ich gesagt, dieses wäre eine Chance für eine neue erfolgreiche linke demokratische Partei gewesen.

Herr Thierse, wie wohl war Ihnen, als Sie von der Idee Günter Grass' hörten, für Ihren Wahlkreis hier in Berlin einen Thierse-Schutzbund ins Leben zu rufen, auf daß Sie in den Bundestag kommen, was ohnehin nie in Frage stand?

THIERSE: Warum diese abschätzig Bezeichnung für eine Wählerinitiative, die vor allem aus prominenten Ostdeutschen besteht? Ich betrachte sie als Ermunterung. Die Tatsache, daß die PDS Stefan Heym zur Kandidatur bittet und in diesen Wahlkreis bringt, ist ja nicht unbedingt eine Aufforderung zur Kooperation.

Herr Zwerenz, wie bewerten Sie denn die Aufstellung Stefan Heyms im Prenzlauer Berg?

ZWERENZ: Ich wohne im Taurus 700 Meter hoch und kann solche Dinge nicht so furchtbar ernst nehmen, ich betrachte diese Wahlkämpfe mehr sportlich. Ich habe mich gefreut, daß Stefan Heym hier Wahlkampf machen wird und freue mich, wenn er gewählt wird. Vor allem deshalb, weil er dann Alterspräsident wird.

THIERSE: Gelegentlich ist es nicht ganz unwichtig, wie jemand in den Bundestag kommt. Ich bin Vorsitzender der ostdeutschen sozialdemokratischen Partei gewesen, in dieser Eigenschaft bin ich ja zweifacher Stellvertreter in Bonn geworden: Als Vertreter der ostdeutschen Sozialdemokraten, als einer der ganz wenigen ostdeutschen Politiker, denen die in Bonn überhaupt noch zuhören. Ich bin nicht sicher, ob das für unser gemeinsames Interesse wirklich gut ist – ich hoffe es gibt noch ein paar gemeinsame Interessen –, wenn da einem Politiker

geschadet wird, der wie nicht ganz so viele in Bonn sein Maul aufgerissen hat.

ZWERENZ: Aber das schätzen wir doch an Ihnen! Da sind Sie doch ein weißer Rabe. Aber diese andere Partei, die wir versuchen in einen Minderheiten-Status zu drängen, streckt doch auch ihre Fühler aus. Auf meiner Herfahrt habe ich ein Buch annonciert gesehen „Und der Zukunft zugewandt“ von Wolfgang Schäuble. Daß also jetzt Schäuble den Johannes R. Becher plündert... und die DDR-Nationalhymne...

THIERSE: Sie müssen allerdings in das Buch 'reingucken. Unter diesem Titel wird ein stramm national-konservatives Programm für das einige Deutschland entwickelt, das mir himmelangst macht.

Wäre das, was Sie gerade sagen, Herr Thierse, nicht Grund für eine Partei wie die SPD, die im Osten und eine Partei wie die PDS, die im Westen nicht auf die Beine kommt, endlich etwas ernsthafter darüber nachzudenken, wie man in vernünftiger Weise sachlich zusammenarbeiten könnte? Trotz aller Berührungs- und Vorwurfsängste bei SPD wie PDS?

THIERSE: Es gibt ein paar Probleme, die dagegen sprechen. Erstens eine 40jährige Vorgeschichte. Die der PDS vor allem. Und die der Ost-SPD, die nun wahrlich kein Verein von Helden und Märtyrern ist, aber in der eine Menge Leute Erfahrungen von Benachteiligungen aus der Vergangenheit mitbringen. Denen fällt es schwer, das zu vergessen und zu sagen: Wir kooperieren mit einer Partei, die aus dieser Vergangenheit sehr unmittelbar hervorgegangen ist.

Zweitens wirbt die PDS ja wohl damit, daß sie in die Opposition gehen und keine Gestaltungsmehrheit haben will. Mit der SPD habe ich das leidenschaftliche Interesse, daß wir endlich eine andere Regierung bekommen und eine andere Politik betreiben.

Drittens: Es hilft nichts, es wird einen Regierungswechsel nur dann geben, wenn die SPD stärkste Partei ist. Alles, was daran hindert, wird diesen Regierungswechsel nicht befördern.

ZWERENZ: Herr Thierse, der Unterschied zwischen der hiesigen SPD und der PDS ist der: Wenn die PDS appelliert, Opposition sei ihre zukünftige Politik, daß sie damit gegenüber der SPD einfach realitätsnäher ist.

THIERSE: Damit sagen Sie aber, daß es eigentlich gar keine Aussicht auf einen Regierungswechsel gibt.

ZWERENZ: Ja. So wie die SPD sich jetzt gebettet hat, sehe ich keinen Chance für sie, einen Regierungswechsel zu bekommen. Aber das Problem, worum es geht, ist, daß dieser SPD, – wie übrigens auch der PDS, aber die ist erst in zweiter Linie gefragt – ein wirkliches Konzept der Ablösung fehlt. Es gibt einfach Dinge, über die wir normalerweise nicht sprechen, über die wir auch hier sehr schwer sprechen können, weil Sie da sofort für Ihre Partei sprechen müssen, während ich ja immer noch parteilos bin. Es fehlt in diesem Land seit langem an einer intellektuellen Alternative. Das ist ein Armutzeugnis für uns alle.

Das einzige, was dem Führungspersonal der SPD jetzt einfällt ist, wenn es auf eine Wahl zugeht, aus dieser SPD eine Art Kasernenhofdisziplin-Regiment zu machen. Da kommt Scharping und sagt, jetzt sind alle mal still, damit wir die Wahlen gewinnen. Die gewinnen Sie damit überhaupt nicht, sondern Sie schwächen Ihre eigene Partei mit Ihrer Politik.

THIERSE: Also Herr Zwerenz, das ist schon eine erstaunliche Beobachtung. Allgemein klagen alle möglichen Leute darüber, daß die SPD so zerstritten ist, und Sie werfen uns jetzt vor, da herrsche Kasernenhofdisziplin. Absurd. Lassen Sie mich noch einmal klar sagen: Die PDS-Wähler werden ihren Teil von Verantwortung tragen, wenn es im Oktober zu keinem Regierungswechsel kommt.

Herr Thierse, das läuft im Kern darauf hinaus, der PDS das Recht zu bestreiten, überhaupt zu kandidieren.

THIERSE: Wenn man öffentlich argumentiert, was die Wirkungen von Wahlverhalten sind, dann ist das die normalste Form von Wahlkampf. Keiner bestreitet der PDS zu kandidieren, sie hat alle Chancen in diesem Rechtsstaat.

ZWERENZ: Viele haben ganz erhebliche Zweifel daran, Herr Thierse, daß Ihre Partei die Wahlen wirklich gewinnen will, vor allem hier im Osten. Aktivitäten der CDU zum Beispiel laufen darauf hinaus, früher „Staatsnahe“ für sich zu gewinnen. Jüngste Äußerungen von Ministerpräsidenten Bergner (CDU) aus Sachsen-Anhalt belegen das, während Ihre Partei, Herr Thierse, im Osten immer noch mit der Sta-

si-Klatsche hantiert. Werden Sie damit den Anliegen der Ossis gerecht, deren Fürsprecher Sie doch sein wollen?

THIERSE: Wann soll denn die SPD die Stasi-Klatsche hervorgeholt haben? Ich habe seit 1990 immer ausdrücklich darauf hingewiesen, daß 2,3 Millionen Mitglieder der SED höchst unterschiedliche Leute waren. Die SPD hat immer gesagt, wir sind offen für Mitglieder der ehemaligen SED.

Die CDU verfährt da, wie ich finde, heuchlerisch. Sie sagt das eine in Wahlkampfzeiten und tut das andere. Gucken Sie mal hin, was sie für Rentenrechte durchgesetzt hat, was für eine Entschädigungsregelung es gibt. Sie können uns nicht für alles verantwortlich machen, was im Bundestag mit der Mehrheit des Bundestages verabschiedet wird. Für mich und die Sozialdemokraten ist in diesem Wahlkampfbahn und auch über die Jahre hin ganz eindeutig die CDU der politische Hauptgegner. Das bleibt so.

Die SPD ist im Begriff, ihren Wahlkampf im Osten zu ändern. Wie soll die neue Strategie aussehen?

THIERSE: Dies war in der ersten Runde ein Europawahlkampf, wo gelegentlich aus ganz guten Gründen die Unterschiede zwischen den Parteien nicht so erheblich sind. Dies wird sich ändern.

ZWERENZ: Herr Thierse hat davon gesprochen, daß es welche gibt, die in der DDR sehr gelitten haben und deshalb Vorbehalte gegenüber einer Annäherung zwischen SPD und PDS bestehen. Das ist verständlich, das ist so. Aber das ist überwindbar. Wenn man will, insbesondere wenn man sich auf das Christentum besinnt und beruft. Sehen Sie nach Südafrika oder nach Israel und Palästina! Da soll es nicht möglich sein, zu einer Annäherung zwischen SPD und PDS zu kommen? Ich spreche lediglich von einer Annäherung.

Moderiert und notiert von:
HELFRIED LIEBSCH,
REINER OSCHMANN

Dokument 6

Klaus Hartung: Sozis im Dilemma. Die SPD findet keinen Weg, der Konkurrenz von links zu entgehen. In: »Die Zeit« vom 24. Juni 1994. S. 10. [Auszug]

Alle sozialdemokratischen Strategiepapiere über die PDS zeigen: Wenn die PDS als Gegner ernst genommen wird, führt die kritische Analyse sofort ins Zentrum sozialdemokratischer Widersprüche, nämlich das ungeklärte Verhältnis zwischen der SPD-Ost und der SPD-West und das heikle Problem der Vollendung der Einheit.

Die PDS kann sich da selbstzufrieden zurücklehnen. Der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky erklärt summarisch, man habe kein Problem mit der SPD. „Uns fallen keine 28 Thesen ein“ zur Klärung des Verhältnisses zu den Sozialdemokraten. Da das Thema Koalition nicht auf der Agenda stehe, sei man – zugegebenermaßen – in „einer beneidenswerten Lage“. Das Gerede über eine große Koalition, sagt Bisky, „treibt uns die Wähler in die Arme“. Genauso, wenn „uns Scharping nach der Europawahl zum Hauptfeind erklärt“. Ein Anti-PDS-Kartell, wie es jetzt in Bonn bei SPD und CDU diskutiert wird, würde der PDS wohl noch mehr Wähler zutreiben.

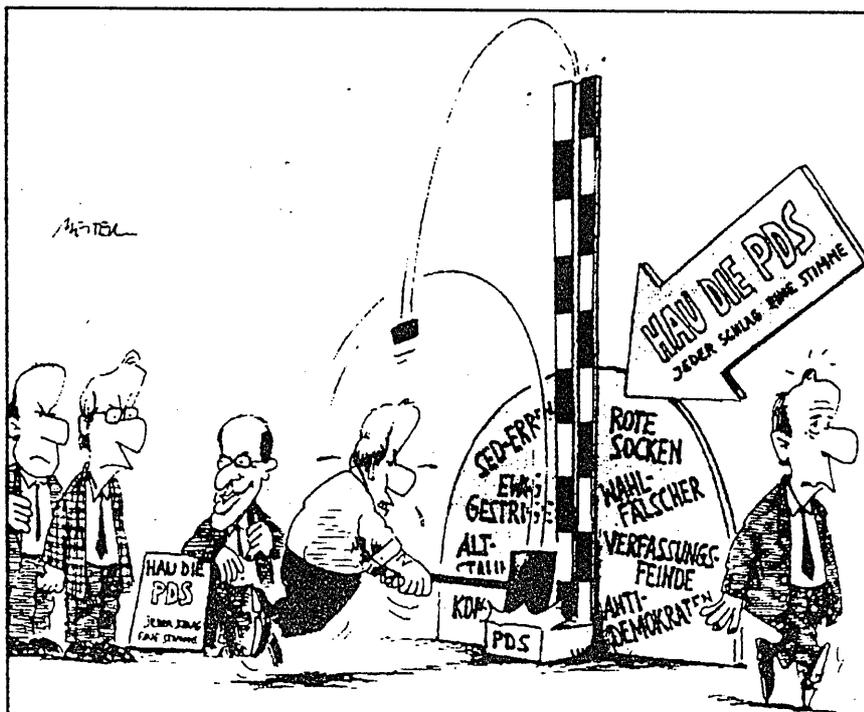
Das sozialdemokratische Dilemma hat Geschichte. Der brandenburgische Bundestagsabgeordnete Stephan Hilsberg, Gründungsmitglied der ostdeutschen Sozialdemokraten, wirft seiner Partei vor, sie habe die PDS als „Auslaufmodell“ drei Jahre lang sträflich „unterschätzt“. Für Tilman Fichter, den Referenten für politische Bildung beim Parteivorstand, liegen die Gründe für dieses Versagen in der unbearbeiteten Parteigeschichte vor 1989: „Einst war man intimer Partner in der Friedenspolitik, und jetzt erklärt man die PDS zum Tabu.“ Er bezweifelt, daß die Juso-Generation und die früheren Komplizen des Status quo überhaupt fähig zur Auseinandersetzung sind.

Große Hilflosigkeit konstatiert Fichter ange-

sichts der „semantischen Raubzüge der PDS“ in sozialdemokratischen, grünen und feministischen Programmen. In der Tat klagen die Sozialdemokraten mit routinierter Larmoyanz, daß die PDS abschreibe und auf alle sozialpolitischen Forderungskataloge nur draufsattele. Fichter befürchtet, daß die SPD ihre „strategischen Potentiale“ nicht nur an die Grünen und an die Sozialausschüsse, sondern in Zukunft an eine populistische Volkspartei wie die PDS verlieren werde.

Das sozialdemokratische Paradox ist, daß gerade das zentrale Wahlkampfthema Arbeitslosigkeit das politische Profil der Ost-SPD eher beschädigt hat. Und zwar nicht nur, weil die PDS noch blühendere Arbeitslandschaften verspricht. Vielmehr ignoriert die SPD im Wahlkampf die bestehende Ost-West-Spaltung Deutschlands und spricht unterschiedslos alle Deutschen als gleichermaßen von der Arbeitslosigkeit Betroffene an. Ein Steilpaß für die PDS, die den Anspruch erhebt, vor allem authentische Stimme des Ostens zu sein. Daß der Schriftsteller Stefan Heym am Prenzlauer Berg in Berlin gegen Wolfgang Thierse antritt, ist Strategie. Die sozialdemokratische Stimme des Ostens soll verstummen. Nicht nur hier: In vier anderen Berliner Wahlkreisen befürchten SPD-Analytiker die Eroberung von Direktmandaten durch die PDS.

Das andere Dilemma betrifft die Frage der Einheit: „Die PDS lebt von der nicht vollendeten Einheit“, kritisiert der Berliner Senator Thomas Krüger. Er fordert als Antwort eine Politik, in der „die Vollendung der Einheit mit gesellschaftlichen Reformen verknüpft“ werde – eine hochgeschraubte Forderung, für die die real existierende SPD kaum Hoffnung weckt. Klaus Hartung



Dokument 7

»Weichenstellung für die Bundestagswahl«. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wolfgang Thierse zu Rot-Grün in Magdeburg. Der Beweis, daß Alternativen zur jetzigen Regierung durchsetzbar sind. In: »tageszeitung« vom 30. Juni 1994. S. 3.

taz: Warum ist die Regierungsbildung von Magdeburg für Ihre Partei so wichtig?

Thierse: In Sachsen-Anhalt wird die SPD durch die Existenz der PDS und die öffentliche Demagogie entweder gezwungen, sich in eine Große Koalition unter Führung der CDU zu begeben, oder wir beweisen, daß andere politische Optionen, Alternativen gegenüber der jetzigen Regierung, möglich und durchsetzbar sind.

Das gelingt aber nur dank der Tolerierung durch die PDS.

Das ist sachlich falsch. Die sachsen-anhaltinische Verfassung sieht vor, daß spätestens im dritten Wahlgang eine einfache Mehrheit zur Wahl des Ministerpräsidenten reicht. Rot-grün hat 41 Mandate, die CDU 37 Mandate. Ich empfehle Reinhard Höppner und der SPD, mit den Grünen eine sachliche Grundlage für die Zusammenarbeit zu finden, die dann erlaubt, ihre Anliegen durchzusetzen und sich nicht dadurch beirren zu lassen, ob die PDS zustimmt oder ablehnt. Eine rot-grüne Regierung in Sachsen-Anhalt muß sich nicht von der Zustimmung der PDS abhängig machen. Im übrigen gilt auch die Einladung an die CDU, sachlich mit einer solchen Regierung zusammenzuarbeiten.

Ihr grüner Partner in Magdeburg erklärt seit dem Wahlsonntag, in Sachfragen stimme er mehr mit der PDS überein als mit der CDU. Gefällt Ihnen das?

Über solche Erklärungen bin ich nicht froh, sie besagen aber nicht allzuviel. Das Sachprogramm der PDS ist größtenteils von der SPD abgeschrieben und wird nur noch verziert durch radikale und finanziell unrealistische Forderungen populistischer Art. Über die Realisierbarkeit der PDS-Forderungen dürfte doch zwischen Rot und Grün Einigkeit herrschen.

Die konservativen Leitartikler schäumen vor Wut. Wie wollen Sie denn der Kampagne begegnen, in Magdeburg werde eine "Volksfrontregierung" gebildet?

Den Volksfrontvorwurf nenne ich heuchlerische Demagogie. Ich lasse ihn mir nicht von Vertretern einer Partei gefallen, die mit zwei Blockparteien aus DDR-Zeiten fusioniert hat - mit der Ost-CDU und der Bauernpartei, die 40 Jahre lang aufs innigste mit der SED zusammengearbeitet haben. Wer mit ihnen fusioniert, hat das moralische und politische Recht verloren, anderen Vorwürfe zu machen, wie sie mit einer postkommunistischen Partei umgehen sollen. Ich stelle für die SPD klar: Es wird mit der PDS keine Koalitionen, keine Bündnisse, keine Tolerierungsabkommen geben.

Was macht Sie so sicher, daß Ihr Vorwurf ziehen wird?

Dieses Argument bewegt sich auf derselben Ebene wie der Volksfrontvorwurf. Nicht mehr und nicht weniger. Was wir sehen, ist ein Zusammenspiel PDS und CDU. Das gemeinsame Ziel liegt darin, ein Reformbündnis jenseits der CDU, das auf Veränderung zielt, zu verhindern. Da müssen wir diesen riskanten Versuch einer rot-grünen Minderheitsregierung schon einmal wagen.

Bedeutet eine rot-grüne Regierung in Magdeburg für die Bundestagswahl nur ein Signal oder auch eine Weichenstellung?

Es ist auch eine Weichenstellung. Wir zeigen den Wählern in Deutschland, daß die SPD das Wahlergebnis von Sachsen-Anhalt ernst nimmt: 60 Prozent wollen dort eine andere Regierung. Der Versuch einer rot-grünen Regierung ist auch notwendig, um den Bürgern im Herbst 1994 eine grundlegende Entscheidung zwischen dem "Weiter so" und einer neuen reformorientierten Mehrheit aufzuzeigen, deren wichtigste Ziele sind: Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, ökologische Reform der Industriegesellschaft, mehr soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit sowie weitere Schritte bei der Demokratisierung unserer Gesellschaft. Wir müssen deutlich machen, daß es realistische, machbare Alternativen gibt. Große Koalitionen müssen und dürfen kein unabwendbares Schicksal sein, das die PDS über uns verhängt.

Interview: Hans Monath, Bonn

der PDS auf kommunaler Ebene aussprechen. Wo ist denn der Unterschied zwischen der Kommunal- und Landesebene? Warum soll auf Landesebene nicht möglich sein, was auf kommunaler Ebene gefordert wird?

Ich glaube, daß es wichtig ist, einen bestimmten Anteil der Wähler nicht einfach auszugrenzen lediglich mit dem Hinweis auf die Vergangenheit. Wer die PDS wählt und damit Mandatsträger in die Kommunalparlamente schickt, der muß auch verlangen können, daß diese Leute gemessen werden an den Leistungen, die sie dann bringen. Der PDS muß der Nimbus der Unberührbarkeit genommen werden. Das kriegt man nur hin, indem man vor Ort entscheidet, was für die Kommune jeweils der richtige Weg ist. Auf der Landesebene sind Koalitionen mit der PDS aber der falsche Weg, weil die SPD die Polarisierung gegen beide Seiten, Union und PDS, vorantreiben muß. Sie wird in jedem Fall in Schwierigkeiten kommen, wenn sie sich der einen oder anderen Seite unterwirft. Man muß davon ausgehen, daß die SPD stark genug ist, mit ihrer eigenen Programmatik um Wähler zu werben.

Die bisherige Strategie ist allerdings von den Wählern in den neuen Ländern nicht sonderlich honoriert worden.

Gegenüber der bisherigen Strategie muß es zwei Präzisierungen geben. Zum einen bedarf es eines schärferen Profils der SPD als Alternative zur Bundesregierung. Die SPD muß eine sozialdemokratische und alternative Programmatik konturenschärfer als bisher entwickeln. Zweitens, die PDS darf nicht nach ihrer Vergangenheit beurteilt werden, sondern muß an der Gegenwart und der Zukunft gemessen werden. Der Antikommunismus darf nicht einziges Kriterium für den Umgang mit der PDS sein. Man muß die PDS bei ihren unrealistischen, populistischen politischen Forderungen anpacken. Darin liegen die Chancen der SPD, nicht in einer vorausseilenden Unterwürfigkeit für irgendwelche Koalitionspartner.

Stichwort Bundestagswahlen. Drei Direktmandate reichen der PDS, um in den Bundestag zu ziehen. Es hat Absprachen gegeben oder Versuche von Absprachen zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, gemeinsam diese Direktmandate der PDS zu verhindern.

In meinem Wahlkreis hat es keine Absprachen gegeben. Wir brauchen keine nationale Front gegen die PDS, sondern starke alternative Konzepte zur bisherigen Politik, sowohl der PDS als auch der Bundesregierung. Wir dürfen keine Angst vor der PDS haben, sondern müssen uns offensiv mit ihr auseinandersetzen.

Muß eine Partei im Bundestag repräsentiert sein, die regional 20 bis 30 Prozent der Wähler erreicht?

Die CSU ist auch im deutschen Bundestag, und möglicherweise übernimmt die PDS ähnliche Funktionen für die neuen Bundesländer. Regionalparteien haben sehr viel mit Strukturkonservatismus zu tun.

Wenn die Perspektive der PDS für den Osten diejenige der CSU in Bayern ist, dann sehen die Aussichten der SPD aber ziemlich düster aus.

Wenn man der PDS den Nimbus des Märtyrers nimmt und sie an dem mißt, was sie vor Ort an Politik macht, dann wird sie sich bald als eine Art Fata Morgana herausstellen. Sie macht Politik aus dem Bauch. Wenn SPD und Grüne die offensive Auseinandersetzung mit der PDS nicht scheuen, werden sie bald in das Wählerterrain vorstoßen, das bislang noch von der PDS besetzt wird.

Interview: Matthias Geis

Dokument 8

Geheimdiplomatie mit der SPD lehnen wir ab. Sachsen-Anhalts PDS-Spitzenkandidatin Petra Sitte kündigt Opposition gegen Regierung Höppner an. In: »Neues Deutschland« vom 5. Juli 1994. S. 5.

Nachdem Sachsen-Anhalts SPD-Chef Reinhard Höppner das Angebot der PDS, eine rot-grüne Minderheitsregierung zu tolerieren, zurückgewiesen hat, beriet am Wochenende die Landes-PDS über ihr weiteres Vorgehen. Mit der Spitzenkandidatin und Fraktionsvorsitzenden der PDS im Landtag, PETRA SITTE, sprach ANNETTE SCHNEIDER.

Wie geht's nun weiter?

Das Tolerierungsangebot ist vom Tisch. Nicht vom Tisch ist unser politischer Wille zu verhindern, daß die CDU in diesem Land regiert.

Eine schizophrene Situation?

Schizophren finde ich, daß Herr Höppner gesagt hat: Würde die SPD das Tolerierungsangebot der PDS hinnehmen, wäre es gleichzusetzen mit einer Koalition. Das kommt nicht in Frage. Wenn aber die SPD mit der CDU über Tolerierung sprechen will, kann man sich eigentlich auch gleich ins große Koalitionsbett legen. Das Problem ist, daß eine Politik „Wasch mich, aber mach mich nicht naß“ herauskommt. Ich finde es tragisch, daß in einer entscheidenden politischen Situation vor den Bundestagswahlen die SPD wieder Zeichen aussendet: Wir kämpfen nach links, aber nicht nach rechts.

Worin sehen Sie die Gründe?

Was Herrn Höppner betrifft, halte ich ihn für einen Mann ohne Profil. Er hat sich den ganzen Wahlabend über von Journalisten festlegen lassen auf eine große Koalition und ist am nächsten Tag mit dem Angebot Rot-grün gekommen, weil er in der Nacht von der Basis den Hintern so vollgeknickt hat, daß er die große Koalition nicht durchsteht. Die Ursache liegt im fehlenden eigenen Programm. Die SPD wird in sich brüchig, weil sie zur Zeit taktiert, gegen die PDS. Dabei wäre der Effekt viel schärfer, wenn sie versuchen würde, die PDS einzubinden in ihre Minderheitsregierung. Es ist immer schwieriger, wenn Versuche unternommen werden, die PDS zu vereinnahmen anstatt sie offen zu bekämpfen, weil das eine Umgangsform ist, auf die PDS überhaupt nicht eingerichtet ist. Eine Geheimdiplomatie zwischen SPD und PDS, vermittelt durch Bündnis 90/Grüne, lehnen wir ganz klar ab.

Inwieweit ist eine Zusammenarbeit mit einer rot-grünen Regierung nun überhaupt noch möglich?

Herr Höppner hat gesagt, er sei bereit, mit der PDS parlamentarisch zusammenzuarbeiten. Dazu waren wir immer bereit, und umgekehrt blieb auch der SPD nichts anderes übrig. Das hat mit der gegenwärtigen Konstellation überhaupt nichts zu tun und ist kein Angebot, sondern sowieso Prinzip parlamentarischer Arbeit.

Die Minderheitsregierung wird im parlamentarischen Alltag angewiesen sein auf die Stimmen der PDS...

Das ist das Verlogene. Auf der einen Seite will Herr Höppner die stillschweigende Tolerierung. Er erwartet von uns, daß wir uns so still verhalten, daß wir unser eigenes Profil verlieren. Wer aber die Stimmen der PDS will, muß damit leben, auch in der Öffentlichkeit. Von uns wird es ganz klare sachbezogene Entscheidungen wie bisher geben. Es gibt kein Stillhalteabkommen, und insofern muß er sich auf Opposition von zwei Seiten einrichten. Wir werden mit der SPD keine Verhandlungen hinter den Kulissen mehr führen. Wir haben unser Angebot vor der Regierungsbildung unterbreitet, um auch politische Garantien für unsere Wahlaussagen zu erhalten. Das war schwierig genug, weil das leicht so erscheinen kann, als ob man seine Oppositionshaltung aufgibt. Das ist allerdings nicht der Fall.

Wo liegt denn nun der Unterschied zwischen Tolerierung einer rot-grünen Regierung und einer konsequenten Opposition?

Eine Tolerierungsvereinbarung wäre nur ein anderer Weg gewesen, um eigene Wahlaussagen, eigene politische Positionen umzusetzen. Wenn wir beispielsweise mehr Fördermittel für sozialen Woh-



nungsbau gefordert hätten, hätte unsere Forderung von vornherein berücksichtigt werden müssen von der Regierung. Ohne Tolerierungsvereinbarung dagegen müssen wir unsere Forderung im Landtag aufmachen.

Worüber sind Sie bereit, mit der SPD zu reden?

Wir waren weit offen. Die SPD kannte unser Wahlprogramm, wir kannten ihres. Unsere Abgeordneten sollten sich in den Arbeitskreisen einen Überblick verschaffen, wo sich die Positionen von SPD und PDS so nahe sind, daß man verhandeln kann. Wir wollten der SPD realistische Positionen antragen, damit sie nicht wieder das Argument in die Hand bekommt, die PDS gehe mit völligen Illusionen in die Gespräche und will von vornherein, daß sie scheitern. Unter den gegebenen tagespolitischen Anforderungen hätten wir auch unseren grundsätzlichen, visionären Ansatz zurückgestellt.

In welchen konkreten Sachgebieten gibt es dennoch Nähe?

Das wären Fragen wie Wohnen und Mieten, des Wohnungsbaus und der Förderprogramme, Fragen, was sich umsetzen läßt von der Arbeitsmarktinitiative der PDS,

Fragen des ökologischen Umbaus, Bildungsfragen. Es hätte vermutlich auch Übereinstimmung gegeben, daß die Entscheidung zurückgenommen wird, an Asylbewerber nur Sachleistungen auszugeben.

Also ziehen Sie sich jetzt nicht in die Schmollecke zurück?

Nein. Das hätten wir dann schon vor vier Jahren machen müssen. Wir haben so viel erlebt in den vier Jahren, es sind so viele Grabesreden gehalten worden, uns wurden zu grundsätzliche, zu illusionäre Halungen nachgesagt, man hat Angebote von uns einseitig interpretiert, hat sie zum Teil ignoriert und immer wieder behauptet, wir hätten keine Alternativen. Gerade jetzt ist es unheimlich wichtig, aktiv am Ball zu bleiben. Man merkt auch an Reaktionen draußen, daß die Leute auf einen zugehen. Daraus kann man durchaus politischen Mut schöpfen.

Dokument 9

Ringstorff: Keine SPD-Austritte. In: »Neues Deutschland« vom 6. Juli 1994. S. 3.

Der Vorsitzende des SPD-Parteirates und Landesvorsitzende Mecklenburg-Vorpommerns, Dr. HARALD RINGSTORFF (54), spricht „von teilweise konstruktiver Politik der PDS in den Kommunen“. In einem Telefonat mit ND äußerte er sich gestern auch zu einigen anderen Fragen.

Sehen Sie für Ihr Land sachsen-anhaltinische Verhältnisse nach dem 16. Oktober?

Eine hypothetische Frage. Ich glaube, wir haben in Mecklenburg-Vorpommern eine größere Chance, stärkste Partei zu werden. Wie Höppner, bin ich jedoch der Meinung, daß wir eine Große Koalition mit der CDU vermeiden müssen.

Der Volksfrontvorwurf wegen möglicher punktueller Zusammenarbeit SPD-PDS macht Sie offenkundig nicht nervös.

Nein. Ich sehe auch keine Volksfront in Sachsen-Anhalt. Ich sehe jedoch einige punktuelle Gemeinsamkeiten mit der PDS. Zum Beispiel bei unserem Einsatz für die Bodenreform. Ich halte auch nichts davon, den politischen Gegner mit Geheimdiensten bekämpfen zu wollen. Das ist altes SED-Denken.

Gibt es Beispiele, wo SPD-Leute, die sich für Zusammenarbeit mit PDS ausgesprochen haben, gemäßregelt oder gar ausgeschlossen werden sollen?

Das ist mir nicht bekannt. Es gibt auch keine Austritte. Bei der CDU dagegen sind Maßnahmen angedroht, falls es zu einer Zusammenarbeit zwischen PDS und CDU kommen sollte. Wenn das nicht wieder Heuchelei sein sollte, müßte sich die CDU von der Hälfte ihrer kommunalen Basis trennen.

Denn die CDU in Mecklenburg-Vorpommern bringt mit Hilfe der PDS reihenweise ihre Bürgermeister durch. Übrigens verliert dadurch auch die PDS erheblich an Glaubwürdigkeit.

Sie haben unlängst erklärt, unter bestimmten Bedingungen stellte sich die Zusammenarbeit SPD-PDS auch bundesweit neu?

Wenn sich die PDS von der Kommunistischen Plattform und ihren stalinistischen Altkadern trennt, dann gibt es sicherlich Kooperationsansätze. Ich erwarte von der PDS weiter, daß sie erklärt, wie sie ihre populistischen Ziele erreichen will. Mir ist auch völlig unklar, was die PDS unter Sozialismus versteht und welche Wirtschaftsordnung sie anstrebt. Ich fürchte, das weiß sie selber nicht.

Dokument 10

Das Falsche wollen. Klaus von Dohnanyi über Rot-Grün und die Folgen von Sachsen-Anhalt. In: »Der Spiegel« vom 11. Juli 1994. S. 26/27.

Dohnanyi, 66, war von 1981 bis 1988 Erster Bürgermeister in Hamburg. Seit 1990 ist der sozialdemokratische Jurist Aufsichtsratsvorsitzender der Leipziger Schwermaschinenbau Takraf AG.

Die Gremien der SPD in Bonn und Magdeburg haben den Weg freigegeben für eine rot-grüne Koalition in Sachsen-Anhalt. Noch sind die Weichen nicht endgültig gestellt. Klare Worte sind jetzt notwendig, um diesen schwerwiegenden Fehler zu vermeiden.

Die These, man werde in Sachsen-Anhalt rot-grün regieren können ohne „Gespräche, Vereinbarungen, Verhandlungen“ mit der PDS, ist eine Illusion. Offenbar hat niemand an den Beratungen der Parteigremien der SPD teilgenommen, der schon selber einmal eine Minderheiten-Regierung geführt hat. Ich mußte das zweimal in Hamburg tun. Es kann gar nicht ausbleiben, daß eine rot-grüne Regierung in Magdeburg Parlamentsvorlagen machen wird, für die es eine CDU-Zustimmung nicht gibt, und zwar auch dort nicht, wo die CDU eigentlich zustimmen könnte.

Vielleicht hätte Renate Schmidt hinter verschlossenen Türen noch einmal Opposition erklären und sagen können, wie oft die SPD im Münchner Landtag

gegen Stoiber-Vorlagen stimmt, obwohl die SPD als Regierung häufig auch nicht viel anders handeln könnte; so ist das im parlamentarischen Prozeß.

Und dann? Dann soll die SPD-Fraktion allen „Gesprächen, Vereinbarungen, Verhandlungen“ mit der PDS aus dem Weg gehen, obwohl diese „mit nur wenigen Änderungen“ der SPD-Vorlage zustimmen würde?

Wer so argumentiert, versteht wenig vom politischen Handwerk. Ich habe damals in Hamburg alle (!) Flügel der SPD-Fraktion nur mit großer Anstrengung vor Techtelmechteln mit der GAL „im Einzelfall“ bewahren können. Diese Kraft hat Reinhard Höppner kaum. Rot-Grün in Magdeburg heißt deswegen de facto doch: Rot-Grün mit PDS-Einfluß. Da führt kein Weg vorbei.

Abreden mit der PDS sind nicht in erster Linie ein Demokratie-Problem. Die sicherlich noch totalitär-lastige PDS ist für mich auch nicht in erster Linie ein politisches Anstands-Tabu. Da bin ich für mehr Geduld: Die PDS wird Demokratie schon lernen. Aber Rot-Grün mit PDS-Einfluß führt Sachsen-Anhalt politisch in die falsche Richtung.

Denn das zentrale Problem Ostdeutschlands (und des ganzen Deutsch-

land in den nächsten Jahren) ist die Verteidigung und Gewinnung von Märkten. Man kann nachrechnen, daß unserem Arbeitsmarkt und dem durch die Wiedervereinigung größer gewordenen Produktionspotential heute Märkte von etwa 200 bis 300 Milliarden Mark fehlen; mehr sind bedroht. Märkte aber erobert man durch funktionsfähige Unternehmen, unternehmerische Unternehmer, erstklassige Manager und eine gut ausgebildete Belegschaft.

Die Wirtschaftspolitik muß also vorrangig auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und auf diese Faktoren ausgerichtet sein. Auch Sozial- und Umweltpolitik können nur so finanziert werden. Kurz, wir brauchen besonders für Ostdeutschland eher eine Standortpolitik, wie sie kürzlich Gerhard Schröder an Franz Josef Strauß und der CSU gelobt hat.

Und dafür soll ein rot-grünes Bündnis mit PDS-Korsett taugen? Würde Baden-Württemberg die Umstrukturierung seiner autolastigen Industriestruktur einer solchen Koalition anvertrauen? Aber für Ostdeutschland soll das gehen, nur weil verwirte Trotzähler der PDS ihre Stimme geben?

Sachsen-Anhalt, das Chemiedreieck, der bodenständige Maschinenbau und

der wirtschaftliche Fleiß der Region dürfen nicht mit einer Regierung abgespeist werden, die nicht einmal eine Postreform zustande brächte. Rot-Grün mit PDS-Einfluß führt Ostdeutschland und damit Deutschland in die falsche Richtung.

So werden es insbesondere viele Westdeutsche sehen. Das hat dann nichts mit Ausgrenzung der PDS-Wähler zu tun: Kräfte, die das Falsche wollen, hält man in der Opposition und beteiligt sie nicht an der Verantwortung. So funktioniert Demokratie. Rot-Grün mit PDS in Magdeburg wird deswegen die Bereitschaft zum gegenseitigen Verstehen in Deutschland nicht fördern.

Der Schritt wäre also auch deutschlandpolitisch fatal.

Rot-Grün in Magdeburg mit PDS auf dem Hintersitz macht zudem die SPD als Ganzes unberechenbar. Oskar Lafontaine hatte erst kürzlich ein brillantes 20-Punkte-Programm der Wirtschafts- und Finanzpolitik veröffentlicht. Sehr viel davon könnte er mit Kurt Biedenkopf, das meiste vermutlich auch mit Kohl und Waigel, aber keine zehn Prozent mit Gysi verwirklichen.

Die SPD-Führung überschätzt sich, wenn sie meint: Wenn wir Wirtschaft, Finanzen und die Richtlinien-Kompetenz haben, kann uns nichts passieren. Ist denn niemand mehr da, der die Debatte mit Helmut Schmidt 1981/82 in der Bundestagsfraktion erinnert?

Damals zog die FDP-Koalition die Gewichte in Richtung Wirtschaft. Diesmal würde die Koalition in Richtung Versorgungsstaat zerren. Wer soll da der SPD noch glauben? Und ein Mißerfolg der Regierung Höppner wäre weiterer Rückenwind für die PDS. Wie sagt man? Nur die allerdümmsten...

Die Befürworter von Rot-Grün sagen, Sachsen-Anhalt habe den Wechsel gewählt. Wirklich? Sagen nicht dieselben Stimmen, daß SPD und CDU (leider) zum Verwecheln ähnlich geworden seien?

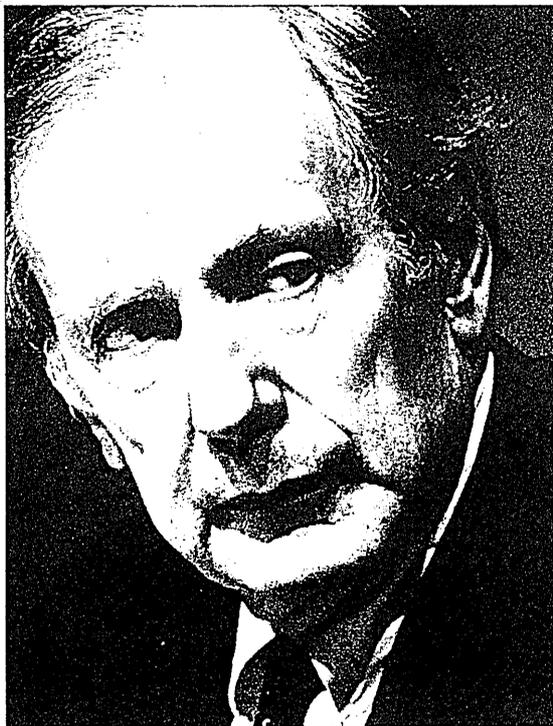
An diesem Argument ist viel dran: Die wirtschaftlichen Verhältnisse verlangen klare Antworten, und diese können schon aus Wettbewerbsgründen in zentralen Fragen so verschieden nicht mehr sein: siehe Lafontaine-Papier.

Wenn aber CDU und SPD in Wirtschaftsfragen so ähnlich geworden sind, dann haben 70 Prozent der Wähler in Sachsen-Anhalt diese Politik gewählt. Sie wollen nicht 25 Prozent Grün-PDS als Nebenkutscher auf dem Bock.

Die SPD-Führung denkt aber auch kleinmütig, wenn sie die von ihr als richtig erkannte wirtschaftspolitische Richtung preisgibt, nur weil ihr die Mehrheit für diese Richtung nicht schmeckt. Was ist denn an der Großen Koalition so fatal? Offenbar hat im

santen abgesprengt werden. Der Riß wird auch in die Mitgliedschaft reichen.

Schließlich ist man zwar das ganze Jahr über ein Freund der eigenen Partei: Aber am Wahltag ist die erste Verantwortung doch die des Bürgers. □



SPD-Kritiker Dohnanyi

Bonner Parteivorstand niemand mit den verantwortlichen Gewerkschaftsführern aus Baden-Württemberg gesprochen, die sehr wohl bereit wären zu bekunden, welche Fortschritte dort die konzertierte Wirtschaftspolitik der Großen Koalition heute ermöglicht. Warum will das die Macht am Rhein den Bürgern in Sachsen-Anhalt nicht gönnen?

Rot-Grün in Magdeburg mit Schielblick auf die PDS ist weniger eine demokratische Sünde als eine politische. Fatal für Sachsen-Anhalt; als Perspektive unerträglich für Deutschland. Kommt sie zustande, werden in der Bundestagswahl nicht nur ganze Blöcke von verunsicherten SPD-Sympathi-

Dokument 11

»Gysi ist ein Demagoge.« Angela Merkel (CDU) und Harald Ringstorff (SPD) über die PDS. In: »Der Spiegel« vom 11. Juli 1994. S. 28-32.

SPIEGEL: Frau Merkel, die jüngsten Wahlen zeigen: Im Osten Deutschlands haben inzwischen vielerorts SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS zusammen eine Mehrheit vor der CDU. Fordern Sie politische Quarantäne für die SED-Nachfolgerin, weil Sie um die Macht der Union fürchten?

Merkel: Darum brauchen wir nicht zu fürchten. Aber was mich wundert: Nachdem es vier Jahre lang auf kommunaler

Ebene keinerlei Probleme zwischen CDU und SPD gegeben hat, soll es damit jetzt vorbei sein. Plötzlich wird suggeriert, die Gemeinsamkeiten der SPD mit Bündnis 90/Grünen und PDS seien größer als mit uns. Es mag kleine Orte geben, da kommt man an der PDS wahrscheinlich nicht vorbei. Ich bin aber strikt dagegen, daß die demokratischen Parteien die PDS generell als tolerabel, bündnisfähig oder gar als Partner ansehen.

SPIEGEL: Herr Ringstorff, Sie reden zumindest einer Zusammenarbeit mit der PDS in den Kommunen das Wort. Sie wollen SPD-Bürgermeister und -Landräte auch mit PDS-Hilfe wählen lassen.

Ringstorff: Wir brechen kein Tabu. Die Zusammenarbeit von Sozial- und Christdemokraten mit der PDS begann schon 1990, wobei sich die SPD wesentlich mehr zurückgehalten hat als die CDU. Ich erinnere an die Stadt Güstrow, wo an der SPD als stärkster Fraktion vorbei ein CDU-Bürgermeister mit den Stimmen der PDS gewählt wurde. In der Hansestadt Wismar hat ein CDU-Mann zusammen mit einem PDS-Mann in einem SPD-geführten Senat gesessen. Auch sonst hat die CDU wenig Berührungängste zum alten Regime gezeigt. Im Rostocker Koalitionssenat hat uns die CDU einen Stadtrat zugemutet, der früher im SED-Staat für Agitation und Propaganda zuständig war. Und im Landtag sitzt der CDU-Abgeordnete Hermann Kühne, der 22 Jahre als Blockflöte in der Volkskammer die Hand gehoben und den Schießbefehl mitgetragen hat.

Merkel: Das sind teils alte Beispiele, und auch die ändern sich jetzt. Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist in der CDU vorangekommen. Sie dürfen das Verhältnis von SED und CDU auch nicht verkehren. Die CDU war ja nicht des Teufels in der früheren DDR.

Ringstorff: Für die Mitglieder mag das stimmen, aber nicht für die Funktionäre. Gerade die Blockflöten, die jetzt noch in Ihrer Partei eine Rolle spielen, waren oft besonders eifertig und botmäßig ...

Merkel: Die spielen doch kaum noch eine Rolle.

Ringstorff: ... die haben die SED links zu überholen versucht. Und dann hat

sich die CDU auch noch die Bauernpartei einverleibt, die in manchem noch schlimmer war als die SED. Ich meine, man sollte fairerweise auch die PDS nicht als homogenen Block betrachten. Es gibt zwar die „Kommunistische Plattform“ mit den unverbesserlichen Alten. Aber in vielen PDS-Gremien wird viel offener diskutiert, als ich das in der CDU für möglich halte.

Merkel: Tun Sie doch nicht so, als hätte eigentlich die CDU die DDR regiert und die SED wäre so was wie eine Reformpartei gewesen. Richtig ist: Es gab nach der Wende bedauerliche Kontakte auch der CDU zur PDS. Aber die SPD will jetzt etwas ganz anderes, nach der Melodie: Wir holen uns die Mehrheiten, wo wir sie kriegen können. Das ist eine Trendwende. Die CDU hat jetzt einen Beschluß gefaßt, daß wir uns unsere Mehrheiten künftig auf keinen Fall mit Hilfe der PDS suchen.

Ringstorff: Die Realität sieht anders aus. Bei den Bürgermeisterwahlen in Mecklenburg-Vorpommern vor vier Wochen weiß ich schon jetzt von einem Fall, wo die alte Nationale Front aus CDU, PDS und Liberalen unseren Kandidaten verhindert hat. Gewählt wurde ein CDU-Bürgermeister und als erster Stellvertreter ein PDS-Mann.

Merkel: Das ist die Ausnahme. Selbst wenn die CDU Fehler gemacht hat, rechtfertigt das, daß sich die SPD nun mit der PDS verbündet, um an die Macht zu kommen? Sie müssen doch erst mal fragen: Was will die PDS?

Ringstorff: Gegenfrage: Kann man 20 oder 25 Prozent der Wähler ausgrenzen? Können wir so tun, als wenn sich nichts verändert hätte in Deutschland? Es ist falsch, die PDS mit Hilfe des Verfassungsschutzes kleinzukriegen. Es gibt zwar in der PDS noch Stalinisten, aber es ist nicht so, daß sich dort nur ein Häuflein Unverbesserlicher zusammengefunden hätte.

SPIEGEL: Frau Merkel, wie wollen Sie denn mit der PDS umspringen?

Merkel: Ich will mit ihr nichts zu tun haben. Die PDS ist eine linke, sozialistisch orientierte, internationalistische Partei, die ihre Fernziele heute nicht verwirklichen kann. Das können Sie in der Wahlkampfstrategie der PDS nachlesen. Was das Fernziel ist, hat der PDS-Vorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Helmut Holter, klar gesagt: Abschaffung des Rechtsstaates, so wie er ist. Da die PDS das allein zur Zeit nicht schafft, versucht sie, Bündnispartner zu finden, wo immer Konflikte in dieser Gesellschaft Hebel dafür bieten.

Ringstorff: Sie machen es sich zu einfach, wenn Sie der PDS pauschal unterstellen, sie wolle den Rechtsstaat beseitigen. In den Führungspositionen der

Partei sitzen eine Reihe Unternehmer. Glauben Sie, die wollten die Marktwirtschaft abschaffen?

Merkel: Die entscheidenden Leute in der PDS sind André Brie, Gregor Gysi und Lothar Bisky, und die wollen eine andere Gesellschaft. Wann immer Gysi gefragt wird, ob er privates oder gesellschaftliches Eigentum bevorzuge, heißt seine Antwort: gesellschaftliches Eigentum.

Ringstorff: Aber er weiß doch, daß das Utopie ist. Ich wiederhole, wir müssen uns politisch mit dieser Partei auseinandersetzen. Der Ruf nach Verfassungsschutz und Staatsgewalt stempelt diese Leute nur zu Märtyrern.

Merkel: Der Kommunist Lenin ist auch an die Macht gekommen, weil die Menschewiki ihn unterschätzt haben.

Ringstorff: Ihr Glaube an diese Republik ist ziemlich schwach, wenn Sie eine Partei, die bundesweit deutlich unter fünf Prozent liegt, für so gefährlich halten.

Merkel: So deutlich war der Abstand bei der Europawahl nicht mehr.

Ringstorff: Glauben Sie denn allen Ernstes, daß die PDS in der Lage ist, diesen Staat umzukrempeln, selbst wenn sie in den Bundestag kommt?

Merkel: Es ist ein großer Irrglaube, daß die Demokratie in Deutschland schon unerschütterlich sei. Siehe das Anwachsen des Rechtsradikalismus. Wenn die Sozialdemokraten der PDS zur Salonfähigkeit verhelfen, dann mache ich mir in der Tat Sorgen um diese Demokratie.

SPIEGEL: Salonfähig macht die PDS in erster Linie eine offenbar wachsende Zahl von Wählern.

Ringstorff: Genau.

Merkel: Herr Ringstorff, ist eine von der PDS tolerierte Landesregierung, wie sie sich in Sachsen-Anhalt abzeichnet, für Sie ein Zukunftsmodell?

Ringstorff: Ich weiß nicht, ob es ein Zukunftsmodell ist. Auf jeden Fall würde eine Große Koalition in Sachsen-Anhalt der PDS noch mehr Wähler in die Arme treiben.

Merkel: In Sachsen-Anhalt haben 70 Prozent die beiden großen Parteien gewählt.

Ringstorff: Das Wahlergebnis für die CDU lehrt aber: Die Menschen wollen eine andere Landesregierung. Die Regierung in Sachsen-Anhalt ist abgewählt worden. 15 Prozent minus.

Merkel: Deshalb wollen die Leute aber noch lange nicht Ihr sogenanntes Reformbündnis, das nur 39 Prozent der Stimmen hat. Es gibt eine Menge Menschen, die mit der deutschen Einheit nicht klarkommen und offenbar deshalb zur PDS laufen. Das ist nicht nur ein Problem der CDU. Im SPD-Land Brandenburg ist der PDS-Anteil etwa gleich hoch wie in Sachsen-Anhalt oder Meck-

lenburg-Vorpommern, trotz des populären Manfred Stolpe.

„Auf Landesebene wird es keine Koalition mit der PDS geben“

Ringstorff: Die Menschen laufen zur PDS, weil die vom Westen dominierten Großparteien sie ihnen regelrecht in die Arme getrieben haben. Durch die Privatisierungspolitik der Treuhand zum Beispiel oder die Mißachtung ostdeutscher Biographien. Die Lehrer im Osten hatten keine Chance, andere Abschlüsse zu machen. Aber obwohl sie bewiesen haben, daß sie sehr wohl Kinder erziehen können, werden sie als Lehrer zweiter Klasse behandelt. Ein fataler Fehler ist auch, jeden Ostdeutschen, der in den Öffentlichen Dienst will, erst mal als Sicherheitsrisiko zu behandeln.

Merkel: Wer früher von den Machtstrukturen profitiert hat, ist heute nicht der Vorkämpfer der neuen Gesellschaftsordnung. Aber es stimmt, daß



mit den ostdeutschen Biographien nicht sehr sensibel umgegangen wird. Wir müssen uns vor allem Sorgen machen, wenn junge Leute zur PDS rennen.

SPIEGEL: Frau Merkel, steht der Untergang der Republik bevor, wenn die PDS nach der Bundestagswahl in Bonn zum Zünglein an der Mehrheitswaage wird?

Merkel: Ich glaube nicht, daß die Mehrheit der SPD-Wähler sich eine solche Konstellation wünscht. Ich glaube, daß die SPD falsch liegt, wenn sie meint, sie müsse die PDS nur missionieren, dann würde die schon sozialdemokratisch.

SPIEGEL: Herr Ringstorff, Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder plädiert dafür, die PDS zum Offenbarungseid zu zwingen, indem die SPD sie in politische Verantwortung einbindet. Teilen Sie diese Einschätzung?



Ringstorff: Ja. Ich glaube, in den Kommunen ist das der richtige Weg, die PDS zu entzaubern.

SPIEGEL: Und auf Landesebene?

Ringstorff: Auf der Landesebene wird es keine Koalition mit der PDS geben. Noch gibt es in der PDS die „Kommunistische Plattform“. Kommunisten sind keine Demokraten.

SPIEGEL: Aber das Zugpferd der PDS, Gregor Gysi, ist nach eigener Einschätzung kein Kommunist.

Merkel: Ich halte Herrn Gysi für einen Demagogen, leider einen nicht unerfolgreichen.

Ringstorff: Er ist ein geistreicher Populist, der es verstanden hat, seine Partei populär zu machen. Ich weiß nicht, ob Gysi mit seinen lockeren Sprüchen noch durchkommt, wenn er politische Verantwortung übernehmen muß.

Merkel: Die gibt Gysi erst auf, wenn er Bundeskanzler ist. Dann hat er es geschafft.

SPIEGEL: Frau Merkel, Herr Ringstorff, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. □

Dokument 12

Hermann Weber: Ein Bündnis gegen den Faschismus. In: »Die Zeit« vom 15. Juli 1994. S. 32.

Nach den verheerenden Wahlverlusten der CDU-FDP-Regierung in Sachsen-Anhalt und der Ankündigung der SPD, eine Rot-Grüne-Minderheitsregierung zu versuchen, hat plötzlich ein verblichener Begriff Konjunktur: „Volksfront!“ rufen Konservative, da eine Minderheitsregierung unter Umständen auf die Tolerierung durch die PDS angewiesen ist. CDU-Generalsekretär Hintze und der parlamentarische Geschäftsführer Rüttgers malten ein „SPD/PDS-Volksfrontbündnis“ als Gefahr an die Wand. Finanzminister Waigel von der CSU setzte noch eins drauf und entdeckte eine neue Keule für den Bundestagswahlkampf. Die „Alternative von CDU/CSU“ sei die „Volksfront in Deutschland“.

Seither geistert die „Volksfront“ durch den politischen Streit und durch die Medien, obwohl ihre Ursprünge und ihre Geschichte heute weithin unbekannt sind und mit der Realität wenig zu tun haben. Allerdings ist die Anschuldigung gegen Sozialdemokraten, sie erstrebten eine Volksfront mit Kommunisten, von Konservativen nach dem Zweiten Weltkrieg schon des öfteren erhoben worden. Gegen die Deutschlandpolitik der SPD/FDP-Regierung wurde etwa 1976/77 damit operiert, Franz Josef Strauß griff im Wahlkampf gegen die SPD zu diesem Terminus. Auch die Links-Regierung Mitterrand in Frankreich wurde nach 1973 so gekennzeichnet.

Lediglich die Erfinder des Begriffs, die Kommunisten, hielten sich zurück. Für sie war die Volksfront keineswegs eine zeitweilige Kooperation mit Sozialisten oder Sozialdemokraten, sondern die darüber hinausgehende Strategie des Widerstands auch mit bürgerlichen Kreisen gegen den Faschismus. „Zusammenarbeit“ mit Sozialdemokraten – aber eigentlich deren Zersetzung – signalisierte die viel ältere Parole der „Einheitsfront“. Beim Blick auf die Entstehung und die Realität beider Lösungen zeigt sich, wie sehr Warnungen vor der Volksfront heute deplaziert und nur Schlagworte aktueller Politik sind.

Die Kommunisten wollten nach dem Ersten Weltkrieg mit ihrer „Weltpartei der Revolution“, der Kommunistischen Internationale (Komintern), überall die Macht erringen und nach dem Modell Rußlands die Räte-Herrschaft aufbauen. Da sich die enttäuschten Massen 1919 und 1920 in Europa radikalisierten, setzten die Kommunisten auf eine rasche Weltrevolution. Sie bekämpften vor allem die Sozialisten, die die parlamentarische Demokratie verteidigten. Der Trend nach links außen schien allgemein, der chiliastische Enthusiasmus der Komintern übte eine ebenso große Anziehungskraft auf viele Arbeiter und Intellektuelle aus wie die russische Revolution.

Doch schon 1921 war erkennbar, daß die Masse der Arbeiter in Europa den Sozialisten und nicht den Kommunisten folgte. Die Hoffnung der Komintern auf die Weltrevolution erwies sich als illusorisch, die Macht der Kommunisten blieb auf Rußland beschränkt. Um aus der Isolierung herauszukommen, änderte die Komintern ihre Strategie. Statt der frontalen Bekämpfung verkündete

sie Ende 1921 in „Leitsätzen“, sie wolle mit Sozialdemokraten (und auch Gewerkschaften, Syndikalisten und so weiter) eine „Einheitsfront“ bilden. Die „Einheitsfronttaktik“ sollte angeblich gemeinsamen Aktionen zugunsten von Alltagsinteressen der Arbeiter dienen. Deren Ziel definierte der Kominternführer Karl Radek indes recht eindeutig: „Der Weg der Einheitsfront ist ein viel schwierigerer als das, was wir taktisch im Jahre 1919 sagten: ‚Haut alles zusammen‘ ... Aber wenn man die Kraft dazu nicht hat und dieser Weg [der Einheitsfront] notwendig ist, muß man ihn wandern mit dem Bewußtsein, daß dieser Weg nicht uns, sondern der Sozialdemokratie zum Schaden gereicht.“

Da die Kommunisten keinen Hehl daraus machten, mit der „Einheitsfront“ nun „schneller die Massen auf die Seite des Kommunismus herüberzuziehen“ (so die Komintern), war deren Mißlingen programmiert. Auf diese Taktik ließen sich die Sozialisten und Sozialdemokraten nicht ein. Ohnehin lehnten sie die Kommunisten grundsätzlich ab, da diese Anhänger einer totalitären Diktatur und Vertreter der sowjetischen Interessen waren. Die Sozialisten verwarfen die „Einheitsfront“ als Versuch, die Sozialdemokratie zu spalten, ihre Anhänger abzuwerben und die sozialistischen Parteien zu zersetzen.

Waren die Kommunisten zunächst noch bereit gewesen, auch mit den Führern der Sozialdemokraten zu kooperieren, also eine „Einheitsfront von oben“ zu bilden, so propagierten sie von 1928 an nur noch die „Einheitsfront von unten“, die auf Zersetzung der sozialistischen Parteien hinauslief. Inzwischen hatte sich der Kommunismus gewandelt, aus der revolutionären Bewegung der Lenin-Ära war die diktatorische Willkürherrschaft Stalins geworden.

Die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 brachte allerdings zahlreichen kommunistischen Parteien einen großen Aufschwung, die Komintern-Führung erwartete eine kommunistische Revolution. Sie praktizierte eine ultralinke Politik und behauptete, daß zwischen Faschismus oder Nationalsozialismus einerseits und der Sozialdemokratie andererseits keine nennenswerten Unterschiede bestünden. Die Sozialdemokraten, als „Sozialfaschisten“ diffamiert, galten als „Hauptstütze“ der Bourgeoisie und damit als „Hauptfeind“ der Kommunisten. Noch im September 1932, wenige Monate vor Hitlers Machtübernahme in Deutschland, bewies eine Resolution der Komintern-Exekutive, was die Kommunisten inzwischen mit der Taktik der „Einheitsfront von unten“ bezweckten: „Nur wenn der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie – diese soziale Hauptstütze der Bourgeoisie – gerichtet wird, kann man den Hauptklassenfeind des Proletariats, die Bourgeoisie, mit Erfolg schlagen und zerschlagen.“

Die Absicht, mit der „Einheitsfront“ die sozialistischen Parteien zu zersetzen und zu spalten,

hatte – zusammen mit der Stalinschen Parole vom „Sozialfaschismus“ – besonders in Deutschland eine unheilvolle Wirkung: Sie trug entscheidend dazu bei, die Widerstandskraft der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus zu schwächen.

Nach dem Sieg Hitlers 1933 hielt die Komintern weiter an dieser Politik fest. Erst im Juni 1934 erwog der neue Generalsekretär der Komintern, Dimitroff, zu prüfen, ob es richtig sei, die Sozialdemokratie „in Bausch und Bogen als Sozialfaschismus abzuqualifizieren“ und die linken Sozialisten als „Hauptgefahr“ hinzustellen. Etwa zur gleichen Zeit starteten kommunistische Parteien in verschiedenen Ländern eine Serie von Einheitsfrontangeboten.

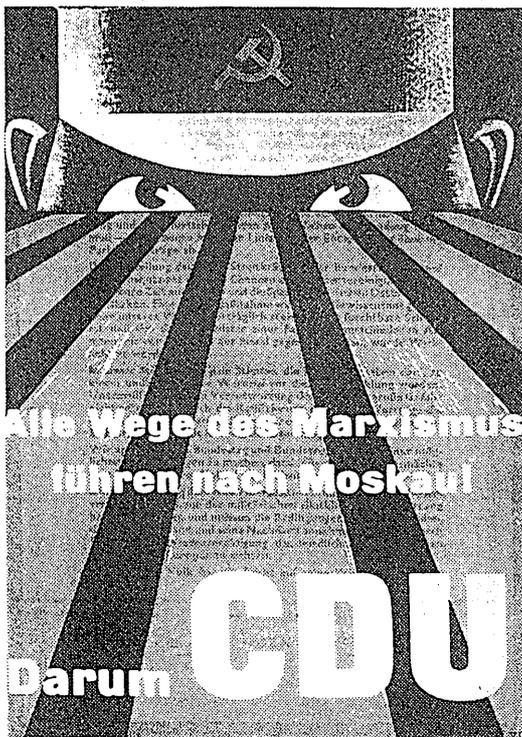
Nach Provokationen von Rechtsextremisten im Februar 1934 in Paris, die eine faschistische Gefahr auch für Frankreich signalisierten, schlossen dort Sozialisten und Kommunisten im Juli 1934 ein Abkommen. Damit wurde die Wendung der Kominternpolitik eingeleitet. Auf dem VII. Weltkongreß im Juli 1935 proklamierte Dimitroff dann die neue Generallinie der Komintern, die Einheits- und Volksfrontpolitik. Dimitroff forderte, die Kommunisten müßten angesichts der faschistischen Gefahren nunmehr „jeden Fußbreit der demokratischen Errungenschaften verteidigen“. Zur Sicherung der Demokratie wollte die Komintern jetzt nicht nur eine Einheitsfront mit Sozialisten, sondern auch eine Volksfront mit bürgerlichen, demokratischen Parteien schaffen. Von

nun an wurde der neue Begriff Volksfront propagiert.

Die Volksfront war mehr als die erstrebte Zusammenarbeit von Sozialisten und Kommunisten. Mit ihr sollte ein breites Bündnis zur Bekämpfung des Faschismus geschaffen werden.

In Frankreich vereinten sich im Juli 1935, ein Jahr nach dem Einheitsabkommen, Sozialisten, liberale Radikalsozialisten, Kommunisten, Gewerkschaften, die Liga für Menschenrechte und andere Organisationen zur Volksfront. Im Januar 1936 schlossen Sozialisten, Radikalsozialisten und Kommunisten ein Wahlbündnis und einigten sich auf ein gemeinsames Programm. Daraufhin konnte die Volksfront bei den Wahlen im April 1936 die absolute Mehrheit der Mandate im französischen Parlament erobern. An der Volksfrontregierung unter dem Sozialisten Leon Blum beteiligten sich Kommunisten allerdings nicht. Sie wollten die „Freiheit der Kritik“ nicht aufgeben, unterstützten aber die Regierung, die das Hauptziel der Volksfront erreichte: die Verhinderung des Faschismus in Frankreich.

Die Kommunisten schwankten in der für sie neuen Rolle als „staatstragende“ Partei. Einer ihrer Führer, Jaques Duclos, hatte zwar vor den Wahlen versichert, die Kommunisten würden die Volksfront immer „offen und ehrlich“ unterstützen, die Realität aber sah anders aus. Die Kommunisten hatten ihre Wählerschaft verdoppeln und zahlreiche neue Mitglieder gewinnen können,



Schon zur Bundestagswahl 1953
arbeiteten die Parteien
mit dem Schreckgespenst
„Volksfront“



mußten aber ihre Gewerkschaften in die Einheitsgewerkschaft überführen, wo sie kaum Einfluß besaßen. Rasch war erkennbar, daß die Politik der französischen Kommunisten nach wie vor wesentlich von den politischen Interessen der Sowjetunion bestimmt wurde. Die Volksfrontpolitik sollte der neuen Linie der UdSSR, die im September 1934 dem Völkerbund beigetreten war, eine Massenbasis in den demokratischen Ländern schaffen.

Dieses Motiv zeigte sich noch klarer in Spanien. Dort hatten im Januar 1936 Sozialisten, Republikaner, katalonische Autonomisten und Kommunisten einen Volksfrontpakt geschlossen und errangen einen großen Sieg bei den Wahlen im Februar 1936. Als dann im Juli General Franco gegen die spanische Republik putschte, kam es zum Kampf gegen die Faschisten. Im Bürgerkrieg bremsten die Kommunisten (die zunächst recht schwach waren) den revolutionären Elan, und auch die Sowjetunion blieb bei ihrer Unterstützung darauf bedacht, ihre Politik der „kollektiven Sicherheit“ nicht zu stören. Deutlicher noch als in Frankreich erwies sich in Spanien, was „Volksfront“ für Kommunisten bedeutete: Nach Ansicht des ehemaligen Sekretärs der Sozialistischen Internationale, Julius Braunthal, schlug der ursprüngliche Kampf zwischen Faschismus und Demokratie um in einen „erbarmungslosen Krieg der Stalinisten gegen Trotzisten, Anarchisten und Sozialisten“.

In Spanien verlor die Volksfront bereits vor dem Sieg der Franco-Faschisten ihre Bedeutung, in Frankreich ging sie mit der Ablösung Leon Blums zu Ende. Offensichtlich war es den Kommunisten bei ihrer damaligen Strategie der Volksfront hauptsächlich um ihre parteipolitischen Ziele und um die Interessen der Sowjetunion gegangen und erst in zweiter Linie um den gleichberechtigten Kampf aller Antifaschisten. Die Instrumentalisierung der Volksfront durch Stalin veranlaßte sowohl die Sozialisten als auch die bürgerlichen Bündnispartner, sich zu distanzieren. Über die Gründe schrieb Willy Münzenberg, einst führender Kommunist und Mitinitiator einer kurzlebigen deutschen Volksfront, im Pariser Exil nach seinem Bruch mit der KPD im Jahre 1939:

„Die widerspruchsvolle Politik der Partei, die nur in leeren Worten auf neue Aufgaben hinweist . . . , ihre Unklarheit in der Zielsetzung, die die ‚demokratische Volksrepublik‘ fordert, ohne daß auf eine Einpartei-Diktatur verzichtet würde, das zwiespältige Verhalten in der Einheitsfronttaktik . . . , all das hat verhindert, in den sozialistischen und demokratischen Kreisen jenes Vertrauen für die Partei zu schaffen, ohne das eine Einheit nicht möglich ist.“

Schließlich trugen die Moskauer Prozesse von 1936 bis 1938 und die terroristischen Säuberungen der Stalinisten (die ja bis auf Spanien übergriffen) zum Untergang der Einheits- wie der Volksfront bei. Die sozialistische Kritik am totalitären Stalinismus führte zu wütender Replik der Kommunisten. Bereits Ende 1937 griff Dimitroff wieder zur alten Stalinschen Formel: „Es ist unmöglich, mit dem Kapitalismus Schluß zu machen, wenn man nicht mit dem Sozialdemokratismus Schluß macht.“

Dies bestätigte die Sozialisten in ihrer Meinung: In Frankreich hat die Volksfront den Faschismus verhindert und damit eine wichtige Aufgabe

erfüllt, aber sie war insgesamt doch eine kommunistische Strategie, die nicht zu wiederholen ist. Julius Braunthal erklärte dazu:

„In Wahrheit betrachtete die [französische] Kommunistische Partei die Einheitsfront mit der Sozialistischen Partei trotz aller gegenteiligen Beteuerungen als ein Manöver . . . Moskau hatte sie auch nicht gefordert, um die Bedrohung der französischen Arbeiterbewegung durch den Faschismus abzuwehren, sondern um dem russisch-französischen Bündnis eine Massenbasis zu schaffen. Hätte sich Hitler nicht im Herbst 1933 vom Rapallo-Kurs abgewendet, so hätte Stalin die Arbeiterbewegung in Frankreich ebenso wie die Arbeiterbewegung Deutschlands ihrem Schicksal überlassen. Solange er noch zu hoffen glaubte – bis zum Frühjahr 1934 –, sich mit Hitler zu verständigen, war von einer ‚Einheitsfront von oben‘ keine Rede, weder in Moskau noch in Paris. Und als er sich mit Hitler im Sommer 1939 tatsächlich verständigte, brach die Lüge der Einheitsfront zusammen. Moskau denunzierte Frankreichs Krieg gegen das faschistische Deutschland als einen imperialistischen Eroberungskrieg . . .“

In der politischen Praxis war schon damals die Kluft zwischen Sozialisten und Kommunisten trotz gleicher Traditionslinie immer tiefer geworden. Zielsetzung und politisches Handeln beider Bewegungen entwickelten sich in diametral entgegengesetzter Richtung. Vor allem in der Stalin-Ara rückte der Kommunismus gänzlich ab von den sozialistischen Quellen. Damit verlor die gemeinsame Herkunft ihre Bedeutung, dieselben Begriffe, etwa Sozialismus, wurden für völlig andere Vorstellungen verwendet.

Bereits unter Stalin wurde die Einheitsfront auf den Versuch reduziert, die sozialistischen Parteien zu vernichten. In der Volksfront konnte diese Strategie zwar durch den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus zeitweise überdeckt werden, aber auch die Volksfront diente letztlich als ein Instrument stalinistischer Parteipolitik. Sozialdemokraten und Sozialisten lehnten diese Instrumentalisierung ab, wurden Gegner jeder Einheits- und Volksfront.

Daher ist die Volksfront nurmehr Vergangenheit, sie ist tot, eine geschichtliche Episode. Dieser historische Aspekt wird verschleiert, wenn in der Bundesrepublik jetzt im Wahljahr das Schlagwort Volksfront erneut – diesmal als konservativer Kampfbegriff – instrumentalisiert wird. Vor allem bleibt dabei die antifaschistische Stoßrichtung der damaligen Volksfront unerwähnt.

Wohlweislich haben die Kommunisten nach 1945 den Begriff Volksfront vermieden, die Instrumentalisierung war noch in Erinnerung. Es Bundesrepublik jetzt im Wahljahr das Schlagwort Volksfront erneut – diesmal als konservativer Kampfbegriff – instrumentalisiert wird. Vor allem bleibt dabei die antifaschistische Stoßrichtung der damaligen Volksfront unerwähnt.

Wohlweislich haben die Kommunisten nach 1945 den Begriff Volksfront vermieden, die Instrumentalisierung war noch in Erinnerung. Es ist ihnen aber gelungen, mit Hilfe der Sowjetunion in Osteuropa ihre Hegemonie durchzusetzen. Und dabei konnten sie etwa in der sowjetischen Besatzungszone und dann der DDR eine „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ her-

stellen. In diesen sogenannten Block, wie später in der „Nationalen Front“, wurden auch die Christ- und Liberaldemokraten eingebunden und zu willfähigen Mitläufern der Kommunisten umgewandelt, die die SED-Diktatur aktiv stützten. Da die CDU 1989 zwei „Blockflöten“-Parteien – neben der Ost-CDU sogar die von der SED 1948 initiierte und direkt gelenkte Bauernpartei – übernahm, kann die SPD ihrerseits den Volksfront-Vorwurf mit dem Hinweis auf diese unaufgearbeitete Erblast der CDU kontern. Die Polarisierung geht weiter.

Heute sind die Kommunisten keine bedeutende politische Kraft mehr – sieht man von den hofierten chinesischen Kommunisten ab. Die PDS ist zwar eine starke Regionalpartei in Ostdeutschland, doch sie ist kein Partner einer Volksfront, schließlich gibt es mit ihr keinerlei Absprachen. Die Volksfront dient also jetzt nurmehr als Schreckgespenst im Wahlkampf. Die Kampagne mit den „Stinkbomben“ (so Hildegard Hamm-Brücher) aus den Arsenalen der Stasi und der SED, mit denen (etwa anhand des „Falles Wehner“) das „geistige Überlaufen“ der SPD zur SED (Helmut Kohl) bewiesen werden sollte, ist wie eine Seifenblase zerplatzt; nun wird das Phantom Volksfront bemüht.

Wahlkampf und harte Kontroversen gehören zur parlamentarischen Demokratie: Da die Par-

teien unterschiedliche Interessen vertreten, müssen die Gegensätze öffentlich ausgetragen werden. Das dumme Wort vom „Parteiengzänk“ verdeckt, daß ohne Parteiendemokratie Diktatur herrscht.

Es ist aber Wasser auf die Mühle der vielzitierten Parteienverdrossenheit, wenn Wahlkämpfe zu Schlammschlachten verkommen, Diffamierung zivilisierten Disput ersetzt. Und genau das passiert mit der Behauptung: entweder CDU/CSU oder Volksfront. Den Historiker erinnert das an die sogenannten Hottentottenwahlen von 1907. Damals haben die Konservativen die SPD als Vaterlandsverräter beschimpft, weil diese – natürlich zu Recht, wie heute alle sagen – die Kolonialpolitik ablehnten. Setzen die Konservativen 1994 etwa wieder auf einen Sieg durch „Hottentottenwahlen“, mit Verdächtigungen diesmal aus der Mottenkiste der Geschichte, mit der Volksfront-Story?

Welche politische Konstellation aufgrund des Wählervotums in Sachsen-Anhalt und später in Bonn zur Regierungsbildung führt, ist eine Sache der Politiker. Eine rot-grüne-Minderheitsregierung heute jedoch zur Gefahr einer Volksfront hochzustilisieren ist historische Dummheit oder kleinkarierte Geschichtsfälschung.

Der Autor ist Professor für Geschichte am Zentrum für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim

Dokument 13

»Enthemmter Frust«. Der ostdeutsche Theologe und SPD-Politiker Richard Schröder zum Umgang mit der PDS. In: »WirtschaftsWoche« vom 15. Juli 1994. S. 23.

■ Herr Schröder, als Repräsentant der evangelischen Kirche hatten Sie zu DDR-Zeiten unter dem Regime zu leiden. Jetzt macht die SPD in Sachsen-Anhalt die SED-Nachfolgepartei PDS wieder hoffähig. Was fühlen Sie dabei?

Schröder: Sowohl der Parteivorsitzende Rudolf Scharping als auch der Spitzenkandidat in Sachsen-Anhalt, Reinhard Höppner, haben erklärt, daß sie sich von der PDS nicht abhängig machen wollen. Scharping hat auch erklärt, daß Magdeburg kein Modell für Bonn ist – und darauf lege ich allergrößten Wert.

■ Wenn die SPD regieren will, läßt sich das Paktieren mit der PDS aber kaum verhindern.

Schröder: Nach der Wahl des Ministerpräsidenten kommt es darauf an, daß die Sachfragen Priorität bekommen. Und dann könnte es ja auch sein, daß der Wille zur Lösung der im Osten anstehenden Probleme die Parteigrenzen überspringt.

■ Ist die PDS ein verlässlicher Partner?

Schröder: Die PDS wirkt wie ein verschworener Haufen, in dem viele ihre wahren Gedanken zurückhalten, weil sie zuerst aus der Konkursgefahr herauskommen wollen. Ob sich die PDS zu einer marxistischen Partei oder zu einer Kaderpartei früheren Stils zurückentwickelt, wenn der Kampf um Anerkennung erst einmal vorbei ist, ist heute noch offen.

■ Sollte Höppner lieber in die Opposition gehen, als sich von der PDS tolerieren zu lassen?

Schröder: Ratschläge gebe ich lieber im persönlichen Gespräch. Ich hätte es für besser gehalten, die Entscheidung nicht so schnell zu treffen und die Möglichkeit einer großen Koalition mit besonderem Profil auszuloten.

■ Was verstehen Sie darunter?

Schröder: Zum Beispiel eine Koalition mit alternierenden Ministerpräsidenten oder die Verständigung auf ein Kabinett mit vielen parteilosen Ministern, um so

deutlich zu machen, daß CDU und SPD keine natürlichen Partner sind. Denn große Koalitionen sollten wirklich nur der letzte Ausweg bleiben. Aber das Argument vom Konsens der Demokraten hat in meinen Augen viel für sich.

■ Liegt es an einer besonderen Aversion zwischen CDU und SPD in Sachsen-Anhalt, daß es diesen Konsens nicht geben kann?

Schröder: Nicht unbedingt. Die Parteien und Wählerbindungen im Osten sind ja noch nicht so traditionell gefestigt wie im Westen. Ohne Frage ist der aus dem Westen importierte CDU-Ministerpräsident besonders schlecht angekommen. Sein Nachfolger Christoph Bergner und Höppner verbindet dagegen ei-

ne gemeinsame DDR-Vergangenheit in der Studentengemeinde. Möglicherweise kommen sie jetzt nicht zusammen, weil die Union in Magdeburg vom Adenauer-Haus in Bonn aus regiert wird, und die Gegenseite einen ähnlichen Vorwurf erhebt.

■ Verkennt die SPD-Zentrale in Bonn die Gefahr einer Aufwertung der PDS?

Schröder: Die Meinung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder, man könne mit der PDS schon deshalb zusammenarbeiten, weil deren sozialen Forderungen auch der SPD nahestehen würden, halte ich für verkehrt. Die Kommunisten haben natürlich immer Wohlstand und soziale Sicherheit auf ihre Fahnen geschrieben, aber sie haben ihren Preis dafür verschwiegen. Der hieß Reduzierung der persönlichen Freiheit. Solange nicht sicher ist, daß die PDS das Programm „soziale Sicherheit auf Kosten der Freiheit“ nicht wiederbelebt, solange würde ich sehr vorsichtig sein mit der Behauptung, es gebe eine programmatische Nähe zwischen SPD und PDS.

■ Warum kann die SPD in den neuen Bundesländern den verbreiteten Frust nicht in Wählerstimmen ummünzen?

Schröder: Die SPD muß rationaler argumentieren, als aufgebrachte Leute es hören wollen. Wir versprechen nur, was sich auch erfüllen läßt, weil wir ständig mit dem Ernstfall der Regierungsübernahme rechnen. SPD – und das gilt auch für die Union – müssen darüber hinaus den Kompromiß zwischen Ost- und Westinteressen schon in der eige-



Richard Schröder

kandidiert auf Platz 1 der brandenburgischen SPD-Landesliste für den Bundestag. Er zählt zu den Gründervätern der ostdeutschen Sozialdemokraten, war nach den ersten freien Wahlen SPD-Fraktionsvorsitzender in der Volkskammer.

nen Partei finden. Deshalb können sie nie zum Sprachrohr der Enthemmten werden. Das ist der Punkt, an dem die PDS abkassiert.

■ Sehen Sie die Gefahr, daß eine Minderheitsregierung in Magdeburg mit Duldung durch die PDS im Westen als Linksrutsch der SPD gewertet wird?

Schröder: Dies ist ein Problem – aber ich weiß nicht, wie es sich vermeiden läßt. Sollte sich der Eindruck verstärken, daß das Wohlverhalten der PDS diese Minderheitsregierung ermöglicht, wird das nicht im Osten, aber im Westen Wählerstimmen kosten. Die deutsche Einheit hat hier eben zu einer Konstellation geführt, die sich mit den bewährten westdeutschen Erklärungsmustern nicht begreifen läßt.

Konrad Handschuch/Friedrich Thelen

Dokument 14

Ob die PDS gebraucht wird, entscheidet die CDU. Wolfgang Thierse (SPD) für entschiedene Auseinandersetzung mit einer »hinderlichen« Partei. In: »Neues Deutschland« vom 15. Juli 1994. S. 5.

In der SPD halten die Auseinandersetzungen über das künftige Verhältnis zur PDS an. Während Harald Ringstorff, Vorsitzender des Parteirats, bemerkte, nach seiner Beobachtung sei die PDS auf dem Weg der Erneuerung weiter als die Ost-CDU, kommen vom rechten Flügel der Partei wie von Vertretern der Ost-SPD immer wieder Aufforderungen zu konsequenter Abrenzung von der PDS. Hier artikuliert sich auch Kritik an WOLFGANG THIERSE, dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD. Mit ihm sprach PETER RICHTER.

Manche in der SPD nennen Sie schon „U-Boot der PDS“. Sehen Sie sich so?

Dieser Vorwurf ist mir noch nicht ins Gesicht gesagt worden. Ich betrachte mich nicht so und muß darüber schlicht lachen.

Was ist Ihre Position im Streit um die PDS?

Ich bin gegen die Dämonisierung der PDS. Ich bin dagegen, PDS-Wähler, PDS-Mitglieder, PDS-Mandatsträger wie Aussätzige zu behandeln und aus der politischen Kultur dieser deutschen Demokratie auszuschließen. Ich bin zugleich für sachliche und entschiedene politische Auseinandersetzung mit der PDS, die in den Formen normalen demokratischen Anstands stattfinden soll, in der aber klar bleibt, daß es Koalitionen und Bündnisse zwischen SPD und PDS nicht geben wird.

In Sachsen-Anhalt peilt man Modelle unterhalb dessen an. Wie stehen Sie dazu?

In Sachsen-Anhalt hat die bisherige Koalition erdrutschartig verloren. Zwei Drittel der Wähler haben mitgeteilt, daß sie diese Regierung nicht mehr wollen. Deswegen unternimmt die SPD den Versuch einer rot-grünen Minderheitsregierung, weil – auch nach meiner Überzeugung – mit der PDS zusammen in Deutschland nicht regiert werden kann. Eine Minderheitsregierung muß immer andere zu sachlicher Zusammenarbeit einladen. Diese Einladung geht aber nicht automatisch an die PDS. Ob und in welchem Ausmaß sie gebraucht wird, das entscheidet die CDU. Die CDU muß an ihre staatsbürgerliche Verantwortung erinnert werden – gerade weil sie jetzt eine erbarungslose Hetzkampagne begonnen hat, eine Angstkampagne. Damit nimmt sie eine Verantwortung auf sich, für deren Folgen sie auch einstehen muß – nämlich die neuerliche Spaltung des Volkes.

Kann man es nicht dennoch mit der PDS versuchen?

Ich beurteile die PDS erheblich skeptischer und kritischer

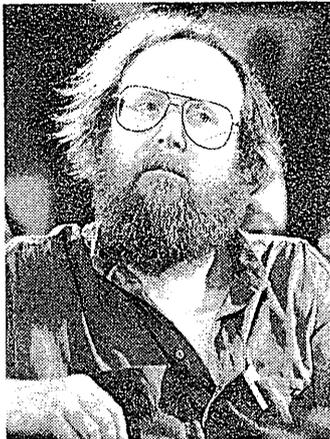


Foto: Burkhard Lange

als Harald Ringstorff. Ich möchte das in drei Punkten verdeutlichen: Nach meiner Beobachtung hat die Mehrheit der PDS-Mitglieder die Bundesrepublik und ihre Demokratie nicht gewollt. Daher muß die PDS ihr Ja zur Demokratie erst noch unter Beweis stellen. Zweitens müssen wir ganz nüchtern die Angst ernst nehmen, die die PDS als ostdeutsche Regionalpartei im Westen erzeugt – und die spaltende Wirkung, die dadurch von ihr ausgeht. Und drittens verhindert die PDS eindeutige, handlungsfähige Reformmehrheiten in Deutschland. Die Bundesrepublik als Gesamtstaat ist mit einer Minderheitsregierung nicht zu regieren. Das wäre ein unverantwortliches Abenteuer. Wer also in Deutschland einen Regierungs- und Politikwechsel will, muß die SPD zur stärksten Partei machen. Die PDS ist durch ihre Struktur, ihr politisches Angebot und ihre Vorgeschichte dabei nur hinderlich.

Zeigt nicht der Wählerzulauf zur PDS, daß Bedarf an einer konsequent linken Opposition – vor allem in den östlichen Ländern – besteht?

Das ist eine Selbstsuggestion der PDS. Die Existenz der PDS im Bundestag hat absolut nichts bewirkt. Wenn man in diesem Lande etwas ändern will, muß man in die Regierung wollen, muß man konsensfähige Mehrheiten erzeugen wollen, die in der Lage sind, andere vom eigenen Weg zu überzeugen und nicht vorrangig Abwehr und Angst hervorzurufen.

Nach den letzten Wahlergebnissen wurden einige der gerade für Ostdeutsche wichtige Gesetze noch einmal geändert...

Was erreicht worden ist, wurde erreicht durch mühselige und immer auch kompromißbereite Arbeit der Oppositionspartei SPD, nicht durch die PDS. Und wenn die CDU sich hier bewegt hat, dann nicht wegen der PDS, sondern

um der SPD zentrale Wahlkampfthemen wegzunehmen. In Wirklichkeit sieht die CDU die PDS-Erfolge mit großer Gelassenheit und klammheimlicher Freude, weil sie der SPD schaden. Dieses Wahlergebnis hatte nur die drastische Wirkung der Hetzkampagne der CDU. Ob daraus angesichts dessen, wie tief der Antikommunismus auch nach dem Untergang des kommunistischen Systems noch bei den Westdeutschen sitzt, ein Erfolg für die CDU wird, werden wir sehen. Träte das ein, wäre einer der Väter dieses Erfolgs das Wahlergebnis der PDS.

Meinen Sie also, die SPD tut genug, um im Osten die Wähler überzeugen zu können?

Die inhaltlich-programmatischen Vorstellungen der SPD für den Aufbau in Ostdeutschland sind realistisch und realisierbar. Sie sind unbefriedigend hinsichtlich der verständlichen Wut und Enttäuschung vieler Ostdeutscher, ihres Anti-Wessi-Ressentiments und der ungeduldrigen Erwartung, daß alles viel schneller viel besser werden würde. Wer aber verpflichtet, diese dringende Erwartung schnell befriedigen zu können, der ist populistisch und macht nur Versprechungen – so ähnlich wie es Helmut Kohl 1990 tat und jetzt wieder tut.

Dokument 15

Das fossile Ärgernis. Erhard Eppler über deutsche Wende-Kommunisten, die Sozialdemokraten und das Höppner-Modell. In: »Der Spiegel« vom 18. Juli 1994. S. 33-35.

Eppler, 67, gehörte bis 1991 dem Vorstand der SPD an. Er leitete die Grundwerte-Kommission seiner Partei, die 1987 ein gemeinsames Papier mit der SED erarbeitete.

Als sich Bill Clinton vor dem polnischen Sejm bemühte, Hoffnung zu wecken, ohne verbindlich zu werden, sprach er zu einem Parlament, in dem die Postkommunisten eine satte Mehrheit haben. Der Regierungschef, der Clinton drängte, Polen bald in die Nato aufzunehmen, stammt aus einer der alten Blockparteien, viele seiner Minister waren einmal Kommunisten.

Als Clinton in Riga die baltischen Präsidenten begrüßte, war darunter einer, der litauische, der als Postkommunist in freier Wahl den antikommunistischen Gegenkandidaten geschlagen hatte. Und wäre Clinton nach Budapest weitergereist, so hätte ihn ein Mann begrüßt, der sich 1956 bei der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes ausgezeichnet hatte.

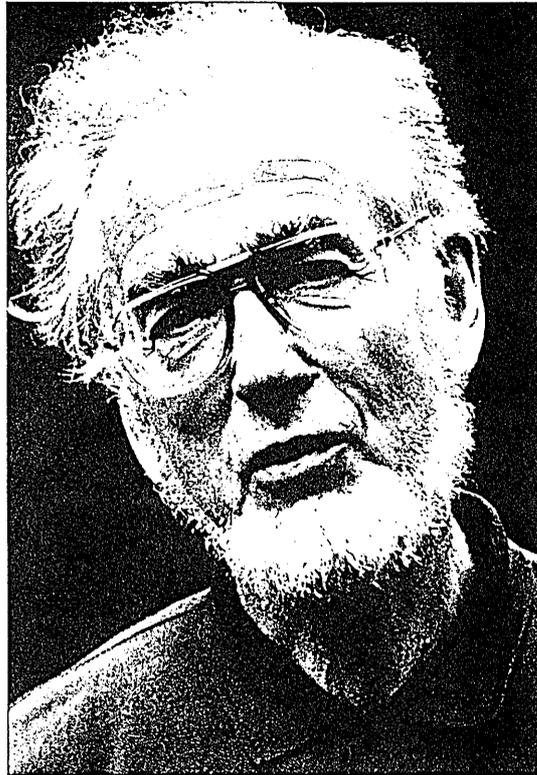
Wer uns solches vor vier Jahren prophezeit hätte, wäre nicht ernst genommen worden. Wir hätten uns auch nicht vorstellen können, wie wenig die westliche Welt sich darüber erregt.

Dafür gibt es gute Gründe. Was ändert sich in Polen durch die postkommunistische Mehrheit? Vielleicht das Tempo des Übergangs in die Marktwirtschaft.

Den frischgebackenen Sozialisten oder gar Sozialdemokraten geht es nicht mehr um Demokratie oder Diktatur, Marktwirtschaft oder Planwirtschaft, es geht um Akzente wie anderswo auch.

Das System, das die Kommunisten errichtet hatten, ist gescheitert, es ist tot, mausetot. Heute mögen manche Veteranen damit Erinnerungen verknüpfen, aber wer möchte schon ein System noch einmal probieren, das einfach nicht funktioniert? Die Postkommunisten profitieren von den Fehlern ihrer Nachfolger, aber auch von den Träumen ihrer Landsleute, die gerne die Wohltaten des Kapitalismus zusammen mit denen des Kommunismus gehabt hätten.

Da die DDR der Bundesrepublik beitrug, mußten die Menschen dort nicht nach einer neuen Ordnung suchen, sie wurde ihnen – den meisten keineswegs gegen ihren Willen – verpaßt. Und wenn jemand einwenden wollte, da passe et-



Sozialdemokrat Eppler
„Niemand will mit der PDS regieren“

was nicht, dann war, wie weiland beim Kommiß, nicht der Helm zu groß, sondern der Kopf zu klein.

Die Demütigung auch für Menschen, die nichts mit der SED zu tun haben wollten, hätte nur vermieden werden können, hätte Deutschland eine politische Führung gehabt. Es macht einen gewaltigen Unterschied, ob ich 16 Millionen Menschen signalisiere, nun hätten sie sich gefälligst anzupassen, oder ob ich sie auffordere, gemeinsam mit 60 Millionen anderen etwas Neues zu schaffen.

Für ein gemeinsames Ziel hätten auch rechtzeitig die nötigen Opfer verlangt werden können. Wer sich heute darüber beklagt, daß die Deutschen im Osten uns die Hunderte von Milliarden Mark nicht dankten, für die wir uns bis über die Ohren verschuldet haben, und schnöde die PDS wählten, dem sei gesagt: Beides war, wenigstens zum größeren Teil, vermeidbar – die Überschuldung und das Ressentiment. Aber politische Phantasie ist nicht die Sache von Leuten, die nur ganz wach wer-

den, wenn es um ihre Macht geht.

Die PDS, die von alledem profitiert, ist als Oppositionspartei konstruiert. Niemand will mit ihr zusammen regieren. Also braucht sie auch keine Angst zu haben, sie müsse ihre Versprechungen einlösen. Und sie kann an Errungenschaften der DDR erinnern, wohlwissend, daß die meisten von ihnen die angenehme Kehrseite jener Ineffizienz waren, an der die DDR zugrunde ging.

Was in anderen Ländern des alten Ostblocks ohne große Einwände hingenommen wurde, wirkt in Deutschland grotesk: daß nämlich Kommunisten, für die es 70 Jahre lang kein gemeineres Vergehen gab als den Sozialdemokratismus, nun plötzlich selbst sein wollen, was sie über zwei Generationen verteuft haben. In Deutschland, wo eine große sozialdemokratische Volkspartei sich auf eine Tradition von 131 Jahren beruft, müssen die Postkommunisten erklären,

wie sie dazu kommen, plötzlich demokratischen Sozialismus für sich in Anspruch zu nehmen und trotzdem ganz anders sein zu wollen als die SPD.

Noch 1987 war alles klar. In jenem Papier über den „Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, über das man um so unbefangener lästern kann, je weniger man davon gelesen

**„Wer die PDS ganz
abseits stellt,
gibt ihr mehr Einfluß“**

hat, haben die beiden Seiten ihren fundamentalen Gegensatz festgeschrieben, wobei jede Seite sich selbst darstellen durfte:

Die Sozialdemokraten verstehen sich als Teil der westlichen Demokratie. Für sie ist pluralistisch organisierte Demokratie mit ihren vielfältigen Formen von Gewaltenteilung und Machtkontrolle der verbindliche und notfalls unter Op-

fern verteidigte Rahmen, innerhalb dessen sie ihre Vorstellungen von demokratischem Sozialismus verwirklichen wollen... Für Marxisten-Leninisten ist Demokratie als Form der Machtausübung in ihrem Wesen durch die Eigentumsverhältnisse an den entscheidenden Produktionsmitteln und damit verbundenen politischen Macht geprägt. Daher ist für sie die Überführung der wichtigsten Produktionsmittel in Gemeineigentum und die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Werktätigen das Fundament umfassender demokratischer Rechte. Der Streit über diese Grundfragen wird weitergehen, auch die Hinweise darauf, wo auf der einen oder anderen Seite Theorie und Praxis nicht übereinstimmen.

Nun ist der Streit zu Ende, einfach, weil es die eine Position nicht mehr gibt. Aber die Partei, die für diese Position stand, gibt es noch. Sie hat ihre Raison d'être überlebt. Und das ist ein Ärgernis. Als ich gefragt wurde, warum die SPD-Grundwerte-Kommission mit der PDS keine Grundsatzgespräche führe, war meine Antwort: „Worüber? Über die Frage, ob die PDS auch meine, was sie neuerdings sagt? Wer in der PDS es meine, wer nicht?“

Es gibt nur eine einleuchtende Begründung für die Existenz der PDS: daß in einer Gesellschaft, in welcher der Antikommunismus den Kommunismus überlebt hat, ehemalige Kommunisten Anlaß haben, sich gemeinsam ihrer Haut zu wehren. Daß sie sich dabei die Freiheitsrechte bedienen, die sie verachtet und anderen verweigert haben, müssen sie sich oft genug sagen lassen.

Manche von ihnen wissen inzwischen, daß diese Grundrechte, die freiheitliche Demokratie überhaupt, etwas für sich haben, und die anderen, die nichts dazu gelernt haben, schweigen. Parteidisziplin haben sie lange genug eingeübt. So funktioniert zwar keine demokratische Partei, aber die meist schweigenden Betonköpfe sind eher ein Fossil als eine Gefahr.

Etwa jeder sechste Bewohner der DDR – Kinder eingerechnet – war Mitglied der SED. Natürlich ist es Aufgabe vernünftiger Politik, die meisten dieser Menschen in eine demokratische Gesellschaft zu integrieren.

Die PDS erschwert diese Re-Integration. Nicht nur, weil nun die konkurrierenden Parteien den Postkommunisten

immer aufs neue die Nase in die Jauchekübel ihrer Vergangenheit stoßen, damit sie ihren spezifischen Geruch nicht verlieren.

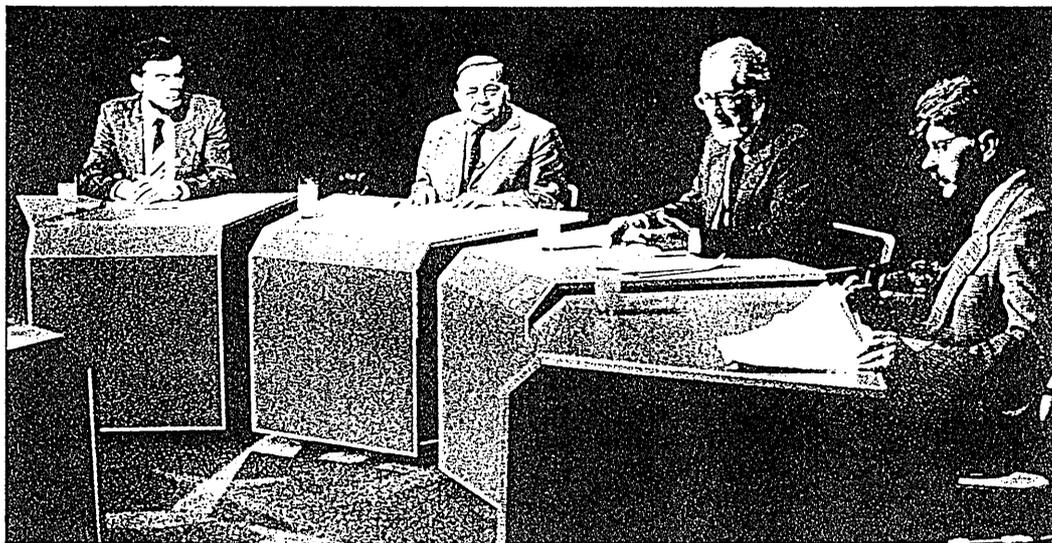
Schlimmer ist der Geburtsfehler der PDS: Sie will ganz anders sein als die SED, aber sie will als Nachfolgepartei die Kontinuität wahren. Und das ist ärgerlich. Hätte die SED sich aufgelöst, hätten einige Wochen oder Monate danach – möglicherweise mit der zutreffenden Begründung, die anderen Parteien wollten sie nicht haben – einige Reformkommunisten eine ganz neue Partei gegründet, vielleicht gäbe es heute eine Partei links von der SPD.

So gibt es nur eine Partei, die Unvereinbares vereinbaren will und dadurch einen Antikommunismus am Leben erhält, der, zumal wo er Kommunisten und Nazis in einen Topf wirft, jede Re-Integration blockiert und sogar Menschen beleidigt, die mit den

erlaubt ihr, in den meisten der ostdeutschen Länder große Koalitionen zu erzwingen und sich dagegen als Opposition zu etablieren. Das wäre für die PDS die beste der denkbaren Welten: Sie könnte wachsen ohne die geringste Verantwortung.

Dagegen ist das Höppner-Modell für Sachsen-Anhalt das geringere Übel. Sicher, es stimmt nicht, daß es einer rot-grünen Koalition gleichgültig sein könnte, wie die PDS abstimmt. Die PDS käme ins politische Spiel, aber nicht so weit, daß sie auf den Kurs der Regierung einwirken kann. Ihrem Einfluß wären Grenzen gesetzt, auch ihrer Demagogie.

Was Reinhard Höppner will, wäre auch ein Signal an die PDS: Es ist nicht ganz gleichgültig, wie ihr euch verhaltet. Eine Partei, die seriöser argumentiert, wird auch ernster genommen. Einer Partei ohne „Kommunistische Plattform“ werden Bekenntnisse zur Demo-



SED-Politiker, Sozialdemokraten im DDR-Fernsehen*: „Die eine Position gibt es nicht mehr“

Kommunisten nie viel im Sinn gehabt haben.

Nein, die PDS ist nicht links, nicht einmal linksradikal. Sie hat keine spezifischen Ziele (mehr), an die sie (noch) glaubt, nur eine spezifische Vergangenheit.

Daher ist sie, anders als die „Republikaner“, auch außenpolitisch kein Thema. Daß, was in Osteuropa geschieht, die Wiederkehr der einstigen Herren, Ostdeutschland nicht unberührt lassen kann, leuchtet in Paris oder London sofort ein. Wenn die Deutschen in allem so zuverlässig wären wie in ihrer Ablehnung des Kommunismus, sie hätten es leichter bei ihren Nachbarn.

Wer die PDS ganz abseits stellen will, gibt ihr mehr Einfluß, als ihr zusteht. Er

* Live-Diskussion 1987 mit dem SED-Ideologen Rolf Reißig, Otto Reinhold vom ZK der SED und den Sozialdemokraten Erhard Eppler und Thomas Meyer.

kratie eher geglaubt. Es ist nicht verboten, dazuzulernen. Es lohnt sich sogar.

Die CDU Kohls, für die der Antikommunismus über vier Jahrzehnte der Kitt war, der die gegensätzlichen Interessen verband, freut sich auf einen Bundestagswahlkampf nach Adenauers Motto: „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau!“ Nur, in Moskau sitzt jetzt Boris Jelzin.

Wie der Antisemitismus keine Juden braucht, so braucht eine bestimmte Version des Antikommunismus auch keine Kommunisten.

Einem Mann wie Reinhard Höppner allerdings könnte bei seiner Biographie niemand übelnehmen, wenn er seinen riskanten Versuch auch so begründete: Ich möchte mich nicht freiwillig einem Ministerpräsidenten unterordnen, der sich 18 Jahre lang als Mitglied der Block-CDU freiwillig der SED untergeordnet hat. □

Dokument 16

Neues kann man ohne Risiko nicht haben. Reinhard Höppner über Gefahren und Chancen der rot-grünen Minderheitsregierung. In: »Frankfurter Rundschau« vom 20. Juli 1994. S. 7. [Auszug]

Reinhard Höppner steht an der Schwelle zur Macht. Am Donnerstag soll der Sozialdemokrat zum Regierungschef eines rot-grünen Minderheitskabinetts in Sachsen-Anhalt gewählt werden. Ein Novum in der parlamentarischen Geschichte der Bundesrepublik. Entsprechend heftig ist die Gegenwehr aus konservativen Kreisen: Mal ist Höppner ein „Traumtänzer“, mal ein „Triebtäter“, mal steht er einer „Volksfront“, mal einer „Linksfront“ vor. Ein Naivling, der „runde Tische“ aufleben lassen will, ein Machtstrategie — oder ein Mann mit Visionen? Über Chancen und Risiken von Rot-Grün, das Verhältnis zur PDS und die Vorbehalte aus der SPD sprachen mit ihm in Magdeburg Inge Günther und Axel Vornbäumen.

FR: Herr Höppner, am Donnerstag werden Sie in die Geschichtsbücher eingehen.

Reinhard Höppner: Das weiß ich nicht. Aber ein Stück Geschichte Sachsen-Anhalts wird es schon werden.

Vielleicht auch ein Stück deutsche Geschichte. Sie werden der Mann sein, der fünf Jahre nach Zusammenbruch des SED-Regimes die Kommunisten wieder hoffähig macht.

Wenn jemand die PDS hoffähig gemacht hat, dann waren es fast 20 Prozent der Wähler. Die kann man nicht beschimpfen oder diskriminieren. Man muß ihre Stimmen ernst nehmen. Problematisch ist aber die „Kommunistische Plattform“ in der Partei, im übrigen auch für die PDS selbst.

Vier Jahre Tolerierung Ihrer Regierung durch die PDS — daß dies eine Aufwertung der Partei ist, das sehen Sie schon?

Ich bin vor allem gespannt, wie sich die PDS in diesem Prozeß verändern wird. Sie hat bisher allein auf Opposition gesetzt, ohne daß sie bedacht hat, welche Verantwortung sie für das Land übernehmen muß. Ihre Stimme ist jetzt nicht mehr beliebig oder wirkungslos.

Der Vorwurf der Zusammenarbeit mit den Kommunisten trifft sie sogar aus der eigenen Partei — nicht nur aus dem Westen, sondern auch aus dem Osten, besonders von den Mitbegründern der SPD, Martin Gutzzeit und Stefan Hilsberg.

Ich verstehe ihre Bedenken als Stimmen einer gelernten Opposition. Ihnen ist die Abgrenzung zur PDS wichtiger als die Übernahme von Verantwortung für dieses Land. Ich sehe das anders. Viereinhalb Jahre nach der Wende müssen wir bereit sein, uns den neuen Herausforderungen zu stellen.

Aber auch im Westen sind einige Ihrer Parteifreunde in heller Aufregung. Renate Schmidt etwa fürchtet in Bayern schon,

daß aufgrund des „Volksfront“-Geredes der CSU ihre eigenen Wahlchancen schwinden.

Da kann ich keine Rücksicht darauf nehmen. Wir müssen hier eine Politik machen, die nach bestem Wissen und Gewissen dem Land Sachsen-Anhalt dient. Wir tragen damit nicht gleichzeitig alle Verantwortung, was daraus in der Bundesrepublik an Diskussionen entsteht. Bedenken aus dem Westen kommen vor allem von denjenigen, die den Osten nicht so gut kennen.

Bedenken gibt es genug. Spüren Sie bei alledem eigentlich auch so etwas wie eine Aufbruchstimmung, den starken Wunsch nach Reformen? Aus dem Wahlergebnis läßt sich das ja nicht unbedingt ableiten.

Die bisherige Koalition hat statt 62 nur noch 37 Sitze. Es gibt hier in Sachsen-Anhalt den deutlich erkennbaren Willen, Veränderungen herbeizuführen. Das zeigen die vielen Zuschriften, die ich erhalte. Auch hätte ich es vor der Wahl nicht für möglich gehalten, daß so viel Bereitschaft besteht, sich in Sachentscheidungen auf das Gespräch mit der PDS einzulassen. Ich muß mich inzwischen im Lande häufiger mit der Frage auseinandersetzen, warum ich nicht gleich mit der PDS richtige Verhandlungen aufgenommen habe. Überdies ist allen klar: So geht es nicht weiter, sonst bleibt die eigene Identität, unser eigenes Wollen auf der Strecke.

Vor der Wahl hat man dies so aus Ihrem Munde noch nicht gehört. Wann sind Sie eigentlich konvertiert?

Erst in der Wahlnacht. Vorher gab es keine derartigen Planspiele. Unsere eigene Parteibasis habe ich da in ihrer Beweglichkeit unterschätzt. Sogar konservativere Naturen haben mir zugeredet: bloß keine große Koalition. Ich muß aber gestehen, die Frage: „geht das überhaupt“ hat mich sogar noch während der Koalitionsverhandlungen beschäftigt. Dabei ist mir klargeworden, mit dem wirklich intensiven Vertrauensverhältnis zum Bündnis90 ist das möglich. Da ist fast auszusprechen, daß wir Koalitionsstreitigkeiten im klassischen Sinne haben werden.

Verstehen Sie sich als Protagonist für ein rot-grünes Bündnis in Bonn — oder gerade nicht?

Unsere Konstellation hier ist in keiner Weise ein Vorbild für Bonn. Schon das Zahlenverhältnis ist ein anderes, selbst wenn die PDS in den Bundestag kommen sollte. Hier in Sachsen-Anhalt deckt sie einen großen Anteil der Wählerschicht ab. In Bonn darf eine weitaus schwächere PDS auf keinen Fall das Zünglein an der Waage werden.

Trotz allem: Ihr Regierungsbündnis in Magdeburg hat alle nur denkbaren Han-

dicaps zu bewältigen, die sich die bundesdeutsche Öffentlichkeit vorstellen kann: Weder Rot-Grün noch eine Minderheitsregierung mit vagabundierenden Mehrheiten gelten als politisch seriös. Dazu die PDS als Geburtshelfer und eine starke Wirtschaftslobby als Gegenspieler. Was ist für Sie denn das Hauptproblem?

Nach den Beispielen aus Hessen und Niedersachsen sind Bedenken gegen Rot-Grün Bedenken aus der Mottenkiste. Was das Minderheitsmodell angeht, so wird das von außen tragischer gesehen, als es wirklich ist. Im übrigen habe ich inzwischen auch gute Unterstützung von Herrn Biedenkopf in Sachsen, der dort ebenfalls eine handlungsfähige Minderheitsregierung nicht mehr ausschließt. Wenn man zudem weiß, mit welchen Parlamentariern wir hier im Osten zu tun haben, sieht die Sache weit weniger kompliziert aus. Auch die CDU in Sachsen-Anhalt wird auf Dauer nicht in einer Verweigerungshaltung verharren können. Und im Parlament wird es dann ein bißchen lebendiger. Der eine kann nicht mehr allein deshalb nein sagen, weil der andere ja gesagt hat.

Jetzt haben Sie die Wirtschaft ausgespart.

Es ist bei hochrangigen Leuten aus der Wirtschaft, die zwei, drei Jahre im Osten gewesen sind, ein großes Verständnis für unser Modell da.

In der Öffentlichkeit hat man von diesem Wandel noch nicht viel gemerkt, findet die Annäherung hinter geschlossenen Türen statt?

Die zentrale Angst bei der Wirtschaft in diesem Lande ist schon: Ist diese Regierung wirklich stabil? Man will keine Hängepartei in wichtigen Entscheidungen. Ein Vorwurf, der sich nur durch die Tat ausräumen läßt. Neues kann man ohne Risiko nicht bekommen — und an Risikobereitschaft hat es in der Bundesrepublik in den letzten Jahren wahrlich gefehlt, übrigens auch in der Wirtschaft.

Ihr Risiko ist immerhin rekordverdächtig. In der Bonner CDU-Zentrale ist schon vom „größten anzunehmenden Glücksfall“ die Rede.

Für den Westen kann ich das nicht einschätzen. Im Osten wird die Kampagne „Volksfront“ oder „Linksfront“ nicht verfangen.

Dokument 17

»Ich würde lieber sagen: zur Oppositionsrolle erheben«. PDS-Vorsitzender Lothar Bisky im ND-Interview über Parteizentralen hinterm Mond, politischen Käsehandel und faule Kompromisse. In: »Neues Deutschland« vom 23./24. Juli 1994. S. 3.

Seit ein paar Wochen ist die PDS Dauerthema in den Medien, häufiger als jede andere Partei. Wird sie da nicht überschätzt?

Das würde ich nicht sagen. Die anderen Parteien sind fürchterlich erschrocken nach unseren Wahlergebnissen. Das zeugt davon, wie manche Parteizentralen hinterm Mond leben. Deshalb beginnt jetzt ihre Auseinandersetzung mit der PDS. Aber diese Auseinandersetzung ist nicht sehr sachlich. Was sachlichen Umgang mit der PDS betrifft, gibt es nach wie vor Nachholebedarf.

Die CDU will damit vor allem die SPD unter Druck setzen.

Sicher, aber das beruhigt mich nicht. Für mich ist das Verfahren bemerkenswert. Da legt die Adenauer-Stiftung eine mit Steuergeldern finanzierte Studie vor, in der Presseartikel über die PDS analysiert werden. Denen liegen nicht selten Aussagen von CDU-Politikern zugrunde. So werden Vorurteile für den Wahlkampf reproduziert. Auch der Verfassungsschutz droht in einigen Ländern zum Wahlkampfinstrument der CDU zu verkommen. Auch wieder auf Kosten der Steuerzahler. Es ist doch ein unerhörter Vorgang, wenn in Thüringen der Verfassungsschutz der CDU-Fraktion Argumente gegen die PDS liefert.

Trotz allem, die PDS ist ein heißes Medienthema. Fürchten Sie nicht, daß dieses Aufsehen manchem in der PDS zu Kopfe steigt?

Das fürchte ich schon. Und ich kann nur dringend raten, bescheiden zu bleiben. Was uns bisher zum Erfolg geführt hat, ist solide Arbeit in den Kommunen – zuhören, politische handlungsfähig sein, auf dem Teppich bleiben. Wer glaubt, man könne sich ausruhen, sollte die Europawahl nicht vergessen. Durch Ausrufen sind die fehlenden 0,3 Prozent nicht zu schaffen. Die Wähler haben uns manches verziehen, auch manches aus der Vergangenheit. Mit unserem Stimmenanteil nicht das Maximum an politisch Erreichbarem herausholen, das würden sie uns nicht verzeihen.

In Sachsen-Anhalt wurde Reinhard Höppner zum Ministerpräsidenten gewählt – offenbar auch mit PDS-Stimmen. Was halten Sie von seiner Vorstellung, nicht mit der PDS zu reden, aber mit ihren Abgeordneten?

Ich halte das für eine abstruse Argumentation. Er wird merken, daß die Abgeordneten der PDS eben PDS sind. Es wird für Herrn Höppner kein Weg um Gespräche mit der PDS-Fraktion führen. Ich bin sicher, nach dem 16. Oktober wird er das tun.

Die PDS will im Magdeburger Landtag von Fall zu Fall entscheiden, ob sie Vorschlägen der Minderheitsregierung zustimmt. Wo endet da Opposition, wo beginnt Machtbeteiligung?

Wir bleiben bei unserer Wahlaussage „Veränderung beginnt mit Opposition“. Aber Opposition bedeutet ja nicht, als Njet-Maschine zu funktionieren. Man kann, man muß sogar konstruktiv mitarbeiten; eigene Vorstellungen einbringen und versuchen, sie durchzusetzen. Aber wir streben keine Regierungsbeteiligung im Sinne von Koalitionsabsprache und Postenverteilung an.

Ist der Eindruck richtig, daß der Wahlslogan „Veränderung beginnt mit Opposition“ in letzter Zeit neu interpretiert wird – mit Betonung auf dem Wörtchen „beginnt“?

Das wird unterschiedlich interpretiert. Tatsache ist jedenfalls, daß wir in eine neue Situation gewählt wurden. Wähler hier im Osten wollen, daß wir kräftiger vertreten sind in Parlamenten. Wenn die nächsten Landtagswahlen im Osten und die Bundestagswahl diesen Trend bestätigen, dann müssen wir uns natürlich – vielleicht auf einem Parteitag – mit einigen Akzenten der Politik neu beschäftigen.

Es gibt Stimmen auch in der PDS, die das Tolerierungsangebot von Magdeburg als Zeichen für den Drang zur Macht bzw. für Naivität halten.

Das war kein solches Zeichen. Wenn Bündnis 90/Grüne und SPD sagen, Stimmen für die PDS würden Kohl nutzen,

muß man öffentlich deutlich machen, daß die PDS in diesem Jahr vor allem an der Abwahl der Regierung Kohl interessiert ist und Rot-Grün an ihr nicht scheitert. Aber das Tolerierungsangebot ist ja wieder vom Tisch, weil niemand darauf reagierte.

Dennoch: Kann man unbefangen handeln, wenn man weiß, daß von der Ablehnung in einer wichtigen Frage das Schicksal der rot-grünen Regierung abhängen könnte?

Ach doch, man kann unbefangen handeln. Wir müssen bloß aufpassen, daß die anderen uns nicht einerseits ignorieren und uns andererseits als Argument für die große Koalition benutzen. Mancher wartet nur auf eine Gelegenheit, uns als die großen Verhinderer darzustellen. Eine bedingungslose Tolerierung war übrigens nie beabsichtigt.

Welchen Preis verlangt denn die PDS für eine Unterstützung von Rot-Grün?

Das ist dieses Denken aus den Bonner Parteizentralen, als wäre in der Politik alles wie beim Käsehandel. Was wir beanspruchen, ist eine Behandlung als normale, demokratisch gewählte Partei. Das findet in einer Reihe von Kommunen statt, und zwar in SPD- und in CDU-regierten. Wenn die CDU jetzt im Wahlkampf gegen jede Zusammenarbeit mit uns auftritt, ist das die pure Heuchelei. Würde sie es ehrlich meinen, müßte sie sofort etliche Landräte und Bürgermeister zurückziehen, die mit PDS-Stimmen gewählt wurden.

Wie lange kann sich die PDS bei anhaltend guten Wahlergebnissen glaubwürdig auf die Oppositionsrolle zurückziehen?

Auf die Oppositionsrolle zurückziehen – das kann ich nicht akzeptieren. Ich würde lieber sagen: auf die Oppositionsrolle erheben. Opposition ist auf Bundes- und Landesebene dringend nötig.

Gut, wo beginnen Sie, übers Regieren nachzudenken? Ab 51 Prozent?

Ich habe ja schon gesagt, daß wir neu nachdenken müssen,

wenn wir in eine neue Situation gewählt werden. Aber die Hauptfrage jetzt ist, die Wahlergebnisse zu stabilisieren und, wenn es geht, zu verbessern. Daß die PDS in Größenordnungen gewollt wird, ist inzwischen sicher, und da müssen wir aufpassen, daß wir die Wähler nicht enttäuschen – also wo immer es geht konstruktive Opposition betreiben.

SPD-Vize Wolfgang Thierse fällt allerdings ein vernichtendes Urteil über die Oppositionspolitik der PDS – sie habe in vier Jahren Bundestag absolut nichts bewirkt.

Wenn laut einer Umfrage 71 Prozent der Ostdeutschen die PDS wieder im Bundestag sehen möchten, dann zeigt das doch, daß ihr Auftreten dort von der Öffentlichkeit sehr wohl wahrgenommen wird. Das heißt, es ist bemerkt worden, daß bei einer Reihe von Themen die PDS eigenständige Positionen eingebracht hat, vor allem bei Ostthemen. Daß sie nichts bewirkt haben soll, ist völliger Unsinn.

Die PDS versteht sich als systemkritische Partei und versichert gleichzeitig ihre Verfassungstreue. Wie vereinbart sich das?

Die Verfassung anzuerkennen ist etwas anderes, als sich regierungstreu zu verhalten. Die CDU/CSU erklärt jeden fast zum Staatsfeind, der irgendetwas am Grundgesetz kritisiert. Sie wollen doch im Grunde genommen damit ein lakonisches Applaudieren für die Regierung produzieren. Das ist mit uns nicht zu machen.

Das ist ein Punkt, an dem die Demokratiefähigkeit der PDS bezweifelt wird. Auch Thierse meint, die PDS müsse ihr Ja zur Demokratie erst noch beweisen.

Wenn Herr Thierse oder die SPD-Führung sich in der Rolle eines Oberlehrers aufspielen wollen, der entscheidet, wann die PDS reif ist, dann erliegen sie Illusionen. Wir haben einen schwierigen Entwicklungsprozeß hinter uns gebracht, sind stark basisdemokratisch orientiert, und eben weil wir uns mit der Geschichte auseinan-

dergesetzt haben, ist das Bekenntnis zur demokratischen Veränderung in der Partei und außerhalb der Partei glaubwürdig. Auch für die Wähler, wie man sieht.

Mancher sagt, Gysi und Bisky sind ja ganz nette Leute, aber dahinter steht etwas Undurchschaubares, Bedrohliches.

Jaja, erst war es nur Gysi, dann kam Bisky dazu, jetzt noch andere. Da ist der Kutzmutz, jetzt der Brähmig in Hoyerswerda, Petra Sitte in Magdeburg, Roland Claus, Holter in Mecklenburg-Vorpommern – wir haben inzwischen eine größere Auswahl an Frauen und Männern, die im Territorium oder auf zentraler Ebene bekannt sind. Im übrigen können diese einzelnen Persönlichkeiten überhaupt nichts bewirken, wenn die Partei nicht mitspielt.

Das Konzept der Offenen Liste führt dazu, daß Außenstehende die PDS besser kennengelernt haben. Es sind Tausende, die nicht Mitglieder der PDS sind, die sich mit uns zusammen engagieren. Die haben gesehen, daß die Realität weit entfernt ist von den Schablonen, mit denen Bonner Parteizentralen arbeiten.

In diesen Zentralen meint man, die PDS erziele spalterische Wirkung und erzeuge damit im Westen Angst.

Im Westen hat das Drohen mit der bolschewistischen Gefahr, das ja seit Jahrzehnten stattfindet und jetzt nahtlos auf die PDS übertragen wird, schon Wirkung. Aber die Akzeptanz im Osten zeigt, daß man sich mit dieser PDS auseinandergesetzt hat, daß sie neue Glaubwürdigkeit gewonnen hat. Die spalterische Wirkung wird häufig damit begründet, daß wir so viele Ostthemen aufgreifen. Daß die Wahlergebnisse der PDS für die Ostthemen nützlich sind, hat sich ja gezeigt. Die SPD hat auf dem Hallenser Parteitag ein Hundert-Tage-Programm speziell für den Osten vorgelegt. Wir sind da mehr für vier mal 365 Tage, aber immerhin. Alle Ostthemen der PDS werden auch von der SPD aufgegriffen, wenngleich weniger konsequent.

Wenn man jetzt die alte bolschewistische Gefahr wieder rausholt, dann sehe ich dahinter, daß man die Wähler im Osten aufgegeben hat. Mit der



Von
kompromißloser Ausgrenzung bis zu Entzauberung durch Einbeziehung reichen die Vorstellungen der politischen Kontrahenten, zwischen konsequenter Opposition und Regierenlernen schwanken die Meinungen in der langsam beginnenden PDS-internen Debatte.

Freiheit-statt-Linksfront-Devisen will man die Wähler im Westen, die die Mehrheit stellen, gewinnen. Denn im Osten wird dieses Argument nicht massenhaft ziehen.

Wie erklären Sie sich, daß die PDS zumindest im Osten von Verlierern ebenso wie von Gewinnern der Einheit gewählt wird?

Tatsächlich, uns wählen Leute, die viel verloren haben, die ausgegrenzt werden, und andererseits Menschen, denen es wesentlich besser geht als früher, die aber eine Politik wollen, die ein menschenwürdiges Leben für alle ermöglicht. Deshalb wählen sie PDS. Im übrigen werden wir langsam für Handwerker und mittelständische Unternehmen interessant werden, weil auch sie die Auswirkungen der falschen Regierungspolitik spüren.

Das fällt einem beim Stichwort „linke Partei“ nicht unbedingt ein.

Man kann das eben nicht nach Maßstäben von vor 20, 30 oder 50 Jahren definieren. Die ewigen Weisheiten – das haben wir ja bitter erfahren – bringen nichts, wenn die Welt sich verändert. Wir sind gut beraten, zu den Problemen in dieser Gesellschaft alternative Politikansätze zu entwickeln. Das verstehe ich unter links.

Mancher in der PDS fürchtet die Gefahr, bei konstruktiver Zusammenarbeit mit den Regierenden korrumpiert zu

werden.

Die Gefahr ist da, natürlich. Man kann sich dem auf zweierlei Weise stellen. Man kann erstens sagen, wir wollen überhaupt nichts mit all dem zu tun haben. Die eiserne Konsequenz wäre allerdings, gar nicht ins Parlamente zu gehen. Wenn man aber in Parlamente will, dann muß man Kompromisse suchen. Die Grenze ist für mich der faule Kompromiß – wenn man wichtige Positionen preisgibt, um irgendwelche Vorteile zu erlangen oder Posten zu erjagen.

Das können wir jetzt schön theoretisch festlegen. In der Praxis kann jeder zweite Fall zum Grenzfall werden.

Wir haben in der Praxis, und das sollte man nicht vergessen, viele Erfahrungen aus den letzten vier Jahren. Es gibt etliche PDS-Bürgermeister, wir sind in den östlichen Landtagen. Wo ist denn eine Politik der Anpassung betrieben worden?

Beispielsweise wurde PDS-Kommunalpolitikern vorgeworfen, sich bei der Behandlung von Asylbewerbern treu und brav nach den restriktiven Gesetzen gerichtet und nicht den Mut aufgebracht zu haben, dagegen zu protestieren: Das Gesetz ist so, aber ich finde es nicht in Ordnung, es ist unwürdig.

Wenn es in bestimmten Fragen mehr Möglichkeiten gibt, als ein PDS-Amtmann nutzt, dann muß man darüber reden.

Für mich steht dahinter die Selbstverpflichtung, daß wir in der PDS beständig zu den Wählern zurückgehen und uns ihrer Kritik stellen. Wenn das gelingt, ist die Gefahr, daß von uns nominierte Amtsinhaber sich verselbständigen, nicht groß. Wenn es nicht gelingt, schaden wir uns selbst am meisten.

In der PDS hört man nun, die Partei dürfe sich ihre Oppositionspositionen nicht „zugunsten der sogenannten Machbarkeit“ kleinarbeiten. Ist das nicht Flucht vor der Realität?

Selbstverständlich müssen wir unsere alternativen Entwürfe ernst nehmen. Man kann allerdings nicht in die Politik gehen, um von ihr unberührt zu bleiben. Auf irgendeine Weise wird man politisch herausgefordert und ist dann im Widerspruch zwischen prinzipieller Opposition und teilweiser Mitgestaltung.

Die PDS kann, und da hat sie sich ja Mühe gegeben, Glaubwürdigkeit nur wieder erlangen, wenn sie nicht hinter verschlossenen Türen verhandelt, sondern sich kritisch in die öffentliche Auseinandersetzung einbringt und sich an ihren Angeboten und Fähigkeiten messen läßt. Wenn das dann Entzauberung ist – einverstanden.

Haben Sie nicht manchmal Angst, daß der gegenwärtige Höhenflug nur ein schöner Traum ist, dem unverhofft ein ernüchterndes Erwachen folgen kann?

Nein. Wir haben uns in ziemlich schwierigen Jahren gemauert. Wir können zwar nicht für jedes Problem fertige Konzepte vorlegen. Die Wähler honorieren aber offenbar, was wir an Vorstellungen und an Persönlichkeiten einbringen. Wenn wir das in glaubwürdige Politik übersetzen und eine Alternative zu anderen Parteien bleiben, auch und ganz deutlich zur SPD, dann habe ich keine Bange. Anscheinend kann die PDS eine dauerhafte Kraft werden.

Interview:
WOLFGANG HÜBNER

Dokument 18

Robert Leicht: Scharfer Streit. Minderheitsregierung in Magdeburg: Rot-Grün regiert, die PDS toleriert, die CDU protestiert. Was bedeutet der Tabubruch von Sachsen-Anhalt für den weiteren Bundestagswahlkampf? Eine Zwischenbilanz zur Sommerpause. In: »Die Zeit« vom 29. Juli 1994. S. 3.

Wer würde sich, das war die Frage der politischen Auguren seit Monaten, in welcher Verfassung in die Sommerpause verabschieden – vor dem Endspurt zum Wahlkampf? Wie die Regierung, wie die Opposition?

Die Bundespräsidentenwahl am 23. Mai – ein dicker Punkt für die Bonner Koalition. Die Europawahl – ein Nackenschlag für die SPD, übrigens mehr in der öffentlichen Wahrnehmung als in der genaueren Analyse des Resultats. blieb also nur noch die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Der Sieger von Magdeburg, so sah es aus, würde mit dem gelben Trikot in die Ferien radeln.

Doch nun kam alles ganz anders. Kein Sieg, dafür ein Symbol: Sachsen-Anhalt hat die Widersprüche der Politik offengelegt. Die Konflikte zwischen Land und Bund, zwischen Ost und West, rechts und links. Die Dramatik des Vorgangs liegt darin, daß der PDS, den Erben der SED, zum ersten Mal bewußt eine strategische Position in der Landespolitik eingeräumt wurde. Übrigens eine äußerst bequeme Position: Die neue Landesregierung hängt von der PDS ab, die Partei des duldenden Sozialismus kann das Minderheitskabinett Höppner jederzeit populistisch vor sich hertreiben, getreu dem eigenen Motto: Veränderung fängt mit der Opposition an.

Von den drei Risiken, auf die sich Reinhard Höppner am vorigen Freitag mit seiner Wahl zum Ministerpräsidenten gleichzeitig einließ – Minderheitsregierung, rotgrünes Kabinett und Duldung durch die PDS –, war die Tolerierung gewiß das größte und zudem ein eklatanter Bruch mit allen Erwartungen und Versprechungen. Schließlich war er es gewesen, der sich noch vor wenigen Monaten weigerte, den vormaligen Ministerpräsidenten Werner Münch zu stürzen: „Mit einer solchen Minderheitsregierung bin ich stets auf die Stimmen der PDS angewiesen, das wäre politisch tödlich für mich.“ Und noch kurz vor der Wahl hatte Höppner behauptet: „Die Tolerierung einer Minderheitsregierung, durch welche Partei auch immer, birgt zu viele Unsicherheiten in sich: Eine verlässliche Regierungsarbeit ist so nicht möglich.“ Jemand, der sich dem westlichen Politikgehebe so überlegen dünkt, muß sich schon fragen lassen: Warum galt das alles auf einmal nicht mehr? Nur weil um ein knappes Prozent der Stimmen die Illusion platzte, die SPD könne als größere Partei in einer großen Koalition mit der CDU den Ministerpräsidenten stellen?

Daß die Union in dieser Lage alle Register ziehen würde, war ebenso abzusehen wie ins Kalkül einzubeziehen. In diesem homerischen Schlachtenlärm sind allerdings die vielen wichtiger zu nehmenden Bedenken untergegangen, die Sozial-

demokraten selber und wichtige Bündnisgrüne gegen den Magdeburger Bund hegen. In der SPD waren es schließlich nicht nur die „Rechten“ vom Seeheimer Kreis, die protestierten. Auch die bayerische Spitzenkandidatin Renate Schmidt wurde kategorisch: „Es ist politisch-moralisch nicht zu verantworten, sich an einem einzigen Punkt von der PDS abhängig zu machen.“ Chef Rudolf Scharping bezeichnete die PDS gar als „undemokratische Partei“; auf dem SPD-Parteitag in Halle hatte er noch ausgerufen: „Wer glaubt, daß sich in Deutschland irgend etwas verändern und verbessern läßt mit der PDS, der ist auf dem Holzweg. Das wird nicht geschehen.“

Stephan Hilsberg schließlich, im Jahr 1989 Gründungsmitglied und erster Sprecher der neuen ostdeutschen SDP, verteidigt den moralischen Anspruch der Bürgerbewegung gegen die Erben des Regimes: „In der Tat wird bei der Tolerierung durch die PDS ein Tabu verletzt: In die Abhängigkeit von einer Partei, die für den ökonomischen und moralischen Bankrott der DDR verantwortlich ist, aus dieser Vergangenheit nichts gelernt hat und heute weiterhin ihre sozialistischen Luftschlösser anbietet, begibt man sich einfach nicht. Ein Bankrott reicht.“

Nicht weniger heftig die Kritik bei den Bündnisgrünen. Ihre Spitzenfrau Marianne Birthler sieht allein schon in einer Minderheitsregierung lauter Gefahren für das rotgrüne Projekt. Im übrigen spreche vieles dafür, daß die PDS aller Programmatik und ihrem äußeren Erscheinungsbild zum Trotz nach wie vor die Partei sei, die in der Tradition der SED stehe, inhaltlich und personell. Und Werner Schulz, der sächsische Spitzenkandidat der Bündnisgrünen, sekundierte: „Eine rotgrüne Koalition – abhängig von der PDS. Für mich ist das abenteuerlich.“

Wenn sich Reinhard Höppner mit Rückendeckung und unter Druck aus Bonn dennoch über seinen eigenen Aussagen und die inneren Zweifel seiner Bündnispartner hinweggesetzt hat, dann ist dafür nicht nur eine gewisse örtliche Autosuggestion maßgeblich. Die SPD hatte nach diesem Wahlergebnis und im Blick auf die Bundestagswahl nur die Wahl zwischen verschiedenen Problemen. Sie hat sich in diesem Dilemma allerdings so ungeschickt verhalten wie eben möglich.

Natürlich konnte die SPD Magdeburg nicht mir nichts, dir nichts als Juniorpartner in eine große Koalition eintreten, nachdem sie eben zuvor in Halle noch gefordert hatte, Helmut Kohl müsse abgelöst werden. Wenn sie aber schon auf wackliger Grundlage eine Minderheitsregierung anstrebte, weshalb hat sie sich dann nicht mit den Bündnisgrünen verabredet, um anschließend erst einmal mit der CDU gründlich und zäh über eine Tolerierung zu verhandeln? Keiner weiß, was dabei herausgekommen wäre. Eines allerdings gewiß nicht: daß sich die SPD jetzt nachsagen lassen muß, die Duldung durch die PDS sei ihre erste Priorität gewesen.

Mag die Union auch mit ihrer Kampagne gegen die „roten Socken“ in Ostdeutschland einen Flop gelandet haben: Sie befindet sich propagandistisch in der Offensive, sie hat ein polarisierendes Thema gefunden, während die SPD in einem schwer einzulösenden Rechtfertigungszwang und in der Defensive steckt. Ob die Magdeburger Demonstration des puren Machtwillens dieses Risiko wert war?

Auch in der Endphase des Bundestagswahlkampfes wird die SPD von ihren Zwickmühlen umstellt bleiben. Schiebt man die große Koalition als Ultima ratio einmal beiseite, so verfügt die Union nur über einen denkbaren Koalitionspartner: die Liberalen (so sie denn im Parlament vertreten sind), die Sozialdemokraten aber deren zwei: die Liberalen und die Grünen; und in Magdeburg hat sie sich nun mit einem neuen, einem vorerst stillen Teilhaber gezeigt: der PDS. Doch diese vergleichsweise vielen Möglichkeiten sind keine starken Optionen. Zum einen ist die SPD selber nicht kräftig genug, als daß sie allein mit einem Partner in die Nähe einer absoluten Mehrheit kommen könnte; wer allerdings mehr als einen Partner benötigt, sitzt schnell zwischen allen Stühlen. Zum

anderen ist die SPD nicht geschlossen genug, und so bringt jeder ihrer Versuche, ihr Verhältnis zu den Grünen und zur PDS offensiv zu bestimmen, eigene Identitätsprobleme zum Vorschein, weil der immer wieder mit Kompromissen vertagte Streit um die wahre ökologische Partei, die eigentlich linke Politik jedes Mal aufs neue aufbricht.

Wie die Sozialdemokraten diese Spagatübung unter den Bedingungen einer von der PDS tolerierten Minderheitsregierung in Magdeburg lange überstehen wollen, kann bisher niemand absehen. Ein ähnlicher Tabubruch in Bonn ist vorerst undenkbar. Da gilt immer noch Scharpings Aussage: „Es bleibt völlig klar und unzweideutig: Eine Konstellation wie im Landtag Sachsen-Anhalt würde im Deutschen Bundestag bedeuten, daß ich nicht zum Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt werden kann.“

Wie sich diese gesplante Position – in Magdeburg ja, in Bonn nein – im innerlich zerrissenen Deutschland durchhalten läßt, wird eine der taktischen Fragen dieses Wahlkampfes sein. Ähnliches gilt umgekehrt auch für die Union: Die wüste Kampagne gegen die „Volksfront“, die schon aus historischer Perspektive völlig pervertiert angelegt war, auch die Wahlplakate mit dem Sockenmotiv – all das mag ja zur „moralischen Aufrüstung“ westdeutscher Wahlkämpfer geeignet sein. Die ostdeutschen CDU-Politiker sehen darin nur eine Hilfe für die PDS, weil deren Wählerpotentiale damit aufs trefflichste mobilisiert werden.

Die Magdeburger Malaise verweist auf die drei wirklichen strategischen Probleme des gegenwärtigen Wahlkampfes und der künftigen Politik:

Erstens: Zwar findet die Wahl in einem innerlich noch geteilten Land statt; aber die Macht zwischen den Wahlgebieten ist ungleich verteilt.

Zweitens: Weder die Union noch die Sozialdemokraten haben eine produktive Vorstellung davon, wie man mit dem Phänomen PDS umgehen soll, das doch ihrer beider Problem ist.

Drittens: Jeder Versuch, das Problem der PDS im politischen Wettbewerb zu bewältigen, muß scheitern, solange man nicht selber seine Position zum deutsch-deutschen Einigungsprozeß geklärt hat.

Eine Wahl in zwei Gesellschaften: Wer abends die Wetterkarte betrachtet, mag immer noch erstaunt sein, welch großes „Beitrittsgebiet“ der Bundesrepublik da zugewachsen ist. Doch Wähler zählen pro Kopf. Und so gesehen bringen die fünf neuen Länder (Ostberlin eingeschlossen) weniger Einfluß auf die Waage als allein das Land Nordrhein-Westfalen. Oder anders ausgedrückt: Wer ein Prozent der westdeutschen Wähler gewonnen hat, hat so viel eingeworben wie vier Prozent der ostdeutschen Wähler. Es mag schon sein, daß die Union mit ihrer Sockenchase manchen Wähler im Osten verprellt – was aber, wenn sie um so mehr Wähler im Westen anspricht? Es mag ja sein, daß das Magdeburger Signal einige SPD-Wähler im Osten ermuntert – aber wenn es proportional genauso viele im Westen verstört, dann sind dies absolut einfach sehr viel mehr.

Nicht nur daß alle „westdeutschen“ Parteien sich an eine gesellschaftlich gesplante Wählerschaft wenden müssen (und sich aus Glaubwürdigkeitsgründen keinen doppelmundigen Wahlkampf leisten können) – sie müssen dies auch noch im Bewußtsein tun, daß jeder westdeutsche Prozentpunkt wohl oder übel vierfach zählt.

Allein die PDS kann sich – und muß sich deshalb – einen „typisch“ ostdeutschen Wahlkampf leisten, auch wenn sie so in der westdeutschen Gesellschaft nie eine Rolle spielen wird. Dieses regionale Monopol kann ihr keine Partei streitig machen, weil schlechthin jeder Versuch einer alternativen ostdeutschen Parteigründung ziemlich schnell in die Nähe „westdeutscher“ Parteien geriete. Man mag diese Rollenverteilung zwischen Ost und West bedauern, ändern läßt sie sich nicht.

Das Phänomen der PDS: Hier gilt es, sich vor Mythen zu schützen. Es trifft zu, daß die PDS nur in Ostdeutschland eine ernstzunehmende Partei ist. Aber das heißt noch lange nicht, daß sie die ostdeutsche Partei wäre. Selbst wenn zwanzig Prozent der Ostdeutschen die PDS wählen, würde dies immer noch heißen: Vier von fünf Ostdeutschen wählen nicht PDS. Mit anderen Worten: Ohne die PDS kann man Ostdeutschland nicht verstehen; mit ihr allein aber erst recht nicht.

Die PDS ist ein politischer Machtfaktor nicht etwa, weil sie die Politik auch nur in Ostdeutschland insgesamt dominierte, sondern weil sie die Politik häufig blockiert. Erst wenn man sich diese Proportionen des Problems einmal bewußtgemacht hat, findet man zu Lösungsansätzen.

Sonst bleibt alles in der Hilflosigkeit von Formeln stecken: Man dürfe die PDS nicht ausgrenzen; man wolle mit der Partei nicht verhandeln, aber mit ihren Mandatsträgern sprechen; man habe nichts gegen ihre Wähler, wohl aber etwas gegen ihre Funktionäre; man wolle nicht mit der PDS koalieren, sich aber von ihr tolerieren lassen.

Etwas übertrieben ausgedrückt, läßt sich in der

ostdeutschen Parteienlandschaft ein ungereimtes Verhältnis zum politischen Wettbewerb und auch zur politischen Gegnerschaft feststellen. Wie könnte es anders sein, daß nur der PDS das Privileg zugewachsen ist, nicht ausgegrenzt werden zu dürfen? Müssen CDU, SPD und FDP mit der PDS nachsichtiger umgehen als untereinander? Woher diese Fixierung auf die frühere Regierungspartei? Wird da immer noch die merkwürdig nachteilende Bewunderung deutlich, die Männer wie Lothar de Maizière und Manfred Stolpe mit dem Blick auf die 1990 demokratisch gewählte Volkskammer sagen ließ, über die besten, erfahrensten Kräfte verfüge halt doch die PDS?

Wer heute der PDS politisch das Wasser abgraben will, kann dies nur tun, wenn er den früheren Mitgliedern der SED die Möglichkeit gibt, in den anderen Parteien aufgenommen zu werden – sofern sie sich zu deren Programm bekennen und nicht durch Menschenrechtsverletzungen belastet sind. Wer aber früheren Genossen jedes politische Leben jenseits der SED und PDS verweigert, kann letztlich auch nicht die Wähler und die Kader der PDS auseinanderdividieren.

Die SPD hat vor einer solchen Individualisierung des Problems zurückgeschaut, natürlich weil sie die polemischen Angriffe der Union scheute. Dafür hat sie es nun kollektiviert am Bein, in der Form der Tolerierung. Aber auch die CDU müßte sich schon aus eigenem Interesse in dieser Weise öffnen. Daß sie eine ganze Blockpartei integrieren kann, hat sie ebenso wacker gezeigt wie die Liberalen. Doch so systemnah die Blockparteien auch gewesen sein mögen – die tatsächlichen Funktionselemente saßen zumeist in der SED, und zwar nicht nur aus ideologischen Gründen. Viele traten nur ein, weil ihr berufliches Engagement davon abhing. Man mag dies Opportunismus nennen – wenn man selber noch nie im Glashaus gesessen hat.

Wenn also die demokratischen Parteien es ernst meinen mit ihrer Sorge über das Wachstum der PDS, müßten sie sich auf diese Individualisierung des politischen Problems verständigen: keine kollektiven Freisprüche, keine kollektive Verdammnis – statt dessen eine Einzelfallprüfung ohne gegenseitige Aufrechnung.

Erst danach läßt sich dann mit der und gegen die PDS politisch offensiv streiten, läßt sich differenzieren zwischen ihrem hemmungslos links-populistischen Programm und den nachdenklichen Personen. Erst dann läßt sich mit wirkungsvollen Unterscheidungen reden über Propaganda, Kader, Mitglieder und Wähler der Partei. Man kann nur vor dem Kollektiv warnen, wenn man auch um seine Mitglieder wirbt.

Selbst dann wird alles noch sehr schwierig bleiben. In der Formulierung von tiefsitzenden Resentiments wie von hochgreifenden Versprechungen kann die PDS niemand übertreffen. Und niemand kann die PDS zwingen (oder gar dazu einladen), ihre populistischen Phrasen, von denen ihr Programm nur so strotzt, jemals wahr machen zu müssen. Gerhard Schröder, der niedersächsische Ministerpräsident, hat im Streit um die Tolerierung gesagt, die PDS stehe in vielen sozialen

Fragen der SPD näher als der CDU. Das mag ja so sein. Aber falls die SPD jemals den Eindruck erwecken sollte, sie selber stehe der PDS in solchen und anderen Fragen näher als der Union, wäre es schnell um sie geschehen. Es macht der SPD schon genug zu schaffen, daß sie sich auf dem Gebiet der Ökologie als die blässere Version der Grünen präsentieren muß. Die SPD muß sich gegenüber der PDS schlicht als das andere, nicht bloß als das weniger „linke“ darstellen.

Die Stellung zum Einigungsprozeß: Der zugleich befreiende und traumatische Einschnitt von 1989 mußte zwangsläufig zu einer Polarisierung in der ostdeutschen Gesellschaft führen, auch zwischen Gewinnern und Verlierern der Einheit. Dieser Eintritt der Konkurrenz in die von oben egalisierte Gesellschaft mußte um so schockierender wirken, als die neuen Chancen häufig schicksalhaft und keineswegs nach Sinn und Verstand verteilt wurden. Auch die groben Fehler sind inzwischen nicht zu übersehen. (Wer weiß freilich, welche Fehler bei jedem anderen Vorgehen unterlaufen wären?) Da mag es für manchen naheliegen, den Prozeß insgesamt zu verurteilen – und nicht nur die Fehler, die in seinem Verlauf gemacht wurden.

Wer aber den Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft auf den Einigungsprozeß zurückführt, anstatt zu erklären, wie die kommunistische Diktatur zum Zusammenbruch und deshalb zur Einigung geführt hat, unterwirft sich einer fatalen Perspektivenverzerrung, die ihn wehrlos macht in der Auseinandersetzung mit der PDS. Wer so an die Auseinandersetzungen in Ostdeutschland herangeht, überläßt die Gewinner des Einigungsprozesses kampfflos den Konservativen und die mit den Jahren nachlassende Zahl der Verlierer aussichtslos der PDS. Für die Sozialdemokraten heißt dies zugespitzt: Nur in dem Maß, in dem sie sich mit der westlichen Gesellschaft identifizieren, werden sie auch in Ostdeutschland identitätsstiftend wirken können.

Jeder Versuch, eine ostdeutsche Gesellschaft zu konservieren oder eine Welt jenseits von Ost und West zu konstruieren (als habe der Einigungsprozeß in Wahrheit zu einer gänzlich neuen Gesellschaft geführt), mag sich im Augenblick einfühlend ausnehmen und politisch verführerisch sein. Aber schon auf mittlere Sicht, im Blick auf die Gewichtsverhältnisse im vereinigten Deutschland und angesichts der vorauszusehenden gesellschaftlichen Dynamik, führt eine solcher Verlust an Selbstbewußtsein in die Sackgasse. Und eben in dieser Perspektive liegt letztlich die Problematik des Magdeburger Modells.

Doch vor der Zukunft kommt erst einmal die Bundestagswahl. Wenn nicht alles täuscht, führt der Streit um Magdeburg zu einer Polarisierung zwischen Ost und West wie zwischen rechts und links: Die Union gewinnt Schwung im Westen, die PDS im Osten – und die SPD läßt hier wie dort Federn. Die Paradoxie dabei: Je mehr die PDS vom Schlachtenlärm profitiert, desto größer ihre Chance, sowohl der Union und den Liberalen als auch der SPD und den Grünen den Griff zur Mehrheit zu erschweren.

Dokument 19

»Ich bin kein Trickser.« Gregor Gysi über das Bonner Unverständnis für die Ostdeutschen und den Aufschwung der PDS. In: »Der Spiegel« vom 1. August 1994. S. 25-27. [Auszüge]

SPIEGEL: Erhard Eppler sagt es ganz gelassen: Die PDS ist keine linke Partei, sie ist auch keine linkssozialistische Partei. Sie hat kein spezifisches Programm, sie hat nur eine spezifische Vergangenheit.

Gysi: Das ist nicht richtig. Wer das so sieht, begibt sich schon wieder in die Gefahr, uns zu unterschätzen. Das ist dann, so glaube ich, der nächste Fehler. In keiner Partei wird so hart programmatisch gearbeitet und nachgedacht wie in der PDS.

SPIEGEL: Geht es nach der CDU-Zentrale in Bonn, ist die PDS ein Fall für den Verfassungsschutz. Dazu tragen Sie selber bei, weil Sie sich nicht von der Kommunistischen Plattform trennen, einem leninistischen Veteranenverein innerhalb Ihrer Partei.

Gysi: Die Mitglieder dieser Plattform sind sehr unterschiedlich. Sie hat nicht nur ältere, sondern auch jüngere Mitglieder.

SPIEGEL: Warum befreit sich die PDS nicht von diesem Traditionsklub?

Gysi: Wir werden uns von keiner Plattform trennen, auch nicht von einer kommunistischen. Die PDS darf alles mögliche werden, aber nicht antikommunistisch.

SPIEGEL: Dann bleibt die PDS anrühlich.

Gysi: Ich finde, die Plattform wird künstlich aufgewertet und dient dazu, uns öffentlich unter Druck zu setzen und zu testen. Es gibt Mitglieder der Kommunistischen Plattform zwischen 50 und 60 Jahren, die völlig chancenlos sind. Wenn Sie ML-Professor an einer Be-



„Die PDS darf alles mögliche sein, aber nicht antikommunistisch“

zirksparteischule oder etwas Ähnliches waren, und wenn Sie jetzt 53 Jahre alt sind, dann gibt es für Sie keine Zukunft. Diese Leute begehen nicht selten einen Fehler: Sie denken, ihre Situation ist die Situation aller Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern. Aber in der PDS sind engagierte Gewerkschafter, fünf Prozent sehr erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer, Tausende von Intellektuellen, die durchaus in Beschäftigung sind, Studentinnen und Studenten, die noch ihr ganzes Leben vor sich haben, mit Perspektive.

SPIEGEL: Sie vertrauen auf eine biologische Lösung?

Gysi: Quatsch, eine Trennung wäre politisch falsch, denn das hieße, die Auseinandersetzungen zu verlagern. Wir müssen sie doch sowieso führen. Es gibt inhaltliche Fragen, die die PDS entscheiden hat und solche, die sie entscheiden wird. Wichtig ist: Was setzt sich in einer Partei durch?

SPIEGEL: Herr Gysi, zum Klärungsprozeß dürfte das Magdeburger Modell und die Volksfront-Kampagne der CDU mehr beitragen. Gilt auch hier für die PDS: Ein bißchen verfeimt zu sein, ist nützlich?

Gysi: Die Volksfront-Kampagne hat ihre Tücken, auch für die PDS. Die CDU will den Leuten angst machen, sich zu uns zu bekennen. Sie sollen das Gefühl bekommen, wer uns wählt, tut fast etwas Illegales. Das bleibt bei dem deutschen Gemüt nicht ohne Wirkung. Andererseits trägt die Kampagne dazu bei, den von uns angestrebten Ruf der nichtetablierten Oppositionspartei zu stärken.

SPIEGEL: Wie wird sich die PDS in Sachsen-Anhalt konkret verhalten – entwickelt sie sich hin zur Regierungspartei, wie das etliche Ihrer Parteifreunde schon öffentlich ausgesprochen haben? Oder zurück zur Opposition?

Gysi: Ich bin für Duldung, weil wir damit ein Wahlversprechen erfüllen. Wir haben in Sachsen-Anhalt gesagt, wir gehen in die Opposition, aber an uns scheitert keine Regierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen; das ist in Magdeburg jetzt erst einmal so passiert. Ich kann mir sehr gut eine Zeit vorstellen – sie wird wahrscheinlich schneller kommen, als ich es gut finde –, in der wir in die Lage kommen, uns an Landesregierungen zu beteiligen.

SPIEGEL: Die PDS in Sachsen-Anhalt hat den Beschluß gefaßt, daß die Oppositionsrolle mit einem Gestaltungsanspruch verbunden werden soll. Werden Sie Höppner Bedingungen für die Duldung setzen?

Gysi: Jetzt müssen Gespräche geführt werden. Dann wird man sehen, was zusammen geht. Die SPD und die Grünen müssen für jeden Beschluß eine Mehrheit entweder nach rechts oder nach links suchen.



„Die SPD will nach dem 16. Oktober eine Große Koalition“

SPIEGEL: Wird die PDS dem Landeshaushalt zustimmen?

Gysi: Ohne Gespräche geht nichts, aber Gespräche finden ja ohnehin in den Ausschüssen statt. Ich warne die PDS nur vor Kungelei. Wenn Gespräche geführt worden sind, dann muß sie zu den Ergebnissen öffentlich stehen und Kompromisse erklären können.

SPIEGEL: Läßt sich das Magdeburger Modell auf Bonn übertragen?

Gysi: Dazu müßte ich etwas wissen, was ich nicht weiß: Ob die SPD der Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt nur deshalb die Zustimmung gegeben hat, weil sie Angst hatte, daß ihr gegenwärtig eine Große Koalition mehr schadet, da alle denken, daß sie eine Große Koalition auch in Bonn anstrebt.

SPIEGEL: So ähnlich ist es wohl.

Gysi: Dann wäre klar, daß die SPD nach dem 16. Oktober in eine Große Koalition gehen will. Und dabei fühlt sich Scharping auch wohler.

SPIEGEL: Sie würden einem Tolerierungsmodell in Bonn nachtrauern?

Gysi: Ja, natürlich. Eine rot-grüne Regierung wird nicht zustande kommen, weil erstens das gesellschaftliche Klima dafür nicht vorhanden ist und weil es zweitens auf allen Ebenen Strategen gibt. Diese Strategen haben sich überlegt, daß Rot-Grün für Bonn die letzte Variante sein muß, wenn es zu wirklichen Eruptionen kommt. Man muß wie nach 1968 etwas anbieten können, was noch nie da war. In einer Marktwirtschaft ist es immer problematisch, wenn man keine Reserve mehr hat.

SPIEGEL: Herr Gysi, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. □

Dokument 20

»Bundestagswahl wird Richtungsentscheidung.« Wolfgang Schäuble, Chef der CDU/CSU-Fraktion, warnt vor »Heimsuchung« durch Linksbündnis. In: »Neues Deutschland« vom 1. August 1994. S. 12. [Auszüge]

Im Brief des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Wolfgang Schäuble, an die Mitglieder seiner Fraktion – ND berichtete kurz in seiner Samstagsausgabe – heißt es unter anderem:

Einen Tag, nachdem wir der Männer und Frauen des 20. Juli und ihres Vermächnisses für Deutschland und die Demokratie gedacht haben, bricht die SPD ihr Wort, mit der PDS nicht zusammenzuarbeiten. Sie paktiert mit den Erben jener, die Kurt Schumacher richtig 'rot lackierte Faschisten' genannt hat, und Schumacher wußte, wovon er sprach.

Weiß die SPD heute nicht mehr, mit wem sie sich da einläßt? Daß sie sich mit einer Partei gemein macht, die unverfroren genug ist, noch 1993 ein Programm zu verabschieden, in dem die Auswirkungen der kommunistischen Oktoberrevolution in Rußland auf das 20. Jahrhundert gepriesen werden?

Ich fürchte, daß die SPD dies alles nicht nur weiß, sondern auch billigend in Kauf nimmt um der Macht willen. Denn was in Sachsen-Anhalt geschehen ist, ist beileibe keine regionale Angelegenheit. Rudolf Scharping hätte zwar gerne, wenn die Öffentlichkeit ihm diese Version abnähme. Aber die Fakten sprechen eine andere Sprache. Nichts, aber auch gar nichts hätte die SPD in Sachsen-Anhalt davon abgehalten, zusammen mit der CDU als stärkster Fraktion eine stabile Mehrheitsregierung zu bilden. Statt dessen haben die Sozialdemokraten ohne Not mit den Grünen zielstrebig ein Minderheitskabinett gezimmert, das nur regieren kann, wenn die PDS als stiller und mitbestimmender Teilhaber mit am Tisch sitzt. Da helfen dann alle Ausflüchte von Scharping und Verheugen nichts: Solch ein vermeidbares Abenteuer macht nur Sinn, wenn es die Probe auf das Exempel Bonn sein soll.



CDU-Propagandist Hintze, Anti-PDS-Plakate

Die Fakten machen auch alle Rechenspielen über Mehrheiten zur Farce: Die SPD hat Reinhard Höppner wie selbstverständlich von der PDS in das Amt des Ministerpräsidenten mitwählen lassen. Und das war gut organisiert: Der Ablauf der Wahlgänge, die paßgenaue Zahl von 48 Ja-Stimmen bei 95 abgegebenen im dritten Wahlgang zeigt, wie präzise das Komplott zu Lasten der Demokratie zwischen SPD und PDS funktioniert hat. Allen Eventualitäten war vorgebeugt. Die SPD hat sich so in einen Pakt mit den Erben des Totalitarismus begeben. Dies alles wird nicht besser, wenn als Begründung herhalten muß, man könne ein Fünftel der Wähler nicht ignorieren, müsse ihre Repräsentanten in die Verantwortung einbinden. Warum dann nicht gleich ein PDS-Ministerpräsident? Mich erinnert dieses Denkmuster nicht nur an die Naivität jener, die in den frühen 30er Jahren eine totalitäre Partei an der Regierung beteiligten, um sie vermeintlich in die Verantwortung zu nehmen. Mich erinnert dies auch an die Politik der Sozialdemokraten, Wandel durch

Anbiederung an die SED betreiben zu wollen.

Nein, die Erben von Ulbricht und Honecker, von Mauer schützen und Gefängnissherren, die Erben jener, die Familien auseinandergerissen und Menschen totgeschossen haben, die nichts weiter wollten als ihrem Gefängnis zu entkommen, sie haben in der deutschen Politik an verantwortlicher Stelle nichts, aber auch gar nichts zu suchen. Ihre Wähler müssen für die Demokratie gewonnen werden, soweit das möglich ist. Dabei hat die SPD versagt, ihre Kapitulation vor der PDS ist zugleich die Aufkündigung des demokratischen Konsenses in der Bundesrepublik, sich mit radikalen Kräften nicht einzulassen. Indem er dies alles zuläßt, hat Rudolf Scharping nicht nur eine Hemmschwelle gesenkt, sondern diese bereits überschritten. Ich fordere uns alle auf, nicht müde zu werden, dies den Wählern immer und immer wieder zu sagen. Denn wer solchen Anfängen nicht wehrt, läßt zu, daß diese Bundesrepublik Deutschland in ihrem Fundament verändert wird.

Dokument 21

Statt der großen Schwester jetzt die kleine mit den Pickeln? In: »junge Welt« vom 2. August 1994. S. 2.

Gerhard Zwerenz, mit 19 sind Sie von der faschistischen Wehrmacht zur Roten Armee desertiert, haben dann bei Ernst Bloch in Leipzig studiert, 1956 zur Opposition in der SED gehört und sind 1957, nach der Verurteilung Wolfgang Harichs und Ihrem Parteausschluß in den Westen gegangen. Jetzt haben Sie sich bei der PDS engagiert. Ich erinnere mich, in den sechziger, siebziger Jahren Ihren Namen neben denen anderer Schriftsteller und Künstler unter ungezählten Aufrufen gelesen zu haben: für die Ostermärsche, gegen Atomwaffen, die Notstandsgesetze, den Vietnam-Krieg, die Große Koalition. Alles das ist ja nur wenig oder gar nicht politisch effektiv gewesen. Sie werden im nächsten Jahr siebzig, sind Sie noch nicht müde geworden?

Diese Aufrufe, die immer von Abendroth bis Zwerenz oder von Augstein bis Zwerenz gingen, waren in der Tat häufig ohne praktische Ergebnisse, und jeder von uns, der unterschrieben hat, hat auch immer wieder die Nase voll davon gehabt. Aber als wir uns eines Tages entschlossen hatten, für nichts oder gegen nichts mehr aufzurufen, da haben die, die uns vorher professionelle Protestanten geschimpft haben, verwundert gefragt, warum sich die Schriftsteller und Künstler nicht mehr in die großen politischen Auseinandersetzungen einmischten. Also sind wir im Bewußtsein der Leute mit unseren öffentlichen Appellen doch so etwas wie ein moralisches Rückgrat der damaligen oppositionellen Bewegung gewesen. Nein, ich bin noch nicht müde.

Noch im letzten Jahr haben Sie in Ihrem Buch »Links und lahm« den Standpunkt vertreten, ich zitiere aus einer Rezension der jungen Welt, »mit der SPD ließe sich in Deutschland noch ein Blumentopf gewinnen«. Jetzt kandidieren Sie im Westen auf der Liste der PDS für den Bundestag. Was hat sich verändert?

Ich habe, wie viele meiner Schriftstellerkollegen, lange

Zeit für die SPD Wahlkampf gemacht, trotz der Schwierigkeiten, die ich mit dieser Partei hatte. Eine andere linke Partei gab es ja nicht. Für die DKP, die die Feindschaft der SED gegen mich weiterbetrieben hat, war ich ein Klassenfeind, den sie bekämpfte. Die kam also nicht in Frage. Deswegen bin ich froh, daß jetzt mit der PDS links von der SPD eine Partei entstanden ist.

Ihre eigenliche Liebe aber gilt doch immer noch der SPD?

Was ich wollte, war stets eine Sozialdemokratie, die als sozialistische Partei Politik macht. Die Sozialdemokratie, die wir haben, tut das nicht mehr, sie hat auch ihren linken Flügel, dem ich immer nahestand, längst eingebüßt. Das Wahlprogramm der SPD ist auf die Mitte gerichtet. Eine Mitte, die weit rechter steht als noch vor einigen Jahren. Die SPD hat sich nach der Vereinigung, die ja eine Veruneinigung war, den nationalen Parolen nicht entzogen. Dies alles halte ich für lebensgefährlich – besonders in Deutschland. Die SPD macht wieder mit, wie zur Zeit des 1. Weltkrieges, als sie mit der Bewilligung der Kriegskredite die imperialistische Politik unterstützte. Und mit so einer SPD habe ich nicht das Geringste an der Mütze. Also muß man etwas dagegenstellen.

Die mit dem großen Busen entzieht sich Ihnen, deswegen geben Sie sich zufrieden mit der flachbrüstigen Schwester, die noch dazu eine Menge SED-Pickel hat? Oder hoffen Sie, vielleicht doch noch an die große Schwester ranzukommen?

Der Vergleich gefällt mir, stimmt aber nicht. Natürlich könnte man sagen, der Zwerenz benutzt die PDS, um die SPD zu revitalisieren. Ich hatte gehofft, die SPD würde aus den neuen Bundesländern Impulse aufnehmen, um sich zu erneuern. Das war eine Fehleinschätzung. Die SPD ist eine Mitte-Rechts-Partei geblieben. Deswegen bekommt die PDS jetzt eine ganz eigenständige Funktion – nicht nur in den neuen Ländern. Und wenn die

PDS es schafft, sich so zu halten, wie bei den letzten Wahlen, dann bin ich fest überzeugt, daß sie die deutsche Linkspartei werden wird.

Ich höre da aber immer noch zwei Optionen heraus: Einmal verstehen Sie die PDS als Instrument, um die SPD unter Druck zu setzen, und zum anderen sehen Sie in der PDS die sozialistische Partei der Zukunft...

Das ist in gewisser Weise richtig. Der Gang der Ereignisse in Deutschland, die Rechtsverschiebung, erfordert aber eine Opposition auf allen Ebenen. Gegen den deutschen Nationalismus brauchen wir eine pluralistische Linke, die nicht mehr lahmt. Und der SPD traue ich das nicht mehr zu. Sie braucht links von sich eine starke Konkurrenz.

Dann bewegt sich nach der Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt offensichtlich schon was bei den Sozialdemokraten?

Es tut sich in der Tat was Neues. Die Ost-SPD, wie übrigens auch die Ost-CDU, weigert sich zunehmend, die westdeutschen Denk- und Handlungsmodelle zu übernehmen. Ich glaube auch, daß das nachwachsende Bewußtsein im Osten dafür sorgen wird, daß – wenn man die Demokratie nicht abschaffen will – die Existenz der PDS als politische Kraft akzeptiert und als Selbstverständlichkeit angesehen wird.

Die Leser des Neuen Deutschland können also damit rechnen, daß irgendwann ihr frühes pornographisches Werk als Fortsetzungsroman erscheint?

Wenn ich es wieder freigeben würde, würde ich es mir als Ehre anrechnen, wenn es im Neuen Deutschland abgedruckt würde. Da kippten aber wohl die braven Genossen aus ihren roten Socken, die mir aber allemal lieber sind als braune Kniestrümpfe. ?

Interview: Klaus Behnken •

Dokument 22

Offener Brief von Michael Müller, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Leipzig-Mitte, an alle Mitglieder der SPD und PDS in Deutschland vom 2. August 1994. In: »Leipzigs Neue« vom 12. August 1994. S. 4.

dokumentiert

Offener Brief an alle Mitglieder der SPD und PDS in Deutschland

von Michael Müller, Direktkandidat im Wahlkreis 309 (Leipzig I) für den Deutschen Bundestag

Liebe Genossinnen und Genossen der SPD und PDS,

die Form dieses Briefes habe ich gewählt, weil wir die offene und öffentliche Diskussion brauchen, unser Verhältnis zueinander und miteinander auf neue Füße zu stellen.

Dazu braucht es mutige Genossinnen und Genossen in beiden Parteien, die einen langen Atem haben und sich mit diesem Anliegen gegebenenfalls auch gegen ihre eigenen Gremien durchzusetzen verstehen.

Neun Gründe für das Zusammengehen von SPD und PDS

1. Das politische linke Spektrum in Deutschland ist seit Ende des 1. Weltkrieges heillos zerstritten. Die Klärung und Befriedung dieses Konfliktes wurde, wie jeder weiß, während der Weimarer Republik nicht herbeigeführt, während der Nazi-Diktatur gewaltsam verhindert und mit der Gründung der SED im April 1946 trotz der ideologischen Propaganda der Kommunisten unter Ulbricht eher verschleiert und gegen alle Beteuerungen bis in die Zeit der Wende hinein sachlich nie geklärt.

2. Die Menschen – besonders im Osten des vereinten Deutschlands – erwarten angesichts ihrer Probleme und Sorgen, die der bisherige Vereinigungsprozeß mit sich gebracht hat, eine vereinte, linke, politische Kraft, die der Politik der Konservativen in unserem Lande Entscheidendes entgegenzusetzen hat. „Links“ hat sich für ganz Deutschland als verlässlich, alternativ und mehrheitlich wählbar zu erweisen.

3. Wir haben uns in der SPD endgültig von der Vorstellung zu distanzieren, als wären alle ehemaligen Mitglieder der SED und der alten DDR-Parteien von vornherein von undemokratischer oder verbrecherischer Gesinnung. Überlassen wir solche undifferenzierten Reden den Wahlkampfparolen der Konservativen. In ihren eigenen Reihen sind nicht nur die Mitglieder alter DDR-Parteien,

sondern auch sehr viele ehemalige Genossinnen und Genossen der SED wiederzufinden. Die Konservativen strafen sich mit solchen Parolen selber Lügen.

4. Folgt und folgen nicht die Menschen im Osten wie auch im Westen Deutschlands schon immer den gleichen Opportunitäten im politisch-gesellschaftlichen Leben, um in der Gesellschaft dazuzugehören, nicht ausgeschlossen zu sein, um damit auch an ihren Vorteilen teilhaben zu können? Wenn dies für uns alle galt und gilt, so laßt uns in der SPD alle Vorurteile und mißbräuchlichen Verdächtigungen gegenüber den Genossinnen und Genossen der PDS und ehemaliger Mitglieder der alten DDR-Parteien ablegen. Wir wollen nach der äußeren, formalen, politischen Einheit den Prozeß der inneren Einheit um der Menschen Willen vortreiben. Das Zusammengehen von SPD und PDS wäre das richtige Signal für die Menschen vor allem im Osten Deutschlands auf diese von allen erwartete, innere Einheit zu!

5. Auch die Genossinnen und Genossen der PDS stehen auf dem Weg der inneren Einheit Deutschlands vor entscheidenden Herausforderungen. Die Gunst der Wähler aufgrund des sich angestauten Protestes über Jahre hinweg zu stabilisieren, wird sich auf Dauer als Trugschluß erweisen. Der Erfolg bei den letzten Wahlen im Juni wird weniger auf die programmatischen Aussagen der PDS zurückzuführen sein, als auf das Gefühl des Ausgeschlossenenseins und Nichtmitbestimmendürfens des durch die Konservativen gestalteten Vereinigungsprozesses in Deutschland. Sollte z. B. der Koalition in Sachsen-Anhalt jetzt der Erfolg wohlmöglich und ausgerechnet durch machtpolitisches Verhalten der PDS versagt bleiben, werden die Wähler in Deutschland trotz aller zu erwartenden gegenteiligen Beteuerungen zu der Erkenntnis kommen: „Links ist vorerst nicht wählbar!“ Die PDS wäre ihnen ein zu unsicherer Faktor.

6. Machtspiele von Parteien mögen zwar ihr Selbstwertgefühl steigern helfen; nützen tun sie niemandem! Einzig und allein befördern sie Ärger und Unglaubwürdigkeit über die Par-

teien in der Bevölkerung zum Schaden der den Politikern von den Wählern übertragenen Verantwortung, die sie am laufenden Band auch versprechen zu übernehmen(?). Das sage ich bewußt auch an die Adresse meiner eigenen Partei.

7. Der über 75 Jahre unbereinigte Konflikt der politischen Linken in Deutschland und die vor uns stehende Aufgabe der politischen Gestaltung des wiedervereinten Deutschlands gibt uns die Chance und legt uns zugleich um der Menschen Willen die Verpflichtung auf, die Einheit der Linken in Deutschland mit Geschick, Mut und Kraft endlich wieder zu verwirklichen.

Wir brauchen uns gegenseitig; sonst werden wir nicht mehr gebraucht! Laßt uns darum der „alten Dame“ SPD das ihr würdige, gesamtdeutsche Profil geben. Ideologische Unterschiede oder gar Streitereien haben noch keinen Menschen satt werden lassen, doch kluge und verantwortungsvolle Politik für mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft jedem einzelnen spürbar mehr Chancen eingeräumt.

8. Gewiß ist die anstehende Vereinigung bis zu den Bundestagswahlen im Oktober organisatorisch nicht zu erreichen. Fest stehen sollte allerdings, daß die Einheit der Linken nun auf der Tagesordnung steht. Bis zu ihrer Verwirklichung sollte ein breiter Meinungsprozeß in der Öffentlichkeit und besonders unter den Genossinnen und Genossen beider Parteien stattfinden. Beide Seiten sollten sich gegenseitig die Gelegenheiten zu Begegnungen, Gesprächen und zur Überwindung unserer Berührungängste geben. Wir sollten dabei alle Interessierten einladen und mit in diesen Prozeß einbeziehen. Das wird unsere Gremien zur Einheit in Bewegung setzen und beauftragen. Der Prozeß muß von „unten“ her stattfinden.

9. Die Initiative der SPD zur Einheit der Linken kann nur durch die Mitglieder ihrer örtlichen Landesverbände ergriffen werden. Ihre volle Bereitschaft zur Einheit bedarf des Konsens in der ganzen Partei. Mein eindeutiges Signal an die PDS kommt einerseits für viele verständlicherweise zu früh, aber andererseits für manche auch

schon wieder fast zu spät. Darum haben wir jetzt in SPD und PDS unter unseren Mitgliedern im Westen wie im Osten Deutschlands eindringlich für die Einheit der Linken zu werben. Der Zeitpunkt spricht für uns. Der Prozeß wird sich u. U. sehr schwierig gestalten, aber lohnend, spannend und zugleich Kräfte freisetzend sein. Wenn wir uns aber – egal auf welcher Seite – der Einheit der Linken verschließen, werden wir eine historische Chance ungenutzt verstreichen lassen. Das würde in der Zukunft an den Wahlergebnissen ablesbar sein.

Unsere Einheit befördert die Einheit Deutschlands!!!

Für alle Interessenten: Der Ortsverein Leipzig-Mitte der SPD tagt jeden 1. Dienstag im Monat um 19.00 Uhr im Café Senior im Altenheim in der Waldstraße. Uns sind jederzeit Gäste willkommen! Das sind gute Gelegenheiten, sich kennenzulernen und auch zu diesen angesprochenen Fragen miteinander zu reden.

Am 16. Oktober zur Bundestagswahl gilt es, die Konservativen nach 14jähriger Regierungszeit abzulösen! Wir können es schaffen! Eine vereinte Linke wird der inneren Einheit unseres Landes starke Impulse geben.

Die Wählerinnen und Wähler des Wahlkreises 309 (Leipzig I) werden dann auch über meine Ziele mit ihrer Erststimme ihr Urteil abgeben. Das Ergebnis ihres mehrheitlichen Abstimmungsverhaltens wird für mich der Gradmesser meines zukünftigen, aktiven, politischen Engagements in der angestrebten Einheit der linken demokratischen Kräfte für Deutschland bedeuten.

„Jetzt muß zusammenwachsen, was zusammen gehört!“
(Willy Brandt)

Mit freundlichen Grüßen

gez. Michael Müller

Dokument 23

Egon Bahr: SPD, PDS und Grüne. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 6. August 1994. S. 8.

Zur Geschichte der Grünen gehört keine Auseinandersetzung, die im wesentlichen zwischen SPD und CDU/CSU stattfand, wie man mit ihnen umgehen solle. Die Union war der Auffassung, daß eine so undemokratische Partei am besten durch Nichtbeachtung, jedenfalls Isolierung „erledigt“ werden kann. Die SPD war der Auffassung, daß man die Grünen dem Prozeß unterziehen sollte, ob sie parlamentarisch zu demokratischer Verantwortung gebracht werden könnten.

Die CDU überzog die SPD mit Verdächtigungen und Verunglimpfungen, wohl auch ihrem legitimen Interesse entsprechend, daß ein Wachstum der Grünen zu Lasten der Sozialdemokraten gehen würde.

Diese Auseinandersetzung ist weitgehend entschieden. Es ist praktisch unbestritten, daß die Grünen bis auf die Länderebene demokratische Verantwortung, einschließlich der Koalitionsfähigkeit, erreicht haben. Auf Bundesebene steht dieser Nachweis aus, solange sie in der Außen- und Sicherheitspolitik auf ihrer unseriösen Beschlußlage beharren.

Zu dieser Entwicklung gibt es eine Analogie bei der PDS. Die Tatsache, daß diese Partei in Ostdeutschland so stark werden konnte, ist ein Zeichen, wie weit das Ziel der inneren Einheit bisher verfehlt wurde. Ebenso skandalös wie grotesk ist, daß einige westdeutsche Parteien durch die Art, in der sie sich damit beschäftigen, kostenlose Werbung für die PDS treiben.

Als Demokraten haben wir ein Wählervotum in Ostdeutschland zu respektieren. Als Sozialdemokraten haben wir ein Interesse, keine zusätzliche Solidarisierung zwischen der PDS und ihren Wählern zu bewirken. Die Union mag wie vor zehn Jahren ein Interesse daran haben, wenn sich links von der SPD eine Partei etabliert, die die Sozialdemokraten schwächt, jedenfalls verhält sie sich so.

Als Demokraten haben wir ein Interesse, durch Aussöhnung, so wie sie der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung 1990 gefordert hat, die innere Einheit zu erreichen. Das bedeutet praktisch, die Ursachen zu beseitigen, die der PDS 20 Prozent gebracht haben, also die Fehler zu korrigieren, die Westdeutschland seit 1990 gemacht hat.

Die Rote Socke symbolisiert die Spekulation der Union, mit den Unterschieden zwischen Ost und West im Oktober zu gewinnen. Wenn der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Seide, sagt,

was im Westen gut und richtig sei, lasse sich nicht automatisch als Rezept für den Osten vorschreiben, heißt das: Im Westen noch einmal Wahlkampf mit Mobilisierung der Angst vor einem Kommunismus, den es gar nicht mehr gibt, im Osten geht das nicht, weil die Leute dort nicht so blöd sind, daß man ihnen Angst vor dem Kommunismus machen könnte. Die Rote Socke ist also nicht nur die Hoffnung auf die Dummheit der Wähler im Westen, sondern die Instrumentalisierung fortgesetzter Unterschiede zwischen Ossi und Wessis. Die Union setzt auf Ressentiments statt auf Aussöhnung.

Die SPD darf sich nicht davon abbringen lassen, die PDS dem demokratischen Weg der Parlamentarisierung zu unterziehen, den sie schon bei den Grünen einmal erfolgreich eingeschlagen hat. Dieser Prozeß hat bei den Grünen dazu geführt, daß sie Vertreter extremer und fundamentalistischer Orientierung verloren haben. Alle Lebenserfahrung spricht dafür, daß es der PDS nicht anders gehen wird. Sie wird in einem für sie schmerzhaften Prozeß Vertreter der kommunistischen Plattform und unbelchrbare Extremisten verlieren. Dieser Prozeß wird für ihre Wähler orientierend sein, zumal sie als Opposition durch Abstimmungsverhalten im Prinzip der gleichen Verantwortungs-Glaubwürdigkeit unterzogen werden wird wie die CDU. Das heißt eben übrigens auch, daß man die Wähler der PDS nicht weniger ernst nimmt als die Wähler der CDU und damit ein Stück innerer Einheit vollzieht.

Wer Volkspartei sein will, darf das Volk nicht vernachlässigen. Das hat die Union, gar nicht pingelig, bewiesen, als sie sich der Blockparteien annahm. Das hat die SPD bisher zum Schaden für sich wie für das Land versäumt, als sie sich aus vielerlei Gründen schwertat, die Menschen zu gewinnen und politisch zu integrieren, die aus vielerlei Gründen Mitglieder der SED gewesen und politisch heimatlos geworden sind. Wenn es um die innere Einheit geht, ist das eine Aufgabe, die gerade die SPD leisten muß.

Ein Versagen vor dieser Aufgabe, aus welcher ehrenvollen Motiven auch immer, würde nicht nur die SPD bezahlen. Unser Land würde es insgesamt schwerer haben, denn solange die PDS in Ostdeutschland stark genug bleibt, um in den Bundestag zu kommen, werden Aussöhnung und innere Einheit schwerer und teurer. Auch deshalb ist Magdeburg ermutigend.

Der SPD-Politiker hat in verschiedenen Ämtern maßgebend die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition gestaltet.

Dokument 24

Joachim Bischoff/Michael Schumann: Ist Scharping noch zu retten? Über das Verhältnis von SPD und PDS und die Chancen einer neuen Reformpolitik. In: »Neues Deutschland« vom 9. August 1994. S. 12.

Frühzeitig schienen die Wahlen gelaufen. Seit der Erholung der Union als stärkste politische Kraft in Deutschland deutete für den Oktober alles auf eine Große Koalition mit der Sozialdemokratie als Juniorpartner hin. Doch die Wähler haben derartigen Kalkülen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die politische Logik im vereinigten Deutschland ist eben nicht nur die Verlängerung westdeutscher Optionen. In Sachsen-Anhalt wurde der neokonservative Block abgewählt. Die politische Linke repräsentiert die Mehrheit der Wähler. Nachdem sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu einer Minderheitsregierung entschlossen haben, ist erstmals eine alternative Entwicklungsrichtung in der bundesdeutschen Politik in den Bereich des Möglichen gerückt.

Man kann nicht die „Schmuddelkinder“ in die Ecke stellen

„Volksfront“ gehört noch zu den harmloseren Etiketten, die der organisierte Konservatismus einer von der PDS tolerierten rot-grünen Regierung anheftet. Doch auch in der Sozialdemokratie hat die Debatte, ob die PDS eine „demokratische Partei“ oder bloß eine „Partei der Demokratie“ (Richard Schröder) ist, neue Sprengkraft erhalten. Man kann sie nicht dadurch umgehen, indem man die „Schmuddelkinder“ in die umzäunte Ecke stellt. Die Tolerierung einer Reformregierung durch die PDS könnte neue Lösungsansätze für drückende gesellschaftliche Probleme – Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, ökologischer Umbau der Industrie, eine Wende in der Energie-, Verkehrs- und Abfallpolitik usw. – eröffnen. Ob diese Chance genutzt wird, ist in erster Linie eine Frage an die SPD und Bündnis 90/Grüne. Sie müssen sich entscheiden, ob tatsächliche Reformen angegangen werden sollen, oder ob mit einer modifizierten Anpassungspolitik Mehrheiten auf der anderen Seite des politischen Spektrums gesucht werden.

Zumindest in den ostdeutschen Bundesländern geht ohne eine Gestaltung aus der Opposition seitens der PDS nichts. Aber auch für die Republik insgesamt hat der Gedanke durchaus Charme, es könnte mehr als eine zeitweilige Milderung der neokonservativen Strategie der Zwei-Drittel-Gesellschaft geben. Ist also doch Reformpolitik durchsetzbar und praktikierbar?

Mit dem Ausbruch der Krise Anfang der 90er Jahre war endgültig gewiß: Die über ein Jahrzehnt verfolgte neokonservative Strategie ist gescheitert. In der Umbruchsituation in der Bundesrepublik mischen sich Elemente der „Vereinigungskrise“, einer schweren Wirtschaftskrise mit der tiefgreifenden Umwälzung der fordistischen Arbeits- und Lebensweise, die den Kapitalismus der vergangenen Jahrzehnte prägte. Diese dreifache Krisenkonstellation hat weitreichende soziale und politische Veränderungen gebracht. Die neokonservative Politik des Sparens, der Privatisierung und Deregulierung führte und führt zu einer deutlichen Verschärfung der Verteilungskonflikte. Die Absenkung der Arbeitseinkommen erzeugt allerdings nur eine noch größere Labilität in der Realwirtschaft.

Die neokonservativen Parteien gehen von der falschen Überlegung aus, sie hätten es lediglich mit einer Blockierung der Wachstumsdynamik durch überbordende Ansprüche der lohn- bzw. sozialstaatsabhängigen Klassen zu tun. Im Verlauf der 80er Jahre hat sich jedoch herausgestellt, daß Individualisierung auf der Grundlage einer nicht mehr prosperierenden Wirtschaft und fortschreitender Demontage sozialer Sicherheit keineswegs für alle mehr Freiheit und Autonomie bringt, sondern für immer mehr Menschen in unsicheren und prekären Lebensverhältnissen mündet. Der Kapitalismuskritik der Linken wurde so nicht nur durch die enorme Zuspitzung der globalen Probleme, sondern auch durch die innere Entwicklung der westlichen Industriegesellschaft bestätigt.

Angesichts der wachsenden Wahl- und Politikabstümpfung

werden Forderungen nach Überwindung der Zersplitterung und Konkurrenz im bürgerlichen Parteienspektrum in den Vordergrund gerückt. Die Erneuerung der Politik in der Bundesrepublik soll über eine Erneuerung der Christlich-DEMOKRATISCHEN UNION erfolgen. Die Erneuerung der politischen Konzeption der ‚Partei der Mitte‘, im wesentlichen über das Führungspersonal in den Medien verbreitet, wird zugleich als eine Voraussetzung für eine Erneuerung der für die längerfristige hegemoniale Perspektive wichtigen Felder der Erziehung und Kultur angesehen.

Der konservative Historiker Arnulf Baring will angesichts der vorherrschenden Inkonsistenz und der illusionären Einstellung der politischen Klasse nicht ausschließen, „daß die Geschichte der Bundesrepublik mit einem Mißerfolg endet.“ (FAZ, 21. 2. 1994) Die von ihm diagnostizierte Sklerose der Bundesrepublik wirft die Frage nach der Zukunft der Republik auf: Ist das politische System überhaupt noch flexibel genug, um mit den Problemen der Gegenwart fertig zu werden?

Ist das Zeitalter der Sozialdemokratie zu Ende?

Wie kann angesichts der großen Katastrophen unseres Jahrhunderts – zwei Weltkriege, Faschismus, Stalinismus, die großen Wirtschaftskrisen und die neuen Existenzbedrohungen (Umwelt und Hochnutzung) – vom „Ende des sozialdemokratischen Zeitalters“ (Ralf Dahrendorf) gesprochen werden? Diesen großen Widerspruch hat Willy Brandt der SPD in seiner Abschiedsrede als Parteivorsitzender 1987 als zu lösende Aufgabe in das Pflichtenheft geschrieben. Seitdem ist der Niedergangsprözeß der westeuropäischen Sozialdemokratie keineswegs gestoppt worden, sondern weiter vorangeschritten: Das Ende der Sozialistischen Partei Italiens ist nur die (mafïöse) Spitze des Eisbergs. Auch in den einstigen staatssozialistischen

Ländern ist die Resonanz der sozialdemokratischen Parteien schwach; und auch die ostdeutsche Sozialdemokratie klagt über unzureichende soziale Verankerung und manifeviste organisatorische Probleme.

Das kann nicht verwundern, denn heute ist unklarer als je zuvor, wie soziale Bürgerrechte, Chancengleichheit und demokratische Beteiligung in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit, wachsender sozialer Gegensätze und maßloser Bereicherung der Besitzenden herzustellen sind. Auf dem SPD-Parteitag in Wiesbaden wies Oskar Lafontaine eindringlich auf die in sozialdemokratischer Perspektive ungelösten Probleme von Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise hin: „Wir dürfen nicht leichtfertig darüber hinwegsehen, daß sozialdemokratische Regierungen im gesamten Europa mit diesem Ziel angetreten sind und an diesem Ziel gescheitert oder beinahe gescheitert sind.“

Ein Blick auf die west- und nordeuropäischen Verhältnisse zeigt, daß die Politik der Abschottung durch eine massive Beschneidung des Asylrechtes, die Zustimmung zur Militarisierung der Außenpolitik, der Verzicht auf die Forderung nach Vollbeschäftigung und die Beteiligung am Abbau des Sozialstaates kein Privileg der deutschen Sozialdemokratie sind. Es wäre allerdings ein schwerer politischer Fehler, die Sozialdemokratie gleichsam ins neokonservative Lager abzuschreiben. Jeder weitere Schritt der sozialen Demontage und der Einschränkung von demokratischen Rechten stellt eine starke Belastungsprobe für die sozialdemokratische Partei und ihr gesellschaftliches Umfeld dar.

Die sozialdemokratische Orientierung hat an Anziehungskraft eingebüßt, an Wirksamkeit und Energie verloren. Der Verzicht auf Eingriffe in den kapitalistischen Akkumulationsprozeß und die Beschränkung auf eine Politik der gesellschaftlichen Nachfragesteuerung (Fiskal- und Umverteilungspolitik) wesentlich zwischen den verschiedenen Schichten der Lohnab-

hängigen eröffnet keine Perspektive mehr auf eine neue Prosperitätskonstellation mit sozialen Fortschritten in der Breite der Gesellschaft. Die Reaktivierung einer schwach dotierten antizyklischen Nachfragepolitik auf europäischer Ebene, wie sie von Teilen der westeuropäischen Sozialdemokratie gefordert wird, wird eher Enttäuschung hervorrufen, denn effektive Fortschritte bei der Lösung der Beschäftigungsnot bringen.

Die europäische Sozialdemokratie hat keine Konzeption für die Rekonstruktion von Ökonomie und sozialer Sicherheit; sie hat sich auf die Unterstützung eines Spar- und Konsolidierungskurses eingelassen. Entgegen dem einstigen Versprechen „Mehr Demokratie wagen“ sind die sozialdemokratischen Parteien längst auf dem Weg, Teil der Koalition zur Beschränkung sozialer und individueller Rechte zu werden.

Die PDS muß den Brückenschlag zur SPD versuchen

Die PDS hat sich nicht innerhalb eines kapitalistischen Hauptlandes herausgebildet, sondern auf dem Boden des untergehenden Staatssozialismus der DDR. Sie war und ist dadurch in besonderer Weise zu einer tiefgehenden und selbstkritischen Auseinandersetzung mit dem geschichtlichen Erbe der sozialistischen und kommunistischen Bewegung veranlaßt worden. Die PDS muß sich innerhalb des Parteiensystems eines hochentwickelten kapitalistischen Industrielandes behaupten, gleichwohl verweist ihre Entstehung auf Krise und Zerfall der staatssozialistischen Gesellschaftskonzeption. Aufgrund ihrer geschichtlichen Herkunft und der Spezifik ihres Transformationsprozesses verkörpert die PDS die Chance, daß eine politische Formation der kapitalistischen Metropole Deutschland konstruktive Beziehungen zu anderen reformsozialistischen Parteien der einstigen staatssozialistischen Länder aufbauen kann.

Der Zusammenbruch des Staatssozialismus hat nicht zu einer Sozialdemokratisierung Ostdeutschlands und Osteuropas geführt. Die Erwartung, im Gefolge der kritischen Verarbeitung des Scheiterns des „Realsozialismus“ werde sich eine Aufhebung jener histori-

schen Spaltung von Sozialisten und Kommunisten durch eine Demokratisierung des kommunistischen Flügels und eine Stärkung der sozialdemokratischen Parteilinken einstellen, hat sich als Illusion erwiesen. Statt dessen antwortet die Sozialdemokratie besonders in Deutschland auf den schwierigen Demokratisierungsprozeß der ehemaligen sozialistischen Staatspartei mit weitgehender Abgrenzung. Von seiten traditioneller kommunistischer Kräfte wird dieser Prozeß dagegen mit dem Vorwurf begleitet, die PDS bewege sich in sozialdemokratischem Fahrwasser. Im Interesse einer wirkungsvollen sozialistischen Opposition gegen den Kurs des konservativen Blocks, der auf eine Destruktion erreichter sozialer, demokratischer und rechtsstaatlicher Standards und auf eine Renaissance äußerer Machtpolitik gerichtet ist, muß die PDS den Brückenschlag zur einflussreichen Sozialdemokratie versuchen und zugleich den Dialog mit anderen demokratisch orientierten sozialistischen und kommunistischen Kräften forcieren.

Konkurrenz um eine Klientel wird zum inneren Problem

Wie die Reaktionen auf die zunehmende öffentliche Akzeptanz der PDS, die insbesondere in den Ergebnissen der Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen in den neuen Bundesländern zum Ausdruck kommt, zeigen, sieht die SPD in der PDS vor allem eine „illegitime“ Konkurrenz. Zudem ist sie für sie auch ein „inneres“ Problem.

Die PDS spricht – jedenfalls zum erheblichen Teil – eine Klientel an, die die SPD für sich beansprucht. Die PDS artikuliert politische Positionen, die durchaus auch innerhalb der SPD vertreten werden, wenn sie auch dort in der Regel nicht mehrheitsfähig sind. Im Klartext: Die sozialdemokratische Parteiführung hat Grundpositionen im Asyl- und Ausländerrecht, für den Einsatz der Bundeswehr im Ausland, in der Verteidigung der Privatsphäre (Unverletzlichkeit der Wohnung, „großer Lauschangriff“) und in der aktiven Arbeitsmarktpolitik geräumt, um regierungsfähig zu werden.

Politisch-sachlich gibt es hinsichtlich vieler Positionen der PDS und der linken Minderheitenpositionen in der SPD

Übereinstimmungen. Auch die sozialdemokratische Linke will eine Erneuerung von Wirtschaft und Ökologie durchsetzen, denn die Politik des Sozialabbaus führt letztlich zur Deformation zivilgesellschaftlicher und demokratischer Strukturen. Auch für die SPD-Linke ist eine einschneidende Korrektur der ungerechten Einkommens- und Verteilungsverhältnisse unverzichtbar; aber die Strukturprobleme in allen Bereichen der Gesellschaft sind letztlich nur durch eine Reorganisation wertschöpfender Arbeit zu lösen. Massenarbeitslosigkeit, Verteilungskonflikte, Zuspitzung ökologischer Katastrophen und Explosion öffentlicher Schulden sind auch für sie Facetten eines Zusammenhanges; die Alternative heißt: gesellschaftliche Steuerung und Regulierung.

Die Tatsache einer Übereinstimmung mit Programm und Politik der SPD-Linken ist nicht zuletzt Ausdruck der demokratischen Erneuerung in der PDS und sie könnte Ausgangspunkt für eine Bündelung des linksdemokratischen Potentials unabhängig von seiner organisatorischen Verankerung sein.

Der Mehrheit in der SPD erscheint eine solche Sichtweise jedoch politisch verfehlt. Sie ist weder daran interessiert, den „linken Stachel“ in ihren eigenen Reihen zu stärken, noch eine linkssozialistische Partei als politischen Partner zu akzeptieren. Dies würde sie einer inneren Zerreißprobe aussetzen. Denn das Konzept der „Großen Volkspartei“, dem sich die Mehrheit der SPD verpflichtet fühlt, ist – zumal unter den gegenwärtigen Bedingungen – nur aufrecht zu erhalten, wenn die SPD eine scharfe Polarisierung vermeidet, d. h. gegenüber dem konservativen Block nicht als eindeutige linke Alternative in Erscheinung tritt. Diese „Vermeidungsstrategie“ zielt wahltaktisch auf Akzeptanzgewinn bei breiten bürgerlichen Schichten Westdeutschlands, die sich nach dem Desaster der Kohl-Regierung umorientieren.

Zugleich versucht die SPD durch eine starke Betonung sozialer Themen ihre traditionellen Wählerschichten neu zu mobilisieren und damit vor allem im Osten einen Durchbruch zu erreichen. Eine starke PDS bewirkt hingegen, daß das wahlstrategische Konzept des Brückenschlages von der bürgerlichen Mitte bis zu den sozialen Unterschichten nicht

aufgeht. Deshalb wird die PDS als „populistisch“ attackiert – als Partei der inkompetenten Demagogen, die alles verspricht, weil sie nichts halten muß. Doch das fruchtet nicht: Die bisherigen Wahlen haben gezeigt, daß die PDS gezielt aufgrund ihrer inhaltlichen Positionen und Alternativen gewählt wird. Die SPD hat sich in der Sache – von der Asylpolitik bis hin zur Wirtschaftspolitik – immer stärker neokonservativen Positionen genähert.

Während die SPD in der Abgrenzung von der PDS und ihrer Bekämpfung eine zentrale Aufgabe im Interesse der Erweiterung ihres Einflusses und der Durchsetzung ihres Anspruchs als Volkspartei sieht, hat der konservative Block mit dem Blick auf Ostdeutschland – längst begonnen, SPD und PDS zu addieren („Volkfront“). Die scharfen Angriffe aus diesem Lager sollen das öffentliche Bild der PDS in einem solchen Maße diskreditieren, daß sie für die SPD ein Tabu bleibt.

Während die führenden Politiker des konservativen Blocks die PDS als stalinistische, gewaltgeneigte und verfassungsfeindliche Rest-SED (Schäuble) oder schlicht als „Partei des Schreckens“ (Hintze) zu diffamieren versuchen, behandeln sie sie unter der Hand als SPD Nr. 2. Ihr Problem ist, daß eine starke PDS einerseits die SPD im Osten stützen und sie andererseits zur deutlichen linken Profilierung bewegen könnte. Auf nichts reagieren die konservativen Wortführer daher allersicher als auf Zeichen der Entkrampfung und auf auf Sachfragen gestützte Normalisierung des Verhältnisses von SPD und PDS. Die Tabuisierung der PDS muß aus ihrer Sicht aufrechterhalten bleiben – auch über den Umweg einer historischen Diffamierungskampagne gegen SPD-Politiker, die eine Normalisierung der Beziehungen zur PDS-Vorgängerpartei SED als Bestandteil politischer Entspannungsbemühungen versuchten.

Ein Prozeß der Normalisierung der Beziehungen zwischen SPD und PDS und zwischen PDS und anderen Gruppierungen und unabhängigen Persönlichkeiten der demokratischen Linken würde eine deutliche Steigerung des gesellschaftlichen Einflusses linkssozialistischer Positionen bedeuten und langfristige strategische Optionen des konservativen Blocks ernsthaft ge-

fährden. Ungeachtet aller Widersprüche in den konkreten politischen Ansätzen laufen diese darauf hinaus, nach dem Untergang des Staatssozialismus den Weg der sozialstaatlichen Regulierung der gesellschaftlichen Konflikte endgültig zuzumauern. Die Abwehr dieser längst eingeleiteten Entwicklung (samt ihrem außen-, innen- und rechtspolitischen Beiwerk und Begleiterscheinungen) ist die zentrale politische Frage, die entscheidende Herausforderung für die SPD und alle linksdemokratischen Kräfte.

Wohin der Zug schließlich fahren wird, ist offen. Wie auch immer man die Chancen zur Profilierung einer Reformpartei angesichts neuer wirtschaftlicher und politischer Herausforderungen beurteilen mag: Es kann keiner politischen Strömung der Linken gleichgültig sein, in welche Richtung sich die deutsche Sozialdemokratie weiterentwickelt.

Die westeuropäische Sozialdemokratie wird sich dem Umbruch der gesellschaftlichen Betriebsweise und den Zerstörungstendenzen des Sozialstaates stellen müssen. Unstrittig ist, daß eine Politik der Vollbeschäftigung und der Ausgestaltung sozialer Sicherheit ohne tiefgreifende Reformen nicht zu gewährleisten ist. Unter diesem Blickwinkel ist die SPD – realistisch gesehen – eine der wichtigsten politischen Kräfte, mit der sich die Frage einer umfassenden Erneuerung oder des neokonservativen Umbaus des Sozialstaates entscheidet. Ohne Mitwirkung der Sozialdemokratie läßt sich die Tendenz zu einer Zweidrittel-Gesellschaft und zur Einschränkung der individuellen und sozialen BürgerInnenrechte nicht zurückdrängen.

Ohne Illusionen als wichtige Kraft ernst nehmen

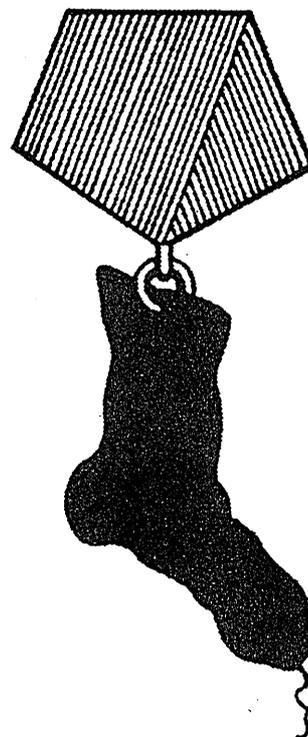
Wir plädieren dafür, die real existierende Sozialdemokratie als wichtige Kraft ernst zu nehmen. Wir haben dabei keinerlei Illusionen über eine Veränderung von Programmatik und Charakter der Sozialdemokratie. Der Hinweis auf vielfach negative geschichtliche Erfahrungen ist wenig hilfreich, wenn er nicht mit konkreten Vorschlägen zur Beeinflussung und Veränderung der politi-

schen Kräfteverhältnisse verknüpft wird. Wer die Politik der Sozialdemokratie immer nur als lineare Fortsetzung ihrer Vergangenheit sieht, verzichtet letztlich auf eine realistische Bewertung der bestehenden Kräfteverhältnisse und eine politische Strategie zu ihrer Veränderung.

Die PDS steht vor der Aufgabe, ihren Beitrag zur Bewältigung dieser Herausforderung zu leisten. Dieser Beitrag – und um mehr als einen Beitrag kann es angesichts der politischen Kräfteverhältnisse in diesem Land nicht gehen – wird paralysiert, wenn sie dieser zentralen Frage nicht alle weiteren politischen Ambitionen strikt unterordnet und wenn sie es insbesondere nicht versteht, ihre notwendige Kritik an der SPD mit dem ständigen Bemühen um Gemeinsamkeit in der zentralen Frage der politischen Auseinandersetzung in Deutschland zu verbinden. Wenn sie sich von diesen Bemühungen durch Enttäuschungen und Rückschläge abbringen läßt, ignoriert sie entscheidende geschichtliche Lehren und verliert letztlich ihre politische Daseinsberechtigung.

Zurecht hat Günter Gaus auf den positiven Effekt der Erneuerung der politischen Kultur durch eine parlamentarisch vertretene sozialistische Partei gerade in Deutschland hingewiesen: „Wäre es nicht nützlich zu Haus und kleidsam auswärts, wenn im parlamentarischen System des vereinigten Deutschland ein linker Stachel (links von Scharping) steckte, der die öffentliche Meinung nach einiger Zeit doch zwingen würde, konkret zu differenzieren zwischen der PDS, die eher langweilig und gewiß nicht extremistisch ist, und Extremen, die heute nur von rechts ins Parlament drängen? Würden wir damit nicht endlich wieder Anschluß an eine europäische Normalität gewinnen, zu der außerhalb Ländern wie Deutschland seit siebzig Jahren auch eine Stimme links von der gemäßigten Sozialdemokratie gehört? Ich habe mit der PDS inhaltlich wenig im Sinn, aber ich fühle mich wohler im Land seit ihrem brandenburgischen Wahlergebnis.“ (Freitag, 10. 12. 1993)

Joachim Bischoff und Michael Schumann sind Mitglieder des Bundesvorstands der PDS. Der vorstehende, redaktionell gekürzte Beitrag erschien unter der Überschrift „Alternativen zu Kohl“ in der Zeitschrift „Sozialismus“, Nr. 8/94



Dokument 25

Dresdner Erklärung der SPD: Die Chancen der Einheit endlich nutzen. In: »Neues Deutschland« vom 12. August 1994. S. 5.

Die ostdeutschen Landes- und Fraktionschefs der SPD haben am gestrigen Donnerstag eine „Dresdner Erklärung verabschiedet. Sie hat folgenden Wortlaut:

1. Die CDU hat mit ihrer wirtschaftlich und sozial unverantwortlichen Politik aus dem Glücksfall der deutschen Einheit für Millionen Menschen Arbeitslosigkeit, Angst um die Wohnung und bittere soziale Ungerechtigkeiten gemacht. Sie ist verantwortlich für die höchste Arbeitslosigkeit, die höchste Staatsverschuldung, die höchste Kriminalität und die höchste Steuerbelastung. Davon versucht die Union mit ihrer „Volksfront“- und „Rote-Socken-Kampagne“ abzulenken. Das ist ein wahltaktisch durchsichtiges und gefährliches Spiel. Damit kann aber nicht überdeckt werden, daß die Bundesregierung die Menschen in Ostdeutschland jahrelang mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Problemen alleingelassen hat. So wird der Graben zwischen Ost- und Westdeutschen weiter vertieft. Diese Politik führt nicht zusammen, sie spaltet. Die CDU-Kampagne ist durch und durch verlogen, weil sich die Union aus purer Machtgier gleich zwei Blockparteien vereinnahmt hat und sich bis heute um des puren Machterhaltes willen alter DDR-Kader bedient. Die CDU-geführten Landesregierungen haben sich an dieser Politik beteiligt und damit die unsoziale Bonner Politik unterstützt und verlängert.

2. Seit der deutschen Einheit tritt die SPD dafür ein, durch eine aktive Politik die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland zu erreichen und dadurch die Gräben zu überwinden. Mit unserem 16-Punkte-Sofortprogramm für „Arbeit und Gerechtigkeit“ legen wir ein realistisches und zukunftsfähiges Programm für Ostdeutschland vor. Wer bezahlbaren Wohnraum, zukunftssichere Arbeitsplätze, die Sicherung ostdeutscher Nutzungs- und Eigentumsrechte an Datschen, Grundstücken und landwirtschaftlichen Nutzflächen, wer gerechte Renten und eine angemessene Würdigung seiner ostdeutschen Biographie im öffentlichen Leben wie im Beruf erreichen möchte, der findet dafür Unterstützung und Umsetzung im Regierungshandeln nur bei der SPD.

3. In Brandenburg und in Sachsen-Anhalt werden die Richtlinien der Politik von der Sozialdemokratischen Partei bestimmt. In Berlin arbeitet eine große Koalition unter Beteiligung der SPD. Voraussetzung für eine neue Politik der wirtschaftlichen Restrukturierung, der ökologischen Modernisierung und der sozialen Gerechtigkeit in ganz Ostdeutschland ist es, daß die Wählerinnen und Wähler dafür sorgen, daß künftig auch in Mecklenburg-Vorpommern,

Sachsen und Thüringen die SPD Regierungsverantwortung übernimmt. Eine solche Politik ist nur möglich mit der aktiven und engagierten Beteiligung der Menschen selbst. Die SPD war immer die Partei der demokratischen Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger, die Partei der sozialen Demokratie. Aber noch immer stehen viele Menschen im Osten Deutschlands im Abseits.

4. Viele drücken ihre Wut, Enttäuschung und Resignation angesichts dieser Entwicklung durch Protestwahl vor allem durch Wahl der PDS aus. So verständlich es ist, wenn sich Wut und Enttäuschung im Protest ihr Ventil suchen, so sehr appellieren wir doch an unsere ostdeutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger, weniger auf die größtmögliche Lautstärke des Protestes als auf die größtmögliche Chance zur Realisierung der rechtmäßigen Forderungen und Wünsche der Ostdeutschen zu schauen.

5. Wir setzen auf aktive Gestaltung. Die PDS setzt allein auf Opposition. Die PDS ist die Partei der folgenlosen populistischen Versprechen. Die SPD ist die Partei des sozial gerechten, ökologisch verantwortlichen und wirtschaftlich modernen Handelns. Die PDS ist vor allem die veraltete und überalterte Partei der ehemaligen Staatsfunktionäre, die keinen sauberen Trennungsstrich zu ihrer SED-Vergangenheit gezogen hat und die bis heute nicht offenlegen will, wohin die Milliardensummen ehemaligen „Volksvermögens“ verschoben wurden. Die SPD ist – neben der Partei Bündnis 90 – die Partei der friedlichen Revolution von 1989, des demokratischen Neuanfangs. Es bleibt dabei: Die PDS ist ein politischer Konkurrent und Gegner der SPD. Eine Zusammenarbeit mit ihr kommt für uns nicht in Frage. Dies muß jeder wissen, der den politischen Wechsel in Schwerin, in Dresden, in Erfurt und Bonn will. Die Ablösung der CDU-geführten Regierungen ist mit Stimmen für die PDS nicht zu erreichen. Selbst wenn es der einzelne Wähler nicht will: PDS-Stimmen halten die Regierung Kohl im Amt.

6. Zu wenige unterstützen heute den demokratischen Neuanfang durch ihre Mitgliedschaft und ihr Engagement in einer demokratischen Partei. Dies gilt auch für die SPD, deren Mitgliederzahl im Vergleich aller Parteien alleinig – wenn auch nur sehr langsam – im Steigen begriffen ist. Dies hat – nicht nur, aber auch – damit zu tun, daß viele Menschen in Ostdeutschland unsicher sind, ob sie mit ihrem Leben und ihren Erfahrungen aus der Zeit der DDR jetzt in diesem neuen, größeren Deutschland wirklich gewollt sind und akzeptiert werden.

7. Nahezu fünf Jahre nach dem Fall der Mauer und in einer Zeit fortdauernder Auseinandersetzung um die Vergangenheit möchten wir deshalb heute ein Signal der Versöhnung setzen. Es darf nicht sein, daß das Leben in der DDR für die Menschen in den neuen Bundesländern zu einem Kainsmal wird. Demokratie bedeutet immer die Chance zur Korrektur, zur Umkehr, zu einem Neuanfang, ja zur Versöhnung.

8. Wir erneuern deshalb den Appell, der 1989 bei der Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SPD) in Schwante auch an den Wurzeln unserer Partei in den neuen Bundesländern stand: „Zuletzt – und das heißt an gewichtigster Stelle – rufen wir alle Bürger der DDR auf, zu prüfen, ob sie sich mit unseren Zielen

identifizieren können und mit uns für sie arbeiten möchten. Wir laden alle dazu ein. Ohne eine breite Zustimmung und die engagierte Mitarbeit vieler werden wir sie nicht erreichen können. Wer sich nicht mit unseren Zielen einverstanden erklären kann, bestimme seine eigene demokratische Perspektive. Wir suchen ein Bündnis mit allen, die an einer grundlegenden Demokratisierung unseres Landes mitarbeiten wollen. Jeder, der daran mitarbeitet, ist Teil der Hoffnung für dieses Land!“

Rudolf Scharping, Detlef Dzembitzki, Rüdiger Fikentscher, Reinhard Höppner, Wolfgang Klein, Karl-Heinz Kunckel, Steffen Reiche, Harald Ringstorff, Volker Schemmel, Gerhard Schuchardt, Manfred Stolpe, Wolfgang Thierse

Dokument 26

Hans Modrow: Vereinigung ist zum Anschluß verkommen. Kritik an »Dresdner Erklärung« der SPD. In: »Neues Deutschland« vom 18. August 1994. S. 5.

Vereinigung ist zum Anschluß verkommen

Von HANS MODROW

Die Dresdner Erklärung der SPD muß Aufmerksamkeit erfahren, aber keinesfalls Zustimmung. Dafür wären mehrere Gründe zu benennen.

1. Die CDU bekommt von der SPD Schelte, aber der politische Gegner ist für sie die PDS. Für die PDS bleibt die CDU der politische Gegner, und mit der SPD werden wir uns weiter politisch auseinandersetzen.

2. Wut, Enttäuschung und Resignation würden Ostdeutsche die PDS wählen lassen. Geht es nicht vielmehr darum, daß Vernunft aus Erfahrungen und Erkenntnissen bei ostdeutschen Bürgern erwächst. Die CDU, die wir als politischen Gegner sehen, hat eine Politik betrieben, die das Land spaltet, und diese Spaltung vertieft sich ständig. Hier können wir auch der SPD in ihren Wertungen zustimmen. Die SPD, die in ihrer Politik immer mehr Angepaßtheit zeigt, erweckt Zweifel bei nicht wenigen Bürgerinnen und Bürgern, die vielleicht bereit wären, sie zu wählen, die aber nun erkennen, daß ihre Erwartungen vor allem von der PDS vertreten werden.

Kritik an „Dresdner Erklärung“ der SPD

3. Die Einheit als Glücksfall der Geschichte zu bezeichnen, bedeutet offensichtlich, daß die SPD ihre einst betriebene neue Ostpolitik selbst nicht mehr wahrhaben will. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist nun einmal aus politischen Prozessen und aus gesellschaftlichen Entwicklungen hervorgegangen.

4. Der Bezug auf die Gründungserklärung der SDP in Schwante ist zunächst historisch ein Bezug auf eine noch existierende Deutsche Demokratische Republik, und die Bezugnahme auf „unser Land“ bedeutet also das Eintreten für die DDR. Das ist eine historische Tatsache. So ist die Sozialdemokratie auch in der DDR gegründet worden. In dieser Tradition steht sie also auch heute, und Erwartungen, die einst Bürgerinnen und Bürger vielleicht auch mit der SPD verbunden haben, wurden mehr als enttäuscht. Die PDS hatte Probleme mit einer Erklärung, die von mir als Ministerpräsident der DDR am 1. Februar 1990 zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten abgegeben wurde. Heute ist jedoch klar, daß diese Vereinigung zu einem Anschluß der DDR verkommen ist, und genau hier liegen die Probleme der Gegenwart, und hier sind es die Erfahrungen und Erkenntnisse der Menschen, die sie PDS wählen lassen.

Dokument 27

Falsche Freunde. Die SPD ist gespalten: Kuschelkurs oder Konfrontation? Der Parteivorsitzende Rudolf Scharping und die West-SPD setzen auf einen aggressiven Anti-PDS-Wahlkampf. Die Ost-Genossen suchen die Nähe zur Gysi-Truppe. In: »Der Spiegel« vom 15. August 1994. S. 20-22.

Die diskrete Botschaft erreichte Rudolf Scharping wenige Minuten nach seiner Wahl zum SPD-Vorsitzenden. „Lieber Rudolf“, stand auf dem ihm zugesteckten Zettel, „der Gysi will mit Dir reden. Gruß Stolpe.“

Das Papier mit der Notiz des brandenburgischen SPD-Ministerpräsidenten landete wenig später zerknüllt auf dem Fußboden der Essener Grugahalle. Der im Juni 1993 gewählte SPD-Chef wollte partout nicht mit dem Star der SED-Nachfolgepartei ins Gespräch kommen – jetzt nicht und nicht später. Scharpings Begründung: „Ich hab' persönlich nichts gegen Gysi, aber politisch geht das nicht.“

In der vergangenen Woche wurde Scharpings Sturheit zur Strategie der SPD erklärt. Mit aggressivem Anti-PDS-Wahlkampf will der Kohl-Herausforderer vor allem bei Wechselwählern der Mitte, die von der „Rote-Socken-Kampagne“ der CDU aufgeschreckt sind, Eindruck schinden.

„Der Hauptfeind der SED war der Sozialdemokratismus“, tönte Scharping in der vergangenen Woche auf Funktionärskonferenzen in Bonn, Potsdam und Dresden. Und dann richtig mit Schwung: „Wir vergessen nichts.“

Die Schroffheiten gegenüber Gysi und seiner Truppe treffen den richtigen Ton – aber nur den der Westler. Im deutschen Osten klingt solche Rhetorik nach Besatzermentalität.

Viele Neubundesbürger verstehen Scharpings Ausfälle als Beleidigung ihrer Biographie. Gregor Gysi spielt schon Teufel gegen Beelzebub aus: „Der Kohl weiß, was Balsam für die ostdeutschen Seelen ist, Scharping hat dafür offenbar kein Gefühl.“

So empfindet es auch eine Mehrheit unter den Landesfürsten der ostdeutschen SPD. Die Genossen, die in den fünf Ländern allein nirgendwo regieren können, fürchten, Scharping werde ihnen das Stigma der Wessi-Partei aufdrücken und so die Wähler vergraulen.

Was immer der Bonner Vorsitzende erklärt, die Lokalgrößen halten neuerdings gegen. Die Wähler sind, je nach Gemütslage, belustigt, zornig oder verwirrt.

Scharping nennt die PDS „undemokratisch“; Manfred Stolpe erwidert: „Es ist politisch töricht, die PDS als undemokratische Partei abzutun.“

Scharping findet es ganz „normal“, daß Verfassungsschützer die PDS beobachten; Harald Ringstorff, SPD-Chef in Mecklenburg-Vorpommern, nennt solche Aufforderungen zur Spitzelei „altes SED-Denken“. In Stolpes Branden-

bürg ist das Bespitzeln der Gysi-Partei verboten.

Scharping lehnt politische Kontakte mit den Spitzen der SED-Nachfolgerin kategorisch ab: in Ostdeutschland wird munter angebandelt. Steffen Reiche, Mitbegründer der Ost-SPD, nennt Gysi demonstrativ „meinen Freund“.

Es seien, beharrt Bonn, die falschen Freunde. „Wir haben keine Gemeinsamkeiten mit der PDS“, behauptet Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen im Parteiblatt *Vorwärts*.

Doch Sachsens SPD-Chef Karl-Heinz Kunckel will von Fall zu Fall im Parlament mit der PDS gemeinsam abstimmen: „Ich kann mich doch nicht selbst kastrieren.“



Schröder

Am vergangenen Mittwoch, beim internen Strategietreff ostdeutscher SPD-Bundestagskandidaten im Potsdamer Palais am Nauener Tor, prallten die Gegensätze hart aufeinander. Eine Zusammenarbeit mit der Gysi-Partei komme für die SPD nicht in Frage, „in keiner Form“. Sagte Scharping.

Die Ostler widersprachen. „Diese Ausgrenzungspolitik“, klagte Berlins SPD-Jugendsenator Thomas Krüger, „weist keinen Weg raus aus der Opposition.“ Die ostdeutsche SPD müsse endlich zum Akteur werden und sich „die Mehrheiten zum Regieren suchen“.

„Dieses Thema will ich nicht“, wehrte Scharping energisch ab. Mit „drohendem Unterton“ (so ein Teilnehmer) drängte er auf ein Ende der für ihn schädlichen Debatte: Die Partei müsse endlich „das aufglimmende Feuer der PDS-Diskussion löschen“.

Doch Richard Schröder feuerte nach. „Ich will mal festhalten“, so der Mentor der ostdeutschen SPD, der dank eines

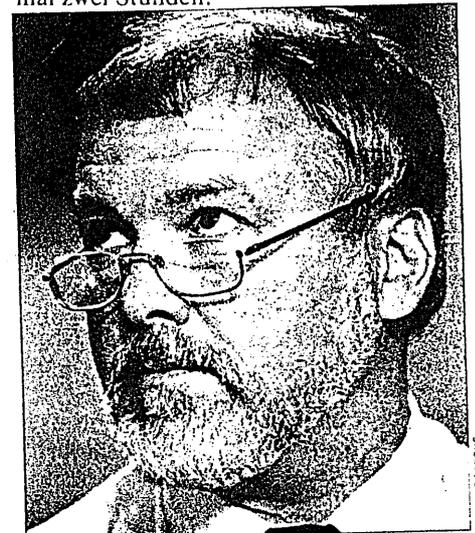
sicheren Listenplatzes dem nächsten Bundestag angehören wird, „daß die Wahrnehmung der PDS in Ost und West ganz unterschiedlich ist.“ Schröders energisch vorgetragene Bitte: „Rudolf, nenn die PDS nicht mehr undemokratisch, nenn sie meinetwegen unsolid.“

Beim anschließenden Pressegespräch verbissen sich die Ostler jede kritische Bemerkung. Doch Brandenburgs Landesgeschäftsführer Martin Gorholt, ein Mann mit Sinn für kleine Bosheiten, leistete stummen Widerstand. Er verzichtete darauf, die mit scharfen Attacken gespickte Presseerklärung Scharpings zu verteilen.

Tags darauf im Dresdner Landtag ging es dem Kandidaten kaum besser. Beim Treffen mit den ostdeutschen Fraktions- und Parteispitzen der SPD, die Scharping ebenfalls auf seinen Kurs einschwören wollte, war der Widerwillen überall spürbar.

Nach der Bundestagswahl wird der Riß quer durch die SPD deutlich

Aus der von der Parteiführung aufgesetzten „Dresdner Erklärung“, die auch das Verhältnis SPD/PDS klären sollte, waren schon vorab die Spitzen gestrichen worden. Dennoch dauerte die Debatte hinter verschlossener Tür noch mal zwei Stunden.



Ringstorff

Am Ende des Feilschens, bei dem es auch darum ging, ob die PDS in Gänze oder nur „vor allem“ eine Partei der Altkader sei, gelang ein mühsamer Kompromiß. Scharping konnte seinen

Kernsatz retten: „Eine Zusammenarbeit mit ihr kommt für uns nicht in Frage.“ Reiche, als Freund einer Annäherungspolitik bekannt, meldete ebenfalls einen Erfolg: „Das Wort undemokratisch wird Scharping nicht mehr wiederholen.“

Mit der Dresdner Erklärung ist die PDS-Debatte nicht beendet – nur vertagt. Das Papier ist ein Stillhalteabkommen zwischen den Genossen in Ost und West. Scharping mußte den um ihre Wahlchancen Besorgten versprechen, das Thema nach der Bundestagswahl „mit Zeit, Geduld und Ausdauer“ neu zu diskutieren.

Spätestens nach der Bundestagswahl wird der Reiß, der schon heute durch die SPD geht, für alle erkennbar sein. Mit Formelkompromissen lassen sich die unterschiedlichen Positionen in Ost und West nicht länger übertönen.

In Westdeutschland ist die PDS praktisch nicht existent. Im deutschen Osten dagegen kann die SPD gegen sie kaum regieren. Dank meist zweistelliger Wahlergebnisse ist die Socken-Partei in allen ostdeutschen Landesparlamenten vertreten. In etlichen Städten wurde sie bei der Europawahl zur stärksten Partei, so in Halle, Neubrandenburg und Ost-Berlin.

Ohne die 130 000 Gysi-Genossen, fünfmal so zahlreich wie die SPD-Basis, läuft auch außerhalb der Parlamente nicht viel. „In allen Vorfeldorganisationen vom Mieterbund bis zum Anglerverein haben PDS-Leute das Sagen“, klagt Brandenburgs Finanzminister Klaus-Dieter Kühbacher.

Nicht nur in Sachsen-Anhalt setzt Ministerpräsident Reinhold Höppner auf das Wohlwollen der Linksozialisten. In Brandenburg wirbt das Minderheiten-Kabinett Stolpe seit dem Bruch mit dem Bürgerbündnis ebenfalls um PDS-Stimmen.

Mehr als ein Dutzend Gesetze hat Stolpes SPD-FDP-Koalition, der regelmäßig fünf Stimmen zur Mehrheit fehlen, durchgebracht, seit die Bürgerrechtler das Regierungsbündnis verlassen haben. Mal stimmte die CDU zu, mal die PDS, oft beide. „Wir können uns hier beim besten Willen nicht abschnitten“, sagt Kühbacher.

In Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern, alle von CDU-Ministerpräsidenten regiert, bietet das Zusammenrücken von SPD und PDS noch am ehesten die Chance zum Machtwechsel. Das Modell aus Magdeburg – Rot-Grün mit PDS-Duldung – gilt den Genossen als Zauberformel.

Sollten die Sachsen bei der Landtagswahl am 11. September ähnlich votieren wie die Wähler in Sachsen-Anhalt, will Kunckel regieren – egal wie. „Heute haben wir eine Klammer am Arsch – rechts die CDU, links die PDS“, diagnostiziert er. In einem „Befreiungsschlag“ à la Magdeburg hofft Kunckel die Klammer zu lösen.

Skeptiker sucht der Genosse durch den Griff in die Historie zu beruhigen: „In Sachsen hat es in der Weimarer Zeit schon oft sozialdemokratische Minderheitsregierungen gegeben.“ Kunckel weiß: Allein kann er den christdemokratischen Sachsen-Premier Kurt Biedenkopf nicht kippen.

Nur zu gern würde auch Harald Ringstorff aus Mecklenburg-Vorpommern seinen CDU-Ministerpräsidenten Berndt Seite ablösen. Vor allem in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sieht er durchaus „Berührungspunkte“ mit der PDS. Eben erst wurden in Mecklenburg fünf SPD-Landräte gewählt – der PDS sei Dank.

Längst wird im Gysi-Land auch über Koalitionen zwischen SPD und PDS nachgedacht. Der Dresdner SPD-Landtagskandidat Uwe-Eckart Böttger verbreitete ein Strategiepapier mit der Aufforderung an die Genossen, sie sollten „unvoreingenommen die Frage prüfen, ob, wann und unter welchen Bedingungen Koalitionen mit der PDS sinnvoll erscheinen“. Seine vorläufige Antwort: Nicht „zum gegenwärtigen Zeitpunkt“.



Stolpe

Der Kieselwitzer Kreis, zu dem sich regelmäßig SPD-Promis wie der Berliner Senator Krüger, Richard Schröder, Sachsens SPD-Kunckel, Ringstorff und der Magdeburger Regierungschef Reinhard Höppner treffen, geht noch weiter. Zumindest in der internen Debatte ist nichts mehr tabu.

Wer sich allerdings zu offen zur PDS bekennt, muß auch im Osten mit Disziplinierung rechnen. Am Montag dieser Woche tritt in Leipzig auf Antrag des sächsischen Landesvorstands eine SPD-Versammlung zusammen, die dem Direktkandidaten für den Wahlkreis 309, Michael Müller, das Vertrauen entziehen soll. Der Theologe hatte in einem offenen Brief an alle Mitglieder der SPD und PDS „neun Gründe für das Zusammengehen“ der beiden Parteien genannt.

Doch selbst Brandenburgs Justizminister Hans Otto Bräutigam, einst Ständi-

ger Vertreter der Bundesrepublik in Ost-Berlin und schon deshalb der Kommunistenliebe unverdächtig, rät zu mehr Behutsamkeit im Umgang mit PDS-Sympathisanten. Die PDS sei „voller Ressentiments gegenüber dieser Bundesrepublik“, und er wolle von ihr „auf keinen Fall abhängig sein“. Und dennoch: „Die PDS muß in die Demokratie einbezogen werden.“

Unterstützt wird Bräutigam vom Ost-Experten der SPD, Egon Bahr. Die SPD müsse nach der Wahl „endlich ihre Feigheit ablegen“ und den Ost-Protést integrieren, wettet der. Scharping müsse die gleiche Integrationsfähigkeit zeigen wie Kohl: „Der war mit den Blockflöten auch nicht so pingelig.“

Doch die Bonner SPD-Zentrale macht gegenüber solchen Argumenten dicht. Der Wirtschaftsflügel der Partei formuliert schon an antikommunistischen Pamphleten.

Hamburgs Ex-Bürgermeister Klaus von Dohnanyi fordert gar die Unternehmer zum Widerstand gegen jede Form der Zusammenarbeit mit der PDS auf. Der SPD-Mann: „Es wird Zeit, daß die Wirtschaft klar sagt: so nicht. Und: so nicht mit uns.“

Der Vorsitzende Scharping sieht seine Partei offenbar schon vor einer historischen Bewährungsprobe. Wie standhaft er von Anfang an allen Annäherungsversuchen der SED-Nachfolger widerstanden hat, will er sogar für die Annalen der Parteigeschichte belegen.

Denn den zerknüllten Zettel von Stolpe hat der frisch gewählte Vorsitzende damals vom Boden wieder aufgesammelt. Der weitsichtige Scharping: „Vielleicht bekommt der ja mal historische Bedeutung.“ □

Dokument 28

»Wählt, wer Gysi wählt, nur Kohl?« Gregor Gysi, Chef der Bundestagsgruppe der PDS/Linken Liste: Mit Fraktionsstärke ins Parlament. In: »Neues Deutschland« vom 20./21. August 1994. S. 5.

Herr Gysi, Sie haben sich mit 32 Kandidatinnen und Kandidaten der PDS getroffen, wieviel von ihnen werden Sie im Bundestag widersprechen?

Alle – und mehr. Ich hoffe, wir ziehen wenigstens mit Fraktionsstärke in den Bundestag ein. Ein sehr gutes Ergebnis wären 40 Abgeordnete.

Politiker der CDU, SPD und von Bündnis 90/Die Grünen haben vorgeschlagen, mit Wahlabsprachen zur Verhinderung von PDS-Abgeordneten im Bundestag in den Wahlkampf Ost zu gehen. Von den Parteispitzen ist das erst einmal abgeschmettert worden. Glauben Sie, daß es doch noch dazu kommt?

Ich glaube, daß die anderen Parteien vor nichts zurückschrecken. Im konkreten Falle wird es davon abhängen, ob sie meinen, daß Wahlabsprachen der PDS wirklich schaden oder nutzen. Da scheiden sich die Auffassungen in den Parteien selbst.

Im übrigen zeigt das Ansinnen, daß sich die Parteien austauschbar finden, sich für kaum alternativ halten. Schlimm ist, die Wählerinnen und Wähler für so manipulierbar zu halten, daß man ihnen vorgeben kann, welche Kandidatin, welchen Kandidaten sie zu wählen haben – von der anderen Partei. Wahlabsprachen gehen an den Wählerinnen und Wählern vorbei.

Bis zur Stunde gibt es keine Stellungnahme des PDS-Vorstandes oder der Bundestagsgruppe zur „Dresdner Erklärung“ der ostdeutschen Landeschefs und Fraktionsvorsitzenden der SPD. Hat das Papier der PDS die Sprache verschlagen?

Lothar Bisky und Michael Schumann werden mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit gehen. Das wär's dann auch. Die SPD hat doch alle Grundlagen für die jetzige fatale Entwicklung in den neuen Bundesländern mit geschaffen. Die Währungsunion ist sogar eine Erfindung von Ingrid Matthäus-Maier, der SPD-Finanzexpertin; später wurde die Idee von Kohl aufgenommen. Ähnliches gilt für den Einigungsvertrag, das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“, den „Solidarpakt“ mit seinem Sozialabbau. Erst *nach* den Wähler-

folgen der PDS nimmt sich die SPD der Interessen der Ostdeutschen an. Daß die anderen Parteien ihre Politik in Bezug auf die neuen Länder ändern, ist ein Wahlerfolg der PDS.

Haben Sie Rudolf Scharping ein Gesprächsangebot gemacht?

Nach seiner Wahl zum SPD-Vorsitzenden habe ich ihm ein Angebot gemacht. Er hat es aber nicht angenommen. Ich rede mit allen. Fast allen.

Gysi und andere Prominente füllen im Westen bei Veranstaltungen die Säle, aber bei den Europawahlen zum Beispiel hat die PDS dort nur 100 000 Stimmen bekommen. Ein ernüchterndes Resultat. Wie will denn die PDS selbst dafür sorgen, daß aus Zustimmung im Westen am 16. Oktober dann Stimmen für die demokratischen Sozialisten werden?

Es gibt da wirklich eine große Schwierigkeit – im Westen ist die PDS eine Ostpartei. Im Osten gibt es örtliche Strukturen, die Menschen erleben die PDS konkret, ihren Erneuerungsprozeß, sie können sich ein Bild machen. Es wächst die Akzeptanz.

Die Menschen in den alten Ländern kennen uns nur aus den Medien. Sie haben keine Erfahrung. Das wird sich ändern, wenn wir in den Bundestag wieder einziehen. Es wächst dann sicher auch die Bereitschaft, mit uns zusammen Strukturen aufzubauen. Im Vergleich zur Europawahl werden wir am 16. Oktober zulegen – weil bei den Europawahlen klar geworden ist, daß es sich lohnt, PDS zu wählen.

Kanzler Helmut Kohl und Herausforderer Rudolf Scharping haben sich – wohl nicht ganz zu unrecht – gegenseitig beschuldigt, Wahlkampf für die demokratischen Sozialisten zu machen. Wählt, – wie es die SPD sagt –, wer Gysi wählt, Kohl?

Zunächst mal, wer Gysi wählt, wählt nicht Kohl. Zwischen uns beiden bestehen politische und physiologische beachtliche Unterschiede...

Aber mal ganz konkret. Erstens, angenommen SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS hätten im Bundestag eine Mehrheit. CDU und FDP wür-

den dennoch vorschlagen, Helmut Kohl zu wählen – dann ganz bestimmt nicht mit den Stimmen der PDS. Wenn ihn dann auch die SPD nicht wählt, kann Kohl nicht wieder Kanzler werden.

Zweitens. Politikfähigkeit heißt doch auch, die Forderungen der PDS und der SPD zu vergleichen. Scharping sagt, er will mehr soziale Gerechtigkeit. Sich von uns nicht tolerieren zu lassen, bedeutet doch, darauf zu verzichten. Mit wem ist denn mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen?

Sollte die SPD eine größere Nähe zur CDU feststellen, bedeutet das eben Verzicht auf ökologische Umgestaltung, Verzicht auf mehr Gleichstellung, auf besagte soziale Gerechtigkeit.

Drittens gibt es historische Beispiele. Die Grünen der alten Bundesländer sind bei der Wahl am 2. Dezember 1990 an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Auch dank SPD. Wozu hat das geführt? Die Konservativen wurden stärker. Die grünen Stimmen fehlten der SPD. Zöge die PDS nicht in den Bundestag ein, wäre eine konservative Mehrheit sicher. Das ist die Wahrheit.

„Veränderung beginnt mit Opposition“ – mit diesem Slogan ist die PDS in den Wahlkampf gegangen. Nun diskutiert die PDS, jedenfalls in den östlichen Landesverbänden, heiß die Veränderung ihrer Oppositionsrolle. Opponieren, Tolerieren, Koalieren? Stimmt denn, wer für die PDS stimmt, einem Etikettenschwindel zu?

Der Spruch verdeutlicht, welchen Stellenwert Opposition für uns hat. Einen sehr hohen. Veränderung beginnt damit, daß verschiedene Themen nicht von der parlamentarischen oder außerparlamentarischen Bildfläche verschwinden. Diskussion über Alternativen braucht man solange, bis sie eine Akzeptanz gefunden haben, durchgesetzt zu werden.

Auch Regierungspolitik verändert sich. Die Regierung in Bonn, die schließlich das Rentenüberleitungsgesetz leicht verändert hat, ist dieselbe, die es erst beschloß. Auch den Eigentümern und Nutzern von Grundstücken in den neuen

Ländern mußte diese Regierung zu guter Letzt etwas entgegenkommen.

Veränderung beginnt also ganz praktisch mit Opposition. Wir haben gemeinsam mit gesellschaftlichen Kräften, Verbänden und Vereinigungen in einem Maße darauf gedrungen, daß die Bundesregierung nicht mehr anders konnte. Geholfen hat uns natürlich das Wahlergebnis in Brandenburg, die Regierung meinte danach, sie müsse ein Stück nachgeben, sonst verändere sich der Osten in Gänze.

Was die Tolerierung angeht – wir haben sie immer angekündigt. Wir gehen gegenwärtig nicht in eine Landes- oder Bundesregierung, aber an uns wird eine rot-grüne Regierung nicht scheitern.

Opposition ist auch Verantwortung. Die Verantwortung der PDS in Sachsen-Anhalt ist besonders hoch. Sie wird ihre Themen auf die Tagesordnung bringen, aber sie wird auch den Vorhaben der Regierung zustimmen, wenn sie im Interesse der Menschen des Landes sind.

Sicher könnte eine Zeit kommen, wo wir uns am Regieren beteiligen. Das setzt aber voraus, den Wählerinnen und Wählern klar zu sagen, was sich in den nächsten vier Jahren konkret zu ihren Gunsten verändern wird. Sich wie jetzt Bündnis 90/Grüne jeder Regierung anzubieten, unabhängig davon, ob auch inhaltlich was herauskommt, ist für uns indiskutabel. Wenn sich Joschka Fischer vorstellen kann, eine Ampelkoalition mit der FDP zu machen, die derart marktradikal ist, den Manchester-Kapitalismus in jeder Hinsicht einführen will, die sich als Partei der Besserverdienenden versteht, dann heißt das: Regieren um jeden Preis.

Was will denn, um am Ende wieder auf Bad Müstereifel zu kommen, die PDS im Schlußspurt des Wettbewerbs um Wählerstimmen anders machen als bisher?

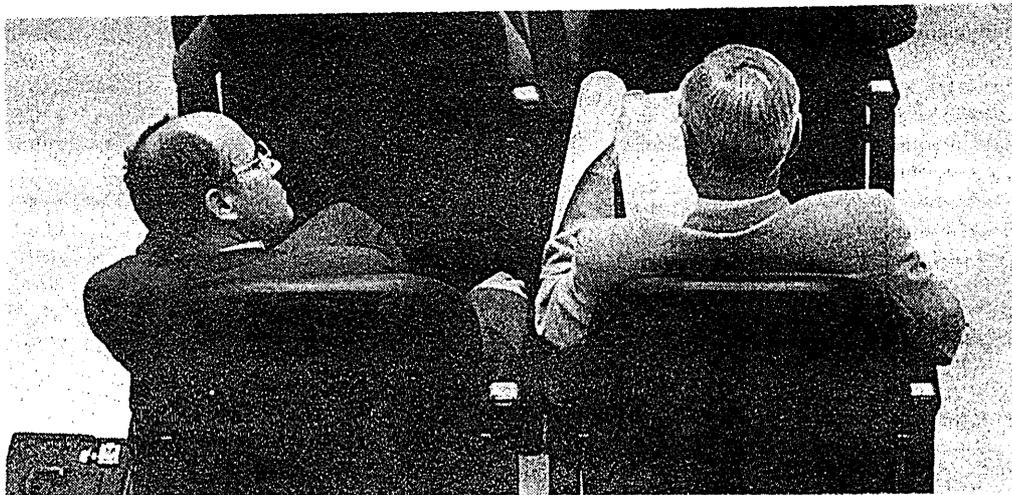
Ganz klar, wir wollen wesentlich besser als bisher unsere politischen Inhalte rüberbringen. Es wird zwar viel über die PDS diskutiert, aber nur in Form von Wahlarithmetik, von moralischer Bewertung der PDS in Vergangenheit und Ge-

genwart.

Wir wollen einen Wahlkampf, der unsere Konzepte zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, zum Abbau der Benachteiligung der Ostdeutschen, zu einer Steuerreform, zur Abschaffung des Paragraphen 218, zur Gewährleistung des Asylrechts, zur Einführung eines Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer, zur Stellung von Jugendlichen und Kindern...

Bitte nicht das ganze Wahlprogramm!

...vorstellt. Gewählt werden wir nur dort, wo Leute bestimmte politische Inhalte mit uns verbinden.



Dokument 29

Versöhnung oder Verhöhnung? PDS-Abgeordnete des Brandenburger Landtages zur »Dresdner Erklärung« der ostdeutschen Fraktions- und Landesvorsitzenden der SPD. In: »Neues Deutschland« vom 25. August 1994. S. 5.

Wie schon im ND vom Sonnabend angekündigt, haben PDS-Abgeordnete des Brandenburger Landtags zur Dresdner Erklärung der ostdeutschen Fraktions- und Landesvorsitzenden der SPD Stellung genommen. Die von Prof. Dr. Lothar Bisky, Dr. Helmuth Markov, Prof. Dr. Michael Schumann und Heinz Vietze unterschriebene Erwidderung hat folgenden Wortlaut:

Die SPD will die Vorherrschaft der CDU in Bonn und Schwerin, in Dresden und in Erfurt brechen. Im Osten gibt es dafür einen sicheren Weg. Er verlangt allerdings die Entscheidung einer Alternative: Entweder verzichtet die SPD auf jeden ernsthaften Versuch, die CDU aus den Regierungssätteln zu heben, oder sie verzichtet darauf, ihre Energien gegen die PDS zu lenken. Einen „Zweifrontenkrieg“ im Osten verliert sie.

Das ist die Lage. Und sie ist so offenbar, daß sie auch den SPD-Oberen nicht verborgen geblieben sein kann. Daß sie sie ignorieren, kann nur einen Grund haben: Sie wollen nicht unbedingt gewinnen. Die Macht der CDU, die aus diesem Getümmel unzweifelhaft neu erstehen wird, ist ihnen das geringere Übel. Die eigenen Verluste an Einfluß und Ansehen bei den Ostdeutschen erscheinen ihnen verschmerzbar. Der Verlust an Reputation bei den Konservativen, wenn die eigenen Haufen zusammen mit den unappetitlichen Horden der PDS gesichtet werden, ist ihnen dagegen ein Horror.

Das weiß die CDU und darauf setzt sie.

Die SPD-Oberen haben sich in die Klemme manövriert. Und wie das bei führenden Staatsparteien so ist: Man kann nicht zugeben, daß man in der Klemme sitzt. Wer die Blöße benennt, fliegt raus. Wir kennen das.

Statt dessen redet man um den heißen Brei herum, geht der ernsthaften Analyse aus dem Wege und sucht sein Heil in nötiger Überredung. Das Ergebnis ist – die Dresdner Erklärung. Noch nie ist auf so engem Raum von maßgebenden SPD-Autoren so viel über ostdeutsche Rechte, Gerechtigkeit für Ostdeutsche, Würdigung ostdeutscher Biographien, Verständnis für Ostdeutsche (selbst dafür, daß sie einmal PDS gewählt haben) zu Papier gebracht worden, wie in dieser Erklärung. Diese Inflation des Ostdeutschen ist ein klares Indiz dafür, daß die SPD-Spitzen der neuen Bundesländer dem Rudolf Scharping eingeblutet haben: Die SPD gräbt sich im Osten selbst das Wasser ab, wenn sie sich nicht entschieden stärker den ostdeutschen Interessen und Befindlichkeiten zuwendet, wenn sie es als westdeutsch dominierte Bundespartei nicht zugleich versteht, sich als Partei der Ostdeutschen darzustellen. Ein klares Bekenntnis zu den Ostdeutschen war verlangt! Kein Wort in dem ganzen Papier vom Ausgleich ostdeutscher mit westdeutschen Interessen als dem bei jeder sonstigen Gelegenheit gepriesenen spezifischen Vermögen der SPD. Die Leute denken simpel. Alles Wenn und Aber verwirrt nur. Aber sind sie auch vergeblich? Sie müßten mit Alzheimer geschlagen sein, um den unverfrorenen Populismus zu übersehen, der die Erklärung trägt:

„Wer bezahlbaren Wohnraum... möchte, der findet dafür Unterstützung und Umsetzung im Regierungshandeln nur bei der SPD.“

Was ist die Ursache des Problems? Warum sind im Osten die Mieten (einschließlich der Mietnebenkosten) um das 7- bis 10fache seit 1990

gestiegen? Weil die vier Millionen volkseigenen bzw. genossenschaftlichen Wohnungen durch den Einigungsvertrag den freifinanzierten Wohnungen nach bundesdeutschem Mietrecht gleichgestellt worden sind, obwohl sie den Status von Sozialwohnungen hätten erhalten müssen. Das hätte dem Interesse der großen Mehrzahl der Ostdeutschen entsprochen. Wer hat dem Einigungsvertrag so zugestimmt? Die SPD.

„Wer zukunftssichere Arbeitsplätze... möchte, der findet dafür Unterstützung und Umsetzung im Regierungshandeln nur bei der SPD.“

Wo blieb die große politische Initiative der SPD, um die für den Osten im wahrsten Sinne des Wortes verheerende Treuhandpolitik zu stoppen, durch die mehr als die Hälfte aller Vollarbeitsplätze von 1989 liquidiert wurde?

„Wer die Sicherung ostdeutscher Nutzungs- und Eigentumsrechte... möchte, der findet dafür Unterstützung und Umsetzung im Regierungshandeln nur bei der SPD.“

Jedes Kind weiß, daß die Ursache einer massenhaften Enteignung Ostdeutscher das unselige Prinzip „Rückübertragung vor Entschädigung“ ist, das im Einigungsvertrag festgeschrieben wurde. Mit Zustimmung der SPD. Und sie hütet sich, für den Fall ihres Wahlsieges den Sturz dieses Prinzips zu verkünden.

„Wer gerechte Renten... möchte, der findet dafür Unterstützung und Umsetzung im Regierungshandeln nur bei der SPD.“

Ist das Rentenstrafrecht gerecht? Ist es gerecht, Hunderttausenden Ostdeutschen mit dem Popanz der „Staatsnähe“ zu kommen und ihnen

den Lebensabend zu stehlen? Die SPD hat dem skandalösen Rentenüberleitungsgesetz zugestimmt, das den Einigungsvertrag verletzt!

„Wer eine angemessene (!) Würdigung seiner ostdeutschen Biographie im öffentlichen Leben wie im Beruf erreichen möchte, der findet Unterstützung und Umsetzung im Regierungshandeln nur bei der SPD.“

Das ist ein schlechter Witz. Die SPD hat nichts, aber auch gar nichts unternommen, um ein Ende der grundgesetzwidrigen gesellschaftlichen und beruflichen Diskriminierung von Ostdeutschen durchzusetzen, deren einzige „Schuld“ in ihrer Loyalität zur DDR bestand. Nein, diese Dresdner Erklärung ist kein Signal für eine Kurskorrektur der SPD, für die auch immer mehr ostdeutsche SPD-Mitglieder eintreten. Sie müssen sich in Kommune und Land mit den schlimmen Folgen der durch Westinteressen geprägten Entscheidungen ihrer Bundespartei unter den widrigsten Bedingungen herumschlagen. Wenn die SPD-Spitzen sich mit der Dresdner Erklärung den Ostdeutschen als einzige Retter in der Not präsentieren, ohne einen einzigen selbstkritischen Satz, ein einziges selbstkritisches Wort zu ihren eigenen Sünden, zu den eigenen gravierenden Fehlern ihrer Politik in und gegenüber Ostdeutschland zu finden, fällt es uns schwer, ihre vollmundigen Versprechungen für bare Münze zu nehmen.

Und wer es wirklich ernst meint mit der Vertretung ostdeutscher Interessen, der würde sich auch anders zur PDS äußern. Sicher haben wir Fehler, auch schwerwiegende, gemacht. Und Patentlösungen haben wir ebensowenig wie andere. Aber das redliche Bemühen lassen wir uns in dieser Frage nicht absprechen.

Die Auslassungen zur PDS zeigen, daß das eigentliche Problem der Autoren weniger die ostdeutsche Misere ist als vielmehr die Tatsache, daß sich die PDS der Sorgen und Nöte Ostdeutscher angenommen hat (und aufgrund der Ostblindheit der anderen Parteien annehmen mußte!) und dies durch die Betroffenen auch mit Wahlentscheidungen honoriert wird. Das ist das Ärgernis. Oder: Das ist in den Augen der Autoren der eigentliche Kern der ostdeutschen Misere. Und wie weiland für die realsozialistischen Obrigkeiten, kann der Abfall, von der alleinseligmachenden Partei nur auf Sirenen gesänge (hier: *„die größtmögliche Lautstärke des Protestes“*) zurückzuführen sein. Es muß daher dem dümmen Teil des Volkes zum wiederholten Male und eindringlich gesagt werden, daß die PDS nichts zu bieten hat als Geschrei. Den notorischen Nachsitzern der Nation muß auch im fünften Jahr noch vorgekauft werden, was schon der Stoff des ersten Jahres war: Die PDS ist *„die veraltete und überalterte Partei“*. Was soll's? Ist es von geringstem Belang für die Wahrung ostdeutscher Interessen, ob eine Partei veraltet oder überaltert ist? Haben Alte in diesem politischen Geschäft nichts zu suchen?

Die PDS ist *„die Partei der ehemaligen Staatsfunktionäre“*. Und wenn es voll und ganz so wäre? Was hat das mit der Fähigkeit zu tun, ostdeutsche Interessen durchzusetzen? Bedeutet eine frühere Funktionärsexistenz, daß man heute nicht mehr zwei und zwei zusammenzählen kann? Die PDS hätte keinen *„sauberen Trennungsstrich unter ihre SED-Vergangenheit gezogen“*. Um Himmels willen! Die Art von *„sauberen Trennungsstrichen“*, die die SPD-Ost zelebriert, führte doch gerade zu den Verletzungen von Recht und Gerechtigkeit gegenüber vielen

Ostdeutschen.

Nicht weniger belustigend ist die anklagende Bemerkung, die PDS wolle nicht offenlegen, *„wohin die Milliardensummen ehemaligen Volksvermögens' verschoben wurden“*, will heißen, wo sie das SED-Vermögen hortet. Diese dreiste Lüge beantworten wir mit einer empirisch nachprüfbaren Feststellung: Sämtliches SED-Vermögen liegt bei der Treuhandanstalt. Die SPD beansprucht über 200 Immobilien im Osten u. a. aus dem SED-Vermögen. Sie hat bereits mehrere Immobilien und 75 Mio. Mark von der Treuhand erhalten.

Die sozialdemokratischen Parteispitzen haben sich mit ihrer Dresdner Erklärung die ostdeutsche Interessenvertretung demonstrativ an die eigene Fahne geheftet. Zugleich haben sie die einzige nicht westgesteuerte Partei, die PDS, erneut als eigentlichen politischen Gegner fixiert. Sie haben begriffen, daß ein relevanter Teil der Ostdeutschen auch in der SPD bestenfalls eine fremde, nicht primär eigene, sondern westbestimmte Interessenvertretung sieht. Diesen (berechtigten) Eindruck wollte die SPD mit der Dresdner Erklärung korrigieren.

Die Interessengegensätze zwischen Ost- und Westdeutschland und die eindeutigen Kräfteverhältnisse in der Bundes-SPD werden dafür sorgen, daß diese Korrektur auf dem Papier bleibt, wenn nicht eine gestärkte PDS die SPD zu einer ernsthaften Berücksichtigung berechtigter ostdeutscher Interessen zwingt.

Dokument 30

»Signal an die Bevölkerung vor der Wahl.« Michael Müller gibt Auskunft, warum er an SPD- und PDS-Mitglieder schrieb und was darauf folgte. In: »Leipzigs Neue« vom 26. August 1994. S. 3.

Mir ging es um eine Botschaft an die Menschen

Michael Müller, 46 Jahre alt, von Beruf Pfarrer. Am 13. 12. 1989 der SDP, später SPD, beigetreten. Im Januar 1990 zum Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Leipzig-Mitte gewählt und 1994 als Direktkandidat der SPD im Wahlkreis 309 (Leipzig I) für den Deutschen Bun-



destag nominiert. Im August 1994 von seiner Partei gemäßregelt. Kein Querulant, aber ein Querdenker. Ein Mitglied der SPD, dem die Befriedung der Menschen wichtiger ist als die Querelen seiner Partei. Das Gespräch mit ihm führte Kurt Schneider.

Die Ausgrenzung der PDS und damit letztlich ihrer Wähler ist sowohl in der CDU/CSU als auch in der SPD zur Chefsache erklärt worden. Und doch mehren sich die Stimmen in der SPD, die eine differenzierte Betrachtung der PDS und eine sachliche Zusammenarbeit mit ihr für notwendig erachten.

Sie selbst haben sich – und das ist ein Novum – in einem offenen Brief an die Mitglieder der SPD und PDS gewandt, den LEIPZIGS NEUE am 12. 8. 1994 ungekürzt veröffentlicht hat. Eine Ihrer Kernaussagen lautet: „Wir brauchen uns gegenseitig, sonst werden wir nicht mehr gebraucht!“ Ich teile diese Auffassung und möchte Sie zunächst fragen: Was hat Sie 1989 bewogen, der Sozialdemokratischen Partei beizutreten?

M. M.: Ich habe mich 1989 bewußt für die Sozialdemokratie entschieden. Willy Brandt war für mich der überzeugende Politiker gewesen. Er war ganz und gar Deutscher und ganz und gar Europäer. Das hat ihn zu einem wahrhaft großen Mann gemacht und zugleich für viele innerhalb und außerhalb der Partei zu einer Integrationsfigur.

Man hat Ihnen die Rechte eines Parteimitgliedes aberkannt und das Direktmandat für den Bundestag entzogen. Der Ausschluß aus der SPD

droht. Sie wirken aktiv gegen die Ausgrenzung der PDS und sind nun selbst ein Ausgegrenzter, ausgegrenzt von Ihrer eigenen Partei?

M. M.: Der Landesvorstand hat mir mit seinem Beschluß vom 6. August für drei Monate die Rechte eines Parteimitgliedes entzogen. Damit ist automatisch die Eröffnung eines Schiedsgerichtsverfahrens gegen mich verbunden. Am 15. August wurde ich durch die Wahlkreis-konferenz meiner Partei mit Mehrheitsbeschluß vom Bundestagsdirektmandat abberufen. Mit einer derartig harten Gegenreaktion hatte ich allerdings nicht gerechnet. Ich habe leider ohne taktische Überlegungen gehandelt. Mir ging es aber nicht nur um eine Botschaft an die Parteien, sondern auch besonders an die Menschen.

Ihnen wird unter anderem vorgeworfen, gegen Beschlüsse der SPD verstoßen zu haben. Ironisch gefragt: Gibt es in der SPD einen demokratischen Zentralismus?

M. M.: Lassen Sie uns eine Sprache finden, die den Tatsachen gerecht wird. Ich sehe alles pragmatisch. Meine Meinungsäußerung hat alles auf den Kopf gestellt, was Linie der SPD in ihrem Verhalten gegenüber der PDS ist. Meine Position ist: Mit der Ausgrenzung muß endgültig Schluß sein. Es ist ein Prozeß anzustreben, wo

am Ende die Ausgrenzung der Ausgrenzung steht. Mein Kritikpunkt ist, daß zu diesem Zeitpunkt die diesbezüglichen Signale der Menschen keine entsprechende Beachtung finden sollen und dürfen. Gerade deshalb schien es mir dringend nötig zu sein, mit meinen Überlegungen auszusprechen, daß jetzt Befriedung stattfinden muß. Damit war eine Situation entstanden, die aus der Sicht des Landesvorstandes Maßnahmen gegen mich erforderten. Es wurde gewissermaßen die Notbremse gezogen.

Sie betonen immer wieder den Faktor Mensch.

M. M.: Ich glaube, daß wir als Politiker nicht nur allein innerparteilicher Logik und Taktik folgen sollten. Eigentlich sollte sie den Interessen des Landes und seiner Menschen immer untergeordnet werden, zumal wenn es um das Wachstum der inneren Einheit Deutschland und um die innere Befriedung des „Ostens“ geht.

Die harte Gegenreaktion Ihrer Partei ist sicherlich für Sie mit politischen und menschlichen Enttäuschungen verbunden.

M. M.: Gewiß, das ist eine enttäuschende Erfahrung. Ich frage mich, wem nützt eigentlich diese Art abqualifizierender Reden? Solche Haltungen haben mich schon betroffen gemacht.

Einen faden Beigeschmack löste bei mir auch die Dienstbeflissenheit bestimmter Leute aus. Das war Opportunismus vom Feinsten! Ich bekam praktisch ein Ticket ohne Rückfahrkarte!

Nach meiner Kenntnis haben Sie nicht gegen das Grundsatzzprogramm und gegen das Statut der SPD verstoßen. Wie sehen Sie das?

M. M.: Genauso. Aber wie schon gesagt, man muß alles pragmatisch betrachten. Es gibt in der Partei längst andere Überlegungen als die derzeit offiziell vertretenen. Wir werden nach der Bundestagswahl andere Töne hören, und es werden dann auch andere Beschlüsse gefaßt werden. Darin bin ich mir sicher. Die anstehende Befriedigung wird gleichzeitig grundsätzliche innerparteiliche Auseinandersetzungen mit sich bringen. Davor scheut man sich noch.

Ist nicht in dieser Hinsicht die Haltung von Reinhard Höppner ein positives Zeichen?

M. M.: Sie ist ein Schritt in die richtige Richtung, wird aber das ganze Problem auf Dauer nicht befriedigend lösen können.

Sie meinen, sie ist halbherzig?

M. M.: Sie ist meines Erachtens nicht konsequent zu Ende gedacht.

Vieles zeugt von einem blindwütigen Haß gegenüber der PDS. Sehen Sie die letzte Ursache dafür in der allgemeinen festzustellenden Rechtsentwicklung der BRD, von der auch ihr politisches System erfaßt ist? Erklärt sich daraus auch der massive Druck von rechts auf die SPD?

M. M.: Es ist bestimmt kein blindwütiger Haß! Einerseits dient die Ausgrenzung der PDS den Konservativen als willkommener Buhmann, den man heute der SPD und morgen einer anderen Partei oder Person vor die Füße werfen kann. Ablenkungsmanöver, Propagandamasche! Andererseits fühlen sich manche dazu berufen, an der Ausgrenzung festzuhalten, weil im Grunde die politische Satisfaktion gegenüber den Machthabern des DDR-Regimes ausgeblieben ist. So versuchen sie durch die Hintertür, sich Genugtuung zu verschaf-

fen. Das sind übrigens auch Folgen und Wirkungen des Anschlusses nach Artikel 23 GG.

Wie sehen Sie die Entwicklung der PDS seit 1990?

M. M.: Die PDS ist für mich heute eine sehr pluralistische Erscheinung, eine Partei mit sehr unterschiedlichen Menschen und ebenso unterschiedlichen Biographien, keineswegs eine monolithische Größe. Für sehr viele junge Leute ist sie attraktiv. Schade ist, daß sie sich nicht genügend gesamtdeutsch artikuliert. Doch die Fragen und Probleme der Menschen im Osten werden vornehmlich von ihr in die Öffentlichkeit getragen.

Wie realitätsbezogen sehen Sie das von Ihnen im offenen Brief angesprochene Zusammengehen von SPD und PDS?

M. M.: Ich sehe es als einen langwierigen, aber lohnenden Prozeß, der nur von der SPD angeboten werden kann. Die Ursachen dafür sind geschichtlich begründet. Die SPD wurde permanent von der SED mit Dreck beworfen, und die Vereinigung von KPD und SPD 1946 geschah unter Druck und Zwang. Das war keine Einheit. Das war machtpolitische Opportunität.

Heute haben wir eine andere Situation, in der sich SPD und PDS frei entscheiden können, ob und wie sie bereit sind, zusammen für die Interessen der Menschen zu wirken. Dieser Prozeß sollte um der inneren Befriedigung des Ostens willen ein Weg von unten her sein. Die Vorstände der Parteien hätten ihre Weisheit, Logik und Taktik aufzuwenden, daß die notwendigen Auseinandersetzungen nicht Spaltungen und neuen Haß nähren.

Im wesentlichen geht es um drei Dinge: 1. Aufarbeitung der Geschichte, 2. Bestandsaufnahme der aktuellen Sachpolitik, 3. was werden wir künftig gemeinsam anpacken? Nach diesem Klärungsprozeß wird man die Frage beantworten können, ob eine Vereinigung beider Parteien möglich ist. Die Chancen, diesen ganzheitlichen komplizierten Prozeß zu beginnen, sind gegeben. Man sollte sie um der Befriedigung des Ostens willen auch nutzen, ohne die Schwierigkeiten bei der Konsensfindung zu übersehen.

Bedauern Sie aus jetziger Sicht Ihren offenen Brief?

M. M.: Nein. Vielleicht habe ich dazu beigetragen, daß in meiner Partei Denkprozesse mit angestoßen worden sind, die dem einheitlichen Handeln der linken Kräfte, und dazu zähle ich auch die PDS, dienlich sein werden. Anzeichen dafür sind nicht zu übersehen. Für mich war es wichtig, auch ein Signal an die Bevölkerung vor den nächsten Wahlgängen zu geben.

Was werden Sie jetzt tun?

M. M.: Meine ganz normale Arbeit als Pfarrer. Ich bin nun wieder ein Bürger mit wachem Interesse an der Politik. Ich hätte mich gern der Aufgabe eines Abgeordneten des Bundestages gestellt. Freunde werden bleiben, und das politische Gespräch wird uns begleiten.

Herr Müller, ich danke Ihnen sehr herzlich für dieses Gespräch.

Dokument 31

Gleichsetzung von SED und NSDAP hilft, der Auschwitz-Lüge den Boden zu bereiten. Aus dem Referat des PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky auf dem Wahlkongreß am Wochenende. In: »Neues Deutschland« vom 30. August 1994. S. 12.

Die PDS wird nicht nur für ihre Alltagspolitik und aus Enttäuschung über die etablierten Parteien gewählt. Sie wird auch und von vielen Menschen als sozialistische Partei gewählt. Dieser Aspekt wurde in den Analysen nach den Wahlerfolgen der PDS kaum beachtet. Für die Perspektive der PDS und der BRD ist er jedoch von größter Bedeutung, und auch aktuell erwarten viele Menschen von der PDS, daß sie am Ziel festhält, die kapitaldominierte Gesellschaft zu überwinden und daß sie realistische sozialistische Vorstellungen entwickelt. Immerhin stimmt eine knappe Mehrheit der Ostdeutschen und fast jeder Fünfte in Westdeutschland der Einschätzung zu, daß der Sozialismus eine gute Idee sei, die in der Vergangenheit nur schlecht umgesetzt wurde.

Nadelöhre so groß wie Scheunentore

Es ist nicht einfach, in einem Alltag, der von sozialer und anderer Unsicherheit gekennzeichnet ist, in einer Mediengesellschaft, die eine Informationsflut zur Manipulation und Entmündigung der Menschen nutzt, und in einer Welt mit übermächtig scheinenden Herausforderungen gesellschaftliche Alternativen für möglich und realistisch zu halten und sich für sie einzusetzen. Doch anders als die CDU/CSU mit ihrem „Weiter so, Deutschland!“ oder leider auch die SPD mit ihrer Absage an sozialistische Wandlungen wissen sehr viele Menschen, daß es auf dem bisherigen Weg nicht mehr lange weitergehen kann.

Die Botschaft des Club of Rome, eine erste globale Revolution zu verwirklichen, wird grundsätzlich unterstützt. Auch wenn die Alternative noch sehr unkonkret ist und die Zweifel an ihrer Realisierbarkeit sehr groß sind, ist doch für viele klar, daß der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte sein wird und sein darf. Ob das der CDU-Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns, Seite, oder der CSU-Minister Beckstein mögen

– die PDS ist eine sozialistische Partei und hält an systemkritischen Positionen fest.

Aus der Geschichte der DDR, aus den Fehlern der SED und aus unserem Scheitern lernend, wollen wir sozialistische Vorstellungen mit libertären und demokratischen Zielen verbinden. Und hier erlaube ich mir eine zweite Abschweifung und wende mich an Sie, Herr Seite. Sie meinten kürzlich im CDU-Hausfernsehen, SAT 1, eher gehe ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß ein Kommunist Demokrat werde. Ich erspare es mir, die Geschichte zu bemühen, aber ich frage Sie, Herr Seite, ob Sie vielleicht schon mal den Namen Bernd Mahnke gehört haben? Bernd Mahnke war bis Anfang 1990 SED/PDS-Bürgermeister von Stavenhagen, das, wie Sie vielleicht wissen, in Mecklenburg-Vorpommern liegt. Er wurde als Parteilosser nach den Kommunalwahlen 1990 erneut Bürgermeister, und er ist es auch jetzt wieder geworden, nämlich als CDU-Kandidat und CDU-Mitglied.

Um nicht mißverstanden zu werden – nach allem, was ich höre, habe ich große Achtung vor Herrn Mahnke, der in Stavenhagen viel für die Bürgerinnen und Bürger bewegt hat. Immerhin hat er ja auch mehr als 70 Prozent der CDU-Stimmen in Stavenhagen geholt, und ohne ihn hätte die CDU wohl gemeinsam mit der FDP gegen die 5-Prozent-Hürde ankämpfen müssen. Daß Menschen ihre Positionen wechseln, lernen und zu neuen Einsichten kommen, halte ich für selbstverständlich und anerkenne ich. Es geht mir nicht um sie, sondern um die CDU mit ihrer Doppelzüngigkeit.

Herr Seite, und dann blicken Sie mal weiter auf die Liste Ihrer Partei in Stavenhagen, da werden Sie den Namen Stefan Miehe finden. Der war immerhin Stabschef eines NVA-Raketenregiments, Oberstleutnant und natürlich SED-Mitglied. Nicht genug, Herr Seite, und immer noch die Liste Ihrer Partei in einer einzigen kleinen Stadt – da ist auch Herr Siegmund Schubert. Der war Haupt-

mann der NVA und – raten Sie mal – natürlich Mitglied der SED. Offensichtlich, Herr Seite, sind die Nadelöhre in Mecklenburg-Vorpommern und in der CDU groß wie Scheunentore.

Volksverhetzung als politische Kultur?

Ja, und Sie, Herr Ringstorff (SPD-Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern – d. Red.), Sie haben vor geraumer Zeit Herrn Seite öffentlich auf die Biographie von Bernd Mahnke, dem CDU-Bürgermeister von Stavenhagen, angesprochen. Meinen Sie nicht, daß dies allzu demagogisch war angesichts der Tatsache, daß auf der SPD-Liste in Stavenhagen sich zum Beispiel der Name Uwe Krenzlin findet, ehemals Hauptmann der NVA-Luftstreitkräfte und SED-Mitglied, und auch der Name Günther Fehrmann, der früher Fähnrich der NVA und Mitglied der SED gewesen ist? Herr Seite, Herr Biedenkopf, Herr Vogel, Herr Ringstorff, Herr Stolpe, Herr Kohl, Herr Scharping, wollen wir Kreis für Kreis in Ostdeutschland durchgehen? Im übrigen wäre ähnliches in nicht wenigen Fällen für Bündnis 90/Grüne und die FDP möglich.

Ich möchte noch einmal wiederholen, wie normal ich es finde, wenn Menschen ihre politischen Ansichten und auch ihre Partiorientierung ändern. Diese Lern- und Demokratiefähigkeit, die ja offensichtlich – so verstehe ich jedenfalls die Kandidatenaufstellungen von CDU und SPD – nichts mit früherer SED-Mitgliedschaft zu tun hat, beanspruche ich aber auch für die Mitglieder der PDS.

Der Bundeskanzler der BRD, Helmut Kohl, hat ebenfalls kürzlich mit Bezug auf die PDS das Wort von den rotlackierten Faschisten zitiert. Deutschland war niemals ein Hort politischer Kultur und ist wohl weiterhin, wie der Kanzler und andere Politiker deutlich machen, unfähig, eine solche zu entwickeln – oder nur eine, die in Volksverhetzung besteht. Es

ließe sich nun viel darüber sagen, wie die braun- und schwarzlackierten Faschisten, Verantwortliche für den Holocaust, wie Adenauer-Staatssekretär Globke, die Blutrichter der Nazi-Justiz, wie der CDU-Ministerpräsident Filbinger, die Geheimpolizisten der Nazis, wie der BND-Chef Gehlen, die Hitlerfinanziers, wie Herr Abs, oder zum Beispiel die Nazi-Generale in der Bundesrepublik nach 1945 wieder das Sagen bekamen und in nicht geringem Maße in der CDU und in der CSU eine neue politische Heimat fanden.

Mich treibt die Unruhe um den politischen Frieden in der BRD und den Frieden für die hier lebenden und hierher kommenden Menschen. Die Gleichsetzung von SED und NSDAP, von DDR und Nazi-Deutschland, von PDS und Faschisten, Herr Bundeskanzler, trägt maßgeblich dazu bei, der Auschwitz-Lüge den Boden zu bereiten. Diese Gleichsetzung ist die Fortsetzung der Auschwitzlüge mit den Mitteln des Antikommunismus.

Nazi-Verbrechen bagatellisiert

Sie ist im übrigen leider nicht auf die konservativen politischen Kräfte in der Bundesrepublik beschränkt. Sie wird von rechten Politikern der SPD ebenso propagiert wie von Menschen, die sich selbst als linksradikal definieren, wie dem „konkret“-Herausgeber Gremlixa, der die PDS im braunen Sumpf und als Wegbegleiter der Faschisten sieht. Angesichts deutscher Unfähigkeit zu politischer Kultur scheinen die unterschiedlichsten Lager nur noch in den Kategorien von Faschismus einerseits und edler Selbstbespiegelung andererseits denken zu können. Auch das halte ich für den Ausdruck einer bedrohlich gewordenen Situation in Deutschland. Wir werden uns dem niemals, auch nicht in der Auseinandersetzung mit jenen, die uns so attackieren, anschließen.

Ich weiß um die Fehler und auch um die Verbrechen, die es in den sozialistischen Län-

dern gegeben hat. Ich werde sie nicht leugnen, und ich gehöre zu jenen, die sich dafür auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989 vor den Menschen der DDR entschuldigt haben. Die erwähnte Gleichstellung jedoch ignoriert die grundsätzlichen Unterschiede und bagatellisiert das einzigartige Verbrechertum faschistischer Regime, insbesondere des deutschen Nationalsozialismus. Daß sich Rassisten, Antisemiten und Faschisten in Deutschland wieder ermutigt fühlen, kann dann nur folgerichtig sein. So wie Sie, Herr Kohl, den ungeheuerlichen Vergleich von Goebbels und Gorbatschow zurücknehmen mußten, so hoffe

ich, daß Sie auch in diesem Fall die Zivilcourage haben, sich zu korrigieren. Ich sage das nicht, weil die PDS auf Ihre Toleranz angewiesen wäre. Ich sage das, weil in Deutschland in den vergangenen Jahren ein gewalttätiger Rechtsextremismus Hunderte Menschenleben gefordert hat, neofaschistische Gefahren in ihren frühesten Ansätzen und mit ihren Ursachen bekämpft werden müssen. Das, so meine ich, sollte eigentlich auch im Interesse der heutigen CDU liegen.

Im übrigen, Herr Kohl, auch wenn Sie sich hinter einem Schumacher-Zitat versteckt haben, mit ihrer Bemerkung treffen Sie ja am wenigsten die PDS. Die hat sich kritisch mit

der Politik kommunistischer Parteien gegenüber der Sozialdemokratie in der DDR, auseinandergesetzt. Wir sind nicht zuletzt aus diesen Erfahrungen eindringlich und ernsthaft dabei, uns demokratische und liberale Ziele anzueignen und sie mit modernen sozialistischen Auffassungen zu verbinden. Unsere Selbstkritik bedeutet nicht, daß die KPD alles falsch und die SPD alles richtig gemacht hätte. Doch das nur am Rande. Ihre Bemerkung, Herr Kohl, und das wollte ich noch erwähnen, richtet sich gegen 2,3 Millionen SED-Mitglieder und viele weitere Menschen in der DDR. Damit verschärfen Sie erneut die psychologische und kulturelle Spaltung der Bundesrepublik.

Dokument 32

Sachsen-Anhalt nicht zu verwechseln mit Atlantis. Roland Claus, PDS-Landesvorsitzender, zu den ersten Tagen »toleranter« Opposition in Magdeburg. In: »Neues Deutschland« vom 16. September 1994. S. 5.

Trotz aller Unkenrufe aus München, Bonn oder Hamburg ist in Sachsen-Anhalt nicht das rot-grüne Chaos ausgebrochen. In der PDS selbst wird mancherorts die Nase gerümpft. Heißt die Losung jetzt „Veränderung beginnt mit Toleranz“?

Zunächst: Sachsen-Anhalt ist nicht zu verwechseln mit Atlantis. Mit Ausnahme der CDU sind wir wieder im politischen Alltag. Die Landtagsitzung Anfang September verlief wesentlich konstruktiver und kulturvoller als bisher.

Wir hatten 1992 einem Landesparteitag mit heftiger Diskussion um die These „Unser Platz in dieser Gesellschaft heißt Opposition“. Da haben uns viele verlacht und gemeint, mit uns spiele ja doch keiner.

Im Februar 1994 habe ich in Magdeburg dann in der Landespressekonferenz die Vorstellung von der rot-grünen Minderheitsregierung, mit der die PDS umgehen muß, geäußert. Daraufhin hat Herr Höppner, der inzwischen Ministerpräsident ist, gesagt, er kann sich das nicht vorstellen. Das Eingeständnis in Ehren – ich habe gegengefragt, seit wann Mangel an Phantasie und Zivilcourage politische Argumente sind. Dann müsse er üben, sich das vorzustellen.

Das gelang ihm rasch. Haben Sie da hoch gepokert?

Auf ein zwanzigprozentiges Wahlergebnis für die PDS hatte ich schon gesetzt, aber es war

auch eine dreifache Provokation. Zum einen wollte ich, daß in der Öffentlichkeit über anderes nachgedacht wird, als über diese zementierten Mehrheitsparlamente, wie wir sie in Sachsen-Anhalt über vier Jahre verhängnisvoll erlebten.

Zum zweiten wollte ich natürlich, daß SPD und ihr Partner Bündnis 90/Die Grünen mit diesem Problem umgehen und nach Möglichkeit bereits vor den Landtagswahlen dazu eine Aussage treffen. Das haben sie tunlichst vermieden.

Und zum dritten war's natürlich eine innerparteiliche Provokation – ohne Übertreibung kommt ja in der PDS kein Gespräch zustande.

Das ist dann ohne Auseinandersetzung abgegangen?

Nein, natürlich nicht. Unsere Auffassung hieß aber schließlich doch, daß an uns das Vorhaben nicht scheitern wird. Aber wir haben zugleich keine Veranlassung, essentielle Positionen um des lieben Friedens willen aufzugeben. Deshalb kein Blankoscheck.

In das Koalitionspapier von Sozialdemokraten und Bündnisgrünen sind einige Formulierungen aus parlamentarischen Initiativen der PDS übernommen, das finde ich so schlecht nicht. Es ist natürlich noch nicht der sozial-ökologische New Deal, der neue Gesellschaftsvertrag, den Sachsen-Anhalt und auch die Bundesrepublik braucht. Aber ein wichtiger Schritt.



Roland Claus (39) Foto: DPA

Auch vor dem Hintergrund, daß sich Scharping in Abgrenzungsritualen übt?

Natürlich wird's nicht leichter, wenn die SPD sich besonders kleingeistig verhält. Das hat sie ja mit der „Dresdner Erklärung“ auf hohem Niveau getan. Dann kommt aus unseren Reihen zuweilen der Ruf, wie könnt ihr denn angesichts solcher Äußerungen von Dresden mit denen noch was bewerkstelligen wollen. Dazu sage ich dann immer, laßt uns Kleingeisterei nicht mit gleicher Münze beantworten.

Kürzlich traf ich früh einen freundlichen Minister von der SPD. Er sagte zu mir: „Guten Morgen, Herr Claus.“ Darauf ich dann etwas barsch: „Aber

Genosse – keine Absprachen!“

Im Ernst, der „Dresdner Erklärung“ setzen wir eine Magdeburger Offerte entgegen.

Wie sieht die aus?

Wir haben verschiedene Ebenen unserer Handlungsstrategie festgelegt. Die erste – wir unterstützen Vorhaben der Landesregierung, um sie schnell auf dem Weg zu bringen, auch wenn wir weitergehende Vorschläge haben. Ein bißchen böse formuliert: Um den Rückweg abzuschneiden. Ein Beispiel ist das Eigenkapitalförderungsprogramm für den Mittelstand in Höhe von 200 Millionen Mark. Das muß schnell gehen, auch wenn wir uns vielleicht 210 Millionen vorstellen könnten.

Zweitens: Bei Essentials stimmen wird den Regierungsvorschlägen nur zu, wenn es Zustimmung zu unseren weitergehenden Vorschlägen gibt. Die Landesregierung hat zum Beispiel richtige Schritte in Richtung Asylpolitik getan – die Abschaffung dieser Massenverpflegung. Das reicht aber nicht aus, weil wir das Land mit der höchsten Abschreckung von Ausländerinnen und Ausländern sind. Dazu muß es ein neues Aufnahmegesetz geben, um diese Zentralthettos zu überwinden.

Drittens: Die Koalitionsvereinbarung enthält Lücken, bewußt gelassene Lücken. Was zur Treuhand drinsteht, ist nicht richtig falsch, aber es ist

alles windelweich. Deshalb fordern wir die Wiedereinsetzung des Treuhanduntersuchungsausschusses für Sachsen-Anhalt. Ich frage inzwischen den vierten Innenminister, was wollen Sie bekämpfen, die organisierte Kriminalität? Und die Treuhand wollen Sie weitermachen lassen?

Viertens: Wir gehen von unseren radikalen Forderungen nicht ab, selbst wenn wir sehen, daß sich keine Brücken bauen lassen. Es keinen Sinn, auf die Regierung zuzugehen, wenn der Kompromiß nur vermeintlich ist.

Die Landesregierung fordert zum Beispiel einige Nachbesserungen zum Altschuldenhilfegesetz. Unsere Forderung bleibt hier die radikale Schuldenstreichung. Und die Hoffnung ist dann, daß wir vor allem durch außerparlamentarischen Druck die Vorhaben der Regierung, ihr Verhalten im Bundesrat, etwas linker hinzubekommen. Hier wächst nicht zusammen, was nicht zusammengehört. Es machte keinen Sinn, wenn wir von unseren Vorstellungen abgingen.

Gut, aber es gibt darüber hinaus Forderungen, die keine Chance haben, unter diesen

gesellschaftlichen Verhältnissen durchgesetzt zu werden. Gehen Sie davon ab?

Nein, es bleibt zum Beispiel bei unseren Forderungen, z. B. nach Abschaffung von Wehr- und Zwangsdiensten, auf die wir nicht verzichten werden.

Wir waren auch vor dem 26. Juni Opposition in Verantwortung, das wir sind auch jetzt. Die Bedingungen haben sich geändert, nicht unser Oppositionsverständnis. Wir wollen dieses Projekt ausdrücklich über den 16. Oktober und auch übers Jahr bringen.

Natürlich birgt das auch Risiken. Aber deshalb davon abzulassen, das wäre mein Weg nicht. Schließlich erwarten Wählerinnen und Wähler, daß aus parlamentarischen Mehrheiten links von der CDU auch etwas gemacht wird.

Dokument 33

Sind die »rotlackierten Faschisten« im Kommen? Friedrich Schorlemmer: Absurder Wahlkampf mit Kommunismusängsten – ein ostdeutscher Versuch, den Westdeutschen die Furcht vor der PDS zu nehmen. In: »Neues Deutschland« vom 19. September 1994. S. 12.

Mit seinem öffentlichen und wiederholten Vergleich von Kommunisten und Sozialisten mit „rotlackierten Faschisten“ hat Bundeskanzler und CDU-Chef Kohl dem Thema politischer Kultur in Deutschland einen weiteren bezeichnenden Aspekt hin zugefügt. Zu diesem Thema äußerte sich auch der Theologe, Sozialdemokrat und Friedenspreisträger Friedrich Schorlemmer. Der frühere DDR-Bürgerrechtler leitet die Evangelische Akademie in der Lutherstadt Wittenberg. Seinen Beitrag entnahmen wir der „Süddeutschen Zeitung“ vom 14. September.

In Kairo versucht die Weltgemeinschaft (vergeblich), der Überbevölkerung Herr zu werden – massenhaftes Verhungern und Naturzerstörung werden folgen. Nationalisten und Fundamentalisten gebären immer neue Bürgerkriege. Das Ozonloch verkrebt unsere Haut. Wälder sterben, Ressourcen brauchen wir arglos auf. Dauerarbeitslosigkeit treibt Menschen ins soziale und psychische Nichts. Da geht es uns in Deutschland insgesamt noch ganz gold.

Wir leben, weil wir verdrängen. Nahezu jeder hat seine Blessuren, muß mit seinen Blendungen, Ablendungen und Verblendungen leben. Auch in der Politik kann dies neurotischen Charakter bekommen. Daß mit der Kommunismusphobie und Chaosängsten Wahlkampf gemacht werden kann, nachdem der Kommunismus tot ist und es die Honecker-Partei nicht mehr gibt, gehört zu den Absurditäten der vereinigten deutschen Demokratie. Es grenzt an politische Pathologie, wenn man fürchtet, daß die (schleichende) Machtergreifung der Kommunisten (dies-

mal ohne Stalins siegreiche Truppen) in Deutschland ins Haus stünde, weil in Sachsen-Anhalt eine Minderheitsregierung gebildet wurde, die auf die Stimmen der beiden anderen Parteien, nämlich der CDU und der PDS, angewiesen sein wird. Hatte man nicht 40 Jahre lang (nicht zu Unrecht) behauptet, der Kommunismus könne sich nur auf die Bajonnette der Roten Armee stützen und würde sonst seine Macht alsbald einbüßen?

Keine Kraft zur Selbstbefreiung

Ein Wörtlein Gorbatschows fällt die SED-Herrschaft! Jetzt aber seien deutsche Neokommunisten die Gefahr für Deutschland? Wer zündet in diesem Lande Häuser an und schlägt Menschen zusammen, bildet bewaffnete Banden und schreit menschenverachtende, Ausländer vertreibende Parolen? Wovor hat man in der Welt wieder neue Angst, wenn Deutschland wieder von „Kerneuropa“ spricht? Vor den Linken? Es ist, als wenn man mit ganzer Kraft nach einer Fliege schließe, während der

Geier überm Kopf schwebt. Solche geschürte „Angst vor links“ hat beim Erstarken von rechts in Deutschland leider historische Vorbilder.

Da kommt die 24jährige Sprecherin der „Kommunistischen Plattform“, Sarah Wagenknecht, diese unglückliche Rosa-Luxemburg-Performance, sehr recht, wo sie ungewollte Persiflagen dieses Vorbildes entwirft, zusammen mit einigen alten Edelkommunisten unbelehrbar glaubt, die DDR sei ein kommunistisch-humanistischer Staat gewesen. Und was jetzt sei, sei prinzipiell wegen der Arbeitslosigkeit, Armut, Gewalt und Kriminalität radikal-sozialistisch zu verändern. So abstrus ich dies finde, so sehr muß ich mich fragen, warum es einige tausend Menschen gibt, die dem zustimmen. Es könnte daran liegen, daß man spürt, daß in dieser Demokratie das Privateigentum das höchste Gut ist und der bezahlbare Anwalt faktisch Recht setzt. Ist es verwunderlich, wenn einige radikal werden, wenn sie hören, wie deutsche Richter (mit unverwechselbaren Kleinbürger-Hosenträgern) einem Rechtsextremen lobende Worte für lautere Absichten und damit ein mildes Urteil attestieren?

Ich wüßte nicht, daß Sarah Wagenknecht oder ihre altkommunistischen Gefolgsleute ähnliches im Sinne hätten wie die Brandstifter von Rostock, Mölln, Solingen, Sachsenhausen, Buchenwald, Bad Kissin-

gen. Diese Täter kommen aus der Mitte unserer Gesellschaft und fühlen sich als ausführende Organe „deutscher Gefühle“, genauso wie die Richter, die die geistigen Brandstifter mit alten deutschen Tugenden entschuldigen.

Wir Deutschen hatten nicht die Kraft zur Selbstbefreiung vom Faschismus. Im Schoße vieler Deutscher schlummert noch immer Schlimmes. Und dieses „Schlimme“ ist braun und nicht rot!

Es ist Machtzynismus, wenn man wider besseres Wissen mit Mitteln der Primitivdemagogie „Gysis bunte Truppe“ als „rotlackierte Faschisten“ bezeichnet. Kurt Schumacher meinte mit dieser Bezeichnung die Ulbricht-Mielke-Benjamin-Clique. Gysi und Bisky dieses Etikett anzuhängen, ist mehr als ehrenrührig; es ist demagogisch und unbegründbar. Müßte man sich nicht fragen, ob die ganze Debatte nicht dazu dient, einen Feindbildverlust auszugleichen, nachdem der Kommunismus als der Kitt der Demokratie weg ist? Da polemisiert man auf „Deibel komm' raus“ und braucht nicht mehr zu argumentieren. Die Kommunismus-Angst wird geschürt, wo der Kommunismus doch seine Macht eingebüßt und auf erstaunlich friedliche Weise den Machtlöffel abgegeben hat.

Sind Ostdeutsche zu undankbar?

Mit dem Brustton der ihm eigenen staatsmännischen Seriosität verstieg sich Helmut Kohl am 24. August 1994 zu einigen Abstrusitäten, die auf eine deutsche Stimmungslage auftreffen, daß nämlich unsere Milliarden für den Osten nicht Gelder „für die Bankrotteure des kommunistischen Systems“ sein dürfen. Damit nutzt er indirekt eine schon länger zu beobachtende Stimmung in der Bundesrepublik, den Ostdeutschen würde das schwer erarbeitete westdeutsche Geld in den Rachen geworfen. Endlich kann man offen sagen, daß man das so nicht weiter will. Nichts macht den Riß in unserer geeinten Nation deutlicher als dieser Vorgang. Dem folgen nun Drohungen aus westdeutschen Partnerbundesländern, nach Mecklenburg-Vorpommern oder Thüringen würde kein Geld mehr fließen, wenn es dort zu unliebsamen Koalitionen oder Duldung durch die PDS käme.

Es gibt drei Deutungsmöglichkeiten für die Kampagne gegen die PDS, die im Grunde eine Anti-SPD-Kampagne ist:

1. Man meint wirklich, was man sagt und sieht Deutschland von links in Gefahr.

2. Man benutzt zynisch die stets weckbare Kommunistenfurcht, um von drängenden Fragen der deutschen Politik abzulenken und unter dem Vorwand der Kommunistenfurcht die SPD ins Abseits zu drängen.

3. Die Kampagne gehört in die Rubrik „politische Pathologie“, wo der Phantomschmerz Kommunismus-Mauerstaat mit Stacheldrahtpartei, der Bautzen-Hoheneck-Partei (so der Bayern-Kurier-Chef Scharnagl) zusammen mit Enteignungsängsten fast wie Kastrationsängste wirken. Im letzten Fall würde eine nüchterne Realitätswahrnehmung ausgeschlossen und eine politisch-argumentative Debatte von vornherein sinnlos.

Neurotische Fixierung, Phobie, Verfolgungswahn – wie auch immer –, die Hauptsache ist der Effekt. Die Wahlerfolge der PDS im Osten der Republik müssen erhalten für Horrorszenarien unserer politischen Zukunft – als ob verkappte Stalin-Ulbricht-Mielke-Schergen am Werke wären, durch die Hintertür der demokratischen Revolution von 1989 die Bundesrepublik aufrollen... Ich meine, daß die Auseinandersetzung politisch und nicht demagogisch, sozial und nicht juristisch, rational und nicht hypertroph geführt werden muß.

Im Grunde ist diese künstliche Polarisierungsdebatte die Nachwirkung eines 45 Jahre (und viel weiter zurückreichenden) eingefahrenen Feindbilddenkens der Nachkriegsära. Feindbildverlust und Angst ums Eigentum lassen das Gespenst des Kommunismus durch die meisten Medien der „freien Welt“ reiten. Daß dies alles nicht irgendwelche kleinkarierten Kläffer aus den Hinterbänken tun, sondern gestandene, in höchster

Verantwortung stehende Politiker unserer Demokratie, macht den Vorgang so gefährlich wie lächerlich und dämlich.

Die wirksame Antwort ist eine so entschlossene wie wirklichkeitsnahe Sozial-, Wirtschafts- und Umweltpolitik, eine gerechtere Arbeitsmarkt- und eine überdachte Strukturpolitik, eine bessere Frauen- und Bildungspolitik, wie eine sozial und ökologisch verantwortbare Wohnungsbau- und Verkehrspolitik.

Im übrigen brauche ich wahrlich keinen Nachhilfeunterricht über den Charakter von Kommunisten und ihre Art, mit Wahrheit und Macht umzugehen. Schließlich haben wir über viele Jahre hinweg auch unsere Freunde im Westen in der Friedensbewegung gewarnt, mit der DKP zusammenzuwirken, weil wir erlebt haben, wie Kommunisten sind, wenn sie die Macht haben.

Kadertradition macht skeptisch

Ich habe eine tiefe Skepsis gegenüber der kommunistischen Ideologie und der Verführungsfähigkeit ihrer (zu) guten Ziele, die eben so gut erscheinen, daß gleich jedes Mittel auch gut ist. Der Parteilichkeit der Wahrheit entspricht in dieser kommunistischen Ideologie immer die Parteilichkeit der Methode: Deren Kooperations- und Dialogbereitschaft war immer dann stark, wenn und solange sie zahlenmäßig schwach waren. Ihre strenge

und hierarchische Kadertradition macht mich weiter wachsam und mißtrauisch.

Dies alles sollte uns aber nicht dazu verleiten, die PDS als eine kommunistische Kaderpartei alten Schlages zu bezeichnen. Sie ist in der ganz großen Mehrheit auf dem Wege zu einer sozialistischen demokratischen Partei. Sie besetzt viele Themen, die die SPD mit ihrem Schlingerkurs verloren hat. Die Kleinbürger gewinnt die SPD sowieso nicht! Wenn es die PDS noch längere Zeit geben wird, dann auch, weil die SPD oft eine flatterhafte Flügelschlagpartei ist. Wenn die PDS andererseits im Laufe der nächsten Jahre zeigt, daß sie stabile demokratische Inhalte, Strukturen und Ziele hat, wird sie auch ganz normal koalitionsfähig sein. Dafür ist die Probezeit noch nicht abgelaufen.

Ich sage dies als Ostdeutscher, der 45 Jahre lang im Kommunismus gelebt hat. Und ich nehme keine Rücksicht mehr auf die schwachen Nerven mancher westdeutscher Freunde wie Gegner. Ich verstehe, daß die Opfer des kommunistischen Systems sensibel und auch verhärtet geworden sind, daß sie mich nicht verstehen werden. Aber unsere Diskussion muß offener geführt werden können. Ich wünsche nur, daß auch im christlich-konservativen und liberalen Spektrum argumentatives Reden darüber möglich bleibt.

(Zwischentitel Redaktion)



Dokument 34

Hans-Jochen Vogel: Ein altes Gespenst im neuen Gewand. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 12. Oktober 1994. S. 14.

Ein Gespenst geht um in Deutschland – wieder einmal. Es ist die Mär von einer Neuen Linken, die von einer totalitären PDS dominiert wird und für die die SPD die Massenbasis bereitstellt. Ziel dieser Neuen Linken sei es, die freiheitlich-demokratische Grundordnung abzuschaffen. Begonnen habe das schon 1987 damit, daß sich die SPD durch das Streit- und Dialogpapier in eine nicht mehr rückholbare strukturelle Abhängigkeit von der SED gebracht habe.

Das Gespenst ist nicht neu. Es ist ehrwürdigen Alters. Man hat es nur nach der Tagesmode neu drapiert. Die These, die deutsche Sozialdemokratie sei – bewußt oder unbewußt – die Wegbereiterin des Totalitarismus und wolle in Wahrheit eine ganz andere Republik, ist von rechts schon vor 1933 und wieder seit 1945 in immer neuen Variationen unter die Leute gebracht worden. Kurt Schumacher hatte sich ihrer genauso zu erwehren wie Erich Ollenhauer, Willy Brandt und zu meiner Zeit als Parteivorsitzender („Vogel der Kandidat Andropows“) auch ich.

„Alle Wege des Sozialismus führen nach Moskau“ hieß es 1953. Und diese Parole wurde von rechts im Kern bis heute durchgehalten. Da half nicht der Widerstand gegen die Zwangsvereinigung 1946 und das Leiden vieler Sozialdemokraten in den Zuchthäusern der DDR. Da spielte keine Rolle, daß die SED den „Sozialdemokratismus“ als ihre gefährlichste Herausforderung ansah. Ja, mit dieser Begründung hat die Rechte sogar Helmut Schmidt an der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki hindern wollen.

Jetzt müssen zur Aufrechterhaltung dieser These die PDS und das Papier aus dem Jahre 1987 erhalten. Auf letzteres können sich nur diejenigen berufen, die das Papier nicht kennen oder über seinen Inhalt bewußt falsche Behauptungen aufstellen. In Wahrheit hat dieses Papier den absoluten Wahrheitsanspruch der SED in Frage gestellt und damit einen wichtigen Beitrag zur Erosion der ideologischen Herrschaft der SED geleistet. Sätze wie „Die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Mißerfolge, Vorzüge und Nachteile muß innerhalb jedes Systems möglich sein. Wirklicher Wettbewerb setzt sogar voraus, daß diese Diskussion gefördert wird und praktische Ergebnisse hat“ und „Kritik auch in scharfer Form darf nicht als eine ‚Einmischung in die inneren Angelegenheiten‘ der anderen Seite zurückgewiesen werden. Jedenfalls gilt auch hier das Prinzip der souveränen Gleichheit, daß keine Seite praktisch in Anspruch nehmen darf, was sie der ande-

ren nicht zubilligt“, die als Teile des Gesamttextes mit der Unterschrift der SED versehen waren und im „Neuen Deutschland“ veröffentlicht wurden, halfen nach vielfacher Bekundung den Bürgerrechtlern, weil sie sich darauf berufen konnten. Das hat beispielsweise ausdrücklich Rainer Eppelmann in seinem Buch „Fremd im eigenen Haus“ bestätigt.

Natürlich ist gegenüber der PDS als der Fortsetzungs-(nicht Nachfolge-)Partei der SED größte Vorsicht geboten. Und natürlich muß sie als Fortsetzungs-Partei für den Zustand, in dem sich die DDR im Zeitpunkt der Wende befand, voll in Anspruch genommen werden. Aber ihre relative Stärke in den neuen Bundesländern kann man doch nicht der Sozialdemokratie zur Last legen. Da müssen Fragen eher an die konservative Politik gerichtet werden. Und geschwächt wird durch das Vorhandensein der PDS nicht die Rechte, sondern die SPD. Deshalb ist ja auch für die Rechte die Versuchung so groß, die PDS in der Auseinandersetzung mit der demokratischen Linken zu instrumentalisieren. Das ist wohl auch der Grund, warum es die Rechte ablehnt, in den kritischen Wahlkreisen die sozialdemokratischen Kandidaten zu unterstützen, durch deren Erfolg allein die Rückkehr der PDS in den Bundestag verhindert werden könnte.

An all dem ändert auch die Wahl Reinhard Höppners zum sachsen-anhaltinischen Ministerpräsidenten nichts. Sie ist im dritten Wahlgang zustande gekommen und war deshalb vom Stimmverhalten der PDS unabhängig. Und ob sich die CDU dort wirklich in den Sachfragen auf Dauer eine Blockade-Politik leisten kann, ist kürzlich sogar in diesem Blatt bezweifelt worden. Wer darin eine Strategie zur Wiederbelebung des in der DDR und in Osteuropa zusammengebrochenen Systems sieht, verläßt den Boden der Realität.

Es wäre zu wünschen, daß das Gespenst endgültig dorthin käme, wohin es schon lange gehört – nämlich auf den Müllhaufen der Geschichte.

Der Verfasser war Vorsitzender der SPD.

Dokument 35

Unsere Prognose? – Über fünf Prozent und vier Direktmandate. In: »Neues Deutschland« vom 13. Oktober 1994. S. 6. [Auszüge]

Ohne zu moralisieren: Ist es denn nicht so, daß jede andere Haltung als Ausgrenzung der PDS z.B. die SPD zerreißen würde? Zumal die SPD noch eine Westpartei ist.

Gysi: Das ist ein Problem der SPD. Aber ich glaube gar nicht, daß sie zerrissen würde. Die SPD muß sich irgendwann mal entscheiden, ob sie der CDU immer hinterherläuft, sich von ihr in die Ecke stellen und die Maßstäbe von der CDU setzen läßt oder aber glaubhaft eine Reformpolitik gegen die gegenwärtige Regierung entwickelt.

Sie können doch die Akzeptanzschwierigkeiten – namentlich im Westen – für ein mögliches entspanntes Umgehen der SPD und anderer mit der PDS nicht einfach ignorieren.

Gysi: Ich weiß nicht, ob stimmt, was Sie sagen. Wie populär war denn die Entspannungspolitik, als Willy Brandt damit begann? Dennoch hat es die SPD geschafft, dafür breite Sympathien in der Bevölkerung der damaligen Bundesrepublik zu wecken, einschließlich für ihre Zusammenarbeit mit der SED. Wenn sie darauf aufbaute, für ein normales Verhältnis zur PDS gestritten hätte, hätte sie Chancen gehabt.

Da sie aber mitgemacht hat bei der Diffamierung, hat sie mit den Boden für jene Haltung bereitet, die Sie beschrieben.

Außerdem ist die SPD selber daran schuld, daß ostdeutsche Interessen nicht mit ihrem Namen verbunden werden. Sie hat alles mitgemacht, gleich, ob es das Prinzip Rückgabe vor Entschädigung, das Rentenüberleitungsrecht, das Alt-schuldenhilfegesetz, die Bedarfskündigung im Öffentlichen Dienst oder der Sozialabbau ist.

Insofern sind ihre heutigen Positionen natürlich nicht sonderlich glaubwürdig.

Zudem darf man Auseinandersetzungen in der eigenen Partei nicht fürchten. Die muß man führen. Wenn es der SPD politisch wichtig ist, ist sie dazu ja auch bereit. Stichwort internationale Einsätze der Bun-



Mein Eindruck ist, daß die Punktualisten in der SPD allmählich in aller Stille stärker werden.

deswehr, Stichwort Asyldebatte. Da hat die Führung die Konflikte mit der eigenen Partei durchaus gesucht.

Bisky: Die SPD gibt es nicht. Die Berliner SPD unterscheidet sich von der mecklenburgischen ebenso gründlich wie die brandenburgische von der sächsischen. Überall gibt es Fundamentalisten. Jene, die – und sei es mit Löwenthal oder Lummer – gegen die PDS vorgehen. Und es gibt die Punktualisten. Mein Eindruck ist, daß die Punktualisten allmählich in aller Stille stärker werden. Im Osten werden sie auf jeden Fall die innere Auseinandersetzung gewinnen.

Teilen Sie diesen Eindruck, Herr Gysi?

Gysi: Ich denke auch, daß am 16. Oktober die Karten neu gemischt und verteilt werden. Es kann sein, daß es – sollte eine Mehrheit links von CDU/CSU und FDP vorliegen – zu einer Übergangslösung für zwei Jahre kommt. In Form einer Großen Koalition oder Ampel.

Aber spätestens nach zwei Jahren stehen alle drei Parteien, SPD, Bündnis 90/Grüne

und PDS gegenüber ihren Mitgliedern, Sympathisanten und Wählern vor der Frage, weshalb sie eine solche Mehrheit für notwendige gesellschaftliche Veränderungen nicht nutzen.

Das heißt, die Ausgrenzung, das Gegeneinander, das Unterlassen des Versuchs, miteinander irgendwelche Dinge in dieser Gesellschaft zu verändern, können allen drei Parteien auf die Füße fallen. Insofern ist die PDS gut beraten, bei allen Angriffen, die es seitens der SPD jetzt gibt, die Tür nicht zuzuschlagen, sondern zur Zusammenarbeit bereit zu bleiben.

Die Analyse zur Europawahl zeigte, daß das Wählerpotential für die PDS noch keineswegs ausgeschöpft war. Haben Sie das im Vorfeld der Bundestagswahl korrigieren können?

Bisky: Es gibt wahrscheinlich keine Partei, die 100 Prozent ihres Potentials ausschöpft. Ich denke aber, zur Bundestagswahl werden mehr PDS wählen, weil sie wissen, worum es geht – um die Perspektiven einer linken Partei im Bundestag.

Ich glaube nicht, daß wir alle Potentiale ausschöpfen, aber wir haben erreicht, daß sich heute weniger zurücklehnen als bei den Wahlen zuvor. Am gefährlichsten war, die Annahme mancher Leute bei uns, die PDS werde automatisch bei jeder Wahl ein paar Prozentpunkte zulegen.

Gysi: Inzwischen haben Ostdeutsche eine Erfahrung gemacht: Je besser die PDS bei Wahlen abschneidet, desto sicherer ist es, daß die anderen Parteien ihre Politik in Bezug auf sie ändern. Sie setzen ihre Benachteiligung der Ostdeutschen bei schlechten Wahlergebnissen der PDS konsequent fort, bringen aber bei guten Wahlergebnissen der PDS Korrekturen an.

Namentlich in Berlin hört man die Absicht, mit der Erststimme die PDS-Direktkandidaten in den Bundestag zu wählen, mit der Zweitstimme aber einen SPD-Kanzler in Bonn zu ermögli-

chen. Dagegen beschwören Sie die Wähler, die Erst- und Zweitstimme der PDS zu geben. Warum?

Gysi: Wenn SPD-Wählerinnen und -Wähler sich wie von Ihnen beschrieben verhielten, wäre dagegen nichts zu sagen. Es ist ja wichtig, daß eben Stefan Heym das Direktmandat erlangt. Ich empfehle aber, die Erst- und Zweitstimme der PDS zu geben.

Erstens, um die Fünf-Prozent-Hürde zu schaffen, damit wir den Fraktionsstatus und damit wesentlich mehr parlamentarische Rechte bekommen. Zweitens, um ein entsprechendes Gewicht zu haben, linke Positionen in diesen Bundestag einzubringen. Drittens bestätigen alle Umfragen, daß CDU/CSU und FDP eine Mehrheit haben gegenüber SPD und Bündnis 90/Grüne. Die konservative Mehrheit kann daher überhaupt nur überwunden werden, wenn die PDS in den Bundestag einzieht. Rechnen Sie für den Fall, daß die PDS den Einzug in den Bundestag schafft, mit neuen Ausgrenzungs- oder mit Umarmungsversuchen?

Gysi: Ich weiß nicht, welche Taktik- und Strategiedebatten andere Parteien führen. Ich könnte mir aber vorstellen, daß es zum einen abhängig wäre davon, wieviel Stimmen die anderen von uns brauchen. Sind es drei oder zwanzig? Zum anderen gibt es viele Gründe, warum wir uns an einer Regierung in Bonn nicht beteiligen. Einer davon jedoch ist, daß wir uns bei den Menschen in den alten Bundesländern die erforderliche Akzeptanz noch gar nicht erarbeitet haben. Wir sind ja nicht dazu da, die Menschen in den alten Bundesländern zu schocken, sondern um gesellschaftliche Veränderungen zu ermöglichen.

Ich finde es bemerkenswert, daß eine Partei wie unsere das sogar als Problem akzeptiert.

Also haben Sie Verständnis für PDS-Vorbehalte.

Gysi: Ich habe Verständnis für Nichtbeteiligung der PDS an einer Regierung. Ich habe

kein Verständnis für Nichttollerierung durch die PDS.

Sie meinen allen Ernstes, eine Koalition in Bonn könne eine Tolerierung à la Magdeburg verkraften?

Gysi: Das könnte sie aushalten. Es gäbe ja eine funktionsfähige Regierung, und die Tolerierung wäre nichts weiter als eine Offerte an das Parlament. Man nähme den Parlamentarismus mal wieder ernst.

Glauben Sie wirklich, daß ein Mann wie Scharping eine Tolerierung wie in Magdeburg in Bonn erwägen könnte, ohne bei dem herrschenden gesellschaftlichen Gesamtklima, von dem Sie selbst sprechen, sofort hinweggefegt zu werden?

Gysi: Ach, Scharping! Er muß endlich wissen, ob er Kohl ablösen will oder nicht. Meine Vermutung ist, daß er eher eine große Koalition will. Seine Auslassungen den Grünen gegenüber sind ja auch nicht besonders ermutigend. Für die große Koalition sucht er einen Sündenbock – der heißt PDS.

Was ist das wahrscheinlichste Wahlergebnis?

Bisky: SPD und Grüne sind drin und etwa gleich stark wie CDU/CSU. Zweifel habe ich, ob es die FDP schafft. Und dann hängt's tatsächlich von der PDS ab.

Was die Tolerierung angeht, die wir gegenüber der Brandenburger Regierung eine ganze Weile praktiziert haben, so kann es dabei sehr sachlich zugehen. Die Regierung muß bei der Opposition durch Sachargumente Zustimmung erwirken. Deshalb bin ich ein Fan dieser Minderheitsregierung.

Das klingt ja fast, als sei eine Minderheitsregierung die ideale Regierung schlechthin.

Gysi: Nein, natürlich nicht. Für die Regierung ist es komplizierter, aber es ist ein Idealfall für das Parlament.

Da gäbe es Gesetzesinitiativen, die mit Hilfe der CDU/CSU und andere, die mit unserer Hilfe durchkämen. Eine solche Regierung wäre durchaus in Schwierigkeiten, weil sie immer den Kompromiß nach links oder nach rechts suchen

muß. Aber genau das heißt politisches Gespräch, politische Diskussion, politische Auseinandersetzung. Kurz, das Parlament wäre eine sehr wichtige Kraft in diesen vier Jahren.

Aber auch für Ihre Partei wäre es eine ganz schöne Herausforderung.



Kann sein, daß es zu einer Übergangslösung für zwei Jahre kommt. In Form einer Großen Koalition oder Ampel.

Gysi: Genau. Die PDS käme ebenfalls in eine schwierige Situation. Man würde in einem solchen Falle jeden Schritt der Regierung unterstützen, der in die richtige Richtung geht, selbst wenn er uns zu kurz ist. Man würde keinen Schritt unterstützen, der in die falsche Richtung geht, selbst wenn er ganz kurz ist. Das klingt einleuchtend.

Was aber geschieht bei einem Gesetzesentwurf, der zwei Schritte in die richtige Richtung und zwei in die falsche macht? Da bist du gekniffen, weil du dann sagen muß, ob dir die beiden richtigen Schritte so wichtig sind, daß du die anderen beiden mitgehst. Oder sie sind so schlimm, daß du auf die richtigen verzichten mußt...

Bisky: Wir haben dies ja bei den Hildebrandt-Gesetzen im Landtag Brandenburg hinter

uns bringen müssen, weil sie natürlich in Richtung PDS guckt. Zur CDU guckt sie für ihre sozialpolitische Vorstellungen ja ins Leere. Deshalb war Frau Hildebrandt auch froh, daß die PDS drin ist. Sonst hätte sie fast nichts erreicht. Für uns ist das nicht immer einfach, aber wir haben uns ja nicht das Einfache ausgesucht.

Trotzdem: Sie machen sich's doch zu einfach, wenn Sie meinen, was in Magdeburg oder Potsdam möglich ist, geht auch in Bonn. Dort würden doch alle diesbezüglichen Versuche mit scharfkantigem Stahl vereitelt werden. Die Unternehmerverbände etwa könnten den rotgrünen Teufel als Meuchelmörder der Republik an die Wand malen...

Bisky: Aber doch nur, bis die Regierung installiert ist. Danach würden die Unternehmerverbände natürlich versuchen, ihren Einfluß auf diese Regierung auszuüben. Es käme zu einer Wechselwirkung.

Im übrigen haben Länder wie die Niederlande und Schweden bewiesen, daß Minderheitsregierungen funktionieren können. Ich glaube, hier geht der deutsche Gruppenordnungssinn mit uns ein bißchen durch.

Dokument 36

Regieren wie am Runden Tisch. Dispositionen für Gespräche nach den Landtagswahlen. In: »Offenes Blatt«, Nr. 10, 1994. S. 2/3.

- I.
Mit der CDU werden keine Gespräche zur Regierungsbildung geführt.
- II.
Für Gespräche mit der SPD werden folgende Schwerpunkte gesetzt:
1. **Änderung der Verfassung im Landtag**
Dabei gilt es insbesondere zu prüfen, wie die Forderungen der Volksinitiative "Soziale Rechte in die Verfassung" (Recht auf Arbeit, Wohnen, soziale Grund-sicherung, selbstbestimmte Schwangerschaft) verwirklicht werden können, aber auch um Änderungen im staatsorganisa-torischen Teil.
 2. **Aktive staatliche Wirt-schafts- und Strukturpolitik**
- Landesprogramm zur Entwick-lung von Vorpommern,
- Regionale Entwicklungspläne und Flächennutzungspläne un-ter breiter Mitwirkung der dort lebenden Menschen
- Bildung einer Investitionsbank, die insbesondere einheimische Unternehmen finanziell stützt
- Behaltung regionaler Wirt-schaftskreisläufe mit dem Ziel, einheimische Klein- und mittel-ständische Unternehmen zu för-dern.
 3. **Gesetzesinitiative zur Än-derung des jetzigen Arbeit-förderungsgesetzes nach dem Prinzip "Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren" und Verabschiedung eines Gesetzes "Arbeit für Meck-lenburg-Vorpommern" zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit**
- Verabschiedung eines Geset-zes für staatlich subventionierte Betriebe, vor allem im ökologi-schen und soziokulturellen Be-reich, insbesondere zur Integra-tion von Langzeitarbeitslosen, älteren Arbeitslosen und Frau-
en.
 4. **Sicherung einer dem Cha-rakter des Landes entspre-**
- chenden Agrarstruktur**
- Verhinderung einer weiteren Aushebelung der Bodenreform
- Gleichberechtigte Behandlung der Nachfolgebetriebe der LPG und Maßnahmen zur Entschul-dung der Agrargesellschaften.
5. **Schaffung eines Boden-fonds auf Landesebene**
durch unentgeltliche Übernah-me von Flächen der Treuhand-liegenschafts-Gesellschaft/Boden-Verwaltungs- und Verwer-tungsgesellschaft.
 6. **Streichung der Altschul-den bzw. deren Übernahme durch den Bund**
- Übernahme der finanziellen Verpflichtungen von Treuhand-unternehmen durch den Bund
- Erhöhung des Einflusses des Landes in der Treuhand-Nach-folgeorganisation und weitest-gehende Dezentralisierung der Aufgaben der Treuhandanstalt.
 7. **Reform der Finanzen zu-gunsten der Kommunen**
Dabei geht es insbesondere um die Erhöhung des Anteils der Kommunen am Steueraufkom-men auf mindestens 25 %.
 8. **Ausbau der Rechte der Kommunen durch eine No-vellierung der Kommunalver-fassung**
Dabei geht es insbesondere um die Beschränkung der zentral-stischen Eingriffsmöglichkeiten durch den Innenminister, die Stärkung der Gemeindevertre-tungen gegenüber der Verwal-tung und den Ämtern sowie die Förderung des kommunalen Ei-gentums und der wirtschaftli-chen Tätigkeit der Kommunen. Es wird eine Enquetekommissi-on eingesetzt, die die Auswir-kungen der Ämterbildung sowie der Kreisgebiets- und Funktions-reform untersuchen und Ände-rungsvorschläge unterbreiten soll.
 9. Die Regierung wird aufgefor-dert, einen Kurs der strikten Sparsamkeit in der Landesver-waltung zu verfolgen.
 10. **Gegen den weiteren So-zialabbau und für Umverteil-ung des Reichtums von oben nach unten**
Dazu gehören:
- Initiative im Bundesrat: keiner-lei Kürzungen im AFG mehr zuzulassen, auch nicht die Her-absetzung der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre
- "Gleicher Lohn für gleiche Ar-beit" - auch bei ABM und keine Leistungsverlechterungen im Arbeitsförderungsgesetz und Bundessozialhilfegesetz
- Maßnahmen zur sozialen Grundsicherung und zur Aufhe-bung der Trennung von solida-risch finanzierten "Grund" und privatfinanzierten "Wahl"-Lei-stungen
- sofortige Aufstockung des Regelsatzes bei der Sozialhilfe auf mindestens 510 DM durch die Landesregierung.
 11. **Schaffung von Landesrege-lungen zur Umwandlung von kommunalen Wohnungen, ein-schließlich der Wohnungen, die im Besitz kommunaler Woh-nungsgesellschaften sind ent-sprechend dem tatsächlichen Bedarf an Sozialwohnungen. Förderung des sozialen Woh-nungsbaus durch ein Landes-wohnungsbauprogramm.**
- Durch Landesregelungen ist zu sichern, daß die Mietbol-dungen der Haushalte nicht 20 % des jeweiligen Nettoealein-kommens übersteigen
- Für das Land ist eine Moderni-sierungskappungsgrenze einzu-führen, die sichert, daß die Mo-dernisierungsumlage nicht Zweidrittel der jetzigen Grund-miete übersteigt.
 12. **Einführung eines Rechts-anspruchs auf einen Kinder-betreuungspfad, an dessen Kosten sich das Land zu 50 % beteiligt.**
 13. **Ein neues Gleichstellungs-gesetz, in dem neben dem Grundsatz der Gleichstellung**
- Maßnahmen verankert werden, wie die tatsächliche Gleichstel-lung in allen Bereichen des Lan-des gesichert und gefördert werden kann.
Für das Recht der Frauen auf selbstbestimmte Schwanger-schaft und Konzentration auf soziale Hilfe und Beratung der Frauen, die freiwillig und ohne Diskriminierung gewährt werden sollen.
14. **Ausarbeitung eines inte-grierten Verkehrskonzepts**
Keine Unterstützung für den Bau der A 20, des Transrapid sowie der Ost-Trasse der A 241. Aus-arbeitung eines Programms zur Flächensanierung von Alt-Indu-strie-Standorten sowie der frü-her militärisch belegten Flächen.
 15. **Novellierung der Rechtsvor-schriften zur Vermeidung von Abfall und Müll, Erhöhung der Landesmittel für Abfallbehand-lung.**
Vorrangige Förderung von de-zentralen Abwasseranlagen. Prüfung der bisher geplanten Größenordnung für das Zwi-schenlager für atomaren Abfall im ehemaligen KKW Greifswald.
Gesetzgeberische Einführung der Verbandsklage.
 16. **Ein Schulgesetz für die Verwirklichung des Rechts auf chancengleiche Bildung mit den besonderen Schwerpunkten:**
- Einführung eines modernen Bildungssystems ohne Haupt-schulen mit gemeinsamem Un-terricht bis Klassenstufe 6 und danach folgendem Kurssystem sowie einem festen Platz für die Gesamtschule im Bildungssy-tem.
- Senkung der Pflichtstunden-zahl für Lehrerinnen und Lehrer. Erarbeitung eines neuen Lan-deshochschulgesetzes mit dem Schwerpunkt der Stärkung der Hochschulautonomie und größeren Mitspracherechten der Studenten und Mitarbeiter in der Selbstverwaltung.

17. Gesetzliche Verankerung der Kulturpflicht des Landes sowie Erhöhung der Landesmittel zur Kulturförderung auf 3 %.

18. Auf dem Gebiet der inneren Sicherheit steht die soziale und gesellschaftliche Prävention gegen Kriminalität und Gewalt im Vordergrund.

Das Land wendet sich gegen die Einführung des großen Lauschangriffs. Es unterstützt eine bürgernahe Arbeit der Polizei vor Ort, insbesondere durch Abschnittsbevollmächtigte der Polizei in den Gemeinden und städtischen Wohngebieten. Die Privatisierung von Polizeiaufgaben wird abgelehnt. Die Befugnisse des Verfassungsschützes sind zu begrenzen. Das Land wirkt auf die Abschaffung von Geheimdienstaktivitäten hin.

19. Die Diskriminierung von DDR-Bürgern ist einzustellen. Die Ausgrenzung von zu Unrecht Entlassenen aus dem öffentlichen Dienst wird abgeschafft, und sie erhalten die Chance zur Wiederezulassung.

20. Das Land leitet Schritte beim Bund ein, das diskriminierende Rentenstrafrecht zu beseitigen.

21. Das Land gewährleistet eine Ausländerpolitik mit dem Ziel einer weitgehenden rechtlichen und realen Gleichstellung. Es wird eine Rechtsänderung und -bereinigung durchgeführt. Diskriminierende Bestimmungen werden aus Landesgesetzen und Rechtsvorschriften entfernt.

Die Regierung setzt sich beim Bund ein für

- * ein Antidiskriminierungsgesetz,
- * das aktive und passive Wahlrecht für in Deutschland lebende ausländische Bürgerinnen und Bürger,
- * neue rechtliche Regelungen zur wesentlichen Erleichterung des Erwerbs doppelter Staatsbürgerschaft,
- * eine grundsätzliche Änderung der Regelung der deutschen Staatsbürgerschaft.

22. Ausgehend von den bis-

herigen Änderungen des Sachen- und des Schuldrechts zu Eigentums-, Besitz- und Nutzungsfragen setzt sich das Land beim Bund für folgende weitergehende Regelungen ein:

- Streichung der Stichtagsregelung im Vermögensgesetz und strikte Einzelfallprüfung hinsichtlich des unredlichen Erwerbs,
- Anerkennung der bis zum 2. Oktober 1990 getätigten, notariell beglaubigten Haus- und Grundstückskäufe,
- Gleichstellung der bis zum 30.06.1990 geschlossenen Vereinbarungen über Grundstücke mit den notariell beurkundeten Kaufverträgen,
- Einführung einer Kappungsgrenze in das Sachenbereinigungsgesetz für Ankaufspreis bzw. Erbbauzins bei Bodenwerten größer als 100 DM/qm,
- Erhöhung der unter den hälftigen Ankaufswert bzw. vergünstigten Erbbauzins fallenden Fläche von 500 qm auf 800 qm,
- Übernahme aller Überlassungsverträge für Wohnzwecke in das Sachrechtsbereinigungsgesetz,
- Aufnahme von Entschädigungsregelungen für den Fall, daß der jetzige Eigenheimbesitzer auf den weiteren Besitz verzichtet oder ihn aufgeben muß,
- Anpassung der Nutzungsentgeltverordnung an die tatsächlichen Einkommensverhältnisse der betroffenen Schicht ostdeutscher Nutzer unter Einführung einer Kappungsgrenze für Ballungsgebiete,
- Generelle Zulassung von Unterpachtverhältnissen,
- im Falle der Kündigung durch den Nutzer Gleichstellung seiner Rechte mit denen des durch den Eigentümer gekündigten Nutzers,
- Aufnahme eines Ankaufsrechts für die Nutzer in das Schuldrechtsänderungsgesetz entsprechend dem Sachenrechtsänderungsgesetz.

23. Das Land tritt gegen militärische Tiefflüge und den Ausbau von Militärstandorten in Mecklenburg-Vorpommern ein. Verbot von Rüstungsproduktion und Waffenhandel
Das Land unterstützt die kommunalen Bemühungen in Warshof, ein Symbol für erfolgreiche Konversion und Friedenspolitik zu schaffen.

Dokument 37

»Wir schauen nicht tatenlos zu.« Die SPD will die Bundesregierung zu Entscheidungen zwingen. Ein ZEIT-Gespräch mit Rudolf Scharping. In: »Die Zeit« vom 21. Oktober 1994. S. 4/5.

ZEIT: Herr Scharping, die SPD hat knapp drei Prozentpunkte dazugewonnen, die Koalition kräftig verloren. Dennoch regiert Helmut Kohl weiter. Was ist nun mit dem „Kanzlerwechsel“?

Scharping: Es war schwierig, es beim ersten Versuch zu schaffen. Wir haben einen sehr engagierten Wahlkampf geführt, trotz der Schwächen, die wir unbestreitbar im Frühjahr und im Frühsommer hatten. Wir haben das Ziel des Kanzlerwechsels nicht erreicht, aber unsere strategische Ausgangsposition erheblich verbessert.

ZEIT: Inwiefern?

Scharping: Erstens ist der Vorsprung an Mandaten für Herrn Kohl sehr gering. Zweitens hat er sich mit den Spekulationen über seine Amtszeit selbst zur Disposition gestellt. Drittens hat diese Koalition keine innere politische Substanz. Und viertens steht sie einer sehr starken sozialdemokratischen Opposition und einer gestärkten sozialdemokratischen Mehrheit im Bundesrat gegenüber.

ZEIT: Wie hoch ist aus Ihrer Sicht die Stimmdifferenz zwischen Regierung und Opposition? Zehn oder – ohne PDS – vierzig Stimmen?

Scharping: Die Koalition hat vier Mandate mehr, als zur Kanzlermehrheit erforderlich sind. Das ist das eine Datum. Im übrigen rechne ich, als strategische Orientierung für die Zukunft, den Abstand zwischen CDU/CSU und FDP auf der einen Seite und SPD und Grünen auf der anderen Seite. Das sind 4,7 Prozent, der geringste Abstand seit vielen Jahren. Es gab bei dieser Wahl einen Swing von über 12 Prozent: Die Koalition hat 6,4 Prozent verloren, SPD und Grüne zusammen haben 6,4 Prozent gewonnen. Bei der nächsten Wahl reicht ein Swing von drei Prozent, um veränderte Mehrheiten herbeizuführen.

ZEIT: Wie wird Ihre Oppositionsstrategie aussehen? Die ersten Stichworte nach der Wahl lauteten: Wir warten mal ab, wie diese Regierung über die Runden kommt. Sehr offensiv klingt das nicht.

Scharping: Das „Abwarten“ bezieht sich auf die Bildung der Bundesregierung und den Inhalt ihrer Vereinbarungen. Das heißt nicht, daß man sich hinsetzt und tatenlos zusieht. Wir werden diese Koalition, wenn sie denn zustande gekommen ist, mit Initiativen aus der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion sehr schnell zu Entscheidungen zwingen, und zwar bei den zentralen Themen unseres Landes: Wir müssen international wettbewerbsfähiger werden, wir müssen die ungerechte Steuerpolitik korrigieren, und wir müssen unserer Verantwortung gegenüber der Zukunft gerecht werden, indem wir den Schutz von Umwelt und Natur verbessern. Dazu wird es sehr schnell entsprechende Initiativen der SPD im Bundestag geben.

ZEIT: Was als erstes?

Scharping: Die erste Initiative wird einem breiten Bündnis gegen die Arbeitslosigkeit dienen.

ZEIT: In Ihrer neuen Doppelrolle als Oppositionsführer und SPD-Parteivorsitzender könnten Sie leicht in eine Zwickmühle geraten. Im Bundestag bringen Sie die Positionen der sozialdemokratischen Fraktion ein, im Bundesrat aber neigen auch die SPD-geführten oder reinen SPD-Regierungen aus Eigeninteresse zum Kompromiß mit der Regierung.

Scharping: Diesen Konflikt hat es in den letzten fünfzehn Monaten nicht mehr gegeben, und den wird es auch in der nächsten Legislaturperiode nicht geben. Ich schließe nicht aus, daß hier und da einmal Länderinteressen sozialdemokratische Initiativen im Bund berühren können. Aber in den zentralen Punkten wird es eine enge Koordination geben. Ich bestreite nicht, daß wir hier und da einmal zu Kompromissen gezwungen sein werden. Wo die Regierung den Weg in die sozialen Ungerechtigkeiten fortsetzt oder ökologisch falsche Politik treibt, wird es ein hartes Nein geben.

ZEIT: Sie müssen sich irgendwann mit der Bundesregierung einigen, beispielsweise in der Steuerpolitik. Da können Sie nicht einfach sagen: Zurück, bitte Neuvorlage!

Scharping: Diesen Einigungszwang sehe ich nicht.

ZEIT: Nehmen wir die steuerliche Freistellung des Existenzminimums: Ab 1996 muß laut Bundesverfassungsgericht eine neue Regelung gelten. Da kann der Bundesrat nicht auf Zeit spielen.

Scharping: Da geht es auch nicht um das Spielen auf Zeit. Die Koalition hat vor der Wahl schlicht verschwiegen – ich behaupte: mit der Absicht der Täuschung –, was da finanziell auf uns zukommt. Wenn ihre Vorschläge unbefriedigend sind, werden wir sie ablehnen. Wir sind nicht gezwungen, Kompromißvorschläge zu machen.

ZEIT: Fürchten Sie nicht die Rolle des „Neinsagers“?

Scharping: Weshalb? Ich nehme einmal ein anderes Beispiel: Wenn wir verhindern, daß Menschen, die dreißig Jahre oder länger in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt haben, jetzt die Arbeitslosenhilfe bereits nach zwei Jahren gestrichen wird, wie die Koalition es will, werden uns die Betroffenen und alle sozial verantwortlichen denkenden Menschen dankbar sein.

ZEIT: Steht es also fest, die geplante Kürzung der Arbeitslosenhilfe um vier Milliarden Mark wird im Bundesrat scheitern?

Scharping: Wie will Herr Waigel da Zustimmung bekommen? Ich muß abwarten, wie sich neue Länderregierungen in Thüringen und in Mecklenburg-Vorpommern dazu stellen. In der

Vergangenheit haben die ostdeutschen Landesregierungen das aber wie die westdeutschen geschlossen abgelehnt. Ich hoffe, daß es dabei bleibt.

ZEIT: Und wenn die Regierung dann kontert: Die SPD wirft uns massive Verschuldung vor, blockiert uns aber gleichzeitig die Finanzierung?

Scharping: Sie soll doch erst einmal die geltenden Steuergesetze durchsetzen. Die Allgemeinheit wird durch Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug um Milliarden betrogen. Da sehe ich nicht ein, daß soziale Leistungen ins Visier genommen werden.

ZEIT: Oskar Lafontaine hat vor der Wahl gesagt: Bei Einsparungen muß alles auf den Prüfstand. Gilt diese Aussage noch?

Scharping: Natürlich. Man muß die Zielgenauigkeit von staatlichen Leistungen überprüfen. Wir haben doch selbst eine soziale Leistung auf den Prüfstand gestellt, nämlich die staatlichen Leistungen für Kinder und deren Eltern. Wir sind der Auffassung, daß dieses System aus einem sehr bescheidenen Kindergeld und steuerlichen Freibeträgen, die hohe Einkommen besonders stark begünstigen, nicht mehr akzeptabel ist. Auch die steuerlichen Vorteile, die sich aus der bloßen Tatsache des Verheiratetseins ergeben, müssen begrenzt werden.

ZEIT: Aber sind Sie dazu bereit, die überhöhten Staatsausgaben durch echte Einschnitte beim Sozialen zu dämpfen?

Scharping: Ich sehe dazu im Augenblick weder Bedarf noch Raum, schon gar nicht, solange in anderen Bereichen nicht konsequent gegen Mißbrauch und das schamlose, zum Teil rechtswidrige Ausnutzen steuerlicher Möglichkeiten vorgegangen wird. Es wird auch entscheidend darauf ankommen, ob der Staat selbst endlich mehr Effizienz und mehr Sparsamkeit praktiziert.

ZEIT: Wenn die Mehrheit der SPD-geführten Länder im Bundesrat ein Vorhaben der Koalition ablehnt, wird es häufig im Vermittlungsausschuß enden. Gehen wir in eine Phase der heimlichen großen Koalition?

Scharping: Nein, ganz sicher nicht. Der Vermittlungsausschuß wird nicht zu einer Art Neben- oder Ersatzregierung werden, denn Demokratie lebt von der Durchschaubarkeit von Entscheidungsprozessen. Es wird Situationen geben, in denen man gar nicht erst den Versuch macht, eine völlig unzureichende Gesetzgebung der Koalitionsmehrheit durch Kompromisse abzumildern oder zu korrigieren. Man lehnt sie dann ab, Punkt.

ZEIT: Wie lange wird aus Ihrer Sicht die Regierung halten? Vier Jahre?

Scharping: Dazu gebe ich keine Prognose ab. Ich bin nur sicher, daß wegen der zahlreichen inhaltlichen Differenzen innerhalb der Koalition Schwierigkeiten für die Regierung entstehen. Dann werden wir sehen, wie die nächsten Landtagswahlen ausgehen. Die FDP ist bereits aus vielen Landtagen geflogen. Das kann sich fortsetzen.

ZEIT: Aber im Bund ist sie für vier Jahre noch einmal gewählt.

Scharping: Im Bund hat sich die Situation für die FDP eigenartig verändert. In der vergangenen Legislaturperiode hatte sie politisch und rechnerisch keine Alternative zur Koalition mit der CDU. Jetzt ist sie fast halbiert worden und hat nur mit Leihstimmen überlebt. Aber im Gegen-

satz zur zwölften Wahlperiode hat sie im kommenden Bundestag andere Möglichkeiten.

ZEIT: Sie kann an die Seite von SPD und Grünen wechseln. Aber ist das mehr als Theorie?

Scharping: Die Frage muß Herr Kinkel mit seinen verbliebenen Mannen beantworten. Ich beschreibe nur den Zustand, wonach für die FDP eine jedenfalls theoretische Möglichkeit besteht, eigenständige Positionen deutlicher zu machen. In keiner Weise will ich damit signalisieren, wir warteten jetzt gewissermaßen darauf, daß die FDP so wie 1982 die Koalition verläßt, um die Wahl eines anderen Bundeskanzlers zu ermöglichen. Ich will klarmachen: Es gibt mehrere Möglichkeiten. Und dabei darf man denkbare Neuwahlen nie vergessen.

ZEIT: Können Sie sich einen Regierungswechsel in dieser Legislaturperiode ohne Neuwahlen überhaupt vorstellen?

Scharping: Das schon, aber das ist wenig wünschenswert.

ZEIT: Was die „Bewegungsspielräume“ in der Koalition angeht: Auch die Union hat eine andere Möglichkeit, nämlich Ihnen ein Angebot zu machen. Wären Sie zu Gesprächen über eine große Koalition bereit?

Scharping: Das ist nur eine theoretische Möglichkeit. Und warum soll ich mich jetzt über höchst theoretische Möglichkeiten unterhalten?

ZEIT: Sagen Sie „theoretisch“, weil Sie jetzt nichts dazu sagen wollen oder weil Sie glauben, der Fall wird nicht eintreten?

Scharping: Aus beiden Gründen.

ZEIT: Sollte der Wechsel erst 1998, in der nächsten Bundestagswahl, möglich sein, treten Sie dann wieder an?

Scharping: Ja, ganz sicher.

ZEIT: Bedarf es dazu noch eines Beschlusses der Partei?

Scharping: Selbstverständlich. Niemand wird den Ereignissen des Jahres 1997/98 vorgreifen wollen. Aber wenn sich die Dinge normal entwickeln, dann wird das so sein.

ZEIT: Wird das ein Soloakt des Kandidaten Scharping, oder kommt wieder die Troika?

Scharping: Die Troika ist eine langfristig angelegte Zusammenarbeit zwischen mir, Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder. Dabei bleibt es. Für konkrete Aussagen über die nächste Wahlkampagne der SPD ist es jetzt wirklich zu früh.

ZEIT: Wie pflegen Sie die empfindsamen Egos der beiden Herren, die nun in ihre Länder zurückkehren, während Ihnen die bundespolitische Bühne allein gehört?

Scharping: So empfindsam sind die gar nicht. Ich habe gesehen, daß man eine gewisse Zeit braucht, um einen auf Kooperation und auf Teamgeist orientierten Führungsstil durchzusetzen. Aber anders kann ich mir moderne Führung weder in einer Demokratie noch in einem Unternehmen vorstellen. Die hierarchischen oder autoritär strukturierten Modelle sind verbraucht.

ZEIT: Heißt das konkret: kein Vorschlag zur Finanzpolitik, der nicht vorher mit Lafontaine abgestimmt ist?

Scharping: Sinnvollerweise mit ihm und allen anderen, die in der Finanzpolitik Kompetenz und Verantwortung haben.

ZEIT: Wo bleibt Lafontaines Sonderrolle?

Scharping: Über die Troika haben wir ja gesprochen. Und im Sommer 1993 habe ich gesagt: Es wird eine starke Achse zwischen Rudolf Scharping und Oskar Lafontaine geben. Das gilt.

ZEIT: Auch für Schröder, den Dritten im Bunde? Bleibt für ihn eine bundespolitische Rolle?

Scharping: Gerhard Schröder ist eine starke politische Persönlichkeit. Ich habe schon gesagt: Wir drei bleiben zusammen. Was das jetzt im einzelnen bei dieser oder jener Entscheidung konkret bedeutet, wird man dann sehen.

ZEIT: Was wird aus Ihrem Schattenkabinett und dem Beraterteam?

Scharping: Die Mitglieder des Regierungsteams tragen, soweit sie aus den Ländern kamen, an anderen Stellen Verantwortung. Mit ihnen werde ich weiter eng zusammenarbeiten, genauso wie mit den anderen, die jetzt Mitglied der Bundestagsfraktion sind. In welchen Rollen, das wird sich in den nächsten Wochen herausstellen. Und was die Berater angeht: Es tut der Politik gut, wenn sie Sachverstand von außen heranzieht. Dabei werde ich auch auf die Menschen zurückgreifen, die ich für den Fall meiner Kanzlerschaft genannt hatte.

ZEIT: Frau Steilmann, Herrn Goeudevert, Jens Reich?

Scharping: Sicher, und viele andere auch: beispielsweise die Vorsitzenden der einzelnen Gewerkschaften oder wichtige Unternehmerpersönlichkeiten, auch solche, die nicht das sozialdemokratische Parteibuch in der Tasche tragen.

ZEIT: Ihr Verhältnis zu den Unternehmern war schon besser.

Scharping: Man darf die deutsche Wirtschaft nicht mit einigen wenigen Verbandsspitzen verwechseln. Das Vertrauen in die wirtschaftliche Kompetenz der Sozialdemokratie, gerade was Unternehmensvorstände und Manager angeht, ist nach wie vor gut. Wir stehen in regem Kontakt mit den unterschiedlichsten Vertretern der Wirtschaft. Wir haben allerdings vereinbart, das unter uns zu behalten, insofern hat das an Neuigkeitswert verloren. Ich habe in meiner Zeit als Oppositionsführer in Rheinland-Pfalz einen Wirtschaftsrat gebildet, aus dem wurde ein Zusammenschluß von Unternehmen, wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen und Mitgliedern der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Ich kann mir lebhaft vorstellen, daß man das auf Bundesebene ähnlich macht.

ZEIT: Noch einmal zum Wahlkampf. War es unter dem Strich ein Fehler, kurz vor der Bundestagswahl in Sachsen-Anhalt eine rotgrüne Minderheitsregierung zu bilden, die auf Duldung durch die PDS angewiesen ist?

Scharping: Das war sehr zwiespältig. Auf der einen Seite war es sachlich notwendig, aus dem Wahlergebnis die für das Land Sachsen-Anhalt angemessenen Konsequenzen zu ziehen. Es hat auf der anderen Seite der CDU eine unanständige, am Ende in den Wirkungen allerdings auch verpuffende Verleumdungskampagne ermöglicht. Das hat das politische Klima sehr belastet und wird manches auch in Zukunft schwierig machen. Ich sage allerdings in aller Deutlichkeit: An der Lösung in Sachsen-Anhalt führte kein Weg vorbei. Die Verfassung dieses Landes sieht vor, daß der Ministerpräsident im dritten Wahlgang mit der relativen Mehrheit der Stimmen gewählt werden kann. Diese Mehrheit hatte Reinhard Höppner mit seinen Koalitionspartnern von Bündnis 90/Die Grünen. Das unterscheidet die Situation des Landes Sachsen-Anhalt übrigens prinzipiell

von der Situation in Thüringen und in Mecklenburg-Vorpommern.

ZEIT: Wird die SPD in Mecklenburg-Vorpommern mit PDS-Hilfe regieren, womöglich gegen den Willen des Parteivor-sitzenden?

Scharping: Es bleibt dabei, es wird keine Zusammenarbeit mit der PDS geben.

ZEIT: Wahlkämpfe sind häufig auch Lernprozesse. Was haben Sie in Ihrer ersten Bundestagswahl gelernt, Herr Scharping?

Scharping: Wenn ich an die Entwicklung der letzten Wochen vor dem Wahltag denke, so bleibt für mich ein Phänomen: Wir haben in Deutschland eine Öffentlichkeit, die es zuläßt, daß sich der Kanzler jeder politischen Debatte entzieht und wie ein Patriarch agiert, nicht wie der Inhaber des verantwortungsvollsten politischen Amtes, das wir zu vergeben haben.

ZEIT: Das wird sich in den nächsten vier Jahren nicht notwendigerweise ändern. Woher nehmen Sie also Ihren Optimismus, daß sich die Lage für Sie bis 1998 verbessert?

Scharping: Ich bin jetzt im Deutschen Bundestag. Ich bin der erste Politiker in Deutschland, der ein staatliches Amt wegen seiner Kandidatur für den Bundestag bereits vor der Wahl aufgegeben hat. Dort wird Herr Kohl zum Ausweichen schlechtere Möglichkeiten haben als im Fernsehen.

ZEIT: Die Erfahrung lehrt freilich: Der Bundestag ist nicht notwendigerweise der Ort der politischen Debatte, auf den die Nation blickt.

Scharping: Das könnte er doch wieder werden.

Das Interview führten Thomas Hanke und Werner A. Perger

„Es bleibt dabei,
es wird keine
Zusammenarbeit
mit der PDS geben“

Dokument 38

Notwendige Klarstellungen. Positionspapier der SPD Mecklenburg-Vorpommerns zu den Sondierungen mit der PDS. In: »Offenes Blatt«, Nr. 10, 1994. S. 6.

1. Die Grundrechte und die in den Artikeln 20 und 28 des Grundgesetzes festgelegten Grundsätze werden als unabänderlicher Rahmen für die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern und als Grundlage aller Politik in Mecklenburg-Vorpommern anerkannt.

Das bedeutet im einzelnen:

- Ein klares Bekenntnis zu den Menschenrechten,
- Bindung von Gesetzgebung, vollziehender Gewalt und Rechtssprechung an die Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht,
- die Ausübung der Staatsgewalt, die vom Volke ausgeht, in Wahlen und Abstimmungen,
- die Ausübung der Staatsgewalt, die vom Volke ausgeht, durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtssprechung (Gewaltenteilung),
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtssprechung an Gesetz und Recht. Die Nichtbeachtung der Grundrechte und der vorgenannten Grundsätze war eine wesentliche Ursache für die Fehlentwicklung in der DDR.

Die Opfer dieser Fehlentwicklung haben Anspruch auf Rehabilitierung und Wiedergutmachung.

2. Die SPD erwartet, daß sich die PDS ohne Wenn und Aber zu der durch Volksabstimmung legitimierten Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern bekennt und auf ihre Forderung verzichtet, neben den gesetzlichen Verfassungsorganen

sogenannte Runde Tische einzurichten. Die Runden Tische haben in der Phase des Übergangs von der SED-Diktatur zur Demokratie eine wichtige Rolle gespielt. Ihre Aufgabe ist nun auf die demokratisch gewählten Volksvertretungen im Land und in den Kommunen übergegangen.

3. Die SPD erwartet von der PDS die öffentliche Erklärung, daß die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED im Jahre 1946 Unrecht war und nur unter Androhung von Gewalt zustande gekommen ist. Die Ausschaltung der SPD im Jahre 1946 wird von der PDS als ein historischer Fehler bewertet, durch den die Demokratie beseitigt und die Diktatur ermöglicht wurde. Die PDS wird sich für die Verfolgung der Sozialdemokraten in der DDR entschuldigen.

4. Die Kräfte, die die o. g. Grundrechte und Grundsätze nicht anerkennen, wie die Kommunistische Plattform, Anarchisten u. ä. Gruppen, dürfen keinen Einfluß auf die Politik des Landes Mecklenburg-Vorpommern bekommen. Parlamentarische Demokratie und Kommunismus sind unvereinbar.

Dokument 39

Erklärung des PDS-Landesvorsitzenden Helmut Holter, und des Vorsitzenden der PDS-Fraktion, Johann Scheringer. In: »Offenes Blatt«. Nr. 10, 1994. S. 6/7.

ng beginnt



In dem Gespräch zwischen PDS und SPD am 25.10.1994 hat die SPD den Gesprächsteilnehmern der PDS ein Vierpunktepapier "Notwendige Klarstellungen" übergeben.

In dem Papier werden Grundfragen des Umgangs zwischen beiden Parteien und der Bewertung von historischen Prozessen aufgeworfen, an deren weiterer Beratung sich beide Seiten interessiert zeigten.

Es ist vereinbart, zu den auf-

geworfenen Problemen Gespräche zu führen. Als Vorsitzender des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern der PDS sowie als Vorsitzender der PDS-Landtagsfraktion begrüßen wir die Vereinbarung, Gespräche zu führen.

In dem Gespräch am 25.10.1994 wurde beiderseits erklärt, daß die Frage der Regierungsbildung nicht mit der Frage eines möglichen Dialogs über die in dem Papier aufgeworfenen Proble-

me unmittelbar zu verknüpfen ist. Es ist von Seiten der SPD keinerlei ultimative Erklärung abverlangt worden. Die Gesprächsteilnehmer der PDS haben sich zu allen vier Punkten des Papiers gegenüber den Vertretern der SPD geäußert, und zwar im Bewußtsein, die Möglichkeiten für weitere Gespräche auch über die Regierungsbildung offenzuhalten und zu befördern.

Mit diesem Ziel hat die PDS in die Erörterung den Be-

schluß des Landesparteitages eingebracht: "Regieren wie am Runden Tisch", ein 23-Punkte-Papier, in dem die inhaltlichen Vorstellungen des PDS-Landesverbandes enthalten sind. Es handelt sich um Positionen, die die PDS im Falle einer SPD-Minderheitsregierung unterstützen würde.

Auch dieses Dokument ist sachlich, kritisch und ehrlich erörtert worden.

Zu den vier Punkten des

SPD-Papiers "Notwendige Klarstellungen" erklären wir:

1. Die PDS steht auf dem Boden des Grundgesetzes und der Landesverfassung. Sie ist eine die Landesverfassung konstituierende politische Kraft und hat sich ohne Vorbehalt, ohne Wenn und Aber aktiv an deren Ausarbeitung beteiligt.

Die PDS achtet die verfassungsmäßigen Grundrechte und die in den Artikeln 20 und 28 des Grundgesetzes verankerten Grundsätze, die sie für unveräußerlich hält. Wir teilen den Standpunkt, daß die Nichtbeachtung von Grundrechten sowie unkontrollierte und unkontrollierbare diktatorische Machtausübung eine wesentliche Ursache für die Fehlentwicklung und den Untergang der DDR waren.

Die Opfer dieser Fehlentwicklung haben Anspruch auf Rehabilitation.

2. Die PDS bekennt sich zur Landesverfassung, an deren Ausarbeitung sie beteiligt war und die durch den Volksentscheid vom 12. Juni 1994 beschlossen ist. Die PDS hat im Zusammenhang mit der Diskussion um die Regierungsbildung nicht die Absicht, "Runde Tische" als Institutionen zu errichten und damit die gewählten Vertretungen auszuhöhlen oder abzuwerten. Sie ist allerdings der Auffassung, daß es im Interesse eines politischen Kurswechsels im Lande und der Möglichkeit einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung nötig ist, einen Stil des Regierens im Geiste der Runden Tische von 1989/90 einzuführen: Umfassende Konsultation der im Parlament vorhandenen Kräfte

und der außerparlamentarischen Kräfte mit dem Ziel der Konsensbildung, mehr Demokratie wagen, Integration befördern, Transparenz von Parlament und Verwaltung. Insbesondere könnten damit auch die politischen Kräfte Berücksichtigung erfahren, die nicht mehr im Landtag vertreten sind.

Die PDS vertritt die Meinung und setzt sich weiter dafür ein, daß die Landesverfassung nachgebessert werden sollte: durch die verbindlichere und stichhaltigere Verankerung sozialer Rechte als Staatsziele, wie sie die Brandenburger Landesverfassung enthält, durch erleichterte Bedingungen für das Zustandekommen demokratischer Entscheidungen im Sinne direkter Demokratie, d. h. Plebiszite, Referenden u. ä., durch weitergehende Bestimmungen über die Öffentlichkeit des Parlaments und der Verwaltung, durch erweiterte Akteneinsichtsrechte und die Möglichkeit der Verbandsklage.

Die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit solcher Veränderungen könnte nach Ansicht der PDS durch eine Sachverständigengruppe geklärt werden.

Die PDS setzt dabei auf Sachlichkeit.

Im übrigen gestattet es die Landesverfassung ausdrücklich den politischen Kräften, nach Verfassungsänderungen zu streben und dazu die entsprechenden Mehrheiten zu bilden. Darauf verweist beispielsweise direkt die Präambel, in der ausdrücklich als Aufgabe der Zukunftsgestaltung bezeichnet ist "ein sozial gerechtes Gemeinwesen zu schaffen ...". Dieser Auftrag der Landesverfassung ist aus unserer Sicht nach wie vor unzulänglich erfüllt und harret der Gestal-

tung.

3. Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED im Jahre 1946 verlieh dem Streben sehr vieler Mitglieder der beiden Parteien nach Gemeinsamkeit und organisatorischer Einheit als Lehre aus dem Faschismus Ausdruck. Ebenso gab es viele Mitglieder der SPD und KPD, die die Vereinigung nicht wollten. Sie wurden erheblichem und ungerechtfertigtem Druck ausgesetzt.

Ob das Wort von der "Zwangvereinigung" gerechtfertigt ist, sollte die Diskussion zwischen den Parteien unter Hinzuziehung von Historikern klären.

Es ist bittere historische Wahrheit, daß durch maßgebliche Kreise der SED während und nach der Vereinigung von 1946 Sozialdemokraten Verfolgungen und Repressalien erleiden mußten sowie aus dem politischen Leben ausgeschaltet wurden. Die PDS insgesamt wie auch der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern haben auf Parteitagern seit 1990 in Erklärungen und Verlautbarungen ihr Bedauern hierüber und ihre Entschuldigung dafür zum Ausdruck gebracht. Wir verweisen in diesem Zusammenhang darauf, daß nicht wenige Kommunisten nach 1945 von denselben oder ähnlichen Repressalien und Verbrechen betroffen wurden, wie Mitglieder und Funktionäre der SPD.

Als Rechtsnachfolgerin der SED bekennt die PDS ihre Verantwortung auch dafür und weiß sie, daß sie diese, ihre Verantwortung, nur durch eigene Erneuerung und glaubhaftes demokratisches Wirken abtragen kann. Dazu hat sie den festen Willen.

Die PDS betrachtet die

Drangsalierung von Sozialdemokraten - wie jegliche politische Ausgrenzungen - als mit ihrer Programmatik und ihrem Wollen für unvereinbar.

Wir vertreten die Auffassung, daß die historischen Prozesse der Vereinigung und der Nachfolgezeit weiter untersucht werden müssen und auch die historischen und aktuellen Bewertungen geprüft werden sollten.

Wir teilen die Auffassung, daß es bei der Vereinigung von KPD und SPD und in der Folgezeit schwerwiegende politische Einstellungen und Entartungen gegeben hat.

4. Die PDS ist eine demokratische und pluralistische Partei, in der es Plattformen, Strömungen und Flügel gibt. So gibt es z. B. eine kommunistische ebenso wie eine sozialdemokratische und ökologische Plattform.

Dies steht in völliger Übereinstimmung mit dem Programm und Statut der PDS, die keine Ausgrenzung von Strömungen zulassen, soweit und solange diese sich an die Beschlüsse der Partei halten.

Obwohl der vieldeutig gebrauchte Begriff "Kommunismus" durch die Praxis und das Scheitern des Staatssozialismus sowie durch den Stalinismus schwer diskreditiert worden sind, gibt es keinen Grund, Kommunisten generell die Fähigkeit abzusprechen, Demokraten zu sein. Sie sind wie andere Menschen lern- und erkenntnisfähig, um aus Vergangenen und eigenem Erleben entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Helmut Holter
Johann Scheringer

Dokument 40

PDS nicht ausgrenzen. MORGENPOST-Interview mit Egon Bahr. In: »Mecklenburger Morgenpost« vom 28. Oktober 1994.

Hamburger SPD-Politiker stellt aber Vorbedingungen an Gysi-Partei

Fallen die Schranken zur PDS?

Bahr: Die Schranken des Nicht-Sprechens ja. Die Schranken für eine Koalition nein.

Wie weit dürfen Kontakte zur PDS gehen?

Bahr: Die PDS müßte zwei Dinge nachweisen: Daß sie sich von kommunistischen Grundauffassungen trennt und daß sie die Vergangenheit nicht nur verbal bedauert. Beispiel: die Zwangsverschmelzung von SPD und KPD zur SED.

Wenn die PDS das erfüllt, wäre sie in den Zirkel der demokratischen Parteien aufgenommen?

Bahr: Das müßte dann so sein. Das ist dann eine sehr linke Partei, aber eine demo-

kratische Partei. Ich kann ja nicht einmal was dagegen haben, wenn es noch ein paar verrückte Kommunisten gibt. Die gibt es in anderen Ländern auch. Wir müssen lernen, mit Kommunisten und Ex-Kommunisten umzugehen, sie für die Demokratie zu gewinnen. Ganz besonders, wenn unser Ziel die innere Einheit und Aussöhnung bleibt.

Haben ostdeutsche SPD-Politiker ein offeneres Verhältnis zur PDS?

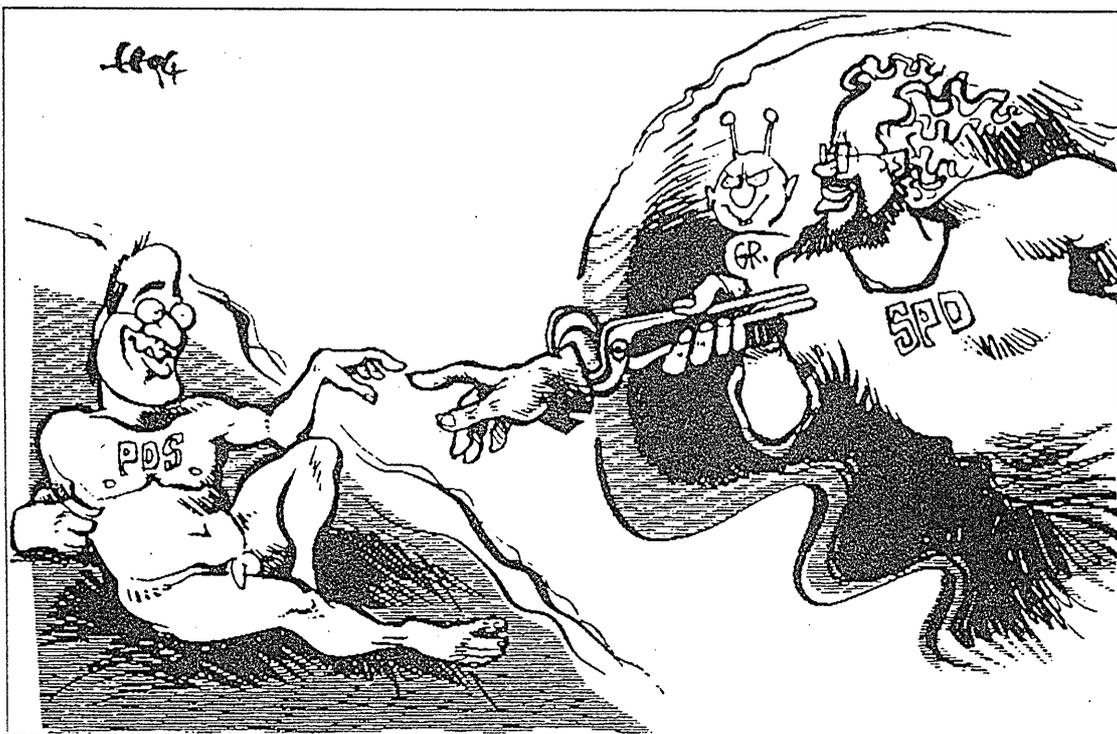
Bahr: Ich würde sagen: realistischer. Denn an 20 oder mehr Prozent der Wähler kann man nicht einfach vorbeiregieren. Und es wird ja irgendwann schizophoren, wenn man sagt: Auf der lokalen Ebene geht es nicht ohne

die PDS, und auf der Landesebene wird sie mit einem Bann belegt. Das fände ich undemokratisch. Denn ich muß ja respektieren, was Menschen gewählt haben, die mit Sicherheit nicht Kommunisten sind.

Ist eine Zusammenarbeit in Einzelfragen möglich?

Bahr: Wenn eine CDU-Regierung bei einem Gesetz die Zustimmung von SPD und PDS kriegt, ist doch alles in Ordnung. Und wenn eine SPD-Regierung die Zustimmung von CDU und PDS kriegt, ist doch auch alles in Ordnung. Wir werden doch nicht so tun, als gäbe es die PDS-Stimmen nicht, wir werden sie doch mitzählen.

Interview: C.P. Tiemann



Dokument 41

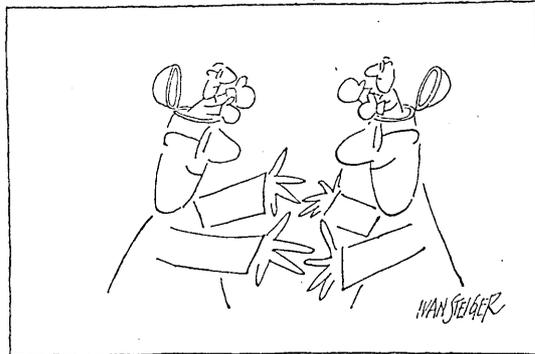
Günter Bannas: SPD-Linke streitet über Umgang mit der PDS. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 31. Oktober 1994. S. 6.

Kooperation, Konkurrenz, Integration

HANNOVER, 30. Oktober. Eine gemeinsame Haltung, wie sich die SPD gegenüber der PDS verhalten solle, hat der linke Flügel der Sozialdemokratie nicht. Auf einem Treffen des »Frankfurter Kreises«, in dem sich SPD-Linke lose organisiert haben, wurde am Wochenende in Hannover freilich deutlich, daß die Konsens-Formel »keine Ausgrenzung der PDS« mancherlei Kooperationsmöglichkeiten eröffnen soll, deren Details noch in der Zukunft liegen. Die Parteilinke versteht unter diesem Begriff etwas anderes als der Parteivorsitzende Scharping, der sich auch gegen eine »Ausgrenzung« der PDS wendet, Bündnisse mit ihr aber ausschließt. Sie schaut eher auf die beiden anderen »Troika-Mitglieder«, Schröder und Lafontaine, von denen es in der Partei heißt, sie hätten Harald Ringstorff vor den Gesprächen in Mecklenburg-Vorpommern telefonisch bestärkt, es durchaus mit der PDS zu versuchen, derweil Scharping deswegen Krach in der SPD angekündigt hatte.

Drei Linien wurden auf dem Treffen der etwa 200 SPD-Linken kenntlich gemacht. Machtpolitische Pragmatiker aus der Schule Schröders plädierten für Bündnisse, wenn es die Mehrheitsverhältnisse hergäben und es der SPD nutze. Es schien – abgestimmt wurde nicht –, als sei dies die größte Gruppe gewesen. Undogmatische, sich in der Tradition des Antistalinismus schende Linke warnten vor einer Kooperation mit der PDS, weil diese weitgehend immer noch von den alten SED-Kadern dominiert werde. Eine dritte, kleinere Gruppierung erneuerte für sich den Traum eines neuen gemeinsamen Bündnisses aller relevanten Kräfte der politischen Linken: SPD, PDS, Grüne. Jüngere Sozialdemokraten auf dem Treffen meinten festzustellen, daß die Älteren die Bündnis-Debatten aus den frühen siebziger Jahren wiederholten, als die SPD-Linke darum stritt, wie sie sich gegenüber der DKP und ihren Ablegern verhalten solle.

Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Hannover und in diesem Amt Schröders Nachfolger, Jüttner, kennzeichnete am deutlichsten den machtpolitischen Kurs. Zu einer Mischung aus »Kooperation, Konkurrenz, Integration« gebe es »keine Alternative«. Nach dem Verschwinden des Kommunismus sei der Antikommunismus »keine angemessene Reaktion« auf die PDS. Mit Blick auf Sozialdemokraten, die eine Zusammenarbeit mit der PDS wegen deren SED-Vergangenheit grundsätzlich ablehnen, und auf solche, die vom gemeinsamen Bündnis aller Linken schwärmen, sagte Jüttner: »Mit Moral hat Koalitionspolitik über-



haupt nichts zu tun.« Gehe man die Frage der Kooperation mit der PDS unter moralischen Gesichtspunkten an, könne man, gleich zu welchem Ergebnis man komme, nicht zwischen Kooperationsmöglichkeiten in Gemeinden, Ländern und dem Bund unterscheiden. Damit bezog sich Jüttner auf die Haltung der Bonner Parteiführung, was in Sachsen-Anhalt möglich sei, müsse im Bund ausgeschlossen werden. Jüttner sagte voraus, die PDS könne auch in Westdeutschland eine Konkurrenz zur SPD werden – »wenn sie sich weiter häutet«. Unter diesem Gesichtspunkt sei das Hinausdrängen der gewählten Bundestagsabgeordneten Frau Kaiser-Nicht aus der Bundestagsgruppe »clever« gewesen.

Der Bundestagsabgeordnete Kuhlwein, der den früheren schleswig-holsteinischen SPD-Politiker Jochen Steffen zum politischen Vorbild hat, sprach sich gegen das billigende Inkaufnehmen der PDS und gegen Koalitionen mit dieser aus. In der PDS herrsche in den mittleren Kadern immer noch die »Blockwart-Mentalität« der SED vor. »Das ist nicht links, das ist rechts.« Frau Kaiser-Nicht sei in der Art eines Schauprozesses ausgeschlossen worden, »sagte Kuhlwein unter Anspielung auf Prozesse aus der Zeit der Stalinismus. Andere Zuträger der DDR-Staatssicherheit (Kutzmutz) oder Funktionäre aus SED-Zeiten (Maleuda) blieben in der PDS-Bundestagsgruppe. Das müßten die sehen, die über eine gemeinsame Linke in Deutschland redeten. Gerade als Linker habe er etwas dagegen, wenn sich links der SPD eine neue Partei etabliere. Die SPD rücke dann unweigerlich nach rechts. Die PDS müsse auf ihren kommunistischen Wählerstamm reduziert und dürfe nicht hochgeredet werden. Er sei gegen jede Koalition mit der PDS. »Träumt nicht von neuen Bündnissen«, rief Kuhlwein. Auch der Abgeordnete Weißkirchen sprach so. Die SPD gerate in eine »strategische Falle«, wenn sie die Zusammenarbeit mit der PDS suchte. Sie würde dann auf Dauer in Deutschland nicht mehrheitsfähig werden.

Der Juso-Vorsitzende Westphal schloß sich zwar Jüttners Auffassung an, vernachlässigte aber den Aspekt der Konkurrenz zwischen SPD und PDS und hob den der Gemeinsamkeit aller Linken hervor. Es gehe nicht um eine aktuelle Bündnis-Debatte, sondern es müsse der Wille signalisiert werden, die Regierung abzulösen. Seine Anmerkung, die PDS solle nicht ausgegrenzt werden, hatte konkreten Charakter. Westphal sprach von einer »Sammlung der Reformkräfte«, um eine Mehrheit links der Union zu bilden. Westphal warb – den Blick auf die Bundestagswahl 1998 – für eine Strategie der Integration und Kooperation. Andere begrüßten das Aufkommen der PDS. Sie erhofften sich eine Stärkung der SPD-Linken, wenn der SPD – neben den Grünen – eine weitere linke Konkurrenzpartei im Nacken sitze. Und Alt-Linke bekannten, jetzt wieder von einem gemeinsamen Bündnis aller Linken zu träumen.

Die Furcht vor einer großen Koalition einte die Parteilinke. Ihr ehemaliger Wortführer, von Oertzen, machte deshalb sogar den Vorschlag, die SPD in Mecklenburg-Vorpommern solle eine CDU-Minderheitsregierung tolerieren. Er wandte sich gegen Koalitionen mit der PDS. Einige ostdeutsche Sozialdemokraten lehnten Koalitionen mit der PDS – bedauernd – mit dem Hinweis ab, die SPD in den neuen Ländern sei nicht dazu in der Lage; die innerparteiliche Linke dort sei zu schwach. Es sei ein »historischer Fehler« gewesen, daß es nicht gelungen sei, den »unbelasteten« Teil der SED-Mitglieder nicht gewonnen, sondern der PDS überlassen zu haben. Zudem sei die SPD im Osten Berlins wegen ihrer besonderen DDR-Erfahrung gegen jegliches Zusammenwirken mit der PDS. Tatsächlich gehören Gründer der SPD in der DDR (Frau Barbe, Hilsberg) zu den vehementen Gegnern einer Zusammenarbeit. Insofern war es kennzeichnend, daß ein in Brandenburg tätiger Westdeutscher die Anregung machte, die PDS solle durch die Zuweisung von Aufgaben und Ämtern »entzaubert« werden.

Dokument 42

Helmut Holter: Kurswechsel verpaßt, aber Dialog geht weiter. In: »Offenes Blatt«, Nr. 5, 1994. S. 3.

Von Helmut Holter

Nach den Landtagswahlen gab es die Möglichkeit, einen politischen Kurswechsel einzuleiten. Die PDS war bereit, eine SPD-Minderheitsregierung zu unterstützen.

Für die Gespräche mit der SPD hatte der Sonderparteitag unsere Gesprächsgruppe mit einem 23-Punkte-Themenkatalog ausgestattet.

Am 25. Oktober kam es zum ersten Treffen von SPD und PDS im Schweriner Schloß. Beide Seiten betonten den historischen Moment. Man wollte eine neue politische Kultur pflegen und den Dialog fortsetzen.

Der wesentliche Unterschied lag in der Herangehensweise. Während wir mit unseren Sachthemen zu landes- und bundespolitischen Themen kamen, legte die SPD ihre "Notwendigen Klarstellungen" vor.

Die SPD stellte damit Grundsatzfragen des Verhältnisses von SPD und PDS, die in einem längeren Diskussionsprozeß besprochen werden sollen. Eine Verbindung mit aktuellen landespolitischen Fragen war nicht vorgesehen.

Auf der anschließenden Pressekonferenz wurden diese vier Punkte dann ultimativ durch die SPD eingefordert.

Zu unseren 23 Punkten gab es weitestgehende Übereinstimmung.

Nun kommt die große Koalition. Die SPD muß sich fragen lassen, warum sie den möglichen politischen Kurswechsel verhindert



hat.

Wir sind uns aber einig, daß der Dialog fortgesetzt wird. Wir sollten uns bemühen, ihn nicht nur auf Landesebene, sondern auch auf kreislicher und örtlicher Ebene zu beginnen.

Die SPD-PDS-Gespräche sind eine Option auf die Zukunft. In der Bevölkerung gibt es deutlich Mehrheiten, die Parteien links von CDU und F.D.P. wählen.

Wir müssen die Frage beantworten, ob und wie PDS, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam Politik gestalten können, ob eines Tages stabile Linksregierungen möglich sind.

Das verlangt von der PDS, ihr Profil als linkssozialistische Partei weiterzuentwickeln und Druck von links auf die SPD auszuüben.

Einerseits ein hoher Anspruch an unsere inhaltlich-konzeptionelle Arbeit, andererseits eine Herausforderung für außerparlamentarische Aktionen.

Die PDS muß sich bei der Fortsetzung der programmatischen Diskussion auf realpolitische Alternativen verständigen und so ihre politische Handlungsfähigkeit weiter unter Beweis stellen.

Dokument 43

Markus Meckel: Bloß keine Nähe. In: »Die Zeit« vom 4. November 1994. S. 3.

Ein Riß geht durch die SPD: der Streit um die PDS. Das ist nicht einfach nur eine Meinungsverschiedenheit; auf der Tagesordnung stehen strategische und sehr grundsätzliche Fragen. Da hilft kein Kitten, dieser Konflikt muß ausgetragen werden. Das Ergebnis ist schon allein deshalb bedeutsam für das Schicksal der SPD in diesem Jahrzehnt, weil gilt: Eine geschlossene SPD kann es nur in Abgrenzung zur PDS, nicht aber in der Zusammenarbeit mit ihr geben.

Viel zu lange hat der Westen, also auch Bonn, die Entwicklungen im Osten Deutschlands vernachlässigt. Die PDS erstarkte auch deshalb, weil die beiden großen Parteien politisch versagt haben. Die CDU schürte mit ihrer Eigentums- und Treuhänder-Politik bei den ehemaligen DDR-Bürgern das Gefühl, Bürger zweiter Klasse zu sein; so wurde die Kanzlerpartei regelrecht zum Förderverein der PDS. Die SPD hat es derweil nicht vermocht, sich den Menschen im Osten als die Alternative zu präsentieren, die energisch ihre Interessen vertritt. Zu sehr erscheint die SPD nach wie vor als reine Westpartei.

Weil die Sozialdemokratie, im Herbst 1989 in einem bewußten Affront gegen die SED als neue Partei in der DDR begründet, im Osten schwach blieb, suchen Egon Bahr und andere bei der PDS jenes Blut und jene Kraft, die sie in den eigenen Reihen vermissen. Ein Stück eigene Vergangenheitsbewältigung ist wohl dabei, wenn der Unterhändler der früheren Ostpolitik nun versucht, nachträglich seine alten Verhandlungspartner in die SPD zu integrieren. Viele der sogenannten SED-Reformer sind ja selbst auch davon überzeugt, sie wären die bessere Zukunft der SPD im Osten gewesen. Doch dieser Ausweg blieb ihnen durch die überraschende Gründung der Ost-SPD versperrt. Gleichzeitig haben im Westen viele Altlinke die veränderte Welt nach 1989 noch nicht verstanden; sie träumen von einer linken Mehrheit unter Einschluß der PDS.

Nun sitzt die PDS erneut im Bundestag – wie in allen Ost-Parlamenten. Wenn – wie es überall geschieht – auf kommunaler Ebene Abgeordnete aller Parteien in konkreten Sachfragen zusammenarbeiten, so ist das eine Sache. Etwas anderes aber ist das Verhältnis zur PDS als Partei: Sich auf eine Zusammenarbeit mit den Erben der SED einzulassen, sich vielleicht gar bei politischen Entscheidungen von ihr abhängig zu machen – das muß auch künftig für die SPD ein Tabu bleiben. Warum?

Es gibt gleich mehrere Gründe: Die PDS als Nachfolgepartei der SED verschließt sich jeder offenen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit; statt dessen relativiert sie die Grundlage der parlamentarischen Demokratie. Viele PDS-Mitglieder – neun von zehn gehörten der SED an – waren Nutznießer des alten Systems oder setzten zumindest ihre Lebenskraft für die Staatspartei der DDR ein. Als sie nach der Wende Amt und Würden verloren, fanden sie in der PDS eine politische Heimat. Wollte die PDS sich heute einer kritischen Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit stellen, würde sie die Mehrzahl ihrer Mit-

glieder, ihre Basis also, verprellen. Das gilt sowohl für die Enttarnung von Stasi-Spitzeln im Einzelfall wie im ganzen für die Charakterisierung der DDR als Diktatur.

Als Schutzgemeinschaft ehemaliger Stasi-Mitarbeiter und als Veteranenverband der ehemaligen Stützen und Privilegierten des realsozialistischen Systems kann die PDS Fragen nach der Verantwortung nicht wirklich zum Thema machen. Schließlich wären sogar identitätsstiftende Parteigrößen wie Gregor Gysi oder Hans Modrow betroffen. Die logische Folge ist eine Verharmlosung des Systems im allgemeinen und der Staatssicherheit im besonderen. Zwar werden Fehler zugestanden, aber die Verantwortung wird auf Einzelpersonen beschränkt – oder, auch das ist ein Ausweichmanöver, grundsätzlich auf alle DDR-Bürger ausgeweitet, so daß am Ende von konkreter Rechenschaft oder auch Schuld nichts übrig bleibt.

Gleichzeitig werden die DDR und das geeinte Deutschland als Gesellschaftsordnungen dargestellt, die beide ihre Fehler haben. Eine solche Gleichmacherei verwischt den fundamentalen Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie. Der Parlamentarismus wird relativiert, einer DDR-Nostalgie Vorschub geleistet. Und solange eine klare Absage an jede Form totalitärer Strukturen fehlt, bleiben alle Schwüre auf die Demokratie letztlich leeres Gerede.

Die PDS instrumentalisiert und verschärft den Ost-West-Konflikt. Davon lassen sich viele Menschen, auch im Westen, blenden. Als Regionalpartei-Ost stilisiert sie sich zum einzig wahren Anwalt aller Ostdeutschen. Die Fehler der Bonner Regierung werden ausgeschlachtet, um Ressentiments gegenüber dem Westen und Zweifel an der Demokratie zu verstärken. Eine gesamtdeutsche Perspektive ist der PDS fremd. Sie praktiziert also, was sie der Bundesregierung selbst vorwirft – einen völlig einseitigen Blick auf den anderen deutschen Partner, auf dessen eigene Geschichte nicht weiter Rücksicht genommen wird. Schwarzweißmalerei ist dabei nicht nur der nach außen geübte Politikstil, sondern das Produkt einer aus Zeiten des Klassenkampfes tradierten Ideologie. Die Schwierigkeiten des innerdeutschen Integrationsprozesses, der verlangt, zu differenzieren, Verständnis zu wecken und Solidarität zu fördern, bereiten der PDS nicht lange Kopfzerbrechen. Genau diese Verblendungen aber rauben ihr die Möglichkeit, eine mehrheitsfähige Politik zu gestalten.

Wer sich auf die PDS einläßt, muß wissen: Er kann allenfalls errahnen, worauf er sich einläßt. Denn bislang bleibt offen, was in der Partei wirklich gilt, welche ihrer zahllosen Flügel und Plattformen das Sagen haben. Die Partei behauptet zwar, das Grundgesetz anzuerkennen; aber gleichzeitig wird in den eigenen Reihen eine kommunistische Plattform geduldet, die den Kapitalismus – so laut nach wie vor die Bezeichnung für die Gesellschaft der Bundesrepublik – überwinden will. Das PDS-Programm ist auf ostdeutsche Bürger abgestellt und liest sich wie ein hehrer Wunschzettel, gespickt mit Überresten alter mar-

xistisch-leninistischer Grundsätze. Wie daraus angesichts der Realitäten eine Politik gemacht werden kann, die zu bezahlen und durchzusetzen ist, bleibt ein Rätsel.

Wer sich also mit der PDS einläßt, zerstört den Grundkonsens in der SPD und verhindert einen Machtwechsel. Die Wahlerfolge der PDS sind eine Herausforderung für die SPD. Es sind jedoch die Erfolge eines politischen Gegners, nicht eines potentiellen Koalitionspartners.

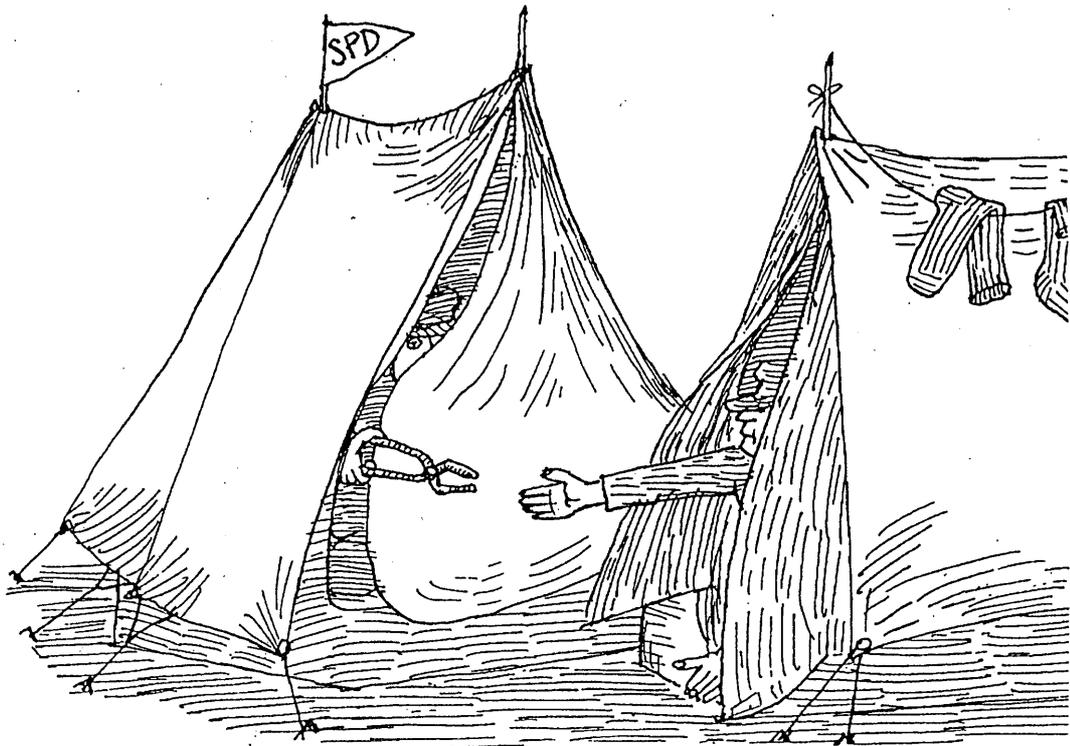
Als Neugründung ist die SPD im Osten so schwächlich wie Bündnis 90/Grüne, die andere Partei des DDR-Umbruchs 1989. Mit ihren 130 000 Mitgliedern ist die PDS der SPD zahlenmäßig um ein vielfaches überlegen. Leider hat die Bundes-SPD dies bis heute nicht als ein Problem begriffen, das nach mehr Einsatz, Geld und Aufmerksamkeit verlangt. Wer wenig Mitglieder aufbietet, hat auch in sozialdemokratischen Parteigremien nur wenig zu melden. Es gibt nur eine Handvoll bekannter Gesichter aus dem Osten, obwohl doch jeder weiß, daß Politik sich nicht zuletzt über Personen vermittelt. In der Parteizentrale sucht man Ostdeutsche fast vergeblich. Die Probleme der inneren Einheit des Landes kann die SPD aber nur angemessen angehen, wenn die Erfahrungen Ostdeutschlands auch durch ostdeutsche Stimmen artikuliert werden. Die Bundestagsfraktion hat da einige Schritte gewagt – die Partei insgesamt hinkt noch sehr hinterher.

Aber auch die Ost-SPD begeht Fehler. Viele Ortsvereine tun sich schwer mit der Aufnahme neuer Mitglieder. Bisweilen erweckt die SPD in

den neuen Bundesländern eher den Eindruck in sich geschlossener Zirkel; sie ist häufig weit entfernt vom Bild einer Volkspartei, die jeden aufnimmt, der sich zu Grundsätzen und Programm der Partei bekennt und sich in der Zeit der SED-Diktatur nichts hat zuschulden kommen lassen. Gerade wer sich zu Recht von der PDS als Partei mit der nötigen Schärfe abgrenzt, sollte zugleich auf die Menschen – auch auf frühere SED-Mitglieder – zugehen. Denn viele von ihnen identifizieren sich heute mit den Zielen der SPD und genießen das Vertrauen ihrer Mitbürger. Auch ein Übertritt von anderen Parteien, einschließlich der PDS, sollte nicht von vornherein ausgeschlossen sein. Wo die Bereitschaft besteht, sich der Vergangenheit zu stellen, muß auch die SPD sich öffnen und zur Versöhnung fähig sein.

Alle diese Bemühungen werden die PDS nicht von heute auf morgen aussterben lassen. Doch sie werden dazu beitragen, daß die Menschen sich nicht in den Protest flüchten. Die SPD will Vertrauen und Mitstreiter für eine bessere Zukunft gewinnen, nicht Koalitionäre, die noch immer einer miesen Vergangenheit nachtrauern.

Markus Meckel, Jahrgang 1952, war als evangelischer Pfarrer einer der Mitbegründer der Ost-SPD im Herbst 1989 und ist heute SPD-Bundestagsabgeordneter.



Dokument 44

»Die Trennlinie muß klar sein«. Die SPD will sich programmatisch intensiver mit der PDS auseinandersetzen und sich stärker um deren Wähler kümmern. Ein ZEIT-Gespräch mit Rudolf Scharping. In: »Die Zeit« vom 4. November 1994. S. 3.

DIE ZEIT: Herr Scharping, in Mecklenburg-Vorpommern kommt es jetzt, ganz wie Sie es wollten, zu einer großen Koalition. Aber der Streit um die Frage: „Wie soll sich die SPD zur PDS verhalten?“ geht weiter. Was sind Ihre Leitlinien?

Rudolf Scharping: Wir werden uns erstens intensiver um jene Menschen im Osten Deutschlands kümmern, die aus nachvollziehbaren Gründen protestieren und PDS wählen. Sie protestieren gegen die Überforderung in dem notwendigen Anpassungsprozeß der Einigung. Sie fühlen sich bedrängt durch die Arbeitslosigkeit, fehlende Ausbildungsplätze, einen schlechten Paragraphen 218, durch steigende Mieten und vieles andere mehr. Deshalb werden wir auf diesem Feld bald parlamentarische Initiativen ergreifen. Aber das wird nicht ausreichen. Wir kümmern uns außerdem auch darum, daß die SPD an Ort und Stelle als der Anwalt für alltägliche Sorgen stärker wahrgenommen wird.

Das Zweite: Die Trennlinie zur PDS muß absolut klar sein – was ja nicht ausschließt, daß man neben der Überzeugungsarbeit innerhalb der Wählerschaft sich durchaus auch vorstellen kann, daß das eine oder andere Mitglied, das glaubwürdig sozialdemokratisch denkt, sich irgendwann auch in der SPD wiederfindet. Warum denn nicht?

ZEIT: Die Trennlinie zur PDS hätten Sie ja schon im Wahlkampf verdeutlichen können.

Scharping: Wir haben doch von vornherein gesagt: Es wird keine Zusammenarbeit mit der PDS geben. Es wird keinen sozialdemokratischen Bundeskanzler geben, der auch nur auf eine Stimme aus den Reihen der PDS ...

ZEIT: Wir meinen: auch programmatisch ...

Scharping: Auch das ist geschehen, wobei allerdings ein Teil der Aufmerksamkeit im Westen für das praktische Verhalten der PDS nach meinem Empfinden zu schwach ausgebildet ist. Ich will gar nicht zu sehr in der Vergangenheit herumstochern, da müßte man Herrn Gysi und anderen viele Fragen stellen. Aber wenn ich mir anschauere, wie im Osten Berlins um die Direktmandate gekämpft worden ist, dann hat das mit demokratischer Auseinandersetzung zuweilen nichts zu tun: physische Bedrohung von Leuten, telefonischer Terror, systematisches Zerstören ...

ZEIT: Von seiten der PDS?

Scharping: Ja, sicher: systematisches Zerstören von Plakaten, Stören von Veranstaltungen und so weiter. Das war schon eine Auseinandersetzung mit Haken und Ösen. Auch darüber muß noch geredet werden. Die programmatische Auseinandersetzung mit der PDS ist angesichts der inneren Widersprüchlichkeit der Partei außerordentlich schwierig. Sie ist ja nicht sehr konsistent in ihrem Programm.



ZEIT: Gibt es nicht auch Widersprüche im Verhalten der SPD? Just in dem Augenblick, in dem Sie die Linie im Sand gezogen haben, votierten im Westen Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder abweichend, haben auch im Osten Manfred Stolpe und Reinhard Höppner anders argumentiert.

Scharping: Wenige Wochen vor der Bundestagswahl haben in Dresden die ostdeutschen Landes- und Fraktionsvorsitzenden, die ostdeutschen Ministerpräsidenten wie Stolpe und Höppner eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die eindeutig sagt, daß es keine Zusammenarbeit mit der PDS geben wird, im Gegenteil, daß es eine offensive Auseinandersetzung mit ihrem folgenlosen Populismus und der darin liegenden Wählertäuschung geben muß.

ZEIT: Trotzdem sagt Reinhard Höppner jetzt, es sei ein Wählerbetrug, wenn man die PDS als Oppositionspartei mit einer Kontaktsperre belegt und sie nicht einbezieht ins politische Spiel.

Scharping: Ja, daß man sie ins politische Denken und Handeln einbezieht, das halte ich für ganz normal. Gerade wenn man das Ziel hat, ihre Wählerzahl zu vermindern, muß man das ja wohl tun. Aber das bedeutet nicht, daß man mit der Partei zusammenarbeitet, sondern daß man ihre Wählerinnen und Wähler zu gewinnen versucht.

ZEIT: Was stört Sie denn an der PDS am meisten? Sehen Sie in ihr eine undemokratische Partei? Oder sind es die geschichtlichen Erfahrungen der SPD mit der Zwangsvereinigung und ähnlichem?

Scharping: Da kommt vieles zusammen. Zuerst die Erfahrung mit der Geschichte; der Fragenkatalog der SPD Mecklenburg-Vorpommerns und die Reaktion der PDS darauf haben ja das ungeklärte Verhältnis zur Vergangenheit bewiesen. Dann die falsche Rücksichtnahme auf die „Kommunistische Plattform“, die alltägliche Praxis, wie schon am Beispiel Ostberlins geschildert. In Italien würde man sagen: Das ist keine Partei des Verfassungsbogens, weil sie sowohl die deutsche Einheit wie das Grundgesetz abgelehnt hat ...

ZEIT: ... und die mecklenburg-vorpommersche Landesverfassung ...

Scharping: ... und einiges mehr. Wir müssen den Leuten, die in alten Kategorien denken, in alten Kadern arbeiten und alten undemokratischen Ideen nachhängen, klar signalisieren, daß wir mit ihnen nichts zu tun haben wollen – ohne die anderen zu diffamieren, denen wir eine Chance lassen sollten, zu anderen Überzeugungen und Mitgliedschaften zu kommen.

ZEIT: Schließen Sie also Koalitionen mit der PDS auf allen politischen Ebenen aus, auch im lokalen Bereich?

Scharping: Im lokalen Bereich stellt sich das sehr unterschiedlich dar. Da gibt es Zusammenarbeit und gemeinsame Entscheidungen von CDU und PDS, hier und da auch von SPD und PDS. Ich finde, das kann man nur schwer über einen

Kamm scheren. Wichtig bleibt, daß man auf der Ebene der Länder und des Bundes die Grenzlinie strikt einhält und nie einen Zweifel darüber aufkommen läßt: Wer sozialdemokratisch denkt, ist am besten in der SPD aufgehoben.

ZEIT: War dies nun der erste Test Ihrer Führungsstärke – sowohl gegenüber ostdeutschen Sozialdemokraten als auch gegenüber einigen im Westen und in der Troika?

Scharping: Das wäre mindestens eine Übertreibung. Ich habe nur eines sehr deutlich gemacht: Man kann nicht in Leipzig einem Manne wegen fahrlässiger Äußerungen zur PDS die Bundestagskandidatur für die SPD entziehen und dann bei nächster Gelegenheit die Grenze zur Zusammenarbeit überschreiten.

Die Fragen stellten Dieter Buhl und Robert Leicht

Dokument 45

»Wir werden Bautzen nicht vergessen«. SPD-Vize Wolfgang Thierse über den partei-internen Streit um die PDS. In: »Der Spiegel« vom 7. November 1994. S. 45.



PDS-Gegner Thierse: „Welcher Haß, welcher Terror“

SPIEGEL: Herr Thierse, schlittert die SPD in einen internen Glaubenskrieg über die Frage, wie sie es künftig halten soll mit der PDS?

Thierse: Wir führen eine notwendige Debatte, und die Fronten verlaufen kreuz und quer durch die Reihen der Partei. Wir müssen ohne Hysterie über unser Verhalten zur PDS diskutieren und die offensive politische Auseinandersetzung pflegen. Tabuisierung, Ausgrenzung, Kontaktsperre sind schädlich.

SPIEGEL: Ihr Parteivorsitzender Rudolf Scharping nennt die PDS einen „Misthaufen“, und er rüffelt alle Sozialdemokraten, die auch nur für eine punktuelle Zusammenarbeit mit den SED-Erben plädieren.

Thierse: Auch ich äußere scharfe Kritik an der PDS. Aber jede Ausgrenzungsstrategie nutzt der Gysi-Partei, das hat dieser Wahlkampf gezeigt. Sie spielt die Rolle der verfolgten Unschuld, und die will ich ihr nicht zugestehen.

SPIEGEL: Das will kein führender Sozialdemokrat, gleichwohl ist eine Strategie für den Umgang mit der PDS nicht erkennbar. Einige wollen anbandeln, andere sie bekriegen. Was ist richtig?

Thierse: Wir sind in die Defensive geraten, seit uns die Christdemokraten darauf festnageln wollen, daß wir es mit den Kommunisten treiben. Doch an einem streitigen Gespräch kommen wir nicht vorbei. Die Hauptlast der Auseinandersetzung mit der PDS wird dabei von den ostdeutschen Sozialdemokraten getragen, das ist geradezu unsere historische Aufgabe. Die Art und Weise, wie wir den Konflikt bewältigen, wird darüber entscheiden, ob die Menschen in der DDR tatsächlich demokratiefähig werden.

SPIEGEL: Für Oskar Lafontaine, der neben Ihnen im Parteivorstand sitzt, ist die PDS Bestandteil des linken Spektrums.

Thierse: Ich ärgere mich über die Selbstverständlichkeit, mit der die PDS als linke Partei bezeichnet wird. Für mich ist links immer zentral mit dem Begriff der Emanzipation verbunden. Wovon will die PDS eigentlich wen emanzipieren? Wo ist ihr politischer Befreiungsauftrag? Die PDS bedient sich einer Phraseologie, die aus der Tradition der Arbeiterbewegung stammt. Aber hinsichtlich der Interessen, die sie vertritt, ist sie eher eine strukturkonservative Partei. Sie ist Interessenvertreterin derjenigen, die sich als Benachteiligte des deutschen Einigungsprozesses empfinden, und das sind vor allem die Funktionsträger des DDR-Systems.

SPIEGEL: Der Schweriner SPD-Chef Harald Ringstorff sieht Ähnlichkeiten im Programm von SPD und PDS, etwa in der Wohnungs- und Sozialpolitik.

Thierse: Die PDS hat zu einem guten Teil ihr Programm von der SPD und teilweise auch von den Grünen abgeschrieben. Die Versatzstücke hat sie dann populistisch überhöht, mit einem utopischen sozialistischen Überbau und einer Gefühllichkeit versehen, die an die DDR-Ideologie anknüpft.

SPIEGEL: Steht sie außerhalb des „Verfassungsbogens“, wie Scharping sagt?

Thierse: In der PDS sind zu 90 Prozent frühere SED-Mitglieder versammelt. Die haben die deutsche Einigung zumindest nicht gewollt. Natürlich gibt es in dieser Partei auch jüngere Leute, die unsere parlamentarische Demokratie bejahen. Doch das sind Schaumkronen auf einem unruhigen Meer.

SPIEGEL: Was drängt denn führende ostdeutsche Sozialdemokraten ausgerechnet jetzt, in Gesprächen mit PDS-Politikern Nettigkeiten auszutauschen?

Thierse: Die PDS ist ein Symptom der schweren Übergangskrise, in der Ostdeutschland steckt. Ostdeutsche Sozialdemokraten, zumal Ministerpräsidenten, müssen mit dieser Realität zu Rande kommen. Es geht ja weder bei Manfred Stolpe noch bei Reinhard Höppner um Koalitionen, sondern um den Modus der politischen Auseinandersetzung. Und das läuft nicht ohne Kommunikation. Wir dürfen aber nicht den Eindruck erwecken, daß wir der Illusion nachhängen, wir könnten zusammen mit den Postkommunisten in Deutschland linke Mehrheiten erzielen.

SPIEGEL: SPD-Wessis wie Gerhard Schröder denken sehr wohl in diese Richtung.

Thierse: Die betrachten die PDS eher politisch-akademisch unter dem Gesichtspunkt der Machtarithmetik. Für ostdeutsche Sozialdemokraten aber ist das kein Seminarthema. Für uns ist das Verhältnis zur PDS immer eine existentielle Frage, weil wir unsere Biographien mitschleppen. Kohl und auch Schröder sehen alles unter dem Aspekt des Machtkalküls. Kohl betreibt eine Anti-PDS-Kampagne, um der SPD zu schaden. Schröder wiederum will Kohl in die Knie zwingen und die Bonner Regierung handlungsunfähig machen.

SPIEGEL: Ist das nicht legitim?

Thierse: Aus seiner Sicht durchaus. Aber diese Logik gefährdet den Grundkonsens in der Partei. Jede Kooperation mit der PDS muß zu einer geradezu dramatischen Zerreißprobe für die SPD selbst werden, in ihrem Selbstverständnis, in ihrer Mitgliedschaft. Die Erfahrung mit den Stalinisten ist eine Geschichte der Verletzungen, die in der SPD präsent sind. Wir Sozialdemokraten werden Bautzen nicht vergessen. Und wenn PDS-Chef Bisky sagt: „Ja, nett war das nicht“, dann ist das wieder eine dieser folgenlosen Entschuldigungen.

SPIEGEL: Auch die Grünen wurden jahrelang von den etablierten Parteien wie Parias behandelt. Weisen Sie diese Rolle jetzt nicht den Postkommunisten zu?

Thierse: Von wegen Parias: Diese umgewandelte SED ist sehr gut aus ihrer Vergangenheit herausgekommen. Sie wird in den Medien fast bevorzugt behandelt, sie ist dank des Wahlgesetzes begünstigt in den Bundestag gelangt, was den Grünen so nie gelang. Die PDS stellt eine finanzielle, organisatorische und psychologische Macht dar, das wollen wir mal nicht übersehen. Ich weiß doch, was hier bei mir im Wahlkreis los ist.

SPIEGEL: Sie meinen die rüden Attacken gegen Sie im Bundestagswahlkampf?

Thierse: Ich will nur mal daran erinnern, welcher Haß mir entgegengeschlagen ist von PDS-Anhängern, welche Gemeinheiten ich zu ertragen hatte, welcher psychische Druck, welcher Terror ausgeübt worden ist auf Leute, die sich öffentlich zu mir bekannt haben. Manchmal habe ich mich in den letzten Monaten zurückversetzt gefühlt in die Zeiten der DDR, das ist ein sehr ungutes Gefühl.

SPIEGEL: Ist Ihr Urteil über die PDS jetzt nicht ein wenig emotional?

Thierse: Das kann schon sein. In Wahrheit bin ich dafür, die Anhänger und Wähler der PDS zu gewinnen, indem wir ein Angebot von realisierbarer Politik auch für ihre Überzeugungen und Interessen präsentieren. Innerhalb der SED gab es ja nicht nur Karrieristen und Leute, die brutal Macht ausgeübt haben, sondern auch viele, die wirklich sozialistischen Idealen folgen wollten. Zu denen sage ich: Kommt zu uns, wir sind eure politische Heimat.

SPIEGEL: Bislang haben doch gerade ostdeutsche SPD-Ortsvereine ehemaligen SED-Mitgliedern durch inquisitorische Befragungen den Beitritt versperrt.

Thierse: Mit diesem sektiererischen Verhalten in der SPD muß endlich Schluß sein. Eine Partei ist nicht dazu da, Reinheitsbedürfnisse einzelner zu befriedigen. Sie muß mit widersprüchlichen Biographien leben. Ich appelliere an die ostdeutschen Mitglieder: Springt über euren eigenen Schatten, seid nicht kleinlich. Wir müssen uns endlich all jenen SED-Mitgliedern öffnen, die keine Schuld auf sich geladen haben und die sich von ihren sozialistischen Ansprüchen nicht einfach verabschieden wollen.

SPIEGEL: Das wird die rigoristische Pfarrerfraktion in der Ost-SPD nicht gern hören.

Thierse: Wer aus der SPD etwas Kleines, Feines, Reines machen will, hat ein unpolitisches Verhältnis zu einer politischen Bewegung. Ich bin immer noch der Überzeugung, daß durch den Zusammenbruch des Kommunismus bestimmte sozialistische Ziele nicht obsolet ge-

worden sind. Für die wirklichen Linken gibt es auf absehbare Zeit nur eine sozialdemokratische Perspektive, alles andere ist illusionär, ist folgenlos, ist Selbstbefriedigung.

SPIEGEL: Auch die Befürworter einer engeren Zusammenarbeit mit der PDS wollen die SED-Nachfolgepartei austrocknen. „Entzauerung durch Einbin-

dung“ nennt Ministerpräsident Höppner dieses Modell.

Thierse: Mir hat das Argument noch nie eingeleuchtet, daß ich eine Partei dadurch schädige und kleiner mache, indem ich sie zu einer Koalition einlade. Wir werden nur an Einfluß gewinnen, wenn wir eine kulturelle Strategie entwickeln, um jenes Milieu zu sprengen, das die PDS trägt.

SPIEGEL: Wie soll das gehen?

Thierse: Ich muß zunächst gewachsene Identitäten respektieren. Wenn ich die PDS-Wähler nur beschimpfe, treibe ich sie immer weiter zurück in ihre wütende oder beschönigende Vergangenheitsfixierung. Wir müssen in Deutschland ein Klima schaffen, das von den Ostdeutschen nicht verlangt, alles für falsch zu halten, was bisher ihr Leben ausgemacht hat. Und wenn die Sozialdemokraten dabei nicht vorangehen, wird das Grundgefühl der Entwertung des eigenen Lebens die Menschen zur PDS treiben. □

Dokument 46

Wolfgang Gehrcke: SPD vor der Wahl – neokonservativer Umbau oder radikale Reform. Die Sozialdemokraten müssen entscheiden, wohin sie in der Nach-Kohl-Ära wollen, die PDS könnte einen Richtungswechsel mit beeinflussen. In: »Neues Deutschland« vom 8. November 1994. S. 12.

Der Wiedereinzug der PDS in den Bundestag markiert einen Einschnitt in der politischen Entwicklung der Bundesrepublik. Eine Partei hat sich behauptet, die von den meisten Kontrahenten außerhalb des demokratischen Spektrums geortet wird. Offenbar beruht die „Gemeinschaft der Demokraten“ auf strikter Ausgrenzung von Sozialisten. Mit ihrem Wahlergebnis bringt die PDS das alte Parteiengefüge durcheinander. Sie ist mehr als eine Antwort auf die Art des Einiigungsverlaufs; sie signalisiert gleichzeitig, daß sich auch die alte Bundesrepublik verändert. Doch die tut sich schwer damit – auch die SPD, die eine entscheidende Kraft für einen politischen Wechsel wäre. Eine Betrachtung von WOLFGANG GEHRCKE, stellvertretender Vorsitzender der PDS.

Noch ist von einer Neu-Besinnung der Sozialdemokraten nichts zu spüren. Vielleicht ist die Zeit seit der Wahl zu kurz. Noch sind die Wahlkampf-Muster nicht abgelöst durch rationales politisches Kalkül. Noch setzt die SPD ihren Kurs auf Ablösung der Kohl-Regierung ohne Mandat der WählerInnen fort. Hemmungslos drohte die Bonner Baracke den Genossen in Mecklenburg-Vorpommern. Laut denkt Rudolf Scharping darüber nach, wie die Regierungskoalition in der laufenden Legislaturperiode abgelöst werden könne. Er und große Teile der Medien besinnen sich auf die historische Analogie der Jahre 1966-1969, um den möglichen Verlauf der 13. Legislaturperiode zu beschreiben. Alle spüren irgendwie, daß es mit „weiter so“ nicht weitergehen kann.

Scharping ist keine Alternative

Die Nach-Kohl-Ära ist mit diesem Wahlergebnis eingeläutet. Die Regierungskoalition hat ihre parlamentarische Mehrheit zwar sicher, aber sie hat sich Aufgaben vorgenommen, für die sie nicht nur die Zehn-Stimmen-Mehrheit, sondern die Kooperation mit der SPD braucht. Am Tag nach der Wahl haben die Präsidenten der drei mächtigen Wirtschaftsverbände ihre Rechnung für den Sieg der Regierungskoalition präsentiert – den „Umbau des Sozialstaates“. Im Klartext die Zerstörung des Sozialstaates. Die Gentlemen bitten zur Kasse

und fordern die aktive Mitwirkung der SPD.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die SPD diesem Ruf folgt. Es wäre die Fortsetzung ihrer Politik vor der Wahl unter anderen Bedingungen. Rudolf Scharping jedenfalls scheint wild entschlossen, noch in dieser Legislaturperiode einen Zipfel der Macht zu erheischen. Deshalb tritt er in der Kanzlerwahl erst gar nicht gegen Helmut Kohl an. Er ist nicht bereit, sich als Alternative zur Regierungskoalition zu präsentieren. Einmal mehr muß für diesen Verzicht die PDS herhalten; Scharping will sich auf keinen Fall dem Vorwurf aussetzen, Stimmen der PDS auf sich zu ziehen. Aber das ist sein Problem. Die Botschaft bleibt: Scharping ist keine Alternative zu Kohl.

Als vermeintlicher Brandt-Enkel bezieht sich Rudolf Scharping bewußt auf die Jahre 1966-1969. Damals folgte der Großen Koalition der Wahlsieg der SPD unter Willy Brandt. Einiges scheint für die Wiederholbarkeit dieses Musters zu sprechen: Die Notwendigkeit, die BRD zu modernisieren. Die – relative – Schwäche der Regierungskoalition, dies allein zu bewältigen. Der Wille der SPD, sich aktiv daran zu beteiligen.

Damit sind die Analogien erschöpft. Sie bestehen nur formal. Anders als 1966-1969 sind die Konservativen nicht in einer Krise. Sie, plus ihre „Gentlemen“, verfügen heute durchaus über ein Konzept des neokonservativen Umbaus. Es ist bekannt und in Ansätzen

erprobt; es heißt so schlimm wie banal: „Zerschlagung des Sozialstaates“ nach innen, „neue Verantwortung Deutschlands in der Welt“ nach außen.

Im Unterschied zu 1966-1969 ist die Bundesrepublik in Ost und West gespalten – politisch, kulturell, sozial, mental. Anders als 1969 hat die SPD heute keinen Chef, der „mehr Demokratie wagen“ verspricht und zum Repräsentanten einer demokratischen Modernisierung nach innen und einem friedlichen Ausgleich nach außen werden kann.

Und schließlich: Im Unterschied zu 1966-1969 deuten sich heute noch nicht außerparlamentarische Bewegungen an, die die bisherige Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland infrage stellen. Das hat die 68er-Bewegung getan. Heute wird am Grundkonsens der BRD in anderer Weise gerührt – in der Form noch vorwiegend parlamentarisch und in den Inhalten abgeklärter als die Suche nach „realistischen“ politischen Alternativen, die Gerechtigkeit, ökologische Vernunft und sozialen Ausgleich schaffen. Ob eine sozusagen parlamentarische Vertretung alternativer Interessen eine vergleichbare Durchschlagskraft gewinnen kann wie die damals außerparlamentarische Vertretung, wird sich erst in den nächsten Jahren zeigen; auch, ob ein solcher Protest die Radikalität freisetzt, die einen politischen Wechsel ermöglicht. Insofern ist die Wahl der PDS in den Bundestag die Option auf eine Zäsur in der politischen Kultur.

Keine Analogie zum Ende der 60er

Noch ist die politische Entwicklung der nächsten Jahre relativ offen. Sie kann einen neokonservativen Umbau bringen, wahrscheinlich mit Hilfe der SPD; sie kann, bei allen Verwerfungen, zur Vorbereitung auf einen politischen Wechsel hin zu Reformalter-

nativen werden – auch das unter Teilhabe von Sozialdemokraten. Die PDS kann mit beeinflussen, in welche Richtung es gehen wird. Für sie besteht die Alternative nicht darin, ob sie sich die nächsten vier Jahre mehr auf den parlamentarischen oder auf den außerparlamentarischen Kampf verlegt. Außerparlamentarisch als parlamentarisch ausschließende Alternativen zu diskutieren, hieße, selbst die Analogie zur Phase 1966-1969 zu machen. Sie besteht aus den genannten Gründen nicht – es sei denn, um ein geflügeltes Wort von Karl Marx zu benutzen, die Geschichte wiederholte sich als Farce.

Politisch besteht heute vielmehr die Chance auf Stärkung der zivilgesellschaftlichen Momente. Dazu gehört die einfache Lektion, mit SozialistInnen zu leben; dazu gehört, das Bestehende parlamentarisch und außerparlamentarisch mit Leben zu erfüllen; dazu gehört, mit den Parteien, Gewerkschaften, politischen und kulturellen Bewegungen um die Hegemonie gegen den konservativen Block an der Macht zu kämpfen. Das verlangt, Elemente der direkten Demokratie einzufordern, parlamentarische Mechanismen mit den Bedürfnissen der Bevölkerung zu verbinden, Möglichkeiten des argumentativen Austauschs und des Konsensus zu finden (Kammern und Runde Tische) usw.

Chance für den Meinungsstreit

Es geht nicht zuletzt darum, dem politischen Meinungsstreit überhaupt eine Chance zu verschaffen. Die großen politischen Konfliktfelder der nächsten Jahre sind absehbar. Sie heißen Kampf um den Sozialstaat, gerechter Ausgleich zwischen Ost und West, Bundesrepublik als Einwanderungsland, ökologische Umkehr, Mietpreisbindung, Gleichstellung der Frauen, Perspektiven für die Jugend, Aktionsprogramm gegen Armut.

Bundeswehreinheiten im Ausland, Rüstungsexport.

Auf jedem einzelnen Feld gibt es Überschneidungen zwischen den Vorstellungen der PDS und denen anderer Parteien, von Initiativen und Ge-

werkschaften. In Auseinandersetzung mit anderen Gruppen und Parteien kann die PDS demokratische Momente fördern. In einer solchen Bewegung bestünde keine Kluft zwischen PDS-Politik im Osten und im Westen.

Dokument 47

Michael Jäger: So ein Misthaufen. Die SPD urteilt über die PDS. In: »Freitag« vom 11. November 1994. S. 1.

Wer länger über Scharpings Wort nachdenkt, daß die PDS ein »großer Misthaufen« sei, stößt auf ein ganzes Nest unbewußter Anspielungen und findet gleichsam das Poetische. Sollte der SPD-Vorsitzende an Trotzki's Äußerung vom »Misthaufen der Geschichte« gedacht haben? An sie zu erinnern in einem Moment, wo die PDS sich gerade mauert, ist schon komisch, zugleich aber auch verständlich, denn wer hätte nicht mit Scharping erwartet, daß nun die Kommunisten auf derselben Müllkippe landen, die einmal den Sozialdemokraten zugeordnet war. Die PDS ist zwar gar keine kommunistische Partei, aber lassen wir das beiseite, zu viel Unterscheidungsmühe darf man dem SPD-Vorsitzenden nicht abverlangen. Es ist doch großartig, wie er mit dem Bild von Gysis Lächeln, das jenen Misthaufen verdeckte, die mittelalterliche Allegorie der »Frau Welt« aktualisiert – außen schön, innend stinkend –, ganz als habe er den Wahlkampf der PDS unterstützen wollen, die mit derselben Allegorie warb. Denn auch PDS-Sprüche wie »Trauen Sie sich doch mal!« waren erotisch und spielten mit einer Gefahr.

Aber Poesie allein hilft nicht, den politischen Alltag zu bewältigen, und so finden wir die SPD in eine PDS-Debatte verstrickt, die vor Widersprüchen nur so strotzt. Widersprüchlich ist Scharping selbst, der einerseits behauptet, die PDS sei undemokratisch und gehöre nicht zum Verfassungsbogen, andererseits aber sagt, es sei nicht richtig, sozialdemokratische Kräfte in der PDS zu unterstützen, da eine sozialdemokratische Partei ausreiche. Damit hat er ja wohl zugegeben, daß es sein Wunsch ist, die PDS möge undemokratisch sein. Dieser undemokratische, rein parteiegoistische Wunsch kann Scharping natürlich nicht zum unbefangenen Richter und Analytiker der PDS, wie sie heute ist, qualifizieren. Weshalb andere es sich schwerer machen. Auch SPD-Linke beweisen nun, daß die PDS, ob undemokratisch

oder nicht, doch jedenfalls nicht »links« genannt werden könne, ja daß sie »konservativ« sei.

Dieses Lied ist von der ZEIT vorgelesen worden. Wenn Helmut Schmidts Wochenblatt gegen den »Traum von der Einheit aller Linken« polemisierte, war das allerdings so zu verstehen, daß man sich überhaupt endlich vom Linkssein verabschieden solle, denn das Rechts-Links-Schema sei überholt. Ganz genauso wie die ZEIT konnten die SPD-Linken nicht argumentieren. Deshalb hieß es: »Einheit aller Linken ja, aber die PDS ist gar nicht links.« Nur eins habe ich nicht begriffen: Warum soll das wichtig sein? Man könnte sich doch einfach darauf beschränken, das SPD-Programm in die Tat umzusetzen, und die PDS als Umsetzungshelfer in Anspruch nehmen, mag sie »links«, »schräg«, »axial« oder was immer sein. Weshalb man das nicht tut, wäre von Interesse. Weil die PDS ihren Sozialdemokratismus nur »abgeschrieben« habe, wie es heißt? Also: dann lieber der CDU helfen? Nicht einmal Duckmäusern in der Schule gelten Abschreiber für so unmoralisch. Und die SPD Sachsen-Anhalts hat längst bewiesen, daß es ganz unnötig ist, sich mit der PDS zu »einigen«. Wer hier von »Einheit« schwafelt, will nur das Modell der wechselnden Mehrheiten totschiessen.

Widersprüchlich und verlogen ist auch das Argument, die PDS sei »konservativ«. Denn gleichzeitig wirft man ihr vor, sie lasse es an Eifer bei der Vergangenheitsbewältigung fehlen. Wie jemand eine Vergangenheit bewältigen können soll, ohne konservativ zu sein, ist mir ein Rätsel. Wer nichts konserviert, womit soll der denn brechen? Wie kann man der PDS vorwerfen, daß sie sozialökonomisch und mental in der DDR wurzelt, wenn man ihr gleichzeitig vorwirft, sie denke über diese Wurzel nicht kritisch genug nach? Nun, das Rätsel läßt sich lösen: genauso wie die PDS nicht demokratisch ist, weil sie nicht sozialdemokratisch sein soll, genauso soll sie ihre Ver-

gangenheit nicht bewältigen, sondern »auf Null gebracht werden«, wie Scharping ja offen sagt. Ausrodung der Wurzel ist das Ziel. Wofür es das Synonym »Ausrottung« gibt. Die Geschichte soll nicht durch Auflösung von Irrtümern weitergehen, sondern durch Vernichtung und Ersatz. Durch Müllverbrennung sozusagen. Womit wir wieder beim »Misthaufen der Geschichte« sind. Daß Trotzki dieses schlimme Wort prägte, zeigt einen Denzueug bei ihm, den man allerdings »totalitär« nennen kann, nur trifft diese Bezeichnung dann auch auf jeden anderen zu, der eine Erbschaft nullifizieren statt verändern will.

Nicht einmal darüber, die Partei für abtrünnige PDS-Mitglieder zu öffnen, ist man sich in der SPD ganz einig. Frau Hildebrand wird mit ihrer Idee, den »ministrablen« Bisky anzuwerben, nicht durchdringen. Die FAZ hat sich ja dagegen ausgesprochen! Aber diese Debatte ist schon geradezu wahnhaft, denn ich kann mir wirklich nicht vorstellen, was ein PDS-Mitglied an dieser SPD anziehend finden sollte. Etwa die Methode der Vergangenheitsbewältigung? Da wird es noch allemal besser von der kommunistischen Plattform der PDS bedient, die seit Jahren eine intensive kritische, daher auch kontroverse Debatte über Stalin, seine Verbrennen, seinen Bruch mit Lenin und seine politischen Epigonen und Spätfolgen führt, wobei die Wortführer erstaunlicherweise zu recht ähnlichen Schlußfolgerungen gelangen wie Hannah Arendt, die eben nicht nur Totalitarismustheoretikerin war, sondern auch Bewunderin der amerikanischen Verfassung, des Rätessystems und Lenins. Ja, wie hängt das zusammen? Wer, um darüber etwas zu erfahren, in die SPD ginge, wäre nun wirklich naiv.

Weder »Rechte« noch »Linke« in der SPD bringen die PDS-Debatte weiter, das tun nur die ostdeutschen Landesverbände. Stolpe und Höppner haben sich von Scharpings »Riesenkraach« nicht beeindruckt lassen. Ringstorff sagte, in der SPD gelte der

Föderalismus, nicht das Führerprinzip. Schärfer kann man die Bonner Zentrale nicht bloßstellen, auch wenn Scharping nicht Hitler, sondern eher Kara ben Nemsi gleicht. Denn sein Peitschengefuchtel knallt doch nur in einer poetischen Landschaft, die mit Deutschlands Wirklichkeit nicht verwechselt werden sollte. Er scheint jetzt sogar den Unvereinbarkeitsbeschuß SPD-PDS zu wollen, wobei er nur die Kleinigkeit übersieht, daß die PDS in Ostdeutschland doch ein bißchen größer ist als die DKP in Westdeutschland war. Wenn ostdeutsche SPD-Pfarrer den PDS-Kontakt ablehnen, weil sie so schnell nicht vergeben können, verdient das allen Re-

spekt, aber mit einem Parteibeschuß von Bonn aus den Föderalismus abschaffen, so leicht läuft's denn doch noch nicht. Ringstorffs klares Wort kann allerdings nicht entschuldigen, daß er dann trotz allem den Kandidaten der CDU wählen läßt. Die PDS-Debatte unter Scharpings Führung ist eine Zumutung. Wenn das so weitergeht, wird die kritische Intelligenz wohl bald zur Protestwahl der PDS übergehen – damit die Bonner Herrenreiter, wo sie nicht hören wollen, wenigstens fühlen lernen. Die PDS als »Frau Welt« ist ein allzu erbärmlicher Vorwand, die Große Koalition zu rechtfertigen. ■



Dokument 48

Heinrich August Winkler: Von den eigenen Sünden ablenken. Mit einem »Dialog über die Vergangenheit« möchte die PDS einen Keil in die Sozialdemokratie treiben. In: »Die Zeit« vom 11. November 1994. S. 7.

Witzig“, lautete Gregor Gysis Kommentar, als er vor Journalisten auf das Verlangen der Mitarbeiter von PDS-Bundestagsabgeordneten zu sprechen kam, die SPD solle sich für eine Reihe sozialdemokratischer Sünden entschuldigen.

Die Liste der Untaten, für die die SPD bei der PDS Abbitte tun soll, ist lang. Sie reicht vom Ja zu den Kriegskrediten vom 4. August 1914 bis zur „faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl“ im Jahre 1993. Als weitere Leichen im Keller der SPD werden aufgeführt: die „publizistische Beihilfe des ‚Vorwärts‘ zum Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg“, die Rolle des Volksbeauftragten Gustav Noske „bei der Niederschlagung der Novemberrevolution“, der Berliner „Blutmai“ von 1929, der Aufruf der SPD zur Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg im Frühjahr 1932, Kurt Schumachers Wort von den „rotlackierten Faschisten“, die „Zustimmung zur Wiederbewaffnung der BRD, zur Notstandsverfassung, zur Großen Koalition unter dem NSDAP-Mitglied Kiesinger“ – und so weiter. Es fehlt fast nichts, was aus Sicht der PDS geeignet sein könnte, geschichtsbewußten Sozialdemokraten Gewissensqualen zu bereiten.

An der Funktion des „Dialogs über die Vergan-

Die PDS spekuliert auf das fortwirkende Erbe des Marxismus in der Sozialdemokratie

genheit“, den Gysi der SPD vorschlägt, gibt es also nichts zu deuteln: Es ist ein Kampf um die kulturelle Hegemonie innerhalb der Linken, den die PDS mit Appellen an das schlechte Gewissen der Sozialdemokraten zu gewinnen hofft. Natürlich wird die Partei des Demokratischen Sozialismus dabei nicht kleinlich sein und Fehler der Kommunisten zuhauf eingestehen. Weil Selbstkritik für die Exkommunisten zu einer Frage des politischen Überlebens geworden ist, kann man aus der Not auch eine Tugend machen und sich den Sozialdemokraten als Vorbild für den richtigen Umgang mit der eigenen Geschichte empfehlen.

Eine gemeinsame „linke“ Fehlerdiskussion würde entlastend und integrierend wirken – entlastend, weil geteiltes Leid bekanntlich halbes Leid ist, integrierend, weil der Dialog schließlich in jene Wiedervereinigung münden könnte, die nach Meinung mancher „Linker“ der deutschen Einheit überhaupt erst einen historischen Sinn verleihen würde: die Wiedervereinigung der marxistischen Arbeiterbewegung, die sich im Ersten Weltkrieg über der Frage der Bewilligung von Kriegskrediten gespalten hatte. Daß die „Einheit der Linken“ nur um den Preis einer neuen Spaltung zu haben

wäre, versteht sich von selbst und wird von der PDS gewollt: Für „Godesberger“ Sozialdemokraten ist innerhalb der Linken, wie Gysi sie anpeilt, kein Platz.

Gelernt ist gelernt: Die Art und Weise, wie die PDS auf die Dialogwünsche einiger, nicht nur ostdeutscher Sozialdemokraten eingeht, verrät dialektisches Geschick. Inhaltlich ist das, was die Autoren des jüngsten Streitpapiers zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zu sagen haben, freilich sehr viel weniger eindrucksvoll.

Das Geschichtsbild, dem die Zuarbeiter der PDS-Parlamentarier anhängen, ist, was die SPD angeht, über die offizielle, von Walter Ulbricht persönlich überwachte „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ aus dem Jahr 1966 nicht wesentlich hinausgelangt. Daß die SPD sich mit ihrer Geschichte seit Jahrzehnten selbstkritisch, ja oft selbstquälerisch auseinandersetzt: Gysis junge Garde weiß es nicht oder tut so, als wisse sie es nicht. Die sozialdemokratische Zustimmung zu den Kriegskrediten im August 1914 können die Autoren nur deshalb als Skandal präsentieren, weil sie das Hauptmotiv verschweigen: die Sorge vor einem Einmarsch russischer Truppen. Die Verfasser spielen auf ein erbärmliches Hetzgedicht an, das der *Vorwärts* am 13. Januar 1919, zwei Tage vor der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, veröffentlichte. Daß der Autor sich nach der Bluttat im sozialdemokratischen Parteiorgan für seine gereimte Entgleisung entschuldigt hat, bleibt wohlweislich unerwähnt.

Kein Wort auch davon, daß Gustav Noske 1920 von seinen Parteifreunden als Reichwehrminister gestürzt wurde und fortan in der SPD als „Unperson“ galt, daß Karl Zörgiebel, der Hauptverantwortliche des katastrophalen Polizeieinsatzes bei den Maiunruhen von 1929, im Jahr darauf seines Postens als Berliner Polizeipräsident enthoben wurde. Noch weniger paßt den „Historikern“ der PDS ins Konzept, was zum Thema Hindenburg hätte gesagt werden müssen: Seine erste Wahl zum Reichspräsidenten verdankte der kaiserliche Generalfeldmarschall 1925 nicht zuletzt der Tatsache, daß die KPD im zweiten Wahlgang an der sinnlosen Zählkandidatur Ernst Thälmanns festhielt und damit einen Erfolg des gemeinsamen Kandidaten der „schwarz-rot-goldenen“ Parteien, Wilhelm Marx, vereitelte. Als die Sozialdemokraten 1932 Hindenburgs Wiederwahl unterstützten, war er der einzige Kandidat, der den Sieg Hitlers noch verhindern konnte.

Die Geschichtsklitterungen der PDS haben Methode. Verbissen hält die Ex-SED an ihrer historischen Lebenslüge fest, eine einige marxistische Arbeiterbewegung hätte die Republik retten und Hitler verhindern können. Wahr ist, daß die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung *beides* war: Vorbelastung und Vorbedingung der ersten deutschen Demokratie. Die marxistische Vorkriegssozialdemokratie lehnte eine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien grundsätzlich ab. Wäre die SPD nicht am Streit um die Kriegskredite zerbro-

chen, dann an einem Eintritt von Sozialdemokraten in ein Koalitionskabinett. Die parlamentarische Demokratie von Weimar kam überhaupt nur zustande, weil der gemäßigte Flügel der marxistischen Arbeiterbewegung, die Mehrheitssozialdemokratie, bereit war, mit den gemäßigten Kräften des Bürgertums zusammenzuwirken. Was die Kommunisten als „Klassenverrat“ brandmarkten, war das Gesetz, nach dem Weimar angetreten war: der „Klassenkompromiß“.

Der Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten war nicht taktischer, sondern existentieller Natur. Für die Mehrheitssozialdemokraten war die parlamentarische Demokratie das logische Resultat aus der bisherigen Verfassungsentwicklung Deutschlands und zugleich der Brückenschlag zu den klassischen Demokratien des Westens. Die Kommunisten propagierten die „Diktatur des Proletariats“ und die Verbrüderung mit den russischen Bolschewiki. Der von der jungen KPD mitgetragene Januaraufstand von 1919, oft auch „Spartakusaufstand“ genannt, war der Versuch einer putschistischen Minderheit, die Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung, die auf den 19. Januar angesetzt waren, gewaltsam zu verhindern. Wäre der Versuch gelungen, hätte Deutschland einen Bürgerkrieg ähnlich wie in Rußland erlebt. Was immer die regierenden Mehrheitssozialdemokraten sich an Fehlentscheidungen und Unterlassungen in der revolutionären Gründungsphase der Weimarer Republik vorhalten lassen müssen: Sie hätten aufgehört, Demokraten zu sein, wären sie den Kräften des Umsturzes nicht entgegengetreten.

Bereits im Jahre 1920 setzte die Bolschewisierung des deutschen Kommunismus ein. Sie machte den Bruch innerhalb der Arbeiterbewegung unheilbar. Über der Frage, ob sie sich der neuen, von Lenin gegründeten Kommunistischen Internationale anschließen und damit auf das bolschewistische Partei- und Revolutionsmodell festlegen sollte, spaltete sich damals die Unabhängige Sozialdemokratische Partei – die 1917 gegründete Partei der Kriegskreditgegner, der bis Ende Dezember 1918 auch die „Spartakusgruppe“ um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg angehört hatte. Die radikale Mehrheit entschied sich für den Anschluß an die Kommunistische Internationale und die Vereinigung mit der KPD, die erst dadurch zur proletarischen Massenpartei aufstieg; die gemäßigte Minderheit blieb zunächst eine selbständige Partei, vereinigte sich dann aber 1922 unter dem Eindruck einer Welle rechtsradikaler Terroranschläge, die am 24. Juni jenes Jahres in der Ermordung des

Reichsaußenministers Walther Rathenau gipfelten, wieder mit den Mehrheitssozialdemokraten. Koalitionen mit bürgerlichen Parteien fielen der Vereinigten Sozialdemokratie fortan schwerer als in der Zeit, in der es zwei sozialdemokratische Parteien gegeben hatte: Die ehemaligen Unabhängigen verstärkten den linken, orthodox marxistischen Flügel der Partei, der „Klassenkompromisse“ auf das Maß des innen- und außenpolitischen absolut Unvermeidbaren beschränken wollte.

Die PDS spekuliert, wenn sie die „Einheit der Linken“ beschwört, auf das fortwirkende Erbe des Marxismus in der Sozialdemokratie. Tatsächlich bildete dieses Erbe schon zu Zeiten der Weimarer Republik keine Brücke mehr zwischen den verfeindeten Flügeln der sozialistischen Arbeiterbewegung. Was George Bernard Shaw von Engländern und Amerikanern behauptet hat – sie seien zwei Völker, getrennt durch eine gemeinsame Sprache –, läßt sich in abgewandelter Form auf das Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten anwenden: Es handelte sich um zwei Parteien, die getrennt waren durch gemeinsame ideologische Wurzeln. Diesen Wurzeln war es zuzuschreiben, daß beide Parteien oft noch dieselben Begriffe benutzten, aber höchst unterschiedliches darunter verstanden. „Klassenkampf“ etwa hieß für die meisten Sozialdemokraten längst pluralistische Interessenpolitik im Sinne der Arbeitnehmer. Für die Kommunisten bedeutete „Klassenkampf“ Zuspitzung der gesellschaftlichen Konflikte mit dem Endziel der proletarischen Revolution.

Am 4. Juli 1928 brachte der kommunistische Abgeordnete Arthur Ewert, innerhalb des Partei-spektrums eher ein „Gemäßigter“, vor dem Plenum des Reichstags die Haltung der KPD zur Weimarer Republik auf eine knappe Formel: „Die Kommunistische Partei steht diesem Staat, seinen Institutionen und seiner Politik grundsätzlich ablehnend gegenüber. Sie ist für die Zertrümmerung dieses Staates und seiner Institutionen.“ Zwei Wochen später begann in Moskau der Sechste Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der alle kommunistischen Parteien auf eine neue, ultralinke Generallinie festlegte. Ihr wesentliches Merkmal war der verschärfte Kampf gegen die Sozialdemokraten – die „Sozialfaschisten“, wie sie seit 1929 durchgängig genannt wurden. Auch nachdem Hitlers Nationalsozialisten längst zur weitaus stärksten deutschen Partei aufgestiegen waren, blieb es bei der 1928 beschlossenen Linie. Anfang September 1932 legte das Exekutivkomitee der Komintern

die Prioritäten nochmals unmißverständlich klar: „Nur wenn der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie, diese soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, gerichtet wird, kann man den Hauptklassenfeind des Proletariats, die Bourgeoisie, mit Erfolg schlagen und zerschlagen.“

Die Sozialdemokratie war seit 1930 die staats-



Die Sozialdemokratie war seit 1930 die staats-

tragende Partei der Republik. Die KPD dagegen sah sich als *die* Partei des gewaltsamen Umsturzes. Mit ihrer Bürgerkriegspropaganda schürten die Kommunisten Ängste, die niemand so geschickt auszubeuten verstand wie Hitler.

Die PDS hat mit dem Erbe der KPD bis heute nicht gebrochen. Sie pflegt es mit Bedacht – was so weit geht, daß sie sich im Ostteil Berlins vehement dagegen wehrt, Straßen einen neuen Namen zu geben, die nach prominenten Kommunisten, darunter engen Mitarbeitern Stalins, benannt sind. Zwar räumt die PDS schwerwiegende Fehler in der Politik der KPD und auch persönliche Fehler des langjährigen Parteivorsitzenden Ernst Thälmann ein. Aber diese Kritik ist bis heute eher punktuell geblieben und nicht grundsätzlich geworden.

Grundsätzliche Kritik üben hieße auszusprechen, was offenkundig ist: Die Ausrichtung der KPD am Modell der Bolschewiki und ihrer Revolution vom Oktober 1917 bedeutete einen radikalen Bruch mit den demokratischen Traditionen der europäischen Arbeiterbewegung. Die selbstgewählte Abhängigkeit von der Kommunistischen Internationale führte mit innerer Notwendigkeit dazu, daß die KPD das wurde, was Richard Löwenthal eine „abgeleitete totalitäre Partei“ genannt hat. Im Zuge der Stalinisierung in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre verwandelte sich die deutsche Partei in ein gefügiges Werkzeug des sowjetischen Diktators. Die ultralinke Generallinie von 1928 machte selbst einen „Waffenstillstand“ oder „Burgfrieden“ zwischen den beiden Arbeiterparteien SPD und KPD unmöglich. So eindrucksvoll der Antifaschismus vieler deutscher Kommunisten war: Die Politik ihrer Partei und ihrer Internationale hat mit dazu beigetragen, daß in Deutschland die extremste Erscheinungsform des Faschismus an die Macht kam.

Das Regime, das die deutschen Kommunisten nach dem Zweiten Weltkrieg, gestützt auf die sowjetische Besatzungsmacht, errichteten, trug alle Züge einer totalitären Diktatur: die Monopolisierung der politischen Gewalt in den Händen der herrschenden Partei, politische Abhängigkeit der Justiz, terroristische Unterdrückung jedweder Art von Opposition, Allgegenwart der Geheimpolizei. In der Spätphase der DDR verstärkten sich dann die eher autoritären Züge des Systems, ohne daß es seine totalitären Strukturen wirklich aufgab.

Die PDS, die in ihrem Statut von 1991 „Respekt vor dem Widerstand gegen totalitäre Diktaturen jeglicher Art“ bekundet, macht ansonsten einen Bogen um den Begriff „totalitär“. Der Grund: Es ist das „linke“ Tabu, das einen Vergleich linker und rechter Diktaturen von vornherein ausschließt. Nun spricht in der Tat alles gegen eine Gleichsetzung unterschiedlicher Diktaturen, aber nichts gegen einen Vergleich, der ja neben Gemeinsamkeiten auch Unterschiede zutage fördert. Daß es zwischen den von Hitler und Stalin geprägten Regimen, was die Herrschaftsmethoden angeht, Gemeinsamkeiten gab, kann nur leugnen, wer einem dieser Systeme befangen gegenübersteht. Das eben ist das Problem der PDS. Deshalb wehrt sie sich auch mit allen Mitteln juristischer Spitzfindigkeit gegen das Eingeständnis, daß die DDR ein Unrechtsstaat war und bis zum Herbst 1989 blieb.

Die PDS ist eine posttotalitäre Partei, die mit ihrer totalitären Vergangenheit nicht konsequent

gebrochen hat, sondern sich, wenn es ernst wird, apologetisch zu ihr verhält. Die Frage, ob die PDS dem demokratischen Spektrum zuzuordnen ist, beantwortet sich daher von selbst: bisher nicht. Die Partei des Demokratischen Sozialismus hat sich dem Prozeß einer Formaldemokratisierung unterzogen, aber die Wertgrundlagen der westlichen, repräsentativen Demokratie nicht wirklich angeeignet. Das Ja der PDS zur Demokratie steckt voller Vorbehalte: In ihrem Programm von 1993 erklärt sie den „außerordentlichen Kampf um gesellschaftliche Veränderungen (für) entscheidend“; in ihrem Verfassungsentwurf von 1994 fordert sie die Errichtung einer Vielzahl von demokratisch nicht legitimierten gesellschaftlichen Räten. Wenn die PDS in ihrem Programm gegen die „Verwestlichung des Ostens“ zu Felde zieht, appelliert sie bewußt an tiefsitzende Ressentiments gegenüber dem Westen schlechthin – Ressentiments, die während der Weimarer Republik mal in rechter, mal in linker Gewandung auftraten, doch stets den gleichen, antidemokratischen Effekt hatten.

Der Erfolg der PDS in den neuen Bundesländern hat viel damit zu tun, daß die SED aus den Weimarer Erfahrungen radikal andere Schlussfolgerungen gezogen hat als der Parlamentarische Rat in Bonn. Während sich im Westen eine neue, nicht mehr relativistische, sondern „wehrhafte“ und diesmal auch funktionstüchtige Demokratie entwickelte, wurde den Ostdeutschen eine zweite Diktatur verordnet, die sich „antifaschistisch“, aber nicht demokratisch legitimierte. Von dem Mangel an Demokratie unter der SED profitiert die PDS. Ihr vulgärdemokratischer Populismus findet Beifall, weil die politische Kultur der westlichen Demokratie in der ehemaligen DDR noch keine festen Wurzeln hat schlagen können.

Es wäre ein Rückfall in das positivistische Demokratieverständnis von Weimar, wenn demokratische Parteien der PDS mit dem schlichten Hinweis auf ihren Wähleranteil einen Zugang zur Macht öffnen würden. Zu den Errungenschaften der zweiten deutschen Demokratie gehört der Grundkonsens, daß demokratische Parteien sich nur mit demokratischen Parteien verbünden dürfen. Was gegenüber „rechts“ gilt, muß auch gegenüber „links“ verteidigt werden. Mag die PDS den Sirengesang von der „Einheit der Linken“ auch noch so kräftig anstimmen: Die Gemeinsamkeit der Demokraten ist ein zu teuer erkauftes Gut, als daß es auf dem Altar politischer Opportunitäten geopfert werden dürfte.

Heinrich August Winkler ist ordentlicher Professor am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität in Berlin

Dokument 49

»Quo vadis PDS Brandenburg?« Thesen für die Diskussion im Landesverband zur Vorbereitung des 4. Landesparteitages Brandenburg der PDS (1. Tagung) 25./26. Februar 1995. In: Dokumente Heft 2. S. 6/7. [Auszug]

Die Brandenburger PDS muß mit allen Kräften anderer Parteien, Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften, anderen außerparlamentarischen Bewegungen, die eine brandenburgische Reformvariante zu mehr Demokratie, ökologischer Wirtschaftsentwicklung, menschenwürdigem, friedlichen Leben und sozial gerechter Lebensweise unterstützen, zusammenwirken. Wir sind uns bewußt, daß die Umsetzung der brandenburgischen Reformvariante nur im gleichberechtigten Zusammenwirken Vieler möglich ist. Das erfordert schon der komplexe und globale Charakter der Probleme.

Als Partei des Demokratischen Sozialismus haben wir in der Programmatik z.T. wesentlich andere Vorstellungen von der gegenwärtigen Gesellschaft und ihrer Zukunft als andere. Dennoch gehen wir davon aus, daß im Ringen um die Zukunftschancen für den Einzelnen und für die Gesellschaft die verschiedenen politischen Richtungen ihren Platz im Lande haben, es kein Privileg nur einer politischen Richtung geben kann. Für uns ist die Debatte verschiedener geistiger Strömungen, verschiedener sozialer Positionen und Traditionen, das Gespräch mit allen Verbänden und Bewegungen und auf allen Ebenen ein Eckpfeiler unseres Demokratieverständnisses.

Von dieser Position aus betrachten wir unser Verhältnis zur brandenburgischen SPD. Die SPD wurde vom Wähler des Landes zur stärksten Partei bestimmt. Sie hat im Landtag die absolute Mehrheit und großen Einfluß in vielen anderen Gremien des Landes.

Die PDS versteht sich als Partei, die die Vision eines demokratischen Sozialismus vertritt. Sie sieht sich in der Pflicht und Tradition, sich auf dem Boden der Rechtsstaatlichkeit für eine moderne gesellschaftliche Struktur zu engagieren, in der neue, gerechtere soziale Bedingungen herrschen.

Wir vertreten diese Überlegungen ohne Anspruch auf ein Wahrheitsmonopol und sind bereit, darüber mit anderen in den gesellschaftlichen Diskurs zu treten, insbesondere mit der SPD. Dabei sind wir für produktiven Dialog um realistische und konsequente Reformalternativen und lehnen gegenseitige Ausgrenzung ab. Die Zukunft wird über unterschiedliche Positionen die Entscheidung bringen.

Die PDS setzt sich in ihrem demokratischen Verständnis konsequent für einen neuen Politikstil im Land Brandenburg ein. Das, was sie nach außen fordert und vertritt, praktiziert sie in ihren eigenen Reihen selbst. Dazu gehört auch die sehr kritische weitere Auseinandersetzung mit unserer eigenen Geschichte und unserer Mitverantwortung für das Scheitern des Gesellschaftsmodells der DDR. Dieser Weg wird in den nächsten Jahren konsequent fortgesetzt. Zugleich stehen wir zur erlebten Geschichte, zu den Lebensläufen Brandenburger Bürgerinnen und Bürger. Kritische Geschichtsbetrachtung verstehen wir auch als Lebenshilfe. Auch das verstehen wir als Brandenburger Toleranz.

Als Partei, die sich pluralistisch versteht, lehnt die PDS jeglichen Alleinvertretungsanspruch im Meinungsbildungsprozeß ab. Diesen Grundsatz vertreten wir auch im Umgang mit anderen. Pluralismus als Ausdruck des offenen Charakters der PDS unterstreicht auch unsere Vorstellungen vom Dialog miteinander, unabhängig von ideologisch-weltanschaulichen Positionen.

Dokument 50

»Einige groteske Fehler.« Erhard Eppler und Lothar Bisky über die Konkurrenz von SPD und PDS. In: »Der Spiegel« vom 21. November 1994. S. 36-43.

SPIEGEL: Obwohl die SPD schon im August in ihrer sogenannten Dresdner Erklärung jeder Zusammenarbeit abgeschworen hat, will Parteichef Rudolf Scharping einen weiteren Beschluß zur Abgrenzung von der PDS durchsetzen. Freuen Sie sich über soviel Aufmerksamkeit, Herr Bisky?

Bisky: Über die Aufmerksamkeit muß ich mich ja freuen. Aber auf Dauer werden solche Abgrenzungsbeschlüsse gegen die links neben der SPD stehende PDS nichts bringen.

SPIEGEL: Steht die PDS links von der SPD, Herr Eppler?

Eppler: Der Gutsherr stand auch links neben dem Gutsherrn. Ich kann

bei der PDS einen originell linken Ansatz nicht erkennen. Ihr Konzept ist zum einen Teil der verwässerte Aufguß dessen, was die SED gemacht hat, zum anderen Teil die Imitation dessen, was im Berliner Programm der SPD steht. Ich weiß nicht, was diese Partei eigentlich ist.

Bisky: Es ist richtig, daß wir kein neues Modell des demokratischen Sozialismus erfunden haben. Davon halte ich persönlich auch nicht viel.

Eppler: Ich rede nicht von einem Modell, nur von einem originellen Ansatz. Aber wie soll der auch von einer Partei kommen, deren Vorgänger Menschen dafür ins Gefängnis gesteckt haben, daß

sie sich als demokratische Sozialisten empfunden haben.

SPIEGEL: Was ist für Sie demokratischer Sozialismus?

Eppler: Seit Godesberg, also seit 1959, verstehen wir darunter zu Ende gedachte und zu Ende geführte Demokratie nicht nur im Bereich des Staates, sondern auch der Gesellschaft.

Bisky: Für mich ist demokratischer Sozialismus der Weg zu einer sozial gerechteren Gesellschaft, in der solidarischer und humaner Umgang miteinander eine größere Rolle spielt als gegenwärtig.

SPIEGEL: Das wollten Sozialdemokraten schon immer.

Bisky: Ja, nur habe ich den Eindruck, daß Programmatik und politische Praxis der Sozialdemokratie immer weniger in Einklang stehen, weil die Partei unter Scharping deutlich zur Mitte abdriftet. Es gibt in der SPD Linke, mit denen sehe ich mehr Ähnlichkeiten als Unterschiede.

Eppler: Daß es in der SPD verschiedene Temperamente und auch verschiedene Akzente gibt, ist nicht gerade neu. Was es aber im Unterschied zur PDS bei uns nicht gibt, sind Leute mit einem Sozialismus-Konzept, das nicht in unsere Verfassung paßt. Als kürzlich die Sozialdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern nach der Kommunistischen Plattform in der PDS fragten, kam die ausweichende Antwort, auch Kommunisten hätten das Recht dazuzulernen. Dieses Recht ist unbestritten. Die Frage ist, ob einer danach noch Kommunist ist.

Bisky: Die Kommunistische Plattform ist ganz bewußt in der PDS, sie

Das Streitgespräch moderierten die SPIEGEL-Redakteure Olaf Petersen und Klaus Wirtgen.



Eppler, Bisky

Auf Abgrenzung

bedacht bleiben soll die SPD gegenüber der PDS, fordert Parteichef Rudolf Scharping. Auch Erhard Eppler, 67, kann kaum Gemeinsamkeiten mit den Postkommunisten entdecken. Er war von 1968 bis 1974 Bonner Entwicklungshilfeminister. Als Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission leitete er die Gespräche mit der SED-Akademie für Gesellschaftswissenschaften unter Otto Reinhold, die 1987 mit dem gemeinsamen Papier »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Si-

cherheit« abgeschlossen wurden. Lothar Bisky, 53, glaubt nicht, daß die Abgrenzungsbeschlüsse der SPD seiner Partei schaden. Er übernahm im Januar 1993 von Gregor Gysi den Vorsitz der PDS. Deren Vorgängerin, der DDR-Staatspartei SED, hatte der promovierte Kulturwissenschaftler 26 Jahre angehört. Als Rektor der DDR-Hochschule für Film und Fernsehen setzte er sich für kritische Lehrer und Studenten ein. Im Brandenburgischen Landtag leitete Bisky den Untersuchungsausschuß, der die Stasi-Vorwürfe gegen SPD-Ministerpräsident Manfred Stolpe klären sollte.

hat das Programm mit erarbeitet und akzeptiert es. Und da steht eindeutig drin, daß es bestimmte Dinge nicht mehr gibt, etwa das Machtmonopol einer Partei. Und soweit einzelne eine andere Position vertreten, setze ich mich inhaltlich mit ihnen auseinander.

SPIEGEL: Der Ost-Sozialdemokrat Richard Schröder macht die Spaltung zur Voraussetzung, wenn die PDS ins demokratische Spektrum rücken will.

Bisky: Mit mir ist eine Säuberung nicht zu machen. Am 26. November werden wir die Differenzen auf einer Konferenz offen austragen. Wer andere Ziele hat als die im Programm festgeschriebenen, wird sich eines Tages entfernen.

Eppler: Hier zeigt sich der Grundwiderspruch der PDS: Sie steht, auch als Rechtsnachfolger, in der Tradition der SED und will gleichzeitig völlig anders sein. In unseren Gesprächen mit der SED wurde die Position der Kommunisten sauber definiert, nämlich einmal

schen Systems. Die PDS aber will sich nicht entscheiden. Da gibt es Kommunisten, die deshalb in der PDS sind, weil sie die Nachfolgerin der SED ist. Wieder andere sind bei der PDS, obwohl sie die Nachfolgerin der SED ist.

Was Sie über demokratischen Sozialismus gesagt haben, nehme ich Ihnen persönlich ohne weiteres ab. Das könnte ich auch sagen. Nur, wozu braucht man dann diese Partei? Sie dürfen bitte nie vergessen: Für die Gedanken, die Sie jetzt äußern, hat die SED die Leute ins Gefängnis gesperrt.

Bisky: Das weiß ich. Und es ist richtig, wir sind aus der SED hervorgegangen. Das wurde damals mehrheitlich entschieden gegen eine beachtliche Minderheit, die zuvor die SED auflösen wollte. Als Nachfolger wären wir so oder so bezeichnet worden. Entscheidend für mich ist der Bruch mit dem Stalinismus und dem demokratischen Zentralismus. Die PDS ist eine basisdemokratische Partei . . .

en gegangen sind, mit der Vergangenheit plötzlich nichts mehr zu tun haben. Im Kern stört es Sie doch, daß es eine neue Partei gibt in diesem Land und daß die Mandate dadurch etwas aufgeteilt werden.

Eppler: Wissen Sie, Herr Bisky, solange Sie es sich so einfach machen, bringen Sie sogar Leute gegen sich auf, die wie ich schon lange vor dem Jahr 1989 der Meinung waren, daß früher oder später auch die Mitglieder der SED in unsere demokratische Gesellschaft reintegriert werden müssen. Dies wird durch die PDS nur schwieriger. Das Grundproblem der PDS bleibt: Weil sie sich allzu plötzlich Positionen angeeignet hat, die 40 Jahre lang ihr Feindbild waren, unterlaufen ihr gelegentlich Formulierungen und Aktionen, die nicht auf eine neue Partei, sondern auf die alte deuten.

Bisky: Wir machen es uns nicht einfach, wir setzen uns vielmehr sehr hart mit unserer eigenen Biographie auseinander. Ihre Rolle, Herr Eppler, möchte ich ausdrück-
lich würdigen. Ich

war ja einmal dabei in diesen Debatten und weiß als damaliger Rektor der Hochschule für Film und Fernsehen, wie hilfreich es war für kritische Leute, den Dialog, der mit der SPD geführt wurde, nun auch in der DDR und der SED einzufordern.

SPIEGEL: Damals waren sich SPD und SED einig, daß kein System dem anderen die Existenzberechtigung absprechen dürfe. Heute sagt die stellvertretende Parteivorsitzende Heidemarie Wiczorek-Zeul: „Die PDS muß auf Dauer verschwinden.“ Kein Widerspruch?

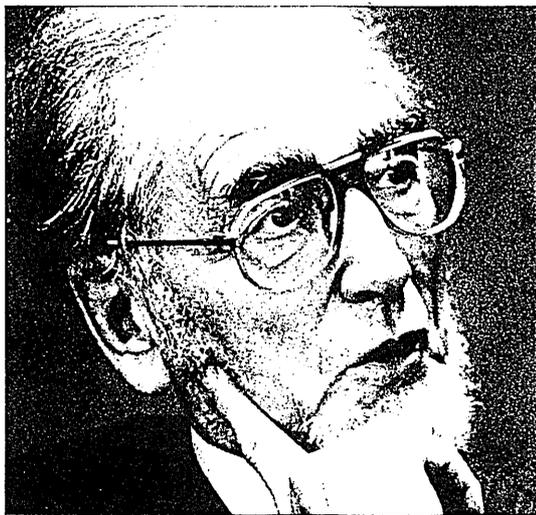
Eppler: Nein. Wir haben damals mit einem Gesprächspartner, der defi-

nierbar war als Repräsentant des anderen Systems, um des Friedens willen geredet. Dieses System hat sich bald darauf selbst zugrunde gerichtet. Die PDS aber ist kein System, sondern eine Partei, die überwiegend aus Mitgliedern besteht, die sich früher ganz anders definiert haben. Worüber soll ich mit denen reden? Etwa darüber, welcher Teil der PDS zu welchem Teil des Programms auch wirklich steht?

Bisky: Aber zu anderen Nachfolgeparteien halten die Sozialdemokraten intensive Kontakte . . .

Eppler: . . . Sie meinen die in Osteuropa.
Bisky: Ja, und da geht die SPD ja auch zu Recht davon aus, daß das nicht mehr die alten Parteien sind, sondern daß sie etwas Neues wollen. Nur wir werden verteuftelt,

„Die PDS steht in der Tradition der SED und will ganz anders sein“



„Daß wir für die Geschichte geprügelt werden, ist in Ordnung“

durch die Sozialisierung der Produktionsmittel und zum anderen durch das, was man das Machtmonopol der Partei nennen konnte oder die Diktatur des Proletariats. Das waren 70 Jahre lang die Eckpfeiler kommunistischer Herrschaft.

Bisky: Aber Sie können doch nicht bestreiten, daß es immer auch Reformkommunisten gab, Menschen, die für ihren Widerstand gegen den Stalinismus Repressalien erlitten haben. Reformkommunisten können sich auf der Grundlage des Programms und des Statuts in der PDS bewegen.

Eppler: Auch für Reformkommunisten gilt: Die Aufgabe des Machtmonopols war zugleich das Ende des kommunisti-

Eppler: . . . die sich in das demokratische Spektrum einzuschleichen versucht unter dem Stichwort „Arbeiterbewegung“. Ich zitiere aus Ihrem Programm: „Für Rechtsstaatlichkeit und sozialstaatliche Regulierung, pluralistische Demokratie und Gewaltenteilung, Öffentlichkeit und elementare Menschenrechtsgarantien sowie Naturerhaltung haben sich Arbeiterbewegung, liberale, grüne und andere Bewegungen eingesetzt.“ Dabei haben Sie doch alles, was hier steht, kriminalisiert.

Bisky: Daß wir laufend für die Geschichte geprügelt werden, geht schon in Ordnung. Nicht in Ordnung finde ich, daß jene Mitglieder der SED und auch die „Blockfreunde“, die zu den Westpartei-

nur in Deutschland wird nicht akzeptiert, was europäische Normalität ist.

Eppler: Der kleine Unterschied zu Ungarn, zu Polen, Rußland und anderen Ländern ist, daß es in Deutschland die große Partei des demokratischen Sozialismus längst gibt – die SPD.

SPIEGEL: Und die soll keine Konkurrenz bekommen?

Eppler: Doch, doch. Aber von einer Partei, die Nachfolgerin der SED ist und nun in ihrem Namen den demokratischen Sozialismus für sich reklamiert, verlange ich Eindeutigkeit. Statt dessen lese ich im Programm: „In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die

ger breit von der Demokratie abgewichen. Das kann man von Kommunisten nun wahrlich nicht sagen.

Bisky: Die PDS steht auf dem Boden der Verfassung, auch wenn wir uns manches anders wünschen – Runde Tische, überhaupt mehr Bürgerbeteiligung. Im übrigen: Mehr als diese oder jene Einzelformulierung im Programm beruht unsere Akzeptanz in den Ostländern auf unserer Sachpolitik in Kommunen und Landtagen.

Eppler: Differenzen zwischen Praxis und Programm gibt es bei allen Parteien. Mal angenommen, all diejenigen, die laut Ihrem Programm die gegebenen

gegenüber ehemaligen SED-Mitgliedern großzügiger sein müssen.

Bisky: Jetzt appellieren doch die Sozialdemokraten zum Beispiel bei mir in Brandenburg immer wieder an die PDS-Mitglieder, sie sollten zur SPD kommen. Regine Hildebrandt hat mich sogar persönlich eingeladen . . .

SPIEGEL: . . . die Sozialministerin hält Sie für ministrabel . . .

Bisky: . . . vielleicht als „Minister für außerirdische Beziehungen“. Aber ernsthaft: Warum folgt niemand den Aufrufen? Warum geht keiner von der alten SED zur SPD? Mir wären sie dort doch lieber als bei der CDU. Was mich betrifft: Ich gehe nicht in die SPD.

SPIEGEL: Ihr letztes Wort?

Bisky: Man soll im Leben nie „nie“ sagen. Aber ich bin in der PDS gut aufgehoben und möchte noch sehen, daß sich in Deutschland eine linkssozialistische Kraft neben der SPD entwickelt.

Eppler: Ich halte den Anspruch der PDS aus zwei Gründen für verhängnisvoll. Der ganze Ballast, den diese Partei von der SED her mit sich schleppt, macht es nicht leichter, sondern schwieriger, die Erfahrungen des Ostens in der deutschen Politik zur Geltung zu bringen. Und er ermöglicht den Konservativen, ihren alten Antikommunismus zu pflegen und ihn als Keule gegen die SPD zu benutzen. Vom Interesse der demokratischen Linken in Deutschland aus gesehen, ist die PDS eher ein Unglück.

Bisky: Aus meiner Sicht ist das abwegig. Es gibt doch die rot-grüne Alternative. Scharping muß sie nur wollen. An uns würde die Abwahl des Kanzlers nicht scheitern.

SPIEGEL: Dafür gibt es derzeit keine Mehrheit.

Bisky: Man muß auch an die Wahlen 1998 denken.

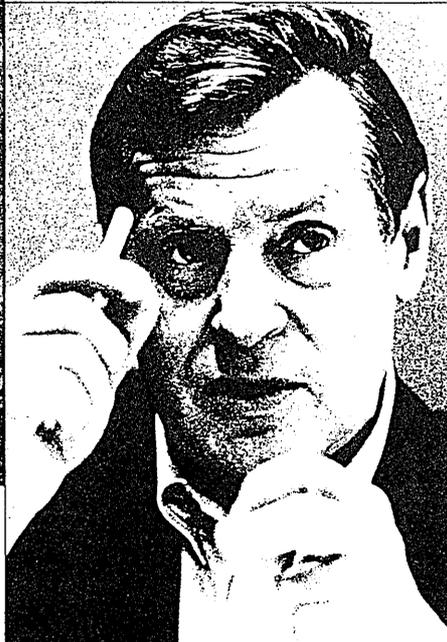
Eppler: Ich habe vor ein paar Monaten zu einem führenden Mann der mecklenburgischen CDU gesagt: „Wenn sich doch die SED aufgelöst hätte und eine neue Partei ohne diese Altlasten entstanden wäre, sähe alles viel einfacher aus.“ Da antwortete mein Gesprächspartner: „Das wäre ja schrecklich.“ Er hat recht: Ihre Partei, die ein ungeklärtes Verhältnis zur Vergangenheit hat, gibt der Union, die 40 Jahre vom Antikommunismus gelebt hat, eine Chance gegen die deutsche Linke, wie sie besser nicht sein könnte.

Bisky: Daß man auch jetzt noch mit plumpem Antikommunismus Wahlkämpfe entscheidend beeinflussen kann, habe ich lernen müssen. Aber das ist kein Grund, die PDS wegzunehmen. Es würde der SPD auch nicht helfen. Ich bezweifle, daß in den nächsten Jahren viele PDS-Wähler die SPD ankreuzen. Solange die SPD gemein-



„Von der Nachfolgerin der SED verlange ich Eindeutigkeit“

„Unsere Aufgabe ist es, die Interessen der Ostbürger einzubringen“



der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.“ Da darf man nach all den Erfahrungen doch fragen: Was wollen denn die, die diese Verhältnisse fundamental ablehnen, an ihre Stelle setzen?

Bisky: Vielleicht das, was im Berliner Programm der SPD von 1989 steht: „Es ist eine historische Grunderfahrung, daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.“ Nichts anderes sagt auch die Kommunistische Plattform.

Eppler: Aber unsere Reformansprüche gelten strikt im Rahmen der Verfassung, und Sozialdemokraten sind nie einen Fin-

Verhältnisse fundamental ablehnen, würden die Partei verlassen: Wodurch unterschiede sich die Bisky-PDS dann noch von der SPD?

Bisky: Wir hätten so etwas wie dem Asylkompromiß nie zugestimmt . . .

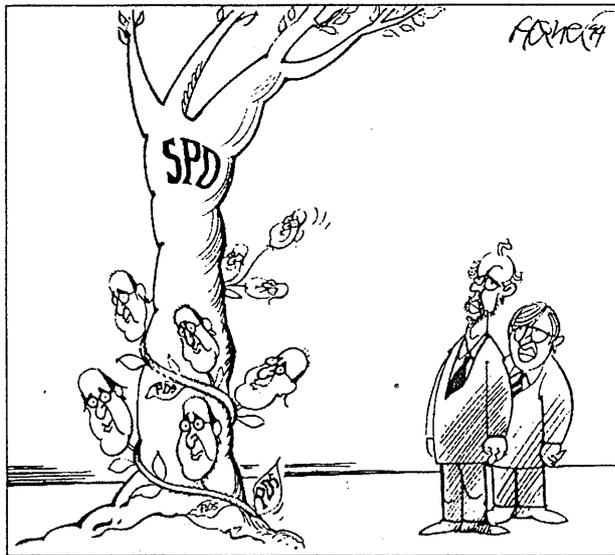
Eppler: . . . ein PDS-Innenminister würde das sicher anders sehen und Ihre Wählerschaft sowieso.

Bisky: Unterschätzen Sie nicht unsere Grundsatztreue. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, die Interessen der Ostbürger in die gesamtdeutsche Politik einzubringen, also: Entschädigung vor Rückgabe, Schluß mit dem Rentenstrafrecht.

Eppler: Das sind nicht nur Ihre Postulate.

Bisky: Die SPD hat dem Einigungsvertrag zugestimmt.

Eppler: Sie wissen ganz genau, wie das damals war in der Volkskammer. Aber ich gebe ja zu, daß die SPD einige groteske Fehler gemacht hat. Vielleicht hätten wir



Ost-Efeu

Kölner Stadt-Anzeiger

sam mit der Union auf die PDS eindrischt, hat sie im Osten keine Chance.

SPIEGEL: Verliert die PDS mit der Verwirklichung der inneren Einheit ihre Existenzberechtigung?

Bisky: Die innere Einheit wird noch sehr lange auf sich warten lassen. Wie lange die PDS existieren wird, kann ich nicht vorhersagen. Die Wähler im Osten haben uns als eine Art linker Volkspartei gewählt, die auf längere Sicht gesamtdeutsche Ambitionen hat.

Eppler: Ich habe den PDS-Wählern nichts vorzuschreiben. Die müssen ja einen Grund haben, nicht SPD zu wählen. Daß daraus etwas Gutes wird für die innere Einheit und für die Regierungsfähigkeit der Linken, kann ich mir allerdings nicht vorstellen.

SPIEGEL: Hat die PDS überhaupt ein großes Zukunftsthema?

Bisky: Das Soziale und das Ökologische werden eine große Rolle spielen. Und im Osten wird die PDS, für mich überraschend, sehr stark mit Demokratie verbunden – vielleicht weil wir bestimmte basisdemokratische Traditionen aus dem Herbst '89 pflegen.

Eppler: Sie antworten pragmatisch und unverbindlich wie andere deutsche Politiker auch. Für mich ist klar: Die PDS hat keine neue, plausible, originelle Antwort auf die Frage, was demokratischer Sozialismus heute ist.

Bisky: Ich mit meiner Biographie beschreibe keine Vision mehr in zwei Sätzen. Wir haben Vorstellungen, aber nicht einen Satz, der für typisch PDS steht. Wir sind – auch das ist Teil der Erneuerung – eine linkssozialistische Partei auf der Suche. Ich wäre heilfroh, wenn wir eine unverwechselbare Duftmarke hätten. Herbeizaubern kann ich sie nicht.

Eppler: Ich habe mich kürzlich empört über Gregor Gysi. Er wehrt sich in seinem „Ingolstädter Manifest“ gegen die Ausgrenzung der PDS und fordert: „Das

veränderte Deutschland darf nicht mit totalitären Mitteln aufgebaut werden.“ Das kann doch nicht wahr sein. Ich habe immer gegen die Verabsolutierung der Totalitarismus-Theorie argumentiert, um den Unterschied zwischen Nazis und Kommunisten klarzumachen. Nun kommt der Gysi und benutzt den Begriff „totalitär“ für diese Republik. Totalitär wäre danach auch das, was die CDU gegenüber der PDS macht.

Bisky: Sie müssen bedenken, Herr Eppler, daß die Mehrheit der

PDS-Mitglieder an den langen Traditionen der Linken im Westen nicht teilgenommen hat. Unsere Begriffe sind manchmal ganz anders gemeint, als sie in den alten Ländern verstanden werden.

Eppler: Ein Mann wie Gysi weiß doch, was totalitär ist. Und die Existenz der PDS beweist, daß die konservative Theorie – braun gleich rot – nicht stimmt: Es gibt ja keine erlaubte NS-Nachfolgepartei.

Bisky: Ich bezeichne die Bundesrepublik nicht als totalitär.

SPIEGEL: Käme die SPD ohne Abgrenzung zur PDS in eine Zerreißprobe?

Eppler: Immerhin hat die Partei das Magdeburger Tolerierungsmodell gut verkräftet. Es ist auf längere Sicht auch gefährlicher für die PDS als für die SPD: Entzauberung durch Verantwortung.

Bisky: Wir sind da echt in der Zwickmühle. Unsere Wähler würden es uns nicht verzeihen, wenn wir aus 20 Prozent Stimmenanteil nichts machten. Jetzt haben wir in Sachsen-Anhalt mit Bauchschmerzen einen äußerst knappen Haushalt passieren lassen, und schon sind wir mit in der Verantwortung.

SPIEGEL: Richtet sich die PDS darauf ein, in Magdeburg oder Schwerin im Laufe der Legislaturperiode in eine SPD-geführte Regierung einzutreten?

Eppler: Immer vorausgesetzt, sie würde überhaupt eingeladen!

Bisky: Wir haben in Schwerin ja ein Angebot gemacht. Wenn es sein muß, könnten wir. Auf Weichenstellungen in der Zukunft sind wir eingestellt.

Eppler: Wir sollten nur mit einer Partei koalieren, von der wir genau wissen, wer sie ist. Das weiß ich im Augenblick bei der PDS nicht.

Bisky: Manfred Stolpe weiß es, Reinhard Höppner und Harald Ringstorff wissen es auch, Herr Eppler.

SPIEGEL: Herr Eppler, Herr Bisky, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. □

Dokument 51

Tolerierungsvereinbarung in Thüringen zwischen den Fraktionen und Kreisverbänden von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der PDS-Fraktion. In: »Neues Deutschland« vom 1. Dezember 1994. S. 3.

Die zwischen den Fraktionen und Kreisverbänden von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der PDS-Fraktion abgeschlossene Tolerierungsvereinbarung hat folgenden Wortlaut:

§ 1: Grundlage der Vereinbarung. Die Koalitionspartner haben mit Datum vom 7.11.94 die Vereinbarung über eine Zusammenarbeit in der Ratsperiode 1994-1999 (Koalitionsvereinbarung) beschlossen. Der Inhalt dieser Vereinbarung ist der Fraktion der PDS bekannt und wird von dieser unterstützt. Die Fraktion der PDS gehört der Koalition nicht an.

§ 2: Ziel der Vereinbarung. Es besteht unter den an der vorliegenden Vereinbarung beteiligten Parteien und Fraktionen Einigkeit darüber, daß bei voller Wahrung der politischen Selbstständigkeit eine Zusammenarbeit und in möglichst vielen Fällen ein einheitliches Ab-

Tolerierungsvereinbarung

stimmungsverhalten der beteiligten Fraktionen im Stadtrat Weimar in Sach- und Personalfragen anzustreben ist.

§ 3: Informationsaustausch. Die an der vorliegenden Vereinbarung beteiligten Fraktionen werden sich wechselseitig über Anträge, Anfragen und Initiativen, die sie in den Stadtrat und seine Ausschüsse einzubringen beabsichtigen, informieren. Sie werden sich ebenfalls wechselseitig über das Meinungsbild in den Fraktionen zu solchen Anträgen, Anfragen und Initiativen unterrichten.

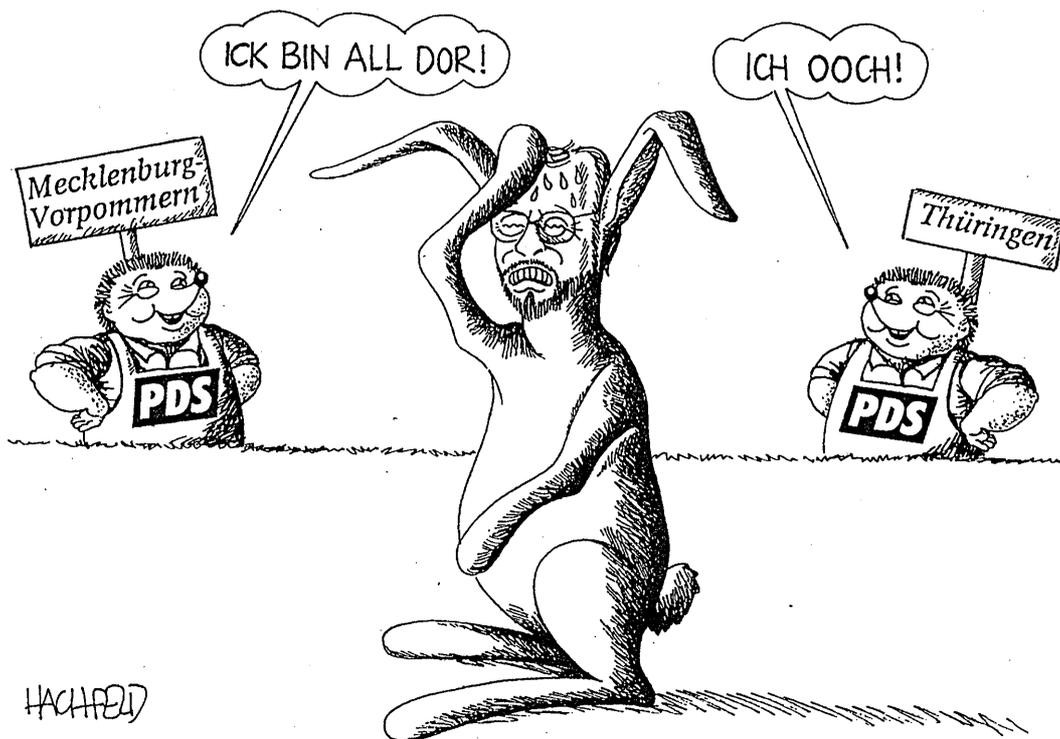
§ 4: Beratungen der Fraktionsvorsitzenden. Die Fraktionsvorsitzenden können gemeinsame Beratungen einberufen. Eine solche Beratung findet inner-

halb von 3 Tagen statt, wenn dies einer der Fraktionsvorsitzenden beantragt.

§ 5: Koalitionsausschuß. Zwischen den Koalitionspartnern ist die Einrichtung eines Koalitionsausschusses vereinbart. VertreterInnen der PDS-Fraktion können an den Sitzungen des Koalitionsausschusses als Gäste teilnehmen.

§ 6: Ausschluß konkurrierender Anträge, Anfragen und Initiativen. Die Beteiligten sichern sich zu, Informationen über beabsichtigte Anträge, Anfragen und Initiativen, über die sie gemäß dieser Vereinbarung informiert werden, nicht zur Stellung eigener, konkurrierender Anträge, Anfragen oder Initiativen zu verwenden.

§ 7: Vertraulichkeit. Die beteiligten Fraktionen sichern sich wechselseitig zu, den Inhalt der Beratungen der Fraktionsvorsitzenden und der Beratungen des Koalitionsausschusses vertraulich zu behandeln.



Karikatur: Rainer Hachfeld

Dokument 52

Zur Stärkung der SPD in Ostdeutschland hat der SPD-Parteivorstand heute unter Vorsitz des Parteivorsitzenden Rudolf Scharping den folgenden Beschluß gefaßt. In: Presseservice der SPD. Bonn vom 5. Dezember 1994.

Mitteilung für die Presse

Zur Stärkung der SPD in Ostdeutschland hat der SPD-Parteivorstand heute unter Vorsitz des Parteivorsitzenden Rudolf Scharping den folgenden Beschluß gefaßt:

a) Zielsetzung

Die SPD hält an ihrem Ziel fest, die strategische Mehrheit im Deutschen Bundestag zu gewinnen. Diese ist dann gegeben, wenn politisch nur eine von der SPD geführte Regierung möglich ist.

Die knappe Mehrheit der Koalition bedeutet nicht, daß die Opposition fast gleich stark wäre. Die PDS engt die Optionen der SPD ein. Die Fähigkeit der SPD, führende Regierungspartei zu werden, hängt stark davon ab, ob es ihr gelingt, in Ostdeutschland stärkste Partei zu werden.

Dazu muß sie in erster Linie bisherige PDS-Wählerinnen und Wähler auf ihre Seite ziehen.

Die SPD schließt eine Bündnisstrategie gegenüber der PDS aus. Gegen eine solche Strategie sprechen historische und politische Unvereinbarkeiten, aber auch der Anspruch der SPD, als linke Volkspartei die große, integrierende Bewegung der deutschen Linken zu sein. Innerhalb der Wählerschaft und Mitgliedschaft der PDS gibt es viele, die aus Gründen, die mit der Entwicklung 1989/90 zu tun haben, nicht den Weg zur SPD fanden. Wenn sie überhaupt von einer Volkspartei integriert werden können, dann nur von der SPD.

Die SPD-Ortsvereine in Ostdeutschland können und sollen einen aktiven Beitrag zur Versöhnung leisten, indem sie die politische Integrationsaufgabe übernehmen. Die Grenze ist da zu ziehen, wo aktive Beteiligung an Unrechtstaten vorliegt.

Die politische Verantwortung für das Erstarken der PDS liegt bei der Bundesregierung und den Bonner Koalitionsparteien. Ihre Fehler im Prozeß der Verwirklichung der inneren Einheit Deutschlands haben die PDS überhaupt nur zum Sammelbecken des Protests machen können. Die Maßlosigkeit der Unionskampagne nach der Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt hat ebenfalls der PDS genutzt.

b) Praktische Schritte

- a) Die ostdeutsche SPD muß politisch attraktiver werden
Die SPD hat in den neuen Bundesländern ihre höchsten Zuwächse und damit, gemessen an ihrer niedrigen Organisationsstärke, ein insgesamt hervorragendes Ergebnis erzielt. Als zur Überwindung der SED-Diktatur noch in der Illegalität gegründete neue Partei ist sie neben Bündnis 90 als einzige Partei in Ostdeutschland nicht mit dem alten System in personeller oder politischer Kontinuität verbunden. Wenn das für die SPD erreichbare Potential in Ostdeutschland nicht ausgeschöpft werden konnte, so liegt das daran, daß die SPD in Ostdeutschland zu stark als West-Partei wahrgenommen wurde und in der Opposition nicht nachweisen konnte, daß sie die ostdeutschen Interessen besser vertritt als CDU und PDS (für diese These spricht besonders der Erfolg der SPD in Brandenburg, dem einzigen der neuen Länder, das seit 1990 von der SPD regiert wird). Es kommt also darauf an, den gesamtdeutschen Charakter der SPD zu verstärken, die ostdeutschen Interessen in der Oppositionsarbeit im Bundestag und der Regierungstätigkeit in demnächst allen ostdeutschen Ländern mit Ausnahme Sachsens deutlich hervorzuheben und auf breiter Ebene als bürgernaher Partner für die Menschen in Ostdeutschland erlebbar zu werden.
- b) Die ostdeutsche SPD muß organisatorisch stärker werden
Die schwache Organisationsstruktur in Ostdeutschland ist ein klares Handicap für die SPD in Wahlkämpfen und in der täglichen politischen Arbeit. Verbesserungen sind möglich
- durch die Einrichtung eines dichten Netzes von Bürgerbüros der ostdeutschen Landtags- und Bundestagsabgeordneten;
 - durch Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten;
 - durch breitere Schulungsangebote für Funktionäre der Partei auf allen Ebenen;
 - durch Fortsetzung der Strukturhilfe der Bundespartei;
 - durch verstärkte Präsenz der Mitglieder der Parteiführung und der Bundestagsfraktion und ihrer Gremien in Ostdeutschland;
 - durch intensivere und kontinuierliche Medienarbeit in Ostdeutschland;
 - durch Mitgliederwerbaktionen unter organisatorischer und finanzieller Beteiligung des Parteivorstandes;
 - durch Verbesserung der Qualifikationen des hauptamtlichen Apparates.

c) Die SPD muß sich für neue Mitglieder öffnen.
Bei vielen Gelegenheiten, zuletzt in der Dresdner Erklärung vom 11.08.1994, hat die SPD darauf hingewiesen, daß sie offen ist für die Menschen, die sich zu sozialdemokratischen Grundwerten und Zielen bekennen. Ehemalige SED-Mitglieder, die heute keiner Partei angehören, und heutige PDS-Mitglieder sind ausdrücklich in diese Einladung einbezogen. Die SPD respektiert die Lebensläufe in Ostdeutschland. Sie kann auch verstehen, daß nach dem Erlebnis von zwei Partei-Diktaturen ein Mißtrauen gegenüber Parteien überhaupt entstanden ist. Die SPD aber ist die Partei in Deutschland, die den Diktaturen Widerstand entgegengesetzt hat. Sie hat immer auf der Seite von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gestanden.

d) Innerparteiliche Bildung und Qualifizierung
Der Parteivorstand entwickelt breit angelegte, aber differenzierte Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Neben einer Reihe von Bildungs- und Schulungsprogrammen für die neuen Länder sind folgende Personengruppen besonders relevant:

- o Für regional bzw. kommunal aktive haupt- und ehrenamtliche SPD-Mitglieder werden besondere Qualifizierungsprogramme zur Bürgerberatung (Mieten, Steuern etc.) angeboten; insbesondere um der PDS als sog. "Kümmer-Partei" etwas entgegenzusetzen.
- o Aufgrund der häufig herausgehobenen Stellung der MdB- und MdL-Mitarbeiter in den Wahlkreisen werden für sie spezielle Politik-Management-Kurse durchgeführt.
- o Von zentraler Bedeutung sind dringend notwendige Trainingsprogramme für ostdeutsche Mandatsträger. Durch persönliche Ansprache und attraktive Angebote ist diese Personengruppe für spezielle Qualifizierungsangebote zu gewinnen. Rhetorikunterricht, Medientraining u.ä. sind individuell zu entwickeln. Der durchaus hohe Aufwand (Einzeltraining etc.) darf nicht gescheut werden!

c) **Politischer Umgang mit der PDS**

Mit der PDS muß eine harte inhaltliche Auseinandersetzung geführt werden. Die PDS ist ein politischer Gegner, der auch seinerseits im Wahlkampf und in der langfristigen Strategie die SPD zu seinem Hauptgegner gemacht hat. Sie ist nicht die linkere Sozialdemokratie, sondern die Nachfolgepartei der SED. Deshalb ist klare Abgrenzung in der Sache nötig, wie sie sich aus den unterschiedlichen Programmen leicht erschließt. Eine solche Abgrenzung in der Sache, wie sie gegenüber allen konkurrierenden Parteien notwendig ist, bedeutet nicht, daß die Wählerinnen und Wähler der PDS ausgegrenzt werden sollen. Es können der PDS auch nicht die parlamentarischen Mitwirkungsmöglichkeiten versagt werden. Das würde sie in eine Märtyrerrolle bringen und vermutlich breite Solidarität in Ostdeutschland auslösen. Normale

parlamentarische Kontakte stellen kein Problem dar, sie gehören zu einer funktionsfähigen Demokratie. Koalitionen auf Landes- oder Bundesebene mit der PDS kommen nicht in Betracht. Wo die SPD an der Regierung beteiligt ist, ist die PDS in der Opposition, wo die SPD selber in der Opposition ist, gibt es keine Koalition in der Opposition. Auf der anderen Seite wird die SPD nicht deshalb auf ihre Initiativen verzichten, weil die PDS möglicherweise zustimmen könnte. Auf der kommunalen Ebene, wo alle Parteien schon aufgrund der Gemeindeordnungen zusammenarbeiten müssen und dies in der Praxis auch tun, ist eine Abgrenzung gegenüber der PDS über die inhaltliche Auseinandersetzung unverzichtbar.

Es kann offenbleiben, ob die PDS nur eine Erscheinung des Transformationsprozesses in Ostdeutschland ist und nach Abschluß dieses Prozesses von selber verschwinden wird. Die offensive Auseinandersetzung ist jetzt notwendig. Die SPD kann nicht zulassen, daß ihre Mehrheitsfähigkeit durch die Existenz einer Partei beeinträchtigt wird, die sich links von ihr in den Parlamenten etabliert. Diese Auseinandersetzung kann und muß selbstbewußt geführt werden. Die Gründungsgeschichte der SPD in Ostdeutschland und die Rolle der SPD als gesamtdeutsche starke und durchsetzungsfähige Partei bieten Vorteile, die es zu nutzen gilt.



PDS-Gegner Scharping, Genosse Kunckel

Dokument 53

Was aus der PDS wird, wagt keiner zu sagen. Der sachsen-anhaltinische Ministerpräsident Reinhard Höppner zum erneuten Versuch der SPD, ihr Verhältnis zur PDS zu klären. In: »Wochenpost« vom 8. Dezember 1994. S. 9.

W: Herr Höppner, der SPD-Parteivorstand hat ein Grundsatzpapier zum Verhältnis von SPD und PDS verabschiedet. Die »Dresdner Erklärung« zum gleichen Thema ist keine vier Monate alt. Der Streit um den Beschluß zeigt, daß die Abgrenzungssehnsucht von West-SPD-Politikern größer ist als die Abgrenzungsbereitschaft der SPD im Osten.

Zunächst: Das Papier behandelt nicht nur den Umgang mit der PDS. Es geht um die Stärkung der SPD im Osten, unsere Mitgliederstruktur, die politische Bildung, Organisationsfragen. Die Frage des Umgangs mit unserem politischen Gegner PDS ist allerdings eine wesentliche Frage für die Entwicklung der SPD in Ostdeutschland. Es gibt einfach die verschiedenen Lebenszusammenhänge, die Unterschiede zwischen West und Ost hervorbringen. Bei jeder Familienfeier im Osten sitzen mit hoher Wahrscheinlichkeit ein, zwei ehemalige SED-Mitglieder und mindestens ein PDS-Mitglied dabei. Im Wahljahr hat sich z. B. auf kommunalpolitischer Ebene viel verändert. Quer über alle Parteien gibt es hier die Zusammenarbeit mit der PDS. Das hat viel verändert.

W: Koalitionen auf Landes- und Bundesebene schließt die SPD ausdrücklich aus.

Das entspricht übrigens unseren Beschlüssen in Sachsen-Anhalt. Das Papier erteilt auch denen eine Absage, die heimlich eine Bündnisstrategie mit der PDS aufbauen wollen...

W: ... die es in der SPD durchaus gibt?

Solche Stimmen gibt es in der SPD. Das haben wir in Sachsen vor der Bundestagswahl ja erleben können.

W: Auch Ihre Minderheitenregierung steht unter diesem Verdacht. Der Wirtschaftsminister ist im Streit gegangen – wegen der PDS: Sie koalieren nicht, sind aber auf Absprachen mit den PDS-Abgeordneten angewiesen, wenn Sie Mehrheiten im Parlament zustande bringen wollen.

Mein ehemaliger Wirtschaftsminister wäre ehrlicher gewesen, wenn er gesagt hätte, daß er aus persönlichen Gründen geht. Er hat die Mühen der Ebene, den schwierigen Prozeß im Osten unterschätzt. Es war unfair, den Rücktritt auf dieses Thema zu schieben. Wir können mit diesem Papier nicht nur leben – unsere Arbeit in Sachsen-Anhalt wird dadurch gestützt. Unsere Regierung wird weiter die Sachentscheidungen vor das Parlament bringen und dann die Mehrheiten suchen.

W: Verurteilt sich die SPD in den neuen Ländern nicht – abgesehen von der besonderen Situation in Ihrem Land und Brandenburg – zum Dauerpakt mit der Union, wenn Koalitionen mit der PDS ausgeschlossen bleiben?



Foto: Andreas Schoelzel

**Reinhard Höppner, SPD,
Sachsen-Anhalt.**

Die PDS ist eine sehr unausgegrenzte Partei, die weder programmatisch geschlossen auftritt noch ein einheitliches Handlungskonzept hat. Sie ist auch in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich. Solange wir nicht wissen, mit welchem Partner wir es zu tun haben, müssen wir Koalitionen ausschließen. Wie sich das weiterentwickelt, was aus der PDS einmal wird, wagt jetzt keiner zu sagen. Das Papier formuliert übrigens auch, daß offenbleibt, wie die PDS am Ende des Transformationsprozesses wirklich aussieht. Wir stehen dafür ein, daß kommunistische Tendenzen in Deutschland nie wieder irgendeine Chance haben.

W: Die SPD wiederholt in diesem Papier die Einladung an ehemalige SED-Mitglieder, zur SPD zu kommen. Bisher war das ohne praktische Wirkung. Machen die Ortsvereine die Arme jetzt weiter auf?

Wir haben in Sachsen-Anhalt einen großen Zuwachs an Mitgliedern, etwa zehn Prozent im letzten Jahr. Das sind aber nicht in erster Linie ehemalige SED-Mitglieder. Ich rechne nicht mit großen Bewegungen. Eins scheint mir aber nötig zu sein: Da, wo die Aufnahmegespräche noch immer einen Verhör-Charakter über die Vergangenheit haben, müssen wir zu einem vernünftigen Umgang miteinander kommen. Gerade gute Leute kommen dann nicht, wenn sie das Gefühl haben müssen, sie werden einem Verhör unterzogen, das nicht angemessen ist. ■

INTERVIEW: TISSY BRUNS

Dokument 54

Michael Schneider: Das abgestandene Märchen von den zwei feindlichen Brüdern. Der Dialog über die Vergangenheit von SPD und PDS ist dringend vonnöten. In: »Freitag« vom 9. Dezember 1994. S. 3.

Ein Gespenst geht um in Deutschland: das Gespenst der PDS. Seit sich die SED-Nachfolgerin durch ihre jüngsten Wahlerfolge in den neuen Bundesländern zur drittstärksten Kraft gemauert hat und durch ihr Tolerierungsangebot die sozialdemokratische Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt stützt, ist die Frage: »Wie hältst du's mit der PDS?« zur Gretchenfrage für die Deutsche Sozialdemokratie geworden. Obschon Rudolf Scharping ein apodiktisches Fraternisierungsverbot seiner Parteigenossen gegenüber den SED-Erben ausgesprochen hat, wollen sich viele ostdeutsche Genossen, auch solche in führenden Positionen wie der SPD-Landesvorsitzende Harald Ringstorff und der Brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe, nicht an diese Ordre aus der Bonner Baracke halten. Jüngst hat auch Egon Bahr, ehemaliger Ost-Experte der SPD, in einem »Spiegel«-Interview die Aussöhnung mit den deutschen Ex-Kommunisten gefordert, statt sie weiterhin auszugrenzen, und von ihnen das sozialdemokratische Blut zurückgefordert, das 1946 bei der Zwangsvereinigung beider Parteien in die SED mitgeflossen ist. Seither ist der innerparteiliche Streit in der SPD voll entbrannt.

Seit SPD und PDS zusammen in den neuen Bundesländern – mit Ausnahme Sachsens – eine rechnerische Mehrheit haben, kehrt der alte Traum von der »Einheit der Linken« und der »linken Mehrheit« wieder – und mit ihm, so scheint es, das alte sozialdemokratische Trauma von der »kommunistischen Unterwanderung«. Schon das Angebot der PDS-Führung, mit der SPD einen gemeinsamen »Dialog über die Vergangenheit« zu führen, hat in der Bonner Baracke wie auch bei führenden ostdeutschen Sozialdemokraten, vor allem in der Pfarrerriege um Markus Meckel, panische Abwehrreaktionen ausgelöst (vgl. Meckels Artikel in der ZEIT vom 4.11.94). Als könne einen schon der Dialog mit dem exkommunistischen Belzebub kompromittieren bzw. in Versuchung führen! Der moralische Fundamentalismus und Reinheitswahn war ja schon immer eher bei den Linken als bei den Konservativen beheimatet. Die Enkel Adenauers hatten nicht die geringsten Skrupel, sich mit den Blockflöten des gestürzten SED-Regimes »brüderlich« zu vereinigen – nur so

wären die Wahlen im Vereinigungsjahr für den Vereinigungskanzler zu gewinnen! –; die Enkel Willy Brandts indes glauben, sofort ihre eingebildete politische Unschuld zu verlieren, wenn sie sich mit den deutschen Ex-Kommunisten auch nur an einen Runden Diskussionstisch setzen und versehentlich Kniekontakt haben. Dabei sind im Osten Deutschlands, auf kommunaler und Länderebene, Kontakte und politische Absprachen mit der PDS längst eine Normalität. Auch finden sich nach Einschätzung Egon Bahrs, unter den heutigen PDSlern, neben vielen Funktionsträgern des alten Systems und manchen gewendeten Altstalinisten, viele linke Sozialdemokraten und junge Sozialisten, nebst einem diffusen Protestpotential, das Bahr gerne für die SPD rekrutieren würde. Der SPD-Chef und seine Gefolgsleute dagegen sprechen Gysis »bunter Truppe« den Charakter einer linken Partei rundherum ab. »Völlig unerklärlich« sei ihm – so Scharping vor der Fraktion – »was an der PDS links sein soll.« Dabei bräuchte er, um dieses Rätsel zu lösen,

Fast überkommt einen Mitleid mit einer Parteiführung, die mit schöner Regelmäßigkeit in jene politischen Fallen tappt, die ihr von der CDU/CSU gestellt werden.

nur einmal das Parteiprogramm der PDS nachzulesen, das – vor allem im Bereich der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wohnungspolitik – frappierende Gemeinsamkeiten mit dem sozialdemokratischen Parteiprogramm aufweist!

Wie anmaßend und großsprecherisch aber muß den über zwei Millionen ostdeutschen PDS-Wählern eine Parole erscheinen, die der SPD-Chef und die SPD-Präsidentin Heide Wiecezorek-Zeul jüngst ausgegeben haben: nämlich die PDS auf Null und zum Verschwinden zu bringen! Daß die SPD im neu gewählten Bundestag ihr traditionelles Monopol auf die Oppositionsrolle verloren hat und diese nun gleich mit zwei linken Konkurrenten – den Bündnisgrünen und der PDS – teilen muß, scheint ihre Führung ziemlich verstört zu haben. Identitätsgewinnung per zwanghafter Ausgrenzung und Denunziation von allem, was links von ihr steht, ist der SPD indes noch nie gut bekommen. Schon die Ausgrenzung des Sozialistischen

Deutschen Studentenbundes in den sechziger Jahren hatte zur Folge, daß ein Großteil der studentischen Jugend der Sozialdemokratie den Rücken kehrte. Auch die Ausgrenzung und jahrelange Diffamierung der westdeutschen Grünen hat ihren Einzug in die Länderparlamente und in den Deutschen Bundestag nicht verhindert. So wankelmütig und wetterwendisch die SPD-Führung auch ist, wenn es um opportune politische Kurskorrekturen wie seinerzeit beim NATO-Doppelbeschluß oder jüngst beim Asylrecht geht, in einem scheint sie sich erkennbar treu bleiben zu wollen: in der Wiederholung ihrer alten Fehler!

Ja, fast überkommt einen Mitleid mit einer Parteiführung, die mit schöner Regelmäßigkeit in jene politischen Fallen tappt, die ihr von der CDU/CSU gestellt werden. Wie bereitwillig hat doch die Scharping-Partei die »rote-Socken-Kampagne« angenommen, die ihr die Union aufgezungen hat! Wieviel Gift und Galle haben der Kanzlerkandidat und seine Genossen im Zuge des Bundestagswahlkampfes gegen die PDS verspritzt – und es hat ihnen doch nichts genutzt. Im Gegenteil: Die Dämonisierung der SED-Nachfolgerin hat dieser im Osten nur noch mehr Stimmen, vier Direktmandate und damit den Einzug in den Deutschen Bundestag gebracht.

Im übrigen zeugt es von erstaunlicher Realitätsblindheit, der PDS den baldigen politischen Exodus zu prophezeien. Statt ihr jedwede politische Legitimation abzuspochen, täte die SPD-Führung besser daran, sich einmal zu fragen, warum ca. zwanzig Prozent der Ostdeutschen heute die PDS statt die SPD wählen. Weniger aus DDR-Nostalgie und mangelnder politischer Reife, wie westdeutsche Sozialdemokraten gerne unterstellen, sondern u. a. deshalb, weil auch die SPD einem »Staatsvertrag« zugestimmt hat, der die restlose Liquidation sämtlicher Institutionen der alten DDR-Gesellschaft, einschließlich ihrer sozialen und kulturellen Errungenschaften, zur Folge hatte und mit der Preisgabe der basisdemokratischen Errungenschaften der ostdeutschen Bürgerbewegungen – Stichwort »Runder Tisch« – bezahlt wurde.

Auch hat die Sozialdemokratie in den letzten vier Jahren nur eine zaghafte und laue Opposition gegen den Kohlschen Crash-Kurs und die Bonner Kahlschlags- und Abwicklungs-

politik gezeigt, die in ihrer Radikalität beispiellos in der deutschen Geschichte ist. Um ja nicht als »Partei der vaterlandslosen Gesellen« dazustehen, hat sie es nicht gewagt, einen außerparlamentarischen Widerstand gegen die facta bruta eines Einigungsprozesses zu organisieren, der jeden dritten Ostdeutschen der Arbeit beraubt, der ganze Bevölkerungsgruppen in die Verarmung getrieben hat und im Zuge dessen Deutschland Ost, sein ehemaliges volkseigenes Produktiv- und Immobilienvermögen, brüderlich an Deutschland West verteilt wurde. So viele politische Altlasten die PDS auch mit sich führt und so ungenügend und halbherzig ihre eigene politische Vergangenheitsbewältigung auch ist, so hat sie sich doch, im Unterschied zur SPD-Ost, als politische Schutzgemeinschaft der Einigungsverlierer profilieren können. Vor allem darauf beruht ihr politischer Erfolg in den neuen Bundesländern – und nicht nur auf dem Witz, der Schlagfertigkeit und dem Showtalent Gregor Gysis, auf das der spröde Rheinpfälzer Rudolf Scharping allen Grund hätte, eifersüchtig zu sein.

Hinter dem strikten Fraternisierungsverbot, das sie Bonner Baracke in Sachen PDS ausgesprochen hat, verbirgt sich aber nicht nur Futternid auf den im Osten Deutschlands wider Erwarten so erfolgreichen politischen Konkurrenten, sondern auch die unterschwellige Angst, daß bei einem gemeinsamen »Dialog über die Vergangenheit« nicht nur die PDS, sondern auch die SPD Federn lassen könnte. In seinem ZEIT-Artikel vom 11. November 94 hat Heinrich August Winkler, Professor am Institut für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität in Berlin, den von der PDS vorgeschlagenen »Dialog über die Vergangenheit« auf das schärfste zurückgewiesen. Mit einer gemeinsamen »linken« Fehlerdiskussion wolle die PDS nur »einen Keil in die Sozialdemokratie treiben« und »von den eigenen Sünden ablenken«, um an ihren Lebenslügen und Geschichtsklitterungen weiterhin festhalten zu können. Daß auch der Blick deutscher, vor allem westdeutscher Sozialdemokraten auf ihre eigene Geschichte voller Mystifikationen und Geschichtsklitterungen steckt, kommt dem Historiker nicht in den Sinn. Die von den Bundestagsabgeordneten der PDS aufgelisteten sozialdemokratischen »Sünden« kontert Winkler denn auch mit der stereotypen Wiederholung jener einseitigen Schuldzuweisungen, die vielen Sozialdemokraten bis heute das erhebende Gefühl geben, an der Tragödie der Weimarer Linken und der verhängnisvollen Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, die Hitlers Machter-

greifung erst ermöglichte, gänzlich unschuldig zu sein.

Bekanntlich begann diese Spaltung schon im August 1914 – mit der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten. Diese Zustimmung entschuldigt der Berliner Historiker indes mit der verständlichen »Sorge vor einem Einmarsch russischer Truppen«. Genauso argumentierten auch die Vertreter der völkischen Rechten und des Wilhelminischen Imperialismus, in deren Eroberungsplänen das westliche Rußland als »deutsche Kolonie« und die slawische Rasse als »billige Arbeitssklaven für die »deutschen Herrenmenschen« vorgesehen waren.

Es mag zwar sein, daß die militärische Liquidierung des Spartakus-Aufstandes im Januar 1919, den eine kleine radikale Minderheit utopischer Sozialisten angezettelt hatte, unvermeidlich war, wie Winkler behauptet. Auch Rosa Luxemburg hatte vor einem putschistischen Abenteuer gewarnt. Doch unterschlägt Winkler bei seiner Bewertung der tragischen Januar-Ereignisse den entscheidenden und unverzeihlichen Kardinalfehler Noskes: nicht daß er »den Bluthund machte«, war der eigentliche Skandal, sondern daß er den Putschversuch der Spartakus-Leute, statt von republikanisch-sozialistischen Kräften, die aus der Novemberrevolution hervorgegangen waren, von den alten Reichwehrtruppen und Freikorps niederschlagen ließ. So wurden die regierenden Mehrheitssozialdemokraten zwangsläufig zu Gefangenen der Gegenrevolution.

Indes war die deutsche Novemberrevolution, wie Sebastian Haffner in seinem Buch über das Revolutionsjahr 1918/19 nachgewiesen hat, ihrem Wesen nach keine bolschewistische Revolution, sondern eine genuin sozialdemokratische, sowohl was ihre organisatorischen Formen als auch was ihre Programmatik betraf. Nicht Marx, sondern Lassalle war ihr theoretischer Bezugspunkt; nicht die Fabriken, sondern die Bahnhöfe und Kommandostellen der wilhelminischen Militärverwaltung wurden von den »Arbeiter- und Soldatenräten« besetzt. Wie aus allen neueren Forschungsarbeiten über das Revolutionsjahr 1918/19 hervorgeht, waren die Räte in ihrer überwältigenden Mehrheit pazifistisch und sozialdemokratisch gesinnt und traten für eine parlamentarische Demokratie ein, in der ihnen freilich wichtige Kontrollfunktionen zugeordnet waren. Daß sich unter den Spartakusleuten und den Führern der Münchner Räterepublik auch einige erklärte Bolschewisten befanden, ändert nichts an diesem soziologischen Tatbestand. Die Revolution von 1918/19 war, neben der ostdeutschen Novemberrevolution des Jahres 1989, nicht

nur die friedlichste und gutmütigste, sie war auch die demokratischste Revolution. Gleichwohl wird sie bis heute von der offiziellen Geschichtsschreibung, auch von der sozialdemokratischen, als »bolschewistischer Umsturzversuch« diffamiert. Daß gerade die mehrheitssozialdemokratischen Führer, die jahrzehntelang den Massen die Revolution gepredigt hatten, ihr, als sie endlich ausbrach, den Dolch in den Rücken stießen und »ihr eigenes Kind in der Wiege erstickten« (Sebastian Haffner); dieser Dolchstoß, der im Gegensatz zu jenem anderen, den Hitler und die Völkischen erfunden haben, keine Legende war, hat unabsehbare Folgen für die deutsche Geschichte und für die Weimarer Linke gehabt.

Die Niederschlagung der Revolution von 1918/19 war nicht nur ein Triumph für die wiedererstarkte völkische Rechte, diese konnte sich auch dank der Schlüsselrolle, die die Reichswehr und die rechtsradikalen Freikorps bei ihrer Liquidierung spielten, fortan als »Retter des Vaterlandes« legitimieren. Die sozialdemokratische Regierung wurde die protofaschistische Geister, die sie zu Hilfe gerufen hatte, fortan nicht mehr los und verlor bald darauf die Macht. Vor allem hat der »Große Verrat« der Sozialdemokratie von 1918/19 das Schisma, die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung besiegelt. Nachdem so viel Arbeiterblut geflossen war – auch bei den Ruhrkämpfen von 1921 und 1923, wo es wiederum sozialdemokratische Minister waren, die die Reichswehr gegen die streikenden Arbeiter marschieren ließ –, war eine Versöhnung der beiden großen deutschen Arbeiterparteien nicht mehr möglich.

Die Liquidierung der aus der Novemberrevolution hervorgegangenen Räte-Demokratie bedeutete den endgültigen Abbruch des mit der Französischen Revolution begonnenen westeuropäischen Entwicklungsweges zu einer sozialen Demokratie bzw. zu einem »demokratischen Sozialismus«.

Nach der Ermordung Rosa Luxemburgs hatte die KPD keine Führungspersönlichkeiten mehr, die dem Alleinvertretungsanspruch der KPdSU in Sachen »Proletarischer Revolution« und »Aufbau des Sozialismus« den notwendigen Widerstand hätte entgegensetzen können. In der Folge geriet sie – hierin stimme ich Winkler zu – in eine unauflösbare Abhängigkeit von der stalinistischen KPdSU und in ein absolutes Hörigkeitsverhältnis zur Komintern, die auf ihrem 6. Weltkongreß im Jahre 1928 die verhängnisvolle »Sozialfaschismus«-These zur bindenden Richtlinie für alle Komintern-Mitgliedsparteien erklärte. Ihr wesentliches Merkmal war der verschärfte Kampf gegen die Sozi-

aldemokraten, die fortan als »Sozialfaschisten« und »Hauptstütze der Bourgeoisie« gebrandmarkt wurden. Daß die deutschen Kommunisten sich auf diese verhängnisvolle Linie verpflichten ließen, die die Spaltung der Weimarer Linken am Vorabend der nationalsozialistischen Machtergreifung vertiefte, hat aber ganz wesentlich mit ihrer traumatischen Erfahrung von 1918/19 zu tun. Die zweite große Niederlage der Arbeiterbewegung im Jahre 1933, die vornehmlich dem politischen Sektierertum der längst zwängsbolschewisierten und stalinisierten KPD geschuldet war, stand in einem ursächlichen Zusammenhang mit der ersten Nachkriegsniederlage von 1918/19, die auf das Konto der mehrheitssozialdemokratischen Führung ging.

Wie man an dieser Frage sieht, ist der »Dialog über die Vergangenheit« dringend vonnöten. Denn weder der SPD noch der heutigen KPD- und SED-Nachfolgerin sollte es künftig gestattet werden, sich aus ihrer geschichtlichen Mitverantwortung für die Niederlage der Weimarer Linken herauszustehlen bzw. diese allein der jeweils anderen Seite anzulasten.

Wenn zwei sich streiten, freut sich meistens ein dritter. In diesem Falle sind es die deutschen Konservativen und Neokonservativen, die den Konkurs des »Realsozialismus« als willkommenen Anlaß für eine Generalrevision des Deutschland-Bildes in diesem Jahrhundert benutzen und mit Erfolg einen historischen Tatbestand bis zur Unkenntlichkeit »relativiert« haben, der einmal Gemeingut der (sozialdemokratischen wie kommunistischen) Linken war: daß die Hauptverantwortung für die braune Machtergreifung und Diktatur nicht der gespaltenen Weimarer Linken, auch nicht der KPD zukommt, wie es bei Winkler anklingt, sondern der deutschen Oberklasse und ihren »deutschnationalen« Parteien, welche die verlorene Partie von 1918 – und damit den Griff nach der Weltmacht – noch einmal riskieren wollten. Wurde Hitler mit seiner NSDAP zum Architekten der größten Katastrophe der deut-

slawischen und sowjetischen Völkern, so waren die wirtschaftlichen, akademischen, juristischen und Verwaltungseliten des Dritten Reiches hierbei seine dienstbaren Geister und Erfüllungsgehilfen.

Die Integration der ehemaligen Mitglieder dieser totalitären Partei hält Egon Bahr heute für eine der größten Leistungen der Partei Konrad Adenauers. Warum sollte da nicht auch die Integration ehemaliger Kommunisten und Stalinisten in das demokratische Partegefüge der Bundesrepublik gelingen können?

Die Aufhebung der deutschen Teilung hat die Chance zur produktiven Vermischung von seit 40 Jahren getrennter Kultur, getrennten Erfahrungen und Wertsystemen geschaffen. Jetzt, nach der Aufhebung des Ost-West-Konfliktes und dem Ende des Kalten Krieges, gibt es keinen vernünftigen Grund mehr, die politische Spaltung per Ausgrenzung der SED-Nachfolgerin und damit den ideologischen Bruderkrieg fortzusetzen, der gerade der deutschen Linken so viele Niederlagen in diesem Jahrhundert bereitet hat. Der Vermischung zweier politischer Kulturen unter dem Dach eines Staates könnte durchaus die Energie für eine neue, reichere Kultur entspringen, in der auch das derzeit verpönte und kriminalisierte »sozialistische Erbe« im Hegelschen Sinne »aufgehoben«, d.h. zerstört, aufbewahrt und auf eine höhere Stufe gehoben wird. ■

Weder der SPD noch der heutigen KPD- und SED-Nachfolgerin sollte es künftig gestattet werden, sich aus ihrer geschichtlichen Mitverantwortung für die Niederlage der Weimarer Linken herauszustehlen bzw. diese allein der jeweils anderen Seite anzulasten.

schen Geschichte und zum Vollstrecker eines doppelten Genozids an den osteuropäischen Juden und an den

Dokument 55

Peter Porsch: Offener Brief an die Delegierten des Landesparteitages der SPD in Sachsen.

Offener Brief

an die Delegierten des Landesparteitages der SPD in Sachsen

Sehr geehrte Damen und Herren,

gestatten Sie mir, Ihrem Parteitag beste Grüße und Wünsche zu gutem Gelingen in meinem persönlichen und im Namen des Landesverbandes Sachsen der PDS zu übermitteln.

Ihrer Arbeit kommt große Bedeutung für die sächsische Linke und für ganz Sachsen zu. Deshalb sehen auch wir mit Interesse auf Ihren Parteitag. Sosehr ein guter Wunsch Vater des Gedankens sein mag, der Versuch, die Linke auf eine Partei einzuschwören, hat in Deutschland bisher nicht funktioniert oder endete in der Tragödie einer undemokratischen, die Mitglieder gnadenlos disziplinierenden, politisch schließlich handlungsunfähigen Partei. Ich kann verstehen, daß diese schmerzliche Erfahrung die Linke heute belastet und z.T. auch entzweit. Ich kann verstehen, daß Sie mit einer Partei, die sich zur Rechtsnachfolge der SED bekennt, Ihre Schwierigkeiten haben. Dennoch und gerade deshalb möchte ich darauf verweisen, daß Rechtsnachfolge nicht programmatische Nachfolge bedeutet. Ich glaube, dies hat die PDS schon zur Genüge bewiesen. Ihre Mitglieder und ihr Bemühen verweisen auf spezifische demokratische sozialistische Traditionen, die auch in der SED nie völlig verschüttet waren. Meiner Überzeugung nach kann die Linke nur in Pluralität existieren, sowohl in Form mehrerer Parteien als auch innerhalb der verschiedenen linken Parteien. Dies auszusprechen, heißt Differenzen und Konflikte anzuerkennen: unüberbrückbare und überbrückbare. Gemeinsamkeiten sind deshalb aber wohl nicht gleich auszuschließen noch weniger gering zu schätzen. Ich fühle mich durch die zweifellos bestehenden Gemeinsamkeiten politisch so in die Pflicht genommen, daß ich keinen unserer Konflikte und Gegensätze verwischen will, sie noch weniger aber in Kategorien der Gegnerschaft fassen könnte.

Mit solidarischen Grüßen

Prof. Peter Porsch
Landesvorsitzender

Integraler Sozialismus

Aktuelle Erörterungen aus historischer Sicht

von
Michael Franzke

Problemstellung

Das Verhältnis zwischen SPD und PDS ist zu einem Kriterium für die politische Kultur in Deutschland geworden. Spätestens seit den Kommunalwahlen im Frühjahr 1994 ist klar geworden, daß die PDS nicht von der politischen Bühne abtritt. Im Osten Deutschlands setzte sich der Trend einer steigenden Akzeptanz dieser Partei unter der Bevölkerung fort. Die PDS ist nach ihrem Einzug in den 13. Bundestag für die SPD ein politischer Gegner geworden, den man nicht mehr einfach übergehen kann. Das Verhältnis zur PDS ist zu einem anhaltenden Streitpunkt zwischen Ost- und West-SPD einerseits sowie zwischen Vertretern ihres rechten und linken Flügels andererseits geworden.

Die konservative CDU/CSU-Koalition machte in ihrer Wahlkampfstrategie des Superwahljahres 1994 die Not zur Tugend, was immer die SPD, ihr größter Konkurrent im Kampf um Wählerstimmen, zur PDS äußerte, sie wurde der Beihilfe zum Wiederaufstieg des Kommunismus in Deutschland bezichtigt. Wer die »rotlackierten Faschisten« (Helmut Kohl) nicht bekämpfe, vergehe sich an »deutschen Tugenden«, breche den »antitotalitären Grundkonsens« der Bundesrepublik Deutschland, mache sich der »Volksfront« verdächtig und die PDS salonfähig. Die SPD ließ sich von dieser Politik überwältigen und reagierte, nach rechts durch eine forcierte Anpassung und nach links durch eine verstärkte Abgrenzung. Die CDU ihrerseits habe die PDS erst durch ihre Politik des Anschlusses der DDR an die (Alt-)BRD hoffähig gemacht. Die SPD zeigt sich allerdings uneins. Sind mit einer Ausgrenzung der PDS, mit der Verweigerung einer zumindest punktuellen Zusammenarbeit mit ihr tatsächlich die anstehenden sozialen und ökologischen Probleme zu lösen?

Das Verhältnis zur PDS ist eine Gretchenfrage der Politik in Deutschland. Die konservativen Parteien müssen an ihr beweisen, wie ernst sie es mit der Rechtsstaatlichkeit und der vielzitierten freiheitlichen und demokratischen Grundordnung in Deutschland noch zu nehmen gewillt sind. Die SPD hat einen Konkurrenten an die Seite bekommen, der mit ihr um sozialistische Alternativprojekte zu streiten gedenkt, ja, sie nicht nur herausfordert, sondern geradezu provoziert. Wird die SPD sich dieser Konkurrenz stellen oder wird sie dieses Feld in ihrem Trend zur politischen Mitte preisgeben?

Das Superwahljahr 1994 ist vorbei. Eine kurze Zeit der Besinnung bleibt. Wird die Zukunft der politischen Vernunft der Jagd nach gut bezahlten Posten, Macht und ein paar Groschen mehr von Mitgliedsbeiträgen und aus der Kasse der Wahlkampfkostenrückerstattung zum Opfer gebracht? Es werden im ausgehenden 20. Jahrhundert die Weichen für die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts gestellt. Zu dieser Weichenstellung gehört, wie sich das Verhältnis zwischen SPD und PDS gestalten wird. Finden sie Wege über die tiefen Gräben der Vergangenheit zu gemeinsamen Projekten oder zerfleischen sie sich gegenseitig bis zur Handlungsunfähigkeit? Werden sie in der Lage sein, ihre jeweiligen parteipolitischen Sonderinteressen dem Erfordernis einer politischen Alternative mit – insofern sie es überhaupt noch sollen – sozialistischer Perspektive unterzuordnen, oder wird eine sozialistische Alternative erneut am Egoismus der Parteibürokratien scheitern? Das ist das Problem! Es geht also darum, ob es in Deutschland künftig eine Koalition der Vernunft geben wird, die in der Lage ist, einen weiteren Rechtsruck in der Innen- und Außenpolitik zu verhindern, einen Ausweg aus der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise zu weisen und eine natürliche Lebensgrundlage auch für die kommenden Generationen der Menschheit in Aussicht zu stellen. Es geht um nicht mehr, aber auch um nicht weniger. Angesichts dieser Tatsache befremdet es, wie kurzatmig die Fragen nach dem Verhältnis zwischen SPD und PDS unter tagespolitischen Gesichtspunkten diskutiert und beantwortet werden. Ist diese Kurzatmigkeit schon das erste Symptom für einen nahenden Kollaps des Politischen in Deutschland?

Das Problem des Verhältnisses zwischen SPD und PDS ist überschattet von den Kämpfen zwischen Marxisten und Reformisten seit der Jahrhundertwende und zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien seit 1917.

Einer der anspruchsvollsten Versuche, das Verhältnis zwischen den politischen Parteien links von der Mitte vernünftig zu denken, ist mit dem Begriff des *Integralen Sozialismus* in die Geschichte eingegangen. Der Integrale Sozialismus ist ein Denkmotiv, ein Projekt, eine Vision, eine Utopie – wie immer man ihn zu verstehen vermag und wie ernst man ihn nehmen will. Über den Integralen Sozialismus zu diskutieren, verheißt, in der Abenddämmerung ein Licht zu zünden und mit dem Scheinwerfer der Geschichte das Heute so zu beleuchten, daß trotz des Streits zwischen SPD und PDS am Horizont auch eine Zukunft erscheint, die nur noch als eine gemeinsame möglich ist. Wie anders sollte sie möglich sein, als im produktiven Streit über und durch die schrittweise Verwirklichung sozialistischer Alternativprojekte? Mit der Aufgabe sozialistischer Alternativprojekte macht sich die eine wie die andere Partei auf längere Sicht überflüssig.

Historischer Diskurs: Otto Bauer und der Integrale Sozialismus

Das Konzept eines Integralen Sozialismus hat Otto Bauer mit seinem 1936 veröffentlichten Buch, »Zwischen zwei Weltkriegen«, in »klassischer Form« vorgelegt. In den 80er Jahren wurde dieses Konzept bereits in der westeuropäischen Sozialdemokratie diskutiert. Mit dem Ziel der Entfaltung einer geistig-politischen Hegemonie sozialdemokratischer Reformkräfte als Reaktion auf die ideologische Offensive des Neokonservatismus wandten sich insbesondere Theoretiker der SPÖ und der SPD verstärkt dem Austromarxismus, bzw. dem Austromarxisten Otto Bauer zu.¹ Die damals geführte Diskussion über den Integralen Sozialismus ist insofern aufschlußreich, weil sie kontrovers geführt und in dieser Kontroverse Interpretationsvarianten vorgetragen wurden, die bei einer erneuten Diskussion zu berücksichtigen sind.

Zunächst ist jedoch festzuhalten, daß der Integrale Sozialismus von Sozialdemokraten, die Zeitzeugen des Siegeszuges des Faschismus und der Niederlage der westeuropäischen Arbeiterbewegung waren, überwiegend zustimmend aufgenommen und als der »bedeutungsvollste Schritt zur Erneuerung der Gesamtbewegung« gewürdigt wurde.² Der Optimismus, daß dieses Konzept entscheidend dazu beitragen könne, die verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung wieder zusammenzuführen, schien in der zweiten Hälfte der 30er Jahre durchaus berechtigt. Auch die Exil-Vertretung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sah diesen Schritt als geboten an. In ihrem *Prager Manifest* vom 28. Januar 1934 heißt es: »Die Differenzen in der Arbeiterbewegung werden vom Gegner selbst ausgelöscht. Die Gründe der Spaltung werden nichtig. Der Kampf zum Sturz der Diktatur kann nicht anders als revolutionär geführt werden. Ob Sozialdemokraten, ob Kommunisten, ob Anhänger der zahlreichen Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär. Die Einigung der Arbeiterbewegung wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt.«³ Die *Resolution* des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale 1935 stellte ebenfalls die Weichen für eine Einheitsfront mit den Sozialdemokraten.⁴

Im antifaschistischen Widerstand kam es zwar zu gemeinsamen Aktionen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, aber die Idee des Integralen Sozialismus konnte sich nicht durchsetzen. Die Bedingungen des Exils bzw. der politischen Illegalität wirkten eher erschwerend als begünstigend. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden diese Bestrebungen in dem Maße zurückgedrängt, wie sich Sozialdemokraten und Kommunisten in die Systemauseinandersetzung und den kalten Krieg einspannen ließen, bzw. diese Prozesse selbst inhaltlich mitgestalteten oder gar forcierten. Erst mit dem Beginn der Phase einer internationalen Entspannung Mitte der 70er Jahre wurde das Thema einer Zusammenarbeit der verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung weitgehend enttabuisiert.

Wodurch war nun die Kontroverse über den Integralen Sozialismus, im Zuge der Otto-Bauer-Renaissance in den 80er Jahren in der österreichischen und deutschen Sozialdemokratie gekennzeichnet? *Norbert*

1 Siehe Detlev Albers/Josef Hindels/L. Lombardo Radice [u. a.]: *Otto Bauer und der »dritte Weg«*. Die Wiederentdeckung des Austromarxismus durch Linksozialisten und Eurokommunisten. Frankfurt am Main, New York 1979. – Otto Bauer: *Theorie und Politik*. Hrsg. von Detlev Albers/Horst Heimann/Richard Saage. Berlin 1985 (Argument Sonderband, 129).

2 Siehe Willi Müller: *Zu Otto Bauers Buch »Zwischen zwei Weltkriegen«*. In: *Der Kampf*. Internationale Revue. 3(1936)8. S. 305f.

3 *Selbstkritik und Ziel*. *Prager Manifest* (1934). In: Hermann Weber: *Das Prinzip Links*. Berlin 1992. S. 211.

4 Siehe: *Resolution zum Bericht des Genossen Georgi Dimitroff*. In: Wilhelm Pieck/Georgi Dimitroff/Palmiro Togliatti: *Die Offensive des Faschismus und die Aufgabe der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus*. Referate auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1935). Berlin 1960. S. 275ff.

Leser (SPÖ) bezeichnete dieses Konzept schlechtweg als Illusion, es sei nicht nur nicht realisierbar, sondern auch gar nicht wünschenswert, es realisieren zu wollen.⁵

In diesem Sinne meinte auch *Thomas Meyer* (SPD), daß der Integrale Sozialismus zu jenen Konzeptionen Otto Bauers gehöre, die mit der Zeit vergangen sind, in der sie entstanden.⁶ An die Seite Lesers und Meyers stellte sich *Bruno Frei* (KPÖ), der dieses Konzept als einen Versuch ausmachte, die Kommunisten organisatorisch zu vereinnahmen und auf diesem Wege die Kommunistischen Parteien, ja selbst den Kommunismus zu liquidieren.⁷ Zu denen, die den Integralen Sozialismus als eine aktuelle Herausforderung betrachteten, gehören unter anderem die Sozialdemokraten *Josef Hindels*⁸, *Otto Leichter*⁹, *Josef Cap*¹⁰, *Detlev Albers*¹¹ und *Uli Schöler*¹². Die Rezeptionsgeschichte des Integralen Sozialismus in der Diktion Otto Bauers ist aber keineswegs allein durch diese Grenzziehung geprägt, sondern auch von der Schwierigkeit der Interpretation. Unklar und somit Streitpunkt war und ist, wie die Überwindung der politischen Spaltung der Arbeiterbewegung konkret realisiert werden kann. Es gibt insbesondere zwei umstrittene Problemkreise. *Erstens*: Wies Otto Bauer den Weg zur organisatorischen Verschmelzung der Arbeiterparteien oder nicht? *Zweitens*: Stehen im Prozeß der Überwindung der Spaltung organisatorische oder inhaltliche Fragen im Mittelpunkt?

Josef Hindels sieht bei Otto Bauer keine Anzeichen dafür, daß er eine Fusion von sozialdemokratischer und kommunistischer Partei im Auge hatte¹³, während *Bruno Frei*, wie bereits erwähnt, gerade darin die Hauptsache erblickte. *Josef Cap* sah seinerseits in diesem Konzept ein Plädoyer für einen »alternativen gesellschaftlichen Block«, der weiter reicht als Sozialdemokraten und Kommunisten mit ihren Organisationen.¹⁴ *Detlev Albers* wiederum legte den Akzent auf die Perspektive einer inhaltlichen Verschmelzung, ließ aber die organisatorische Form weitgehend offen.¹⁵ Die inhaltliche Diskussion zum Integralen Sozialismus wurde im Rahmen der Otto-Bauer-Renaissance leider nicht so weit entfaltet, daß es hätte zu einer gründlichen Klärung dieser Streitfragen kommen können.

In der DDR wurde der Integrale Sozialismus von *Herbert Mayer*¹⁶ und *Horst Klein*¹⁷ nach der »Wende« vom Herbst 1989 diskutiert. *Herbert Mayer* bemerkt, daß das Bauersche Bekenntnis zur Aktionseinheit mit einem »Irrationalismus über die vorhandenen Grundlagen einer organisatorischen Einheit verbunden« war, »unrealistisch« bliebe seine Erwartung von einer einheitlichen Organisation mit einer einheitlichen – reformistische und revolutionäre Positionen verschmelzende – ideologischen Plattform.¹⁸ *Horst Klein* hingegen betonte, daß Otto Bauer unter Integrale Sozialismus »nicht die Aufhebung der Unterschiede zwischen beiden Strömungen der Arbeiterklasse«, sondern das »zielbewußte Streben nach einem den Grundinteressen des Sozialismus entsprechenden Verhältnis« verstand.¹⁹

Um über die verschiedenen Interpretationsvarianten des Bauerschen Konzepts Klarheit zu bekommen und weiter in seine inhaltliche Bestimmung vorzudringen, ist es angebracht, den Text Otto Bauers eingehender zu betrachten. Auf die mögliche Ergiebigkeit dieses Unternehmens hat *Detlev Albers* hingewiesen, indem er feststellt, daß die Konzeption des integralen Sozialismus »gründlicher formuliert und sehr viel

5 Norbert Leser: Otto Bauers Haltung gegenüber dem Bolschewismus. In: Otto Bauer: Theorie und Politik. Hrsg. von Detlev Albers/Horst Heimann/Richard Saage. Berlin 1985. S. 101.

6 Thomas Meyer: Schlag nach bei Bauer? In: Otto Bauer: Theorie und Politik. S. 127.

7 Bruno Frei: Otto Bauer und der Eurokommunismus. In: Das Argument. 22(1980)119. S. 90.

8 Josef Hindels: Otto Bauer und die österreichische Arbeiterbewegung. In: Detlev Albers/Josef Hindels/L. Lombardo Radice u. a.: Otto Bauer und der »dritte Weg«. S. 25.

9 Otto Leichter: Otto Bauer. Tragödie oder Triumph? Wien, Frankfurt am Main, Zürich 1970. S. 236f.

10 Josef Cap: SPÖ und »Dritter Weg«. In: Roter Anstoß. Hrsg. von Josef Hindels und P. Pelinka. Wien 1980. S. 357f.

11 Detlev Albers: Otto Bauer und die Konzeption des »Integralen Sozialismus«. In: Detlev Albers/Josef Hindels/L. Lombardo Radice [u. a.]: Otto Bauer und der »dritte Weg«. S. 38.

12 Uli Schöler: Otto Bauer – nein danke? Austromarxismuskritik und historische Bezüge für eine Standortbestimmung marxistischer Sozialdemokraten. Bremen 1984. S. 67.

13 Josef Hindels: Otto Bauer und die österreichische Arbeiterbewegung. S. 25.

14 Josef Cap: SPÖ und »Dritter Weg«. S. 357.

15 Detlev Albers: Otto Bauer und die Konzeption des »Integralen Sozialismus«. S. 38.

16 Herbert Mayer: Zwischen zwei Weltkriegen: Otto Bauer. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 32(1990)1. S. 37ff.

17 Horst Klein: Parteiauffassung und Konzept des »Integralen Sozialismus« des sozialdemokratischen Theoretikers Otto Bauer. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 32(1990)3. S. 302ff.

18 Herbert Mayer: Zwischen zwei Weltkriegen. S. 49.

19 Horst Klein: Parteiauffassung und Konzept des »Integralen Sozialismus« des sozialdemokratischen Theoretikers Otto Bauer. S. 310.

weitgehender« ist als alle vergleichbaren Äußerungen von sozialdemokratischer oder kommunistischer Seite aus jener Zeit²⁰.

Für den Integralen Sozialismus gibt Otto Bauer folgende Definition: »Ich nenne die einheitliche Konzeption, die die Spaltung des Weltproletariats überwinden soll, die Konzeption des integralen Sozialismus.«²¹ Als unmittelbaren Ausgangspunkt der Erörterung setzte er das »Verhältnis zwischen der reformistischen Klassenbewegung und dem zielbewußten Sozialismus«, genauer, zwischen dem »reformistischen und revolutionären Sozialismus«²². Von grundsätzlicher Bedeutung für die Entwicklung dieses Konzepts ist folgendes Ergebnis aus der Analyse jener Ursachen, die zur Spaltung der Arbeiterbewegung führten. Bei Otto Bauer heißt es dazu: »Die Spannung zwischen der Arbeiterbewegung und dem Sozialismus hat ihre Ursache darin, daß die Arbeiterklasse einerseits eine Klasse der kapitalistischen Gesellschaft ist, die ebensowenig wie alle anderen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft darauf verzichten kann, ihre Klasseninteressen innerhalb dieser Gesellschaft zu verfechten, andererseits aber diejenige Klasse der kapitalistischen Gesellschaft ist, deren schließliche Befreiung nur durch die Zertrümmerung der kapitalistischen Gesellschaft, durch die Eroberung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung erkämpft werden kann.«²³ Diese Sichtweise ist deshalb bedeutsam für die Gesamtkonzeption, weil sich aus ihr der Standpunkt ergibt, daß keiner der beiden Strömungen ihre Existenzberechtigung abgesprochen werden kann.

Zu diesem Aspekt hob *Horst Klein* folgende drei theoretische Leistungen Otto Bauers hervor: »Erstens ging es um die Einsicht, daß Sozialreformismus als Ideologie und Politik der sozialdemokratischen Parteien nicht von vornherein als negativ oder gar prokapitalistisch und er auch keine dem revolutionären Wesen der Arbeiterbewegung völlig widersprechende Erscheinung ist. [...] Zweitens war Otto Bauers kritische Auseinandersetzung mit der Darstellung, wonach Sozialreformismus bürgerliche Ideologie und Politik sei, gegen die seit den zwanziger Jahren in der kommunistischen Bewegung verbreitete Sozialfaschismustheorie gerichtet. [...] Drittens wandte sich Otto Bauer zu Recht gegen eine Gleichsetzung von sozialreformistischer und bürgerlicher Ideologie, weil eine so undifferenzierte Sicht zwangsläufig eine Gleichsetzung und Verleumdung spezifischer politischer Erfahrungen im Kampf für die Interessen der Werktätigen sowie der demokratischen und humanistischen Traditionen eines bedeutenden Teils der Arbeiterbewegung zur Folge hatte.«²⁴

Sowohl im Reformismus als auch im revolutionären Sozialismus sieht Otto Bauer Ideologien, die jeweils die Interessen der Arbeiterklasse in bestimmten Entwicklungsphasen der kapitalistischen Gesellschaft zum Ausdruck bringen; der Reformismus in Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs, in denen es darum geht, die Lebenslage der Werktätigen zu verbessern und der revolutionäre Sozialismus in der Phase der Existenzkrise und der revolutionären Situation, in der die Arbeiterklasse den Versuch unternehmen muß, die Diktatur des Proletariats zu errichten und mit ihrer Hilfe den Übergang zur sozialistischen Gesellschaft einzuleiten. Der Integrale Sozialismus ist nicht auf Kosten einer der beiden Strömungen zu erreichen. Otto Bauer orientiert auf eine Synthese beider.²⁵ Dazu führt er aus: »Es genügt nicht, gegensätzliche politische Ideologien miteinander zu alliieren. Es kann sich auch nicht etwa nur darum handeln, äußerlich zwischen den beiden gegensätzlichen Ideologien der beiden großen Parteien zu vermitteln und Kompromisse zwischen ihnen zu schließen. Die Aufgabe, die die Zeit selbst dem Sozialismus stellt, ist vielmehr, die sozialdemokratische Thesen und die kommunistische Antithese in einer neuen, höheren Synthese zu überwinden und zu vereinigen. So wichtig die Allianz der Sozialdemokratie und des Kommunismus im Kampf um die unmittelbaren Tagesaufgaben sein kann, so wird sie sich doch nicht behaupten können, wenn es nicht gelingt, die sozialdemokratische und kommunistische Einseitigkeit in einem sowohl die Sozialdemokratie als auch den Kommunismus in sich vereinigenden integralen Sozialismus zu überwinden.«²⁶ Es geht also nicht darum, eine der Strömungen zu beseitigen, vielmehr geht es um die Überwindung der in beiden Strömungen vorhandenen Einseitigkeiten in einer Synthese beider.

Für Otto Bauer ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Realisierung einer Synthese, daß beide Strömungen auch lernfähig sind, lernfähig gegenüber der eigenen Geschichte und lernfähig gegen-

20 Siehe Detlev Albers: Otto Bauer und die Konzeption des »Integralen Sozialismus«.

21 Otto Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen? Bratislava 1936. S. 314.

22 Ebenda.

23 Ebenda. S. 316.

24 Horst Klein: Parteauffassung und Konzept des »Integralen Sozialismus« des sozialdemokratischen Theoretikers Otto Bauer. S. 309.

25 Otto Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen. S. 321f.

26 Ebenda. S. 312.

über der anderen Seite. Bauer billigte, aus der Erfahrung des gemeinsamen antifaschistischen Kampfes, vor allem in Frankreich und Österreich, beiden Seiten eine solche Lernfähigkeit zu. Was haben aber nun beide Seiten voneinander zu lernen? Die revolutionären Sozialisten haben sich »das Erbe des demokratischen Sozialismus«, die »hohe Schätzung des unersetzlichen Kulturwertes der individuellen Rechtssicherheit, der geistigen Freiheit, der kollektiven Selbstbestimmung, der Menschlichkeit; das Erbe des Bewußtseins der Kulturverantwortung für die Erhaltung, Wiederherstellung, Rettung dieser durch die Entwicklung der Klassengegensätze bedrohten und zerstörten Kulturerrungenschaften des bürgerlichen Zeitalters« anzueignen. Den reformistischen Sozialisten andererseits obliegt es, sich »das große Erbe der proletarischen Revolution« zu eigen zu machen, »die Erkenntnis, daß nicht Flickarbeit an der kapitalistischen Gesellschaft, sondern nur ihre Ueberwindung, nur die proletarische Revolution und die aus ihr hervorgehende Diktatur des Proletariats die Menschheit vor Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Krisen, Faschismus und Krieg befreien können. Er muß darum die große geschichtliche, soziale, kulturelle Bedeutung der bürgerlichen Demokratie, die das Resultat Jahrzehnte langer sieghafter Klassenkämpfe der Arbeiterklasse und der fruchtbare Boden ihres wirtschaftlichen, sozialen, geistigen Wachstums gewesen ist, würdigen. Aber er muß zugleich verstehen, daß die bürgerliche Demokratie trotz alledem immer noch nur eine Form, wenn auch die höchste Form der Klassenherrschaft der von der Kapitalistenklasse geführten Bourgeoisie ist. Er muß die Arbeitermassen verstehen lernen, daß nur eine zeitweilige Diktatur des Proletariats die ökonomische Macht und die ideologischen Herrschaftsmittel der kapitalistischen Bourgeoisie endgültig zerstören kann, um auf der Grundlage einer neuen Gesellschaftsordnung die Demokratie auf höherer Stufe, in vollkommenerer Gestalt wieder herzustellen und damit jene großen Kulturerrungenschaften des bürgerlichen Zeitalters der Menschheit als unverlierbaren Besitz zu sichern.«²⁷

Ich habe diese Passage aus dem Text Bauers deshalb so ausführlich zitiert, weil sie nicht nur den inhaltlichen Kern seines Konzepts des Integralen Sozialismus darstellt, es ist sein politisches Testament. Bislang waren die zitierten Aussagen Otto Bauers eindeutig und ließen keinen sichtbaren Grund für verschiedene Interpretationsvarianten erkennen, die bei der kurzen Skizzierung der Rezeptionsgeschichte konstatiert werden mußten.

Wie der Integrale Sozialismus sich konkret realisieren soll und kann, das hänge vom Kräfteverhältnis ab, das zwischen den sozialdemokratischen und den kommunistischen Parteien in den jeweiligen Ländern besteht. Bauers Konzept birgt also verschiedene Möglichkeiten seiner Realisierung in sich. Dies ist ein Erklärungsgrund für die verschiedenen Interpretationen, er liegt in der Überbetonung einer der von Otto Bauer aufgezeigten Möglichkeiten. Ein zweiter ist der, daß Bauer im Integralen Sozialismus einen Prozeß zur Verwirklichung einer Idee sah. Die Idee ist die Synthese selbst. Der Weg dorthin verläuft über verschiedene Stufen. Die erste Stufe, und die konnte er selbst in der politischen Praxis miterleben, ist das Zustandekommen einer Einheitsfront bzw. einer Aktionseinheit. Erst nach diesem Schritt könne ein weiterer gegangen werden, der der organisatorischen Vereinigung. Wie die Schrittfolge nun genau gewählt wird, auch das hängt bei Otto Bauer von den konkreten Verhältnissen ab.

Zum organisatorischen Zusammenschluß hebt er zwei Varianten besonders hervor: Wo große sozialistische und kommunistische Parteien nebeneinanderbestehen, muß der Integrale Sozialismus vorerst Aktionsgemeinschaften, Kampfbündnisse zwischen ihnen anstreben. Wo neben großen reformistischen Arbeiterparteien nur kleine kommunistische Sekten bestehen, mag er den Eintritt der Kommunisten in die großen Arbeiterparteien fördern.²⁸ Beides ist nach Otto Bauer möglich, erst eine Einheitsfront bzw. Aktionseinheit und dann die organisatorische Vereinigung oder die sofortige organisatorische Vereinigung. Obwohl Otto Bauer diese Aussagen mit aller Klarheit formuliert, ist der Gesamttext dennoch nicht so eindeutig. Er bereitet tatsächlich interpretatorische Schwierigkeiten.

Die Sicht *Bruno Freis* auf den Integralen Sozialismus wurde oben bereits erwähnt. Es ist keinesfalls unverständlich, daß *Bruno Frei* in diesem Konzept den Versuch einer Vereinnahmung bzw. Liquidierung der Kommunistischen Bewegung sieht, wenn folgende Textpassage in Betracht gezogen wird: »Die Spaltung kann in den demokratischen Ländern, in denen legale Massenparteien der Arbeiterklasse bestehen, und sie kann in der Internationale, die auch die legalen Massenparteien der demokratischen Länder mit umfassen muß, nicht anders überwunden werden als durch die Rückkehr zu dem Parteiprinzip, zu dem Organisationsgedanken des Kommunistischen Manifests: zu dem Prinzip, daß sich die revolutionären Sozialisten nicht als besondere Partei von den Arbeiterparteien trennen, sondern innerhalb der großen Massen-

27 Ebenda. S. 324f.

28 Ebenda. S. 325.

parteien der Arbeiterklasse revolutionäre sozialistische Ideen verfechten, revolutionäre sozialistische Kader erziehen sollen in der Ueberzeugung, daß diese Ideen die großen Massenparteien der Arbeiterklasse erobern, diese revolutionären Kader die Führung der ganzen großen Massenparteien der Arbeiterklasse an sich reißen werden können, sobald erst geschichtliche Ergebnisse die Massen der Arbeiterklasse für revolutionäre Ideen empfänglich machen, der Führung durch revolutionäre Kaders zutreiben werden.«²⁹

Otto Bauer empfiehlt also den revolutionären Sozialisten bzw. Kommunisten für den Fall, daß die sozialdemokratische Partei eines Landes eine wesentlich stärkere Mitgliederzahl als die kommunistische aufweist, in diese sozialdemokratische Partei einzutreten und dort für ihre Anschauungen zu werben. Die Frage ist nun, ob dieser konkrete Vorschlag eine Variante zur Realisierung der oben ausgeführten Idee des Integralen Sozialismus darstellt, oder im Widerspruch dazu steht. Wenn *Bruno Frei* einen solchen Widerspruch sieht, so ist dies wiederum nur zu verstehen, wenn dazu die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie eingeholt wird. Dieses Prinzip hatte nämlich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs bereits in den 20er Jahren praktiziert und Bauer galt spätestens seit dem *Linzer Programm* 1926 als der Protagonist dieses Weges. *Otto Leichter* machte zurecht darauf aufmerksam, daß der Integrale Sozialismus der politischen Intention Otto Bauers seit der organisatorischen Spaltung der Arbeiterbewegung nach dem Ersten Weltkrieg entsprach. Er erinnert in diesem Zusammenhang an seine Rede auf dem Treffen von Vertretern der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien sowie der II. und III. Internationale vom April 1922, in der Otto Bauer erklärte: »Die Aufgabe, die uns auf dieser Konferenz gestellt ist, ist die, die drei getrennten Armeen, in die sich das Proletariat leider gespalten hat, dazu zu führen, daß sie wieder fähig werden, gegen den gemeinsamen Feind vereint zu marschieren und ihn vereint zu schlagen.« *Otto Leichter* bezeichnete diese Rede als »eine Vorahnung« des Integralen Sozialismus.³⁰

Obwohl 1926 der Begriff des »Integralen Sozialismus« noch nicht geprägt war, so kann m. E. das Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokratie als der erste Versuch angesehen werden, die ihn tragende Idee unter den konkreten historischen Bedingungen inhaltlich umzusetzen, den rechten wie den linken Flügel, repräsentiert durch Karl Renner bzw. Max Adler, an eine Programmatik zu binden und der weiteren Ausdifferenzierung der Partei oder gar einer Tendenz der Spaltung entgegenzuwirken.³¹ Der Integrationsversuch kulminierte in der Aussage, daß der Weg zum Sozialismus der der Demokratie sei, wenn aber der Faschismus versuche, diesen »Kampfboden« zu zerstören, sehe sich die Arbeiterbewegung genötigt, ihn durch »defensive Gewalt« zu verteidigen. Der Kompromiß bestand darin, daß einerseits auf die Forderung nach der Errichtung einer Diktatur des Proletariats zur Verwirklichung der sozialistischen Zielsetzung verzichtet und andererseits der revolutionäre Kampf zur Verteidigung der sozialen Errungenschaften nicht ausgeschlossen wurde. So sehr dieses Programm auch ein tragfähiger Kompromiß war, es blieb Papier. Es gelang der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs nicht, diesen Kompromiß, den Integralen Sozialismus, zu verwirklichen. Die Vertreter des revolutionären Sozialismus innerhalb der Partei wurden an den Rand gedrängt, obwohl die revolutionäre Richtung an der Parteibasis durchaus Widerhall erfuhr. Als *Max Adler* ein Jahr später auf dem Parteitag den Gedanken der »defensiven Gewalt« anmahnte, wurde er allerdings von der Parteibürokratie heftig angefeindet. Für die Art und Weise, wie mit diesem Linkssozialisten in seiner eigenen Partei umgegangen worden war, spricht der Umstand, daß die Veröffentlichung seiner kritischen Artikel nach 1926 erschwert bzw. in der Parteipresse zunehmend unterbunden wurde.³² Die Behinderungen seiner Arbeit in Österreich führten dazu, daß er sein politisches Wirken nach Deutschland verlagerte und hier den linken Flügel der SPD und die SAP theoretisch unterstützte.³³ Festzuhalten bleibt, daß der Vorschlag, den Integralen Sozialismus dadurch zu erreichen, daß die revolutionären Sozialisten in die reformistisch orientierte Partei eintreten und dort für ihre Ideen werben, nicht neu war und eigentlich schon als gescheitert angesehen werden konnte, als Otto Bauer dazu nochmals positiv Stellung nahm. Die österreichische Sozialdemokratie vermochte es nicht, dem Vormarsch des Faschismus ernsthaft Widerstand zu leisten, sie ließ die revolutionären Sozialisten im Stich, als diese gegen die faschistische Machtergreifung in Österreich 1934 tatsächlich defensive Gewalt anwandten. Otto Bauer gestand 1934

29 Ebenda S. 321

30 Zitiert in: *Otto Leichter: Otto Bauer. Tragödie oder Triumph.* S. 230.

31 Zum Linzer Programm siehe: Michael Franzke: *Die Linzer Programmdebatte und das austromarxistische Erbe.* In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 33(1991)1. S. 90ff.

32 Siehe hierzu: Michael Franzke: *Studie zum Verhältnis von Philosophie und Politik bei Max Adler.* Leipzig 1988 (Diss. A). S. 168ff.

33 Siehe hierzu: Alfred Pfabigan: *Otto Bauer und Max Adler.* In: Erich Fröschl und Helge Zoitl (Hrsg.): *Otto Bauer (1881-1938) – Theorie und Praxis.* Wien 1985. S. 47f.

selbst die Niederlage seiner Partei ein und sah den Grund vor allem darin, die Losung von der »defensiven Gewalt« eben nicht umgesetzt zu haben.³⁴

Die Schrift »Zwischen zwei Weltkriegen?« dokumentiert, daß Otto Bauer einerseits um eine neue inhaltliche Ausgestaltung des Konzepts eines Integralen Sozialismus rang (die Metapher von der Synthese) aber zum anderen an alten Positionen (dem Mythos von der Einheit der Partei um jeden Preis) festhielt. Otto Bauer kommt dennoch das Verdienst zu, das Problem des Integralen Sozialismus immer wieder mit Nachdruck und inhaltlichen Überlegungen gestellt zu haben.

In der weiteren Geschichte der Bestrebungen um eine Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten stellt das von einer SPD-SED-Arbeitsgruppe ausgearbeitete Dokument »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit« aus dem Jahre 1987 einen innovativen Schub dar. Es zeugt von der Tiefe der Krise der politischen Kultur in Deutschland, wenn dieses Schriftstück dazu benutzt wird, politische Gegner – in diesem Fall insbesondere die SPD – zu denunzieren und sich einige ihrer Verfasser genötigt fühlen, sich für das Dokument zu entschuldigen. Weil der Inhalt dieses Dokuments in verhängnisvoller Weise im öffentlichen Bewußtsein eine Verfälschung erfährt, sei aus den einleitenden Feststellungen zitiert: »Unsere weltgeschichtlich neue Situation besteht darin, daß die Menschheit nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen kann. Eine solche Alternative ist historisch ohne Beispiel. Sie verlangt ein politisches Denken, das historisch ebenfalls ohne Beispiel ist, ein neues Herangehen an die internationalen Angelegenheiten, besonders an die Sicherung des Friedens.«³⁵

Zwar ist die Konfrontation zwischen den beiden Weltsystemen Kapitalismus und Sozialismus durch den Zusammenbruch des sozialistischen Systems überwunden und der massive Einsatz von Massenvernichtungsmitteln, der die Existenz der Menschheit aufs Spiel setzen würde, unwahrscheinlich geworden, aber das bedeutet noch lange nicht die Lösung dieses und der anderen globalen Probleme. Es finden sich auch in diesem Dokument weitere Gründe dafür, ein neues Denken zu wagen, ein neues Herangehen an die Lösung der Probleme zu praktizieren, die historisch ohne Beispiel sind: die Sicherung des Lebens und die Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle, die Erhaltung der Biosphäre und die Überwindung der ökologischen Krise, die Bekämpfung des Hungers, der Abbau der Verschuldung und der wirtschaftlichen Not in den Entwicklungsländern. Nicht weniger umfangreich dürfte die Liste der dringend zu lösenden innenpolitischen Probleme sein, die gegenwärtig mit den Schlagwörtern »Sicherung des Standorts Deutschland« und »Umbau des Sozialstaates« verdeckt werden, wie der Abbau der Demokratie, des Sozialstaates und der sozialen Gerechtigkeit, die Tendenzen zur »Privatisierung« der sozialen Sicherheit und der Solidarität.

Die Bedingungen, unter denen das Dokument »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit« entstand, sind in ihrer Authentizität nicht mehr gegeben. Es bleibt aber eine Herausforderung, die in die Zukunft weist. Wenn ernsthaft über ein konstruktives Verhältnis zwischen SPD und PDS nachgedacht werden soll, dann kann hinter dieses Dokument nicht zurückgegangen werden.

SPD und PDS – Wege zu einem Verhältnis der Vernunft

Die Diskussion des Konzeptes Integraler Sozialismus zeigt zumindest zweierlei. *Erstens*: Eine organisatorische Vereinigung ist der Endpunkt zur Verwirklichung des Integralen Sozialismus. *Zweitens*: Der Integrale Sozialismus ist sowohl in zeitlicher als auch in inhaltlicher Dimension als ein Prozeß aufzufassen. Das Wesentliche dieses Prozesses besteht darin, daß einerseits eine Synthese ohne die positive Erfahrung einer wirklichen Aktionseinheit nicht möglich ist, in der Praxis und Theorie ineinandergreifen, aber andererseits keine Aktionseinheit ohne ein Stück Synthese zu realisieren ist, wie klein und begrenzt es auch sein mag. Beide Momente bedingen und durchdringen einander. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

Das Problem, vor dem sich SPD und PDS gegenwärtig gestellt sehen, besteht darin, ihr Verhältnis nach den Prinzipien der Vernunft zu gestalten. Wodurch zeichnet sich ein Verhältnisse zwischen SPD und PDS aus, dem das Prädikat vernünftig zukommt?

Hierfür gibt es zwei entscheidende Kriterien: *Erstens*. Das Verständnis beider Parteien über sich selbst, über den anderen und die gemeinsamen Beziehungen beruht auf der Grundlage *rationaler Analysen*, die

34 Siehe hierzu: Otto Bauer: Der Aufstand der österreichischen Arbeiter. Seine Ursachen und seine Wirkungen. In: Otto Bauer: Werkausgabe. Bd. 3. Wien 1976. S. 989.

35 Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. In: »Neues Deutschland« vom 28. August 1987. S. 3.

sowohl Geschichte als auch Gegenwart und Zukunft einschließen. Das bedeutet einen Verzicht auf Mythen und Feindbilder. *Zweitens*. Das jeweilige Verhältnis zueinander wird so gestaltet, daß es ermöglicht, die parteiübergreifenden ökologischen und sozialen Sicherheitsinteressen der werktätigen Bevölkerung gemeinsam und zum gegenseitigen Vorteil durchzusetzen. Voraussetzung hierfür ist, in den gegenseitigen Beziehungen das Prinzip der Zusammenarbeit vor das Prinzip der Abgrenzung zu stellen.

Die Entwicklung vernünftiger Verhältnisse zwischen SPD und PDS wäre simplifiziert, wenn beide Parteien schlicht und einfach einem tagespolitischen Pragmatismus das Wort reden. Zusammenarbeit dort, wo es nicht anders geht, und wie sie sich spontan ergibt, ansonsten Abgrenzung. Oder: die Abgrenzung wird dann stillschweigend gelockert, wenn es zum eigenen Vorteil gereicht und der Druck innerhalb der Partei zu groß wird. Neben der historischen und prozessualen Dimension ist der Verhaltenskodex zu beachten, um das Projekt des Integralen Sozialismus annähernd ausdeuten zu können. Verdeutlicht die historische Dimension die tiefe Verankerung des Problems in der Geschichte und warnt die prozessuale Dimension vor Maximalerwartungen und einem überstürzten Tempo, so zeigt der Kodex vernünftigen Verhaltens Normen an, die den Integralen Sozialismus befördern, deren Verletzung ihn aber zugleich gefährden können.

Die Zurückdrängung der Ideologien

Es wurde wiederholt in Zeiten des Bemühens, eine friedliche Koexistenz in den Beziehungen politischer Subjekte durchzusetzen, von einem Ende der Ideologien gesprochen. Das hat sich als Illusion erwiesen. Es wird kein Ende der Ideologien geben, solange die sozialen Unterschiede innerhalb der Gesellschaft so groß sind, daß sie Interessenkonflikte hervorrufen. Letztere zu artikulieren und auszutragen, ist ja die wesentliche Funktion der Parteien überhaupt. Wenn also ein Ende der Ideologien nicht abzusehen ist, so kann es sich nur darum handeln, sie in ihrem Wirken zurückzudrängen.

Unter Ideologie verstehe ich jene geistigen Gebilde, die die partikularen Interessen eines spezifischen Subjekts (Klassen, soziale Gruppen, Parteien, Parteifractionen usw.) zum Ausdruck bringen. Das Wesen der Ideologie besteht darin, ein Antialogisches Prinzip zu sein. Als Grundaxiom des Dialogischen Prinzips hat *Martin Buber* das Wortpaar »Ich-Du« ausgemacht.³⁶ Das »Ich« betrachtet den anderen bzw. das andere als »Du«. Das Wort »Du« bezeichnet das andere als ein gleiches, genauer: als Subjekt, wie das »Ich«. Das Wort »Du« bezeichnet zugleich eine Nähe der Beziehungen.

Woran läßt sich nun Ideologie festmachen, die die Entfaltung des Dialogs behindert, dessen Anliegen darin besteht, zu verstehen, gemeinsames zu erkennen und zu ergründen? Da Ideologien sich nicht nur, aber auch in sprachlicher Form entgegnetreten, möchte ich kurz auf einige Merkmale der Ideologiegebundenheit der Sprache eingehen.

– In ideologisierten Texten werden Klassifikationsverfahren (Unterscheidung, Bezeichnung, Bestimmung und Definition von Gegenständen) von semantischen Dichotomien, d. h. von dualen semantischen Einheiten strukturiert. Zu den semantischen Dichotomien des Diskurses über die Arbeiterbewegung gehört unter anderem die Dichotomie Kommunisten – Sozialisten, die unvereinbar seien wie Feuer und Wasser. Was für die einen gilt, gilt nicht für die anderen. Die einen sind demokratisch, die anderen diktatorisch. Zwischen den gegensätzlichen Seiten gibt es keine Übergänge, keine Vermittlung.

– Diese Dichotomien werden naturalisiert, d. h. als naturhaft, ein für allemal gegeben, unveränderlich hingestellt. Kommunisten bleiben Diktatoren, Sozialdemokraten bleiben Reformisten. Die SPD hat eine lange Tradition, daran ist nicht zu rütteln. Die PDS bleibt eine getarnte SED. Es werden in dieser Sichtweise Entwicklungen versperrt. Die Naturalisierung ist eine Form der Dogmatisierung. Sie ist nicht nur problematisch im Diskurs über den Gegner, sie ist es auch für den Sprechenden selbst. Was ich an Ideologien gegen andere zur Anwendung bringe, setzt sich als Denkstruktur fest und kann sich so sehr leicht in die Betrachtung des eigenen Ich einschleichen.

– Die handelnden Subjekte, die Aktanten werden mystifiziert. Es sind nicht die Personen, die da handeln, sondern Instanzen. Das wohl aussagekräftigste Beispiel im Wahlkampfjahr 1994: Gysi und Bisky als Personen seien ja durchaus akzeptabel, die PDS hingegen sei das eigentliche Übel. Als wenn sie nicht ein Stück der PDS wären, manche meinen sogar ein zu großes Stück von ihr.

– Es agieren in stark ideologisierten Texten »das Gute« und »das Böse«, Kapitalisten und Kommunisten, Demokraten und Terroristen, Helden und Verräter, Völker und Parteien, oder gar Gesetze. Die

36 Siehe dazu: Martin Buber: Das dialogische Prinzip. Gerlingen 1992. S. 7ff.

Anonymität der Handelnden, über die Aussagen getroffen werden, entzieht sie einer konkreten Überprüfbarkeit. Der Gegner, der Feind wird einerseits »entpersonalisiert« und andererseits werden ihm mystische Eigenschaften zugesprochen. Die Hemmschwelle zur Übertreibung, zur ungeprüften Feststellung, ja, zur Lüge sinkt. Das Gefühl der Verantwortung für die Aussagen wird im Keim gehalten.

– Der ideologische Diskurs wird als »die« Wirklichkeit, wirklich so seiend inszeniert. Was da gesagt wird, ist wirklich so, nicht anders. Wer das nicht glauben will, der kann gehen, wird aus dem Diskurs ausgeschlossen, zeitweilig oder auch für immer. Dies wird vor allem dadurch erreicht, daß die Diskurssubjekte und die diskursiven Verfahren als objektimmanente Gegebenheiten vorgestellt werden. Was ist, das braucht eigentlich auch keine Erklärung. Begründungen, Beweise, Analysemethoden, Kontroversen, historische Entwicklungen werden ausgeblendet, um keinen Zweifel an der Wahrhaftigkeit der Aussagen aufkommen zu lassen.

In Ideologien wird der andere als Objekt, als Fremder vorgeführt. Er wird zum Feind. Was aber anderes ist das Wort »Feind« als eine indirekte Aufforderung, das Feindliche zu bekämpfen.

Die Wahrung der Souveränitäten

Die gegenseitige Souveränität ist zu achten. Die Achtung der gegenseitigen Souveränität schließt die Kritik am anderen nicht aus. Bei einer Diskussion über den Integralen Sozialismus scheint diese Forderung auf den ersten Blick paradox zu sein, geht es doch in letzter Konsequenz dabei um eine Synthese. Daß eine ganzheitliche Synthese nicht auf der Tagesordnung steht, wurde bereits unterstrichen. Falls jedoch eine Synthese als fernes Ziel anvisiert werden würde, ändert es nichts daran, daß die Anerkennung der Souveränität der verschiedenen linken Strömungen die einzig solide Ausgangsbasis für einen Integralen Sozialismus darstellt. Das hat mehrere Gründe. Zunächst ist die Anerkennung der Existenzberechtigung des anderen eine der Bedingungen dafür, daß dieser überhaupt zu einer gemeinsamen Verständigung als Vorbedingung gemeinsamen Handelns bereit ist.

Weiterhin kann nur ein souveränes politisches Subjekt bzw. eine souveräne politische Organisation ein lukrativer und zuverlässiger Partner bei der Lösung der Schwierigkeiten sein, vor der eine politische Alternativbewegung mit sozialistischer Perspektive zweifellos steht. Die politische Landschaft in Deutschland hat nicht zu viel an politischer Souveränität, sondern leidet an einem akuten Mangel an souveränen Parteien. Die »politischen Schlammkämpfe« des Wahlkampfjahres 1994, die praktizierte Demagogie und die Täuschungen von Wählerinnen und Wählern sind ein Indiz dafür. Mit diesen Praktiken wird eine beschädigte Identität verdeckt; sie dienen einzig dem Zweck, fehlende Konzepte zur Lösung herangereifter ökologischer und sozialer Probleme zu kompensieren.

Macht und Souveränität sind nicht gleichzusetzen. Souveränität ist die Fähigkeit zur positiven Selbstbestimmung, während Macht ein Instrument zur Fremdbestimmung ist. Ein Verhalten, das dadurch gekennzeichnet ist, die eigene soziale Position durch die Herabminderung der Rolle eines Konkurrenten oder Partners aufzuwerten, kann nicht den Titel Souveränität beanspruchen. Eine der Formen dieser Methode hatte in den Wahlkämpfen des Jahres 1994 Hochkonjunktur: die Zuweisung der Schuld für Verluste an Wählerakzeptanz an den politischen Konkurrenten. Die Erklärung, daß SPD als auch PDS, ihr Ziel, einen Regierungswechsel herbeizuführen, nicht erreichten, weil eine Partei der anderen die Stimmen weggenommen habe, greift viel zu kurz. Das ist eine Argumentation, die in den 20er und 30er Jahren gang und gäbe war. Die Wähler haben sich in beiden Fällen für einen Wechsel der Regierungspolitik ausgesprochen, wenn auch in unterschiedlicher Akzentsetzung. Beide Parteien haben ihr Ziel nicht erreicht, weil sie sich zu sehr aufeinander konzentriert haben, statt gemeinsam gegen den Neokonservatismus Front zu machen und das Potential der Nichtwähler zu mobilisieren. An dem demokratischen Prinzip, einen politischen Kurswechsel nur durch Mehrheiten durchzusetzen, ist nicht zu deuteln. Diese Mehrheiten sind schwerlich nicht gegeneinander möglich. Spekulationen über eine neue linke Sammelpartei, in der sich Teile der linken SPD, der Grünen und der PDS zusammenfinden, sind m. E. unfruchtbar. Die politische Landschaft ist in Deutschland zweifellos in einem Neuformierungsprozeß begriffen. Aber ein bewußter Kurs auf eine solche Sammelpartei würde nur die Beziehungen zwischen den Parteien zusätzlich belasten und die Lösung der gemeinsam gesetzten Ziele zu Lasten der Bürger wieder hinauszögern.

Angst, Mitglieder zu verlieren, ist ein Symptom mangelnder Souveränität, führt zu Handlungen, durch die Parteimitglieder von ihrer Partei weiter abgestoßen werden – Bevormundungen, Einschüchterungen, Disziplinierungen und Isolation. Wird das Prinzip der Souveränität akzeptiert, so hat dies zur Konsequenz, auf Alleinvertretungsansprüche linker Politik zu verzichten.

Das Streben nach Hegemonie

Das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung der Souveränität schließt das Prinzip der Konkurrenz nicht aus. Wie ist das Konkurrenzverhältnis so zu gestalten, daß die Souveränität nicht verletzt wird? Die Anerkennung der Konkurrenz gegenüber einer Partei im unmittelbaren Umfeld ist bereits Ausdruck der Anerkennung der eigenen Souveränität und der des Konkurrenten. Der wohl größte Teil der SPD ist weit davon entfernt, die PDS tatsächlich als Konkurrenten zu akzeptieren.

Es ist aber ein falsches Verständnis von Konkurrenz, wenn dabei zu Mitteln gegriffen wird wie: finanzielle Strangulierung, moralische Diffamierung, Mißbrauch von Vorteilen usw. Diese Mittel zielen darauf, die Konkurrenz auszuschalten, nicht aber das Konkurrenzverhältnis für die eigene Entwicklung fruchtbar zu machen. Die Herausforderung der Konkurrenz annehmen heißt, in der Politik nach Hegemonie zu streben. *Antonio Gramsci* verstand unter Hegemonie eine Form von Macht, die der direkten Herrschaft durch Befehlsgewalt entgegengesetzt und mit der spontanen Zustimmung breiter Volksmassen zu einer bestimmten gesellschaftspolitischen Orientierung gegeben ist.³⁷ Sie ist keine Macht im herkömmlichen Sinne; sie setzt nicht auf Gewalt, Unterdrückung, Zwang und Abhängigkeit, sondern auf den Verstand, auf rationale Argumente und auf das Selbstbestimmungsrecht der Bürger. Hegemoniestreben schließt die Anwendung von hegemonialer *Gewalt* aus. Das Streben nach Hegemonie zeichnet sich vielmehr dadurch aus, daß es vor allem bei der Entwicklung von Strategien zur Lösung von sozialen Problemen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung um Aufklärung, Dialog, Überzeugung und Konsens geht.

Betrachten wir die Schwierigkeiten, die die Lösung der ökologischen und sozialen Probleme bereiten, dann wird schon hier deutlich, daß eine Hegemonie der sozialistischen Alternativbewegung heute nicht mehr von einer ihrer Strömungen oder Parteien allein durchgesetzt werden kann. Der Kampf gegeneinander führt ja gerade zu jener Verschwendung von kreativem Potential und zum Verlust an Zeit, die zur ihrer Lösung fehlen. In gemeinsamer Arbeit geht es darum, wer den besten Beitrag leistet. Im Zeitalter der Massenmedien ist es keine Frage mehr, daß dies auch an die Öffentlichkeit kommt und der jeweilige Beitrag so objektiv wie nötig gemessen werden kann. Wenn die sozialistische Alternativbewegung es tatsächlich schaffen sollte, in der Bevölkerung an mehrheitsfähiger Akzeptanz zu gewinnen, warum sollten dann davon nicht ihre einzelnen Strömungen und Parteien gemeinsam profitieren können? Die sozialistische Idee ist nicht an zuviel Zusammenarbeit gescheitert, sondern an zuwenig, nicht an zuviel Konkurrenz, sondern an zuviel Vernichtungskämpfen.

Die gemeinsame Geschichte gemeinsam diskutieren

Wenn den Prinzipien der Souveränität und der Hegemonie aus rationalen, moralischen oder emotionalen Beweggründen auch zugestimmt werden kann, so sind Zweifel an ihrer Realisierbarkeit noch nicht ausgeräumt. Mit dem Blick auf die Geschichte ist ein solcher Zweifel nicht von der Hand zu weisen. Es ist gerade die Geschichte, die nach wie vor in den Dienst von Parteipolitik gestellt wird. Sie ist eine sehr brauchbare Legitimationsbasis, die gerade dann bemüht wird, wenn tagespolitische Erfolge ausbleiben, sich Integrationsdefizite auf tun oder es an glaubhaften Zukunftsvisionen fehlt, d. h. in Zeiten innerparteilicher Krisen. Sie ist auch deshalb als manipulierbare Legitimationsbasis geeignet, weil sie von den einzelnen Individuen schwerlich am historischen Prozeß selbst überprüft werden kann.

Legitimation kann auf zweierlei Weise angestrebt werden, auf dem Weg der Hegemonie und auf dem Weg der Ab- und Ausgrenzung. Beide stehen in einem diametralen Gegensatz. Je größer die erreichte Hegemonie, desto weniger Ab- und Ausgrenzung ist nötig. Oder umgekehrt: Hegemoniedefizite werden nicht selten über eine Verstärkung der Grenzziehungen und Stigmatisierungen des Konkurrenten, der zum Feind wird, zu überdecken oder auszugleichen versucht. Das Dilemma innerhalb der Arbeiterbewegung bestand und besteht gerade darin, daß ihre Parteien statt sich zur Überwindung von Krisen zusammenzutun, in Krisenzeiten ihren »Kriegszustand« stets verschärft haben. Geschichtsbewußtsein in der Arbeiterbewegung ist seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts in erster Linie ein Bewußtsein ihrer Spaltung und deren Vertiefung.

Das Erzählen von Geschichte ist nicht mit dem historischen Prozeß selbst gleichzusetzen. Geschichte, die wir erzählen und uns erzählt wird, ist stets nur der Versuch der Annäherung an den historischen Prozeß,

³⁷ Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften. Leipzig 1996. S. 228f.

dem ein spezifisches Interesse zugrunde liegt, der von einem spezifischen Erkenntnisstand aus erfolgt und durch einen spezifischen Erfahrungshorizont eingeengt ist. Die immer wiederkehrende Debatte darüber, daß »die« Geschichte wieder einmal neu zu schreiben oder umzuinterpretieren ist, verdeutlicht, daß die Geschichtsschreibung wie der historische Prozeß selbst Veränderungen und Entwicklungen unterliegt.

Es gehört zu den Orientierungsbedürfnissen eines jeden aufgeklärten Bürgers zu wissen, woher er politisch kommt, wie er sich in den historischen Prozeß einordnet und welche Voraussetzungen sein künftiges Handeln hat. Dieses Wissen verleiht dem Individuum eine gewisse Sicherheit in seiner politischen Entscheidungsfindung. Dabei ist es zunächst relativ gleichgültig, ob sein Geschichtsbewußtsein annähernd dem historischen Prozeß adäquat ist oder nicht. Das Selbst-Meinen und das Selbst-Entscheiden ist innerhalb des Determinationsgefüges eine entscheidende Größe. Überzeugungen sind sehr schwer und erst in einem längeren historischen Erfahrungsprozeß zu erschüttern.

Da die Geschichte der Arbeiterbewegung – vor allem die Geschichte ihrer Spaltung – nicht nur in SPD und PDS kontrovers diskutiert wird, sondern auch von ihren politischen Gegnern benutzt wird, um sie aufeinanderzuhetzen, ist eine gemeinsame Geschichtsdiskussion zwischen SPD und PDS erforderlich. Der erste Zielpunkt wäre mit einer Entspannung und Historisierung der Kontroverse anzugeben. Die Grundintention dieses Unternehmens wäre allerdings verfehlt, wenn es sich nur an die Historiker, nicht aber an die Mitglieder der Parteien selbst richten würde. Der Weg zu einer stabilen und nicht nur spontan und punktuell wirksamen Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien führt nur über eine Brücke, die erst noch über den sie entzweierenden Graben der Geschichte zu schlagen ist.

Es sind gegenseitige Vorwürfe und Fragen zu klären. Der oben erfolgte historische Exkurs deutete nur einen Bruchteil von noch offenen bzw. konträr beantworteten Fragen an. Und die waren schon verwirrend genug. Eine Geschichtsdiskussion ist dringlichst geboten, wenn mit dem Projekt der vernünftigen Beziehungen ernst gemacht werden soll. Dies zeigte erst unlängst die Tatsache, daß SPD-Politiker auf die Frage, wie man denn nun mit der PDS umzugehen gedenke, antworteten: beobachten und kritische Fragen zur Geschichte stellen. Daß dies ein Bumerang sein kann, hat die PDS in Mecklenburg-Vorpommern verdeutlicht, die um ebenso kritische Gegenfragen nicht verlegen war. SPD und KPD/SED haben sich beide in ihren historischen Irrtümern nicht viel zu nehmen. Dabei ist es kaum fruchtbar nach einem Schuldigen für die Spaltung zu suchen bzw. nach »dem« eigentlichen Ausgangspunkt. War es die Bewilligung der Kriegskredite 1914? War es die bestialische Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht? War es das Abwürgen der Revolution durch Noske und Scheidemann? War es die Gründung der KPD bzw. Kommunistischen Internationale? Oder war es die Sozialfaschismusthese? Wenn beide Seiten nicht bereit sind, die Fähigkeit zu entwickeln, voneinander zu lernen und unterschiedliche Sichtweisen zu akzeptieren, dann ist das Unternehmen Geschichtsdiskussion schon gescheitert, ehe es begonnen hat.

So ist z. B. in dem Vorwurf von einer »Zwangs-Vereinigung« von KPD und SPD 1946 ein doppelter Mythos hineingewebt. Es hat niemals eine »Vereinigung« gegeben; es war zunächst ein organisatorischer Zusammenschluß. In der SED, als Gesamtpartei betrachtet, wurde erst später mit dem Übergang zur »Partei neuen Typs« dem sogenannten »Sozialdemokratismus« offen der Krieg erklärt. Aufrechte Sozialdemokraten wurden aus der Partei entfernt oder gingen von selbst. Die sozialdemokratische Traditionslinie der deutschen Arbeiterbewegung wurde in das Feindbild der SED integriert. Der Mythos von der »Vereinigung« wurde vor allem gepflegt, um zu »beweisen«, daß sie, die SED, und nicht die SPD, die Erbin der besten Traditionen des deutschen Volkes sei. Der zweite Mythos betrifft den »Zwang« bei dem, als »Vereinigung« bezeichneten organisatorischen Zusammenschluß. Sicher wurden 1946 auch Zwänge ausgeübt, das wird wohl niemand leugnen können. Es ist aber problematisch, den Zusammenschluß, dort wo er erfolgte, *dem Wesen nach* als eine erzwungene Maßnahme, als eine Zwangsmaßnahme zu charakterisieren. Es gab gerade an der Basis der beiden Parteien ehrliche Bestrebungen, den »Bruderkampf« zu beenden und eine Einheitspartei zu gründen. Zweifelsohne gab es auch eine Fraktion in der SPD, die dagegen war, genau so, wie es sie in der KPD gab. Der Mythos von der »Zwangs-Vereinigung« dient dazu, die Tatsache zu verdecken, daß ein großer Teil der SPD-Mitglieder freiwillig für einen Zusammenschluß stimmte. Daß die SED nie eine »Einheitspartei« im wahrsten Sinne des Wortes geworden ist, ändert nichts an dieser Tatsache.

Die innerparteiliche Demokratie

Nicht weniger kompliziert wie die Geschichtsdebatte ist das Problem der innerparteilichen Demokratie. Es an dieser Stelle zu thematisieren heißt nicht, daß SPD und PDS sich in die inneren Angelegenheiten der jeweils anderen Partei einzumischen hätten. Dazu sind sie nicht nur nicht befugt, ein solches Vorgehen würde zusätzlich ihre angespannten Beziehungen verschlechtern. Eine Partei wird einer anderen Partei nur soviel Demokratie entgegenbringen können, wie sie in ihren eigenen Reihen praktiziert.

Der »alte Krieg« zwischen den zwei großen Parteien links von der Mitte war und ist stets begünstigt und begleitet worden durch einen Mangel an innerparteilicher Demokratie. Dazu gehören Kontaktverbote, Verbote von Bestrebungen der Aktionseinheit bis hin zu Ausschlüssen Andersdenkender, die sich bestimmten Positionen des »Feindes« zueigen machten. Die Diskussionen dazu wurden in der Regel nicht an der Basis freimütig geführt, Diese Entscheidungen wurden zumeist auf höheren Parteebenen gefaßt bzw. waren Folgen von zentralen Handlungsanweisungen. Defizite an innerparteilicher Demokratie wirkten sich zumindest in zweierlei Hinsicht negativ aus. *Erstens* wurden dadurch jene Flügel in den Parteien beschnitten, durch die sie sich am nächsten kamen. Die marxistisch, klassenkampftheoretisch orientierten Sozialdemokraten in der einen und die demokratie- und reformorientierten Kommunisten in der anderen. Wo sollen Toleranz gegenüber Andersdenkenden gelebt, Pluralität als Entwicklungspotenz begriffen und konstruktive Kritik als Entwicklungsprinzip geübt werden, wenn sie nicht in den Parteien zur Normalität geworden sind?

Die innerparteilichen Demokratien stehen im Schatten des Zustandes der Demokratie jener Gesellschaft, in der die Parteien agieren. Die Aufgabe ist nicht geringer als daß SPD wie PDS, aus dem Schatten der bundesdeutschen Demokratie heraustreten müssen, die sich bekanntlich in einer tiefen Krise befindet. Eine demokratische Reform des Verhältnisses von SPD und PDS ist nur zu haben, wenn bewußt und mit aller Konsequenz gegen den Strom des Verfalls der politischen Kultur in Deutschland geschwommen wird. Nach dem Gerede vom »Ende der Geschichte« heißt das neue Thema: »Das Ende der Demokratie«. Der Reformierung der Beziehungen zwischen SPD und PDS könnte eine Innovation für die politische Kultur entspringen, die in die Zukunft blicken läßt. Die innerparteilichen Demokratien haben aber nicht nur äußere Fesseln. Auch im Inneren der Parteien sind sie in ihrer Bürokratie verknotet. Das wesentliche Merkmal der Verbürokratisierung einer Partei ist, daß politische Entscheidungen primär im Interesse des Apparates, der Funktionäre selbst getroffen werden, also immer im Interesse einer Zentrale, und hinter ihnen die Durchsetzung der Interessen von Wählerinnen und Wählern sowie den weiblichen und männlichen Mitgliedern zurückgestellt werden bzw. sie durch das Prisma bürokratischer Interessen gebrochen und somit entstellt und verfälscht werden.

Innerparteiliche Demokratie setzt Pluralität (auch in organisierter Form) ebenso voraus, wie die relative Autonomie der einzelnen Parteigliederungen und die Gewährleistung einer freien Meinungsbildung. Nur in diesem Klima kann sich Vernunft durchsetzen. Ohne sie wird es keine grundlegende Veränderung in den Beziehungen zwischen SPD und PDS geben.

Der Kommunismus stalinistischer Prägung ist zusammengebrochen. Willi Brandts Zuversicht, es sei ein sozialdemokratisches Jahrhundert angebrochen, bestätigte sich bislang nicht. Nicht aber überlebt hat sich die Forderung, jene sozialen Bedingungen zu beseitigen, die dazu führen, daß dem Menschen seine Mitmenschen, die ihn umgeben, die Gesellschaft in der er lebt, die Arbeit die er verrichtet, die Menschheit der er angehört, fremd werden und er sich dadurch letztlich selbst fremd und feind wird.

Mir scheint die These nicht gewagt: Die Linke in Deutschland wird, insofern sie überhaupt noch den Mut und die Kraft hat, links zu sein, keine Zukunft mehr haben, wenn sie sich nicht als fähig erweist, zusammen zu gehen. Dies ist, bei aller Betonung der politischen Bedeutung des Verhältnisses von SPD und PDS, kein spezifisches Problem dieser Parteien allein. Unsere Zeit braucht wieder den Mut zum »Neuen Denken«, Mut neue Wege zu beschreiten. Otto Bauers Vision einer Synthese ist aktuell, eine »Einheitspartei« zu schaffen, damit noch lange nicht. Synthese kann heute nur heißen: In gemeinsamer Aktion zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen und Ziele zueinanderfinden. Die Entscheidung darüber, ob diese Orientierung angenommen werden kann oder nicht, sollte nicht auf politische Mandatsträger abdelegiert werden. Jeder, der diesem Problem eine Bedeutung zumißt, sollte selbst gemäß seiner eigenen Erfahrungen und mit eigenem Verstand urteilen und handeln. Es wird nur das zusammenwachsen, was auch zusammengehört. Und was dies genau sein wird, wird erst die Zukunft zeigen. Gespalten werden die demokratischen Sozialisten im 21. Jahrhundert vermutlich nicht mehr sein als eine Fußnote in der Geschichte.